

## DIENSTAG, 15. DEZEMBER 2009

**VORSITZ : Jerzy BUZEK**

*Präsident*

### **1. Eröffnung der Sitzung**

*(Die Sitzung wird um 9.00 Uhr eröffnet)*

### **2. Mitteilung des Präsidenten**

**Der Präsident.** – Zuallererst möchte ich eine wichtige Information verlesen. Am 2. Dezember erhielt ich eine an das Europäische Parlament und den Rat gerichtete Mitteilung von der Kommission hinsichtlich der Folgen des Inkrafttretens des Vertrags von Lissabon für die laufenden interinstitutionellen Entscheidungsverfahren. Aufgrund dieser Mitteilung befindet das Parlament als eine Institution, dass sämtliche in der Mitteilung aufgelisteten Vorlagen, für die der Vertrag von Lissabon seine Befugnis garantierte, im Parlament erneut eingebracht worden sind. Ebenfalls hat das Parlament die Tatsache bemerkt, dass aufgrund der Mitteilung die Europäische Kommission bestimmte Vorlagen zurückgezogen hat.

Im Falle der mit Stand vom 01. Dezember 2009, dem Datum des Inkrafttretens des Vertrags von Lissabon, schwebenden Gesetzgebungsvorschläge hat der Präsident der Kommission die parlamentarischen Ausschüsse, denen Vorlagen bereits in der laufenden Legislaturperiode, wie in den Protokollen der Sitzungsperioden aufgezeichnet, unterbreitet wurden, aufgefordert, die von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlagen und Verfahrensänderungen zu überprüfen, zusammen mit allen anderen von der Kommission vorgeschlagenen Änderungsanträgen, die im Hinblick auf die Bestimmungen des Vertrags von Lissabon vorzunehmen sind, und darüber zu befinden, ob man beabsichtigt, bereits im Verlauf des Konsultationsverfahrens angenommene Positionen als erste Lesungen im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens zur erklären oder Bewilligungen festzustellen.

Selbstverständlich behält sich das Parlament das Recht vor, in allen Fällen die Kommission um Vorlage eines neuen Vorschlags zu bitten. Im Fall der Vorschläge, über die das Parlament vor dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon nicht konsultiert wurde, obliegt es der Kommission, neue Vorlagen unter dem ordentlichen Gesetzgebungs- oder anderem geeigneten Verfahren zu übermitteln.

Es handelt sich um eine Mitteilung über unsere Gesetzgebungsaktivitäten in der nahen Zukunft – eine Mitteilung über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament im Gesetzgebungsverfahren. Wie Sie wissen, befinden wir uns in einer Übergangsphase vom Vertrag von Nizza zum Vertrag von Lissabon; gleichzeitig beginnen wir mit einer neuen Legislaturperiode. Die Einsetzung der neuen Kommission ist noch nicht bewilligt worden. All dies erfordert recht anstrengende Arbeit, die wir nach Recht und Gesetz vorzunehmen haben, zwischen der Kommission und dem Parlament, und dies ist das Thema der Mitteilung.

### **3. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschließungen des Parlaments: siehe Protokoll**

### **4. Mündliche Anfragen (Vorlage): siehe Protokoll**

### **5. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll**

### **6. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Bekanntgabe der eingereichten Entschließungsanträge): siehe Protokoll**

### **7. Haushaltsplan 2010: alle Einzelpläne - Berichtigungshaushaltsplan 10/2009 - Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments - Mehrjähriger Finanzrahmen:**

## **Europäisches Konjunkturprogramm (Änderung der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 17. Mai 2006 über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung) (Aussprache)**

**Der Präsident.** – Nächster Punkt ist die gemeinsame Aussprache zu folgenden Themen:

- Bericht von Herrn Surján und Herrn Maňka (A7-0083/2009) im Namen des Haushaltsausschusses zu dem Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2010, in der abgeänderten Fassung durch den Rat (alle Einzelpläne) (11902/2009 - C7-0127/2009 - 2009/2002(BUD)), sowie Berichtigungsschreiben Nr. 1/2010 (SEC(2009)1133 - 14272/2009 - C7 - 0215/2009), 2/2010 (SEC(2009)1462 - 16328/2009 - C7-0292/2009) und 3/2010 (SEC(2009)1635 - 16731/2009 - C7-0304/2009) zu dem Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2010,

- Bericht (A7-0081/2009) von Frau Haug im Namen des Haushaltsausschusses zu dem Entwurf des Berichtigungshaushaltsplan Nr. 10/2009 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2009, Einzelplan III - Kommission (16327/2009 - C7-0288/2009 - 2009/2185(BUD)),

- Bericht (A7-0080/2009) von Herrn Böge für den Haushaltsausschuss über die Mobilisierung des Flexibilitätsinstruments: im Sinne von Punkt 27 der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 17. Mai 2006 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin und wirtschaftliche Haushaltsführung (2009/2207(BUD)),

- Bericht (A7-0085/2009) von Herrn Böge für den Haushaltsausschuss über den Finanzrahmen 2007-2013: das Europäische Konjunkturprogramm, zweite Überarbeitung (geänderter Text der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 17. Mai 2006 über Haushaltsdisziplin und wirtschaftliche Haushaltsführung) (KOM(2009)0662 - C7-0305/2009 - 2009/2211(ACI)).

**László Surján, Berichterstatter.** – (HU) Herr Präsident, danke, dass Sie mir das Wort erteilen. Herr Minister, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, gleich zu Beginn dieser Haushaltsdebatte muss ich sagen, dass ich nicht so sehr eine Auseinandersetzung verursachen, als viel eher meinen Dank zum Ausdruck bringen möchte. Ich möchte dem Rat und der Kommission für die fruchtbare Zusammenarbeit danken, durch die wir endlich eine Einigung erzielt haben, und jetzt in gewissem Sinne einen gemeinsamen Vorschlag in dieses Haus einbringen können. Ich muss jedoch meine Danksagung auf die unterschiedlichen Fraktionen in diesem Haus ausweiten, denn wären diese Fraktionen nicht in der Lage gewesen, miteinander zu kooperieren und gemeinsam die Werte zu repräsentieren, die dem Parlament und Europas Bürgern wichtig sind, wäre es gar nicht möglich gewesen, einen Haushalt vorzubereiten.

Vor einem Jahr wurde ich mit der Aufgabe des Berichterstatters für den Haushalt 2010 betraut. Wir begannen unverzüglich mit der Formulierung der politischen Erwartungen des Parlaments und Richtlinien. Diese Themen wurde vom Parlament im Frühjahr dieses Jahres erörtert. Es war außerordentlich wichtig, auch mit Blick auf die Zukunft, eine Entscheidung zu treffen, aus der Lehren gezogen werden können, da wir dem Vorentwurf des Haushaltsplans um mehrere Monate vorausgingen. Mit anderen Worten, die EU-Kommission wusste von der Meinung des Parlaments und berücksichtigte dies auch mehr oder weniger bei der Vorbereitung des Vorentwurfs-Haushaltsplans.

Ich meine, wir sollten dieselbe Zeitplanung auch in den Folgejahren übernehmen. Was wollten wir erreichen? Wir wussten, dass sich Europas Wirtschaft in einer Krise befand. Wir fühlten und fühlen noch immer, dass dieser Haushaltsplan eine wichtige Rolle bei der Bewältigung dieser Krise spielen muss. Wir erörterten diesen Punkt mit dem Rat, da eine weitere naheliegende Lösung der Krise für uns wäre, weniger Geld für Europa auszugeben. Dies ist keine Lösung, könnte aber in der Situation helfen. Wenn wir das Geld hier weise ausgeben und der optimalen Einsetzung der Ressourcen großen Stellenwert beimessen, kann der EU-Haushaltsetat dann nicht als eine Last, sondern als Teil der Lösung aus der Krise erscheinen. Angesichts dessen wollten wir die Wettbewerbsfähigkeit stärken und Forschungs- und Entwicklungsprogramme als ein Mittel verwenden, dies zu erreichen. Auch wollten wir das Fundament für und unseren Beitrag zu einer gemeinsamen Energiepolitik legen.

Mehr als 11. Mrd. EUR werden dafür bereitgestellt. Wir wollten die Wirtschaft hauptsächlich über die Kohäsionspolitik stärken. Diese Einrichtung ist 36 Mrd. EUR wert. Im Laufe des Jahres wurde klar, dass es ernste Probleme beispielsweise im Milchsektor gab, was keine Folge der allgemeinen Wirtschaftskrise war. Jedoch hielt es das Parlament für notwendig, für die Bauern einzutreten, was in der Schaffung eines Milchfonds

von 300 Mio. EUR resultierte, der, obwohl kein permanenter Fonds, dennoch eine Erhöhung von 300 Mio. EUR darstellt. Mit einem verfügbaren Gesamtvolumen von 750 Mio. EUR könnte dem Milchsektor mehr geholfen werden. Jedoch möchte das Parlament jetzt auch hervorheben, dass dies von einer vollständigen Prüfung der Probleme im Milchsektor und dessen Neugestaltung begleitet werden muss.

Gleichzeitig hatten wir der Tatsache ins Auge zu sehen, dass uns ein zu geringer Handlungsspielraum zur Verfügung stand. Einige Haushaltslinien haben keinen Ermessungsspielraum, wodurch eine Halbzeitbewertung des Finanzrahmens unvermeidbar wird. Es besteht ein enormer Bedarf hierfür, es ist aber auch erforderlich, dass die Mitgliedstaaten die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel gezielter und umsichtiger nutzen, um das Wachstum zu fördern. Nur dann werden wir in der Lage sein, Europas Bürgern und Steuerzahlern in die Augen zu sehen, da wir ihr Geld ausgeben bei dem Versuch, Europa effizienter und erfolgreicher arbeiten zu lassen.

**Vladimír Maňka**, *Berichterstatter*. – (SK) Herr Präsident, Herr Kommissar, Herr Staatsminister, meine Damen und Herren, heute muss ich mir keine Sorgen machen, etwas wichtiges aus meinem Bericht nicht zu erwähnen. Sämtliche Dinge, die ein ganzes Jahr über mit Kolleginnen und Kollegen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern formuliert wurden, sind bereits hinreichend im Haushaltsausschuss, in den Plenarsitzungen und Vermittlungsverfahren oder den Trilogen erörtert worden. Besonders wichtig ist, dass alles in diesem Plenarsaal ausreichend unterstützt wird.

Als wir mit der Erarbeitung des Haushaltsentwurfs zu Jahresbeginn begannen, war ich neugierig, wie weit meine Berater, Koordinatoren und meine politische Fraktion mir erlauben würden, zu gehen, da mir gesagt wurde, ich wäre bereits zu weit gegangen. Ich sah viele ungenutzte Chancen und Missstände, die ich aus der Welt schaffen wollte. Weitere Chancen und Verbesserungsvorschläge gingen aus Dutzenden von Besprechungen mit hohen Vertretern der Institutionen, Abteilungsleitern und weiteren Mitarbeitern hervor.

Mitarbeiter bei den Institutionen begannen selbst damit, Informationen und Vorschläge einzubringen. Ich habe das Gefühl, dass sie hoffen und glauben, dass wir Dinge gemeinsam bewältigen können. Einerseits war ich sehr erfreut, dass sie mir ein solches Vertrauen entgegenbrachten und sich meldeten; andererseits würde es mich noch mehr erfreuen, wenn ihre direkten Vorgesetzten ihre Meinungen anhören und die Probleme lösen könnten.

Ich glaube natürlich, dass die Einheiten mehrheitlich hochqualitative Arbeiten verrichten, jedoch möchte ich an diesem Punkt und an dieser Stelle betonen, wie wichtig Personalarbeit ist. Auf der Grundlage der dokumentierten Mängel gelang es uns, systemischer Maßnahmen umzusetzen. Jedoch ist nicht der Berichterstatter, sondern der Generalsekretär des Europäischen Parlaments oder ein verantwortlicher Vertreter der Europäischen Institution involviert; diese können alles sichtbar machen und lösen.

Ich begrüße daher wärmstens die Übereinkunft aus dem Schlichtungsverfahren mit der Verwaltung des Europäischen Parlaments hinsichtlich der Umsetzung eines organisatorischen Audits. Erstmals in der Geschichte des Europäischen Parlaments wird es im nächsten Jahr ein funktionelles Audit in zwei seiner wichtigsten Einheiten geben, der Generaldirektion INLO und dem Sicherheitsdienst. Ziel ist die Erreichung einer effizienteren Ressourcenverwendung.

In der Vergangenheit hat nur der Rechnungshof externe Inspektionen seiner Arbeit zugelassen. Das Ergebnis hat sich bezahlt gemacht. Dem Rechnungshof gelang es, seine Verwaltungskosten zu reduzieren und ein höheres Produktivitätsniveau zu erreichen.

Ich möchte die hohe Professionalität des schwedischen Ratsvorsitzes hervorheben. Bereits im April, also noch bevor unser Auftrag eigentlich in Kraft trat, trafen wir uns mit dem Ministerpräsidenten, Herrn Hans Lindblad, und dessen Kollegen. Wir einigten uns über die Prioritäten sehr schnell und bewerkstelligten es gemeinsam, rationale Elemente und Ausgangspunkte einzuführen.

Wir unterbreiten heute in der Plenarsitzung eine gemeinsame Erklärung über die Gebäudepolitik, die einen signifikanten Posten bei den Verwaltungskosten der Institutionen stellt. Ich glaube, dass es uns gemeinsam gelungen ist, einen Prozess in Gang zu bringen, der uns Kostenersparnisse auf diesem Gebiet einbringen wird.

Meine Damen und Herren, nur durch gemeinsame Anstrengungen auf europäischer Ebene wird es uns gelingen, mit den größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zurechtzukommen: Klimaschutz, Rohstoff- und Energierisiken und -kosten, ökonomische Globalisierung und Bedrohungen unserer Sicherheit. Wenn Europa diese Probleme bewältigen möchte, müssen ihm effektive und komplexe Instrumente zur Verfügung stehen. Der Vertrag von Lissabon wird uns diese Instrumente an die Hand geben. In der

Anfangsphase des in Kraft tretenden Vertrags wird die EU zur Umsetzung neuer Strategien über ausreichend finanzielle Mittel verfügen müssen.

Selbst wenn die heutige Diskussion über den EU-Haushaltsplan für 2010 sich als die letzte in diesem Jahr erweist, wird die Arbeit von beiden Berichterstattern am Haushalt nicht beendet sein, sondern wird mindestens weitere drei Monate andauern, und zwar aus Gründen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Vertrags von Lissabon. Ich denke, dass diese Arbeit erfolgreiche Ergebnisse hervorbringen wird.

**Jutta Haug, Berichtersterterin.** – Herr Präsident, Herr Ratspräsident, Herr Kommissar! Als wir im Dezember des letzten Jahres über den Haushalt dieses Jahres debattierten, wussten wir es bereits, und als Generalberichtersterterin für den Haushalt 2009 habe ich es auch in der Diskussion gesagt: Wir würden es mit den Auswirkungen der Finanzmarktkrise und ihren Folgen für die Realökonomie in allen unseren Mitgliedstaaten zu tun bekommen. Genau so geschah es!

Im April 2009 einigten sich das Parlament und der Rat auf die Finanzierung des ersten Teils der von der Kommission vorgeschlagenen Konjunkturspritze. Um die 2,6 Mrd. Euro zu stemmen, brauchten wir eine so genannte kleine Revision der Finanziellen Vorausschau. Wie auch sonst hätten wir die Mittel bei unserem eng geschnürten Finanzkorsett finden sollen? Die restlichen 2,4 Mrd. Euro, die an der Gesamtsumme von 5 Mrd. Euro fehlten, sollten in diesem Herbst gefunden werden. Da sind wir nun. Wir haben Herbst, und dank einer ordentlichen Vermittlung zwischen Parlament und Rat zum Haushalt 2010 haben wir auch eine Lösung. Zu dieser Lösung trägt der Haushalt 2009 nicht unwesentlich bei.

Mit dem Nachtrags- und Berichtigungshaushalt 2010 kürzen wir die Zahlungsermächtigungen um mehr als 3,4 Mrd. Euro. Folgerichtig werden die Margen um die ungenutzten Teile in den unterschiedlichen Rubriken reduziert, knapp 1,5 Mrd. Euro. Das alles im Haushalt 2009, einem Haushalt, der mit 133,8 Mrd. Euro Verpflichtungsermächtigungen und 116,1 Mrd. Euro Zahlungsermächtigungen nicht gerade üppig ausgefallen ist. Wenn wir uns dann noch anschauen, auf welchen Haushaltszeilen die Kommission das nötige Geld gefunden hat, dann drängt sich einem einfach der Eindruck auf, dass die Kommission die Beschlüsse der Haushaltsbehörde einfach nicht ernst nimmt.

Wenn ich daran erinnern darf: Auch im Jahr 2008, als wir den Haushalt 2009 beschlossen, waren unsere Prioritäten Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union, Wachstum und Beschäftigung. Darum hatten wir mehr Geld als von der Kommission veranschlagt auf Haushaltszeilen gegeben, die die soziale Dimension im Sinne der Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen und die Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen fördern sollten. Genau diese Haushaltszeilen werden aber geplündert, wenn es um Transfers oder um Berichtigungshaushalte geht. Ja, ist es denn zuviel verlangt, wenn wir die Kommission auffordern, die Beschlüsse von Parlament und Rat umzusetzen, sich anzustrengen, dass das Geld dorthin gelangt, wohin es soll, und dort seine positiven Wirkungen entfalten kann? Dabei ist doch das, was die Kommission uns als Haushaltsentwurf vorlegt, weder exakt gerechnet noch gut geschätzt! Im Jahr 2009 hatten wir über 50 Mittelübertragungen und 10 Nachtrags- und Berichtigungshaushalte. Kann man da noch von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit reden? Das muss insgesamt besser werden!

Unsere Kolleginnen und Kollegen in den Fachausschüssen müssen den Implementierungsberichten im Laufe des Haushaltsjahres verstärkte Aufmerksamkeit schenken, und die Kommission muss endlich ihrem immer noch guten Ruf, eine gute europäische Verwaltung zu sein, gerecht werden. Ich hoffe, dass wir alle daran arbeiten!

**Reimer Böge, Berichterstatter.** – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der Einigung über den Haushalt 2010 sprechen wir also über 141,4 Mrd. EUR bei den Verpflichtungen und 122,9 Milliarden bei den Zahlungen.

Zu Beginn möchte ich ausdrücklich beiden Berichterstattern ganz herzlich für ihr Engagement danken und an dieser Stelle sagen, dass die Kollegin Haug völlig Recht hat mit dem, was sie eben zum Haushalt 2009 ausgeführt hat.

Wenn wir uns diese Zahlen anschauen, dann verbleiben trotzdem 11,2 Mrd. EUR unterhalb der Zahlungen der Obergrenzen für Zahlungen des mehrjährigen Finanzrahmens. Also, der mehrjährige Finanzrahmen lässt uns durchaus Spielräume innerhalb der vereinbarten Obergrenzen, wenn erforderlich und politisch gewollt.

Nun haben wir in den letzten Jahren mehrfach die Erfahrung gemacht, durch Umschichtung, durch wiederholtes und mehrfaches Ausquetschen von Margen, durch mehrfache Revisionen Antworten auf

notwendige Veränderungen im wirtschaftlichen und politischen Umfeld zu finden. Diese Instrumente sind ja vorgesehen, aber sie kommen jetzt mit dem, was wir 2010 gemacht haben, definitiv an das Ende ihrer Möglichkeiten. Das gilt im Übrigen auch für die Rubrik II, wo die Luft nach 2010 mit den bislang verfügbaren Margen auch sehr viel dünner sein wird und nicht mehr verfügbar sein dürfte.

Nun haben wir die zweite Tranche des so genannten Konjunkturpakets mit 2,4 Mrd. EUR in diese Vereinbarungen integriert, und es war richtig, die zweite Hälfte mit 2,4 Milliarden im Jahr 2010 zu finanzieren und nicht teilweise auf 2011 zu verschieben. Es war natürlich auch kein Konjunkturpaket, sondern es waren durchaus richtige, politische ergänzende Prioritäten im Hinblick auf Energie und im Hinblick auf Breitbandverkabelung im ländlichen Raum.

Wir haben durch Nutzung des Flexibilitätsinstruments 120 Millionen zusätzlich für Energieprojekte finanziert und 75 Millionen für das Kernkraftwerk in Kosloduj. Das war, liebe Kommission, schon ein merkwürdiges Verfahren, wie Sie damit umgegangen sind, und ich muss an dieser Stelle deutlich sagen, dass das noch nicht das Ende der Fahnenstange ist. Wir haben hier insgesamt 300 Millionen zu erwarten. Und wir erwarten in dem Zusammenhang, dass Sie diese noch zu finanzierenden Mittel für die Abwicklung dieses Kernkraftwerkes in die Halbzeitüberprüfung des Haushalts hineinnehmen und nicht durch erneute Kürzung in der Kategorie 1 B finanzieren wollen, und das ist hier ganz klar und deutlich zu verankern.

Wir haben darüber hinaus eine Revision für nicht verwendete Mittel aus dem Jahr 2009 vorgenommen, damit insgesamt 1,9 Milliarden für Energie und zusätzlich 420 Millionen für Breitbandinternet in der Kategorie II auf den Weg gebracht werden.

Ich will an dieser Stelle sagen, dass diese Entscheidung in der Gesamtsumme richtig war, aber es gehört natürlich auch dazu, dass wir heute klarmachen, dass wir nun die haushalterische Umsetzung des Vertrags von Lissabon als nächste Aufgabe vor uns sehen. Oder wollen wir damit bis 2014 warten, d.h. bis weitere politische Prioritäten, die die Europäische Union im Zuge der Globalisierung lösen muss, und neue Aufgaben auf uns zukommen?

In der für Donnerstag vorgesehenen Entschließung wird klar und deutlich gesagt, dass die neue Kommission aufgefordert wird, so bald wie möglich einen Bericht über die Durchführung der interinstitutionellen Vereinbarung zu veröffentlichen, wie es die Vereinbarungen vorsehen und gleichzeitig – und ich unterstreiche das dreifach – eine Anpassung, Überprüfung und Änderung der derzeitigen mehrjährigen Finanzplanung 2007-2013 vorzusehen sowie deren Verlängerung bis 2015-2016 zu unterbreiten, und darüber hinaus auch das Verfahren in Gang zu setzen, das für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen stattfinden soll, um eine ordnungsgemäße öffentliche und offene Debatte über den nachfolgenden Finanzrahmen einzuleiten.

Das ist die Aufgabe für die neue Kommission, und wir werden natürlich sowohl die Anhörungen als auch die Debatten, die im kommenden Quartal auf uns zukommen, dazu nutzen, diese politischen Prioritäten von der Kommission, aber auch vom Rat intensiv einzufordern. Wir haben also eine spannende Zeit vor uns.

**Hans Lindblad**, *amtierender Präsident des Rates*. – (SV) Herr Präsident, er ist eine große Ehre für mich, heute an Ihrer Debatte teilzunehmen. Das Haushaltsverfahren für 2010 war anspruchsvoll, und ich freue mich über die zwischen unseren Institutionen während der Konzertierungssitzung Mitte November zustande gekommene Einigung. Diese Einigung dient zwei unterschiedlichen, aber gleich wichtigen Zielen.

Auf der einen Seite bildet sie ein Rahmenwerk für die Festlegung des Haushalts 2010 mit dem Ziel, die Europäische Union so reibungslos wie möglich funktionieren zu lassen und eine Politik in der Art und Weise durchzusetzen, wie wir uns dies wünschen, während wir aber eine kontrollierte Erhöhung der Zahlungen garantieren, insbesondere in Zeiten, mit denen sich unsere Mitgliedstaaten gegenwärtig konfrontiert sehen. Andererseits wird hierdurch unter anderem die vollständige Finanzierung des zweiten Teils des Wiederauffüllungsplans bewerkstelligt. Es handelt sich um einen signifikanten Beitrag von der Europäischen Union zum Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen und finanziellen Lage.

Auch möchte ich die Genugtuung des Rats über die Einigung zum Ausdruck bringen, die wir im Hinblick auf die gemeinschaftliche Außen- und Sicherheitspolitik erreichten. Ich denke, dass der Haushaltsplan 2010 als ein Ganzes einen ausgeglichenen Kompromiss zwischen einerseits der erforderlichen Haushaltsdisziplin und wirtschaftlichen Haushaltsführung und andererseits unserer Pflichten darstellt, den Erwartungen unserer Bürger gerecht zu werden. Der Haushaltsplan repräsentiert auch einen Kompromiss zwischen den verschiedenen Fraktionen, Mitgliedstaaten und den unterschiedlichen Interessen des Rats und des Parlaments.

Es ist weder der vollständig vonseiten des Rats noch vom Parlament zum Beginn gewünschte Haushaltsplan. Ich denke aber, es handelt sich um einen guten Kompromiss, der unsere Ziele und Prioritäten auf bestmögliche Weise ausbalanciert. In diesem Zusammenhang möchte ich sagen, wie stolz ich bin, dass wir, mit anderen Worten Parlament und Rat als Haushaltsbehörde, mit großer Unterstützung durch die Kommission die benötigte Führung und das Verantwortungsbewusstsein demonstrieren und die generelle Einigung im November erreichen konnten. Ich denke, dass dies das richtige Signal in Verbindung mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon ist.

Es wäre ohne unsere gemeinsamen Anstrengungen nicht möglich gewesen, da alle Beteiligten ihren Teil dazu beitrugen. Auch wäre es ohne die ausgezeichnete und konstruktive Atmosphäre unmöglich gewesen, die unserer Meinung nach den gesamten Prozess kennzeichnete. Ich möchte diese Gelegenheit ergreifen, um dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Herrn Lamassoure, für seine Stärke, seine Offenheit und seine Fähigkeiten als Verhandlungsführer zu danken. Auch möchte ich den zwei Berichterstattern, Herrn Surján und Herrn Maňka, für ihre konstruktive Zusammenarbeit sowie meinen Kollegen im ECOFIN-Rat danken. Insbesondere möchte ich Herrn Kommissar Šemeta danken, der seiner Rolle als Vermittler vollständig gerecht wurde.

Last but not least möchte ich den Mitarbeitern in den drei Institutionen danken, die auf sehr professionelle Weise mithalfen, dies zu ermöglichen.

**Algirdas Šemeta, Mitglied der Kommission.** – Herr Präsident, ich bin sehr glücklich, die Gelegenheit wahrnehmen zu können, zum Parlament zu sprechen, bevor es seine zweite Lesung mit der Stimmabgabe am Donnerstag über den Haushaltsplan 2010 und den Nachtragshaushaltsplan Nr. 10/2009 abschließt, der zum Teil zum erfolgreichen Ergebnis des jährlichen Haushaltsverfahrens beigetragen hat.

Die Verhandlungen des Haushaltsplans 2010 erforderten Kompromisse und – wenn ich sagen darf – sogar Opfer auf beiden Seiten, um unser gemeinsames Ziel zu erreichen. Dies wäre ohne die konstruktive und verantwortungsvolle Rolle des Europäischen Parlaments und des Rats während der gesamten Verhandlungen nicht möglich gewesen.

Ich möchte vier Hauptpunkte hervorheben.

Lassen sich mich zuallererst einige Schlüsselemente des Vermittlungsergebnisses aufzeigen. Seit der im vergangenen April übereingekommenen gemeinsamen Erklärung wussten wir, dass wir einen heiklen Mittelweg bei der Suche nach einer Quelle zur Finanzierung der noch ausstehenden 2,4 Mrd. EUR des Europäischen Konjunkturprogramms zu finden hatten. Dies konnte nur durch einen Kompensationsmechanismus und durch Ausnutzung aller im mehrjährigen Finanzrahmen bestehenden Haushaltsmittel erreicht werden. Diese war in der Tat eine schwierige Auflage.

Trotz einer derart schwierigen Auflage gelang es uns, das Konjunkturprogramm im Jahr 2010 vollständig zu finanzieren und, wie der allgemeine Berichterstatter betonte, uns auf einen EU-Haushalt zu einigen, der ein Hilfsmittel zur Überwindung der Wirtschaftskrise sein kann.

In problematischen Zeiten glaube ich, dass die Botschaft an die Bürger noch stärker ist, da wir zur gleichen Zeit, mit beträchtlicher Unterstützung des Parlaments, auch auf die unvorhergesehenen besonderen Bedürfnisse von Milchproduzenten reagieren konnten.

Last but not least haben die beiden Teile der Haushaltsbehörde die Notwendigkeit weiterer Unterstützung im Hinblick auf Bulgariens Bemühungen zur Stilllegung des Atomkraftwerks Kozloduy durch die Anwendung des Flexibilitätsinstruments im Jahr 2010 bestätigt.

Lassen Sie mich zweitens im Hinblick auf die Reserven dem Parlament und insbesondere dem allgemeinen Berichterstatter, Herrn Surján, für die Berücksichtigung der von der Kommission als Reaktion auf die ersten Parlamentslesung gegebenen Antworten im sogenannten „Durchführbarkeitsschreiben“ danken.

Dies führte zu einer bedeutenden Verringerung der in den Haushaltsentwurf 2010 aufgenommenen Reserven zum Zeitpunkt der ersten Parlamentslesung.

Drittens möchte ich die Bedeutung eines reibungslosen Übergangs zum Vertrag von Lissabon hervorheben. Wir sind jetzt hinsichtlich des Haushaltsverfahrens endgültig beim Vertrag von Lissabon angekommen. Trotz der Unsicherheiten in Bezug auf das Inkrafttreten des neuen Vertrags konnten wir einen reibungslosen Übergang in den neuen gesetzlichen Rahmen sicherstellen.

Der vor uns liegende Zeitraum wird eine Herausforderung für alle Institutionen sein, da er eine Änderung ihres Ansatzes und ihrer Verfahren bedeutet, mit der Erfordernis eines verstärkten Dialogs direkt mit dem Start des Haushaltsverfahrens. Die Kommission ist bereit, ihren Beitrag zu leisten und Positionen im neuen Vermittlungsausschuss in Einklang zu bringen, während die Rechte der zwei Arme der Haushaltsbehörde gleichberechtigt respektiert werden.

Heute wissen wir, dass weitere Anstrengungen zur Umsetzung sämtlicher, von dem Inkrafttreten des Vertrags herstammenden, neuen rechtlichen Instrumente unternommen werden müssen. Nichtsdestotrotz konnten wir uns auf eine Reihe von Übergangsmaßnahmen einigen, mit denen dem Haushaltsplan 2010 die effektive Arbeit ermöglicht wird, in dem wir auf die loyale interinstitutionelle Zusammenarbeit, die sich über die letzten zwei Jahrzehnte entwickelt hat, gebaut haben.

Zum Abschluss gibt es den Berichtigungshaushaltsplan Nr. 10/2009, die Überprüfung des finanziellen Rahmens und die Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments. Ich nehme zur Kenntnis, dass das Parlament ebenfalls die Vorlagen zur Änderung des mehrjährigen Finanzrahmens und, wie bereits erwähnt, zum Flexibilitätsinstrument und dem Berichtigungshaushaltsplan Nr. 10 angenommen hat.

Ich möchte dem Berichterstatter, Herrn Böge, für die Unterstützung der Vermittlungsergebnisse danken. Dies zeigt, dass wir zur Erreichung unseres Ziels die mit der aktuellen institutionellen Übereinkunft bereitgestellten Instrumente optimal genutzt haben.

Ebenfalls möchte ich meinen Dank an die Berichterstatterin für den Haushaltsplan 2009, Frau Haug, für ihre Arbeit das ganze Jahr über an der Umsetzung des Haushaltsplans 2009 und ihre Unterstützung zugunsten des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 10/2009 danken, der Teil des „Pakets“ ist, das mit der Berichtigung des mehrjährigen Finanzrahmens und der Finanzierung des Konjunkturprogramms verbunden ist.

Auch habe ich ihre kritischen, an die Kommission gerichteten Bemerkungen über die Erfordernisse zur Verbesserung ihrer Leistung bei der Haushaltsplanumsetzung zur Kenntnis genommen.

Für dieses Jahr sieht der Berichtigungshaushaltsplan eine Senkung der Zahlungsermächtigungen von 3,2 Mrd. EUR vor, was wesentlich niedriger ist als die Verringerung von 4,9 Mrd. EUR im letzten Jahr und auf eine Verbesserung bei der Ausführung des Haushaltsplans hinweist, der nach der vorgeschlagenen Senkung auf 113 Mrd. EUR für 2009 festgelegt wird.

Es gibt noch Platz für weitere Verbesserungen, und ich kann Ihnen versichern, dass die Kommission weiterhin alles tun wird, um die bewilligten Haushaltsmittel für 2010 optimal zu verwenden.

Zum Thema Vereinfachung von Verfahrensweisen zur Beschleunigung der Abwicklung von Ausgaben: während diese Möglichkeiten geprüft werden, glaube ich, dass eine umsichtige Abwägung zwischen wirklicher Vereinfachung und der Erfordernis der Einhaltung der Regeln vorzunehmen ist, um die EU-Finanzinteressen zu schützen.

Noch einmal richte ich meinen Dank an das Verhandlungsteam des Parlaments und insbesondere den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Herrn Lamassoure, und den Berichterstattern für den Haushaltsplan 2010, Herrn Surján und Herrn Maňka.

Ebenfalls möchte ich dem Verhandlungsteam des Rats und insbesondere dem Staatssekretär, Herrn Lindblad, für die während des Haushaltsplanverfahrens geleistete, konstruktive Arbeit danken.

Ich hoffe, dass die heutige Aussprache konstruktiv und produktiv sein wird und zu einer positiven Stimmabgabe über den Haushaltsplan 2010 am kommenden Donnerstag führen wird.

**José Manuel Fernandes**, im Namen der PPE-Fraktion. – (PT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, der vorliegende Haushaltsplan repräsentiert eine Antwort auf die wirtschaftliche Krise, mit dem Blick fest auf Europas Bürger gerichtet. Es ist ein Haushaltsplan, der zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und zur Ankurbelung der Wirtschaft entworfen wurde. Wir räumen daher dem Europäischen Konjunkturprogramm mit der Finanzierung von 2,4 Mrd. EUR für das kommende Jahr Priorität ein. Auch sollte darauf hingewiesen werden, dass wir die wirtschaftliche Erholung fördern, indem wir die Zahlungsermächtigungen für die wichtigsten Haushaltslinien erhöhen.

Im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit möchte ich den Vorschlag zur Überprüfung des Erasmus-Programms hervorheben. Wir begrüßen die Gewährung von 300 Mio EUR an zusätzlichen Hilfen gegenüber dem Milchsektor; ich möchte jedoch hervorheben, dass eine Haushaltslinie zur Einrichtung eines ständigen Hilfsfonds für diesen Sektor geschaffen werden sollte.

Auch sehen wir es als sehr wichtig an, dass der aktuelle mehrjährige Finanzrahmen für 2007-2013 überarbeitet und wie von uns vorgeschlagen um die Finanzjahre 2015-2016 erweitert wird. Ich muss darauf hinweisen, dass der Klimaschutz, gemeinsam mit der Sicherheit der Energieversorgung EU-Prioritäten sind, die im vorliegenden Haushaltsplan keine ausreichend große Rolle spielen. Was die Haushaltspläne für das Parlament und die weiteren Institutionen anbelangt, die noch nicht für die zweite Lesung vorgelegt wurden, so handelt es sich um dieselben, die von uns anlässlich der ersten Lesung gebilligt wurden.

Die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) wiederholt, dass Klarheit und Transparenz an erster Stelle stehen; aus diesem Grund unterstützt sie eine langfristige Gebäudepolitik, die Umsetzung einer Finanzplanung auf Nullbasis zu Beginn einer jeden Legislaturperiode und eine Kosten/Nutzen-Analyse von Strategien wie etwa der Kommunikationspolitik des Parlaments. Was die neuen Anforderungen anbelangt, die aus dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon erwachsen sind, unterstützen wir Spitzenleistungen bei der Gesetzgebung und die Forderung nach angemessenen Mitteln zur Erreichung dieses Ziels.

**Göran Färm**, im Namen der S&D-Fraktion. – (SV) Herr Präsident, ich möchte allen Beteiligten einen großen Dank aussprechen. Diese Verhandlungen haben Ergebnisse hervorgebracht. Es bleiben einige Probleme, die vor der zweiten Lesung zu lösen sind, und alle beteiligten Parteien haben auf konstruktive Weise mitgeholfen, dies zu erreichen.

Obwohl es eine lange Zeit in Anspruch nahm, war es uns sehr wichtig, das Konjunkturprogramm finanzieren zu können, ohne die Lösungen auf einen späteren Zeitpunkt aufzuschieben. Wir waren erfreut, dass der Rat letztendlich unsere Sichtweise hinsichtlich der Notwendigkeit von neuen Geldern und der Anwendung des „Flexibilitätsinstruments“, wie im Fall von Kozloduy annahm.

Ich bin jedoch über die Position des schwedischen Ratsvorsitzes und des Rats bei einigen wenigen Punkten weiterhin überrascht. So dachte ich beispielsweise nicht, dass man sich dem Parlamentsvorschlag zur Bewilligung neuer Gelder zugunsten der neuen Ostsee-Strategie widersetzen würde. Ich bin jedoch erfreut darüber, dass auch dieser Punkt bewilligt wurde. Die zweite Sache, die mich überrascht – und die noch nicht vollständig gelöst ist – ist das Programm Progress und das neue Instrument für Kleinstkredite. Aus Sicht des Parlaments geht es darum, dass die EU Investitionen in Innovation erhöhen sollte, um soziale Ausgrenzung und Beschäftigungslosigkeit anzugehen. Dies scheint besonders wichtig angesichts der Tatsache, dass 2010 das europäische Jahr der sozialen Integration ist. Es ist dann schwierig nachzuvollziehen, warum der Rat und der schwedische Ratsvorsitz so hart um die durch Einschnitte im Programm Progress gesicherte Finanzierung des neuen Instruments für Kleinstkredite bis zum bitteren Ende zu kämpfen scheint.

Diesbezüglich habe ich eine direkte Anfrage an den schwedischen Ratsvorsitz.

Angesichts der hohen Arbeitslosenquote, des immer höheren Maßes an sozialer Ausgrenzung, gewaltiger Integrationsprobleme und einem Fortschrittsprogramm, das besonders gut funktioniert – warum besteht der Rat auf seine Forderung nach Einschnitten im Programm Progress?

Die diesjährigen Verhandlungen zum Haushaltsplan haben dazu geführt, dass fast alle neuen Prioritäten durch Veränderungen der Obergrenzen des langfristigen Rahmens und durch Anwendung des Flexibilitätsinstruments finanziert werden müssen. Es gibt kaum noch Spielräume. Dieser Rahmen wird sogar für weitere drei Jahre gelten, aber mit diesen Bedingungen für einen derartig langen Zeitraum zu leben, wird gänzlich unannehmbar sein. Ich richte daher eine weitere Frage sowohl an die Kommission als an den Rat.

Was ist Ihre Position im Hinblick auf die Forderung des Parlaments nach einer schnellen und umfassenden Überarbeitung des Finanzrahmens für den Zeitraum 2011-2013?

Wir glauben, dass die Haushaltsverhandlungen für die drei verbleibenden Jahre sich problematisch gestalten werden, wenn sich nichts ändern wird; insbesondere berücksichtigen wir die Tatsache, dass wir dabei sind, eine neue Erweiterungsrunde durchzumachen und wir uns großen neuen Verpflichtungen auf dem Klimagebiet gegenüberstehen. Meiner Meinung nach sollte der Grundsatz herrschen, dass neue Mittel für neuen Aufgaben bewilligt werden. Dieser Grundsatz gilt für gewöhnlich auf einzelstaatlicher Ebene und sollte auch für die EU gelten. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie sich darüber Gedanken machen würden.

**Anne E. Jensen**, im Namen der ALDE-Fraktion. – (DA) Herr Präsident, ich möchte Herrn Surján für das positive Ergebnis der Verhandlungen danken. Wie von anderen bereits geschehen, möchte auch ich meine Genugtuung über die Tatsache zum Ausdruck bringen, dass wir im Parlament auch in der zweiten Lesung an wichtigen Prioritäten festhalten konnten, auch wenn wir einige Einschnitte in Verbindung mit der Einigung machen



mussten, die wir mit dem Rat hatten. In Ergänzung zu den Energieinvestitionen im Konjunkturprogramm ist es uns gelungen, zusätzliche Gelder den Haushaltsplanlinien zuzuweisen, die auf Forschung und Innovation im Energiebereich abzielen. Es ist uns gelungen, unsere Pilotprojekte und vorbereitenden Maßnahmen sicherzustellen, die neue Initiativen darstellen, die vom Parlament angestoßen werden. Persönlich möchte ich sagen, dass wir von der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa uns freuen, dass es uns gelungen ist, Mittel für die Ostsee-Strategie zu sichern.

Wie auch schon andere möchte ich zwei Dinge hervorheben. Erstens, den Mangel an Flexibilität, im Hinblick auf welchen ich Herrn Šemeta bitte, der selbstverständlich in einer anderen Position innerhalb der Kommission weitermachen wird, die Tatsache zur Kenntnis zu nehmen, dass wir in der Tat diese Halbzeitüberprüfung des Haushaltsplans benötigen, und ich bitte die Kommission – die neue Kommission – dies ernst zu nehmen. Zweitens müssen wir Dinge genau in Augenschein nehmen und uns fragen, ob es irgendwelche neuen Prioritäten gibt, die wir in dieses Rahmenwerk einfügen müssen. Gibt es irgendwelche Programme, die nicht gut funktionieren? Können die Prioritäten innerhalb der bestehenden Rahmenbedingungen geändert werden, oder müssen wir das Rahmenwerk selbst überarbeiten? Wir sind natürlich in der Position, über Mittel zu verfügen, als eine Folge der Tatsache, dass zunächst viel Geld der Landwirtschaft innerhalb des mehrjährigen Finanzrahmens zugewiesen wurde. Dies ist jedoch nicht länger verfügbar, also werden die Dinge jetzt schwierig, wie Herr Böge darlegte. Jetzt kommt der Augenblick der Wahrheit. Die nächsten Jahre, in denen wir flexibel auftreten müssen, werden sehr schwierig, wenn wir die Finanzminister nicht dazu bringen können, mehr Geld bereitzustellen, und ich denke, dies wird im gegenwärtigen wirtschaftlichen Klima schwieriger als gewöhnlich werden.

Es gibt einen weiteren Aspekt, den ich ebenfalls ansprechen möchte. Ich bitte Herrn Šemeta, bei seiner zukünftigen Arbeit auch diesen zu berücksichtigen. Herr Maňka hat sehr gute Arbeit im Hinblick auf die Verwaltungsausgaben geleistet, und jetzt hören wir populistische Politiker sagen, dass wir den EU-Mitarbeitern nicht die ihnen tatsächlich zustehenden Gehaltserhöhungen geben dürfen. In meiner Fraktion befürwortet man nicht die Zuwiderhandlung gegen bestehende Vereinbarungen. Wenn Menschen mit dem System unzufrieden sind, müssen sie das System ändern. Es ist nicht gut, einfach mit dem Ergebnis eines etablierten Systems unzufrieden zu sein. Es denke, es gibt gute Gründe für eine Untersuchung der Bedingungen von EU-Mitarbeitern und in erster Linie eine Untersuchung, ob die für Mitarbeiter im EU-System vorgesehenen Regeln, auch die Führungsmöglichkeiten geben, die wir benötigen, um die effektivere Durchführung der EU-Strategien zu erreichen. Seit der Kinnock-Reform sind nunmehr mehrere Jahre vergangen. Seit der Erweiterung sind fünf Jahre vergangen. Es ist jetzt an der Zeit, die Dinge erneut zu überprüfen. Die ist nur etwas, worüber Sie, Herr Šemeta, nachdenken sollten.

**Helga Trüpel**, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissar, sehr geehrter Herr Ratsvertreter, meine Damen und Herren! Auch die Fraktion der Grünen findet, dass der Haushalt für das Jahr 2010, den wir verhandelt und vereinbart haben, ein vertretbarer Kompromiss ist. Wir hatten zu Beginn dieser Haushaltsberatung noch etliche offene Fragen und Lücken, die nicht finanziert waren. Wir haben jetzt mehr oder weniger Regelungen gefunden. Für die offenen Lücken zahlt das Parlament jetzt ein Drittel und der Rat zwei Drittel, so dass das aus unserer Sicht ein vertretbarer Kompromiss ist und wir in der Lage sind, jetzt in das neue Jahr 2010 zu starten.

Trotzdem möchte ich mit den Problemen anfangen, wie dieser europäische Haushalt strukturiert ist und wie rigide er ist. Wir haben ja schon gehört, welches politische Symptom hier vorliegt. Wenn wir im Haushalt 2009 50 Mitteltransfers und 10 Nachtrags- und Berichtigungshaushalte hatten, muss doch jedem einleuchten, dass die Vorgaben, die wir für diesen Haushalt mit seinem Korsett, seiner rigiden Struktur haben, offensichtlich nicht mehr auf der Höhe der Zeit sind und dass wir gemeinsamen aufgerufen sind, das zu ändern, wenn wir es in Zukunft besser machen wollen.

Deswegen jetzt zu den Fragen der anstehenden Überprüfung. Der Haushalt, den wir jetzt verabschieden werden – das war das Motto meines Kollegen László Surján –, ist ein Haushalt in Zeiten der Krise. Und Krise bedeutet dabei, Finanzkrise und Wirtschaftskrise. Aber ich möchte jetzt, während die Konferenz in Kopenhagen noch läuft, hinzufügen: Wir haben es natürlich mit einer noch viel existenzielleren Krise zu tun, nämlich der Frage, ob wir – und zwar weltweit – in der Lage sein werden, unseren Planeten zu retten und die Erderwärmung auf 2°C zu begrenzen. Dazu müssten wir alle gemeinsam handeln, was unsere Haushalte angeht, was unsere Ressourcensteuerung angeht und was unsere Art, zu wirtschaften und zu leben, angeht. Wir müssen auf erneuerbare Energien umstellen. Wir müssen unsere CO<sub>2</sub>-Werte dramatisch reduzieren. Wir müssen auf kohlenstoffarme Wirtschaft umstellen. Wir müssen deswegen natürlich auch mehr für Forschung ausgeben, und zwar Forschung in Nachhaltigkeit, in neue Werkstoffe, in neue Produkte. Nur so schaffen wir neue Arbeitsplätze.

Wir müssen das so machen, dass der europäische Binnenmarkt davon profitiert, aber dass auch die Europäische Union auf dem Weltmarkt mit grünen Technologien, mit ökologischen Produkten neue Chancen hat. Nur so werden wir auch die europäischen Bürgerinnen und Bürger von der Zukunft des europäischen Projekts überzeugen. Das bedeutet auch, dass wir – die Mitgliedstaaten und die Europäische Union – gemeinsam mehr in Bildung investieren müssen. Das ist nun mal die Ressource, die wir in der Europäischen Union haben und die wir ganz anders fördern müssen, damit unsere jungen Menschen in Europa, aber auch weltweit Chancen haben.

Ich möchte noch hinzufügen: Wir müssen auch unsere Landwirtschaftspolitik und die Agrarexportsubventionen dramatisch umstellen und die Strukturfonds im Blick behalten. Auch diese müssen, was Altbausanierung, Verkehrspolitik und nachhaltige Verkehrspolitik angeht, eine deutliche Veränderung erfahren. Was will ich also sagen? Der Haushalt 2010 ist ein gewisser Schritt in die richtige Richtung, aber das ist überhaupt nicht ausreichend! Wir Grünen haben den Begriff „*green new deal*“ geprägt, weil wir davon überzeugt sind, dass wir nur mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung im europäischen Geist mit den Mitgliedstaaten, der Kommission und dem Europäischen Parlament die politische Kraft und Überzeugung aufbringen werden, wirklich zu großen Veränderungen zu kommen, unsere Ökonomie zu transformieren und damit auch neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Nur wenn wir gemeinsam diese politische Kraft zu einer wirklichen Veränderung aufbringen, werden wir auch den europäischen Haushalt in diesem Sinne verändern, die nationalen Haushalte verändern und jetzt mit Blick auf Kopenhagen in den nächsten Jahren hoffentlich in der Lage sein, Mittel bereitzustellen, damit die armen Länder – vor allem südlich der Sahara – in die Lage versetzt werden, zu neuen Wachstumsmodellen zu kommen, nicht unsere Fehler zu kopieren, sondern damit wir gemeinsam – die Industrienationen, die Schwellenländer und die Entwicklungsländer – zu einem neuen Modell des Zusammenlebens und der Wirtschaft kommen. Nur dann werden wir auch europaweit und im Weltmaßstab erfolgreich sein.

**Lajos Bokros**, im Namen der ECR-Fraktion. – Herr Präsident, der EU-Haushaltsplan leidet an einer Vielzahl struktureller Probleme. Es ist zu groß und wächst weiter. Für viele Posten gibt es eingebaute automatische Erhöhungen, insbesondere bei den Betriebskosten der Bürokratie ohne eine erkennbare Leistungsverbesserung.

Es wird davon ausgegangen, dass alle Haushaltspläne Spiegelbilder einiger wirtschaftspolitischer Erwägungen ist. Der EU-Haushaltsplan bildet eine Ausnahme. Es spiegelt keine konsistenten gemeinsamen Werte wieder. Stattdessen wird versucht, eine EU-weite Politik der neokynesianischen Nachfragesteuerung zu rechtfertigen, indem mehr Geld für einen Großteil der Posten ohne irgendwelche zugrundeliegenden Strukturreformen ausgegeben wird.

Nehmen Sie das Beispiel des Fonds für die Anpassung an die Globalisierung. Eine halbe Milliarde Euro soll zur Abmilderung der negativen Auswirkungen der Globalisierung ausgegeben werden. Stattdessen tun sich die Mitgliedstaaten schwer, rationale Vorschläge für eine zweistellige Millionenhöhe zusammenzustellen. Einerseits handelt es sich um eine enorme Verschwendung von knappen Ressourcen, andererseits ist es ein Musterbeispiel für die Verzerrung der Regeln von kreativer Zerstörung im Kapitalismus.

Der Haushaltsausschuss war unglücklich über einen weiteren, in letzter Minute auftauchenden Posten, nämlich die Kosten für die Abschaltung des Atomkraftwerks Kozloduy. Es war ein Zeichen von Fehlplanung. Nichtsdestotrotz sollte nicht nur die Abschaltung von Kozloduy, sondern sogar die Unterstützung für den Bau eines neuen Atomkraftwerks wichtiger als die Ausgaben im Milchfond mit dieser unzeitgemäßen und ineffizienten Erhöhung sein.

Als wäre es Teil einer zuträglichen Nachfragesteigerung erhält die EU-Bürokratie unverdiente und nicht notwendige Gehaltserhöhungen. Wenn die EU mit einer einmaligen, tiefen Rezession kämpft, ist es einfach unpassend, uns selbst und unsere eigene Verwaltung vor den negativen Konsequenzen zu schützen. Wäre es nicht viel angemessener, sogar eine Nominallohnsenkung zu akzeptieren und damit die Beschäftigung im Namen der europäischen Solidarität zu fördern?

Auch ist es ein beunruhigendes Zeichen mangelhafter Planung, dass die Disparität zwischen Verpflichtungs- und Zahlungsmächtigungen bei einer großen Postenanzahl zunimmt. Da wir kein Defizit auf uns nehmen können, verschieben wir immer mehr Verpflichtungen in die Zukunft. Dies ist gleichbedeutend damit, die Zukunft der EU zu verpfänden und zukünftige verfügbare Ausgaben irreparabel zu untergraben.

Viele Abgeordnete konzentrieren sich auf Lieblingsprojekte und Wahlgeschenke. Der Haushaltsplan sollte nicht als ein rückwärtsgerichtetes Werkzeug zum Erhalt des Status Quo verwendet werden, sondern als ein zukunftsweisendes Instrument zur Schärfung der institutionellen regulatorischen Rahmenbedingungen der

EU, der seinerseits auf eine Stärkung des Binnenmarkts abzielen sollte. Weniger Schutz eigennütziger Interessen ist der Schlüssel dafür, dass die EU auf der Weltbühne nicht in die Bedeutungslosigkeit fällt.

**Miguel Portas**, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion.* – (PT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich denke, wir sind in großer Gefahr, mit dem vorliegenden Haushaltsplan den Wald vor lauter Bäumen nicht zu sehen. Ehrlich gesagt, die Frage, die ich an Sie richten möchte lautet: Gäbe es keine Krise, würde sich dieser Haushaltsplan sehr von dem jetzigen unterscheiden? Wir alle wissen, dass dies nicht der Fall sein würde. Dies ist das entscheidende Problem. Aus diesem Grund gibt der Bericht, über den wir am Donnerstag abstimmen werden, zu erkennen, dass der Rat nicht bereit ist, die verfügbaren Finanzmittel zur Bewältigung der Krise zu erhöhen, die Zahlungsmöglichkeiten für den Struktur- und Kohäsionsfonds exakt zu dem Zeitpunkt zu verringern, in dem die Krise eintritt und ernst ist und, ich wiederhole, dem Klimaschutz nicht die ihm gebührende Bedeutung einräumt.

Der Bericht selbst gibt Anlass zu weiteren Kritiken, wie denen von Frau Haug. So gibt es beispielsweise eine enorme Ungleichheit zwischen dem bewilligten Ausgabenniveau und den erfolgten Zahlungen. Die Ausgaben bleiben unter den geplanten Limits; und wir wissen im Grunde genommen nicht einmal, ob das, was ausgegeben wird, auch wirklich gut ausgegeben ist. Wie kann dieses Haus, angesichts einer solchen vernichtenden Bewertung, einen solchen Haushaltsplan genehmigen? Es gibt nur eine Erklärung: Das Parlament ist die schwache Instanz in der Haushaltsbehörde. Selbst Kinder wissen, dass derjenige, der bezahlt, den Ton angibt, und es sind die Mitgliedstaaten, die zahlen.

Meine Damen und Herren, heute sprechen wir über die Zukunft, denn innerhalb eines Jahres, werden die Europäer mit dem größten Haushaltsanpassungsprogramm seit Menschegedenken in jedem unserer Mitgliedstaaten konfrontiert sein. Für den Normalbürger ist es recht einfach: Endet die einige Krise, beginnt eine weitere, dieses Mal angeblich zur Umstrukturierung öffentlicher Finanzen. Diese Politik ist unverantwortlich und hält in der Zwischenzeit das Nulldefizit im Europäischen Haushaltsplan aufrecht. Die Schwierigkeiten können nicht weiter von den gleichen Menschen wie immer getragen werden: den Arbeitslosen, Aushilfsarbeitern und Rentnern durch Einschnitte in ihre Renten.

Die Union wird erst dann aufhören Teil des Problems zu sein, wenn sie anfängt, die Rechnungen an die richtigen Adressen zu versenden. Ohne die Schließung von Steueroasen, ohne die Besteuerung von Finanztransaktionen und ohne die Ausgabe von Schuldverschreibungen werden wir niemals in der Lage sein, die Krise in Angriff zu nehmen, mit als der einzigen Antwort, dem ein Ende zu setzen: soziale Gerechtigkeit. Sie können daher auf die Linke bei einer kräftigen und radikalen Überarbeitung der finanziellen Perspektive bis 2016 mit Umverteilungscharakter zählen; zählen Sie jedoch nicht auf die Linke, einen mittelmäßigen Haushaltsplan aufzuschminken, der sich weder die soziale Krise angeht noch den Ehrgeiz aufweist, der im Kampf gegen den Klimawandel benötigt wird.

**Marta Andreasen**, *im Namen der EFD-Fraktion.* – Herr Präsident, die Vorlage für die zweite Lesung des Haushaltsplans 2010 stellt weiterhin eine Steigerung von 6 % gegenüber 2009 dar. Diese Vorlage scheint von einem anderen Planeten zu stammen – einem Planeten ohne Finanzkrise. Nach dem Vermittlungstreffen im November bedauert das Parlament immer noch die Weigerung des Rats, die Finanzierung der Programme unter der großen Überschrift „Wettbewerbsfähigkeit in den Bereichen Wachstum und Beschäftigung“ zu erhöhen. Der Rat muss doch nur allzu gut wissen, wie solche Mittel verwendet werden.

Das Parlament kritisiert den Rat auch wegen der Kürzung der Zahlungen und führt an, dass dies nicht zu einer Verringerung der Disparität zwischen den Zahlungsverpflichtungen und Zahlungen beiträgt. Der Rat muss doch nur allzu gut wissen, dass diese Ungleichheit auf mangelnde Intelligenz und Beratung zurückzuführen ist, die das Haushaltsverfahren kennzeichnet. Der Rechnungshof lenkte kürzlich unsere Aufmerksamkeit auf die Summe der nicht verwendeten Mittel, die aktuell bei 155 Mrd. EUR – oder 126 % des aktuellen Jahreshaushaltsplans steht. Sagt Ihnen dies etwas?

Das Parlament begrüßt die Erhöhung bei den Verwaltungsausgaben – eine Erhöhung, die auch die Abgeordnetengehälter umfasst. Wir halten es für unanständig, für eine Erhöhung unserer eigenen Gehälter zu stimmen, für die allesamt die Steuerzahler aufkommen müssen, die ihre Arbeit und ihre Sozialversicherung aufgrund der Senkung einzelstaatlicher Haushaltspläne verlieren. Unter den derzeitigen Umständen sollten wir auf jegliche Erhöhungen verzichten. Das Europäische Parlament weist die vom Rat vorgestellten Haushaltskürzungen beim Struktur- und Kohäsionsfonds zurück. Werte Kolleginnen und Kollegen, ist Ihnen klar, dass in diesen Bereichen der Rechnungshof die meisten Fehler gefunden hat? Denkt das Europäische Parlament, wir sollten mehr Geld für Programme aufwenden, bei denen wir uns sicher sind, dass Missbräuche stattfinden?

Zusätzlich sollte die Öffentlichkeit wissen, dass dieser Haushaltsplan nicht die Kosten für die Umsetzung des Vertrags von Lissabon deckt, die über Berichtigungshaushaltspläne – d. h. durch eine Hintertür – aufgeschlagen werden. Man könnte fragen, wie hoch dieser Betrag ausfallen wird. „Wen kümmert es?“, käme die Antwort, „Es sind Steuergelder“. Wie ich im vergangenen Oktober bereits erwähnte, werden die britischen Bürger einen Anstieg ihrer Beitragszahlungen an die Europäische Union von 45 Mio. GBP täglich auf 50 Mio. GBP täglich erleben, während die britische Regierung die öffentlichen Dienste reduzieren wird, um eine Kürzung des nationalen Haushaltsplans um 12 Mrd. GBP zuzulassen. Die Höhe dieses Betrags entspricht annähernd der Beitragszahlung des Vereinigten Königreichs an die Europäische Union. Es steht außer Frage, dass dieser Haushaltsplan eine Bürde und kein Weg aus der Krise ist.

Meine Kolleginnen und Kollegen, hören Sie auf Ihr Gewissen, und stimmen Sie gegen diesen Haushaltsplan.

**VORSITZ Miguel Angel MARTÍNEZ MARTÍNEZ**

*Vizepräsident*

**Angelika Werthmann (NI).** - Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Unabhängig davon, ob man in urbanen Gebieten oder auf dem Land lebt: Wir leben in einer Informations- und Wissensgesellschaft. Jene Menschen, jene Wirtschaftsbetriebe und Organisationen, die die modernen Informationstechnologien am besten zu nutzen wissen, haben die größten Chancen im Wettbewerb. Dazu bedarf es aber der Bereitstellung der nötigen Mittel für den Auf- und Ausbau der technologischen Infrastruktur in Form des Breitband-Internets auch im ländlichen Raum. Genau hier setzt der zweite Teil des europäischen Konjunkturprogramms an, und damit wird folgerichtig auch die Lissabon-Strategie unterstützt.

Energiesicherheit – die gegenwärtige und die zukünftige – ist ein zentrales Thema von europäischem Rang. Bulgarien hat sich für die Strategie des sofortigen Rückbaus des Atomkraftwerks Kosloduj entschieden. Die Stilllegung kostet Hunderte Millionen Euro. Dennoch bleiben die radioaktiven Altbestände ein permanenter Risikofaktor, der die Gesundheit und die Sicherheit künftiger Generationen gefährdet. Mich interessieren hier die wahren – die externen – Kosten der Nutzung atomarer Energie und wie diese zu berechnen sind.

Es ist höchst an der Zeit, alternative erneuerbare Energietechnologien nicht nur weiter zu erforschen und zu forcieren, sondern auch verstärkt zu implementieren. In der Gemeinsamen Erklärung über die Gebäudepolitik wird die Wichtigkeit einer mittel- bis langfristigen Gebäudepolitik betont. Persönlich sind mir hier drei Dinge wichtig. Erstens: mit energieeffizienten Gebäuden können CO<sub>2</sub>-Emissionen um bis zu einem Drittel gesenkt werden. Zweitens soll die Verwendung von gesundheitsschädlichen Baustoffen, insbesondere Asbest, unbedingt vermieden werden. Drittens bin ich wie immer für eine glasklare und kontrollierbare Politik, so auch in der Gebäudeplanung.

**Alain Lamassoure (PPE).** – (FR) Herr Präsident, ich wiederum möchte meine Zufriedenheit mit der im Vermittlungsausschuss erzielten Einigung ausdrücken. Sie erforderte die Intelligenz des schwedischen Ratsvorsitzes, den effektiven Beitrag der Kommission, die Kompetenz unserer Berichterstatter und einen Sinn für Kompromisse bei den Vertretern der Fraktionen. Wir sollten ihnen allen danken.

Meiner Meinung nach ist die große Nachricht des heutigen Tages jedoch nicht diese Einigung. In Bezug auf die Zukunft des europäischen Haushaltsplans finden die wichtigsten Ereignisse der Woche nicht hier in Straßburg, sondern in Kopenhagen statt. Dort haben unsere großen Staatschefs zwei Tage gebraucht, um 2,4 Mrd. EUR zu finden, mit der die sogenannte EU-Hilfe für benachteiligte Staaten, die vom Klimawandel betroffen sind, finanziert wird; und das gilt nur für 2010. Wir Abgeordnete wären als unverantwortlich angesehen worden, hätten wir keine Haushaltskürzungen der EU in Höhe von 81 Mio. EUR beschlossen, und hier sehen wir, wie 2,4 Mrd. EUR einfach so aus der Luft gegriffen werden.

Ich begrüße dieses Ergebnis, aber kein Demokrat kann ein Verfahren akzeptieren, das so undurchsichtig, so frei von jeglicher demokratischer Kontrolle ist – alle Parlamenten, das Europäische Parlament und die Nationalparlamente werden mit diesem *Fait accompli* konfrontiert werden – und das so unfaire Auswirkungen für bestimmte Mitgliedstaaten hat, denn einige werden zwei- oder dreimal soviel zahlen wie andere, ebenso wohlhabende Staaten.

Lassen Sie uns dies dennoch zuerst begrüßen: unsere Staats- und Regierungschefs erkennen an, dass die gemeinsame EU-Politik nicht länger mit einem Haushalt auskommen kann, der auf 1 % des Bruttoinlandsprodukts beschränkt ist. Sie erfinden den europäischen Haushalt neu, aber in einer Art paralleler Form. Ich zähle auf die neue europäische Kommission und auf den spanischen Ratsvorsitz, uns dabei zu

helfen, die Grundlagen des neuen Haushaltsplans Europas zu legen, deren Notwendigkeit jetzt niemand mehr abstreitet.

**Francesca Balzani (S&D).** – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, wenn wir zum Ende eines Haushaltsverfahrens kommen und es möglich ist, die geleistete Arbeit insgesamt zu beurteilen, denke ich, dass wir eine sehr ehrliche, offene Frage stellen müssen: ist das ein sinnvoller Haushaltsplan?

Dieser Haushaltsplan ist ein Übergangshaushaltsplan, einer, der den Wechsel zu dem Europa unter Lissabon kennzeichnet, einen Wechsel in der großen Wirtschafts- und Finanzkrise, die die gesamte Welt betrifft. Dieser Haushaltsplan ist daher in zweierlei Hinsicht unangenehm. Er muss auf die Krise reagieren, aber das Bewusstsein widerspiegeln, dass die in der Krise zur Verfügung stehenden Ressourcen dürftig sind. Er muss einen positiven Beitrag zur wirtschaftlichen Konjunktur leisten, aber gleichzeitig, wo möglich, die Ausgaben kürzen, reduzieren und bewahren.

Dieser Haushaltsplan wird für das nächste Jahr 141 Mrd. EUR zur Verfügung stellen. Das ist nicht viel mehr als 2009 zur Verfügung stand, aber es wurden große Anstrengungen unternommen, es wurde viel an den Prioritäten und daran, wie die vorhandenen Ressourcen diesen zugeführt werden können, gearbeitet. Der Fokus liegt auf zwei Haushaltslinien: der Wettbewerbsfähigkeit und der Umwelt. Auf der Wettbewerbsfähigkeit, weil dies die Sozialpolitik, die Umweltpolitik und die heikle Herausforderung durch die Strukturfonds umfasst, die immer noch die Eckpfeiler der Umverteilungsmaßnahmen in Europa darstellen. Dieser Haushaltslinie werden für nächstes Jahr 65 Mrd. EUR zugewiesen.

Und auch dem Bereich Umwelt, der die Landwirtschaftspolitik umfasst, werden ungefähr 60 Mrd. EUR zugewiesen. Dieser Haushaltsplan für 2010 bezieht sich jedoch vor allem auf das Konjunkturprogramm. Dieses Programm hat letztes Jahr starke Unterstützung erfahren, aber es wurde 2009 nicht vollständig finanziert. Heute können dank bedeutender Bemühungen zur Umdisponierung von Ressourcen endlich 2,5 Mrd. EUR in die Energieinfrastruktur und die Breitbandtechnik investiert werden.

Es wurden jedoch auch bedeutende Anstrengungen unternommen, um diesen Haushaltsplan in Übereinstimmung mit der Strategie von Lissabon zu formen, noch mehr Ressourcen als die, die von der Kommission im Haushaltsplanentwurf zur Verfügung gestellt wurden, für das Erasmusprogramm, für lebenslanges Lernen zur Verfügung zu stellen, weil die Frage besteht, die wir uns selbst ehrlich beantworten müssen, ob dies nämlich ein sinnvoller Haushaltsplan ist. Aber zu allererst haben wir eine grundlegende Messlatte: die Nützlichkeit des Haushaltsplan muss an die Bürger Europas angepasst werden.

Er muss für jeden wahlberechtigten Bürger Europas nützlich sein. Und ich denke, auf Grundlage dieser Nützlichkeit, die auf die Menschen zugeschnitten ist, müssen wir eine feinfühligte Diskussion über die Überprüfung der Verfügbarkeitsgrenzen und die Ressourcen, die wir Europa für seine Politik geben wollen, in Gang zu setzen und zu führen.

**Ivars Godmanis (ALDE).** – (LV) Herr Präsident, ich möchte etwas zu den europäischen Strukturfonds sagen. Diese machen ungefähr 35,5 % des gesamten europäischen Haushaltsplans aus. Insbesondere der Europäische Fonds für regionale Entwicklung und der Europäische Kohäsionsfonds umfassen von 2007 bis 2013 308 Mrd. EUR. 2010 umfassen sie 39 Mrd. EUR in Verbindlichkeiten und ungefähr 31 Mrd. EUR in Zahlungen. Welche Risiken und Probleme kann man erkennen? Die aktuellste Information ist vom 1. Oktober 2009: Es ist jetzt das Ende des zweiten Jahres, die lineare Umsetzung könnte 28,5 % betragen, 24,35 % der Zahlungen wurden geleistet, und hier sind die ersten Probleme. 55 % der Mitgliedstaaten liegen unter diesem Durchschnitt. Die Kennzahl im schlechtesten Staat liegt 40 % unter dem Durchschnitt und der Unterschied zwischen dem besten und dem schlechtesten Staat bei der Aufnahme der Fonds beträgt 370 %, d. h. ein Faktor von 3,7. Wenn wir uns die einzelnen Fonds ansehen, dann liegen 22 % der Mitgliedstaaten bei den Aufbauhilfe- und Regionalentwicklungsfonds unter dem Durchschnitt, wobei der schlechteste Wert 50 % unter dem Durchschnitt liegt, was einen Unterschied von 500 % zwischen dem besten und dem schlechtesten ausmacht. Es gibt Staaten, in denen die Aufnahme der Ressourcen fünf Mal schlechter ist als in denen mit der besten Aufnahme! Beim Europäischen Sozialfonds liegen 22 % der Staaten unter dem Durchschnitt, wobei der schlechteste 43 % unter dem Durchschnitt liegt und Unterschiede mit einem Faktor von 3,7 bestehen. Beim Europäischen Kohäsionsfonds liegt das schlechteste Land 68 % unter dem Durchschnitt und der Unterschied zwischen dem besten und dem schlechtesten Land beträgt 300 %. Wo liegt das Risiko? Wenn wir dies im Vergleich mit dem Zeitraum 2000-2006 betrachten, in dem es keine Krise gab, können wir erkennen, dass die Staaten, die jetzt bei der Aufnahme von Ressourcen zurückliegen, zu den Staaten gehören, die früher keine Fonds aufgenommen haben. Genau gesagt gibt es ungezahlte Gelder in Höhe von 16 Mrd. EUR für den alten Fonds für den Zeitraum 2000-2006. In dem Aufbauhilfe- und Entwicklungsfonds sind insgesamt

2,4 Mrd. EUR verloren gegangen. Das bedeutet, dass 20 % der Mitgliedstaaten dieses Geld nicht aufgenommen haben und es jetzt nicht erhalten werden. Beim Europäischen Sozialfonds beträgt diese Zahl 19 Mrd. EUR, da 16 % der Mitgliedstaaten diese Beträge nicht vollständig umgesetzt haben. Insgesamt bedeutet das, dass 4,3 Mrd. EUR geplant waren...

**James Nicholson (ECR).** – Herr Präsident, wir sind uns alle der übrigen 2,4 Mrd. EUR für das Europäische Konjunkturprogramm bewusst, die im Haushaltsplan für 2010 festgelegt wurden, und ich begrüße den Versuch, Europa in dieser Hinsicht durch dieses schwierige wirtschaftliche Klima zu führen. Ich habe das Gefühl, dass der Fokus dieses Programms auf Innovation und Arbeitsplätzen liegen sollte, und insbesondere auf der Einschränkung des Arbeitsplatzabbaus. Ich hoffe, dass dies sinnvoll ausgegebenes und kein verschwendetes Geld sein wird. Diese Ressourcen müssen von den Mitgliedstaaten angemessen ausgegeben und effektiv und wirksam genutzt werden.

Ich bin froh, dass die versprochenen 420 Mio. EUR für das Breitbandnetz in ländlichen Gebieten festgelegt wurden. Das wird in vielen ländlichen Gebieten eine sehr wichtige Initiative sein, die, wenn sie richtig umgesetzt wird, die Entwicklung von kleinen und mittelständischen Unternehmen in diesen Gebieten fördern sollte.

Ich begrüße die Tatsache, dass der Milchfonds eingerichtet wurde. Ich denke, dies war sehr nötig, und dass dies ein gutes Beispiel für die Leistung dieses Parlaments bei der Gestaltung dieses Haushaltsplans ist, wobei Fonds genutzt werden, die, um es so auszudrücken, nicht in anderen Bereichen genutzt wurden.

Ich möchte etwas darauf eingehen, was ich gern in der Zukunft im Haushaltsplan sehen würde. Ich möchte sehen, dass den Opfern von Gewalt, den Opfern von Terrorismus geholfen wird, denn ich denke, dass wir in diesem Bereich mehr tun können. Das sind Menschen, denen nicht geholfen wird. Sie kriegen nicht genug, und erhalten auch nicht genügend Hilfe von ihren Nationalregierungen. Da, wo ich herkomme, gibt es viele Bereiche, in denen die bestehenden Fonds helfen, aber es gibt andere Bereiche, in denen wir mehr tun könnten. Nach 2014 werden ihnen keine Fonds mehr zur Verfügung stehen, und ich rufe dieses Haus dazu auf, jetzt darüber nachzudenken, wie wir den Opfern von Gewalt und Terrorismus tatsächlich helfen können. Ich hoffe, dass der nachfolgende spanische Ratsvorsitz in der Lage sein wird, mir in diesem Bereich zu helfen.

Kann ich diese Gelegenheit ergreifen, um kurz meine Sorge über die Verwaltung von 60 Mio. EUR an Fonds in Nordirland auszudrücken. Ich hoffe, dass der Kommissar für Finanzplanung und Haushalt hier diesen besonderen Punkt aufnehmen wird. Die Northern Ireland Assembly hat die Verantwortung für die Verwaltung dieser Fonds. Sie liegen ungefähr 18 Monate zurück bei der Verteilung dieser Fonds. Ich möchte sie bitten, wenn sie diese Fonds zuweisen, dass sie dies effizient tun; dass sie es effizient und weise tun, zu einem Zeitpunkt, zu dem die Menschen zur Arbeit gehen müssen.

**Jacky Hénin (GUE/NGL).** – (FR) Herr Präsident, in unserer Union sollte der Zugang zu einer verlässlichen und kohlenstoffarmen Elektrizitätsversorgung als Grundrecht eines jeden europäischen Bürgers anerkannt werden. Dazu muss die Union eine echte europäische Politik für öffentliche Energie betreiben und nicht durch ein Haushaltsverfahren die Außerbetriebnahme eines Kernkraftwerks in Bulgarien finanzieren.

Ein Europa mit Energie für alle aufzubauen, bedeutet, dass man anerkennt, dass Energie ein öffentliches Recht der Menschheit ist und keine Ware. Das bedeutet, dass alle Richtlinien zur Deregulierung und Liberalisierung des Wettbewerbs im Energiesektor, die der Öffentlichkeit die Regulierung und den Besitz des gesamten Kernkraftsektors garantieren, aufgehoben werden, einschließlich derer zur Außerbetriebnahme und Untervergabe. Das bedeutet, eine Europäische Energieagentur zu schaffen, die die Forschungs- und Sicherheitsbemühungen aller Mitgliedstaaten im Energiesektor koordinieren und bündeln und allen EU-Bürgern gleichberechtigten Zugang zu Energie garantieren würde. Und es würde bedeuten, eine Wirtschaftsinteressengruppe einzurichten, die alle im Energiesektor tätigen europäischen Unternehmen, öffentliche ebenso wie private, zusammenbringt.

Diese Wirtschaftsinteressengruppe würde es ermöglichen, dass große Projekte, die sich auf die Verteilung der Netze, die kohlenstoffarme Energieerzeugung, Forschung und Sicherheit beziehen, im Rahmen einer Zusammenarbeit durchgeführt werden können. Daher würden die Gelder der Europäer gut genutzt werden; dies würde die Entwicklung fördern und nicht nur die Investitionskapitalrendite erhöhen.

**Bastiaan Belder (EFD).** – (NL) Herr Präsident, der Haushaltsplan für 2010 wird vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise angenommen und bei der Planung der EU-Fonds muss besonders sorgfältig vorgegangen werden. Auf diesem Hintergrund hat der Rat das Europäische Parlament gezwungen, Prioritäten zu setzen. Die kränkelnde Wirtschaft und Investitionen in Nachhaltigkeit sind zu Recht weit oben auf die Tagesordnung

gesetzt worden. Herr Surján hat in seinem Bericht die Prioritäten für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung angesprochen.

Diese Prioritäten werden in dem Wandel zwischen den einzelnen Überschriften des mehrjährigen Finanzrahmens widergespiegelt und lassen sich auch in der Finanzierung des Europäischen Konjunkturprogramms erkennen, das zu Recht die neue Technologie stark betont. Besonders relevant ist hier die Unterstützung für Projekte, die nachhaltige Energiequellen und die Verbesserung der Energienetzverbindungen mit Drittstaaten unterstützen. Wir müssen dazu beitragen, die dringend erforderliche Diversifizierung der Energielieferanten umzusetzen. Das sind erfolgreiche Prioritäten.

Ich möchte in diesem Zusammenhang jedoch auf Eines hinweisen. Wir hätten strenger sein müssen. Wenn die Europäische Union möchte, dass ihre Arbeit glaubwürdig ist, sollte sie sich auf ihre Kernaufgaben beschränken, anstatt ihre eigene Rolle bei der Bekämpfung der Krise aufzublähen. Zu den Angelegenheiten, die nicht unter die europäische Verantwortung fallen, gehören Bildung, Kultur und Bürgerrechte. Die Bitte um mehr Gelder, die ausgegeben werden können, die sich jedes Jahr wiederholt, widerspricht dem. Es sollte nicht nötig sein, das Flexibilitätsinstrument zu mobilisieren, um den Mangel an Geldern auszugleichen.

Stärkere Prioritäten würden uns andererseits zu einem konstruktiven Partner für den Rat machen, insbesondere in einer Zeit der Wirtschaftskrise, in der die Mitgliedstaaten Defizite erleben und drastische Einschnitte vornehmen müssen. Kurz gesagt möchte ich dem Berichterstatter, Herrn Surján, dafür danken, diesen Schritt in diese richtige Richtung getan und die Konjunktur betont zu haben, ohne jedoch die sozialen Aspekte der EU-Politik wie die Sorge um Heimkinder, insbesondere in Bulgarien, aus den Augen zu verlieren.

**Frank Vanhecke (NI).** – (NL) Herr Präsident, wenn man eine Minute hat, um über einen Haushalt von 141 Mrd. EUR zu sprechen, muss man sich natürlich auf das Wichtigste beschränken, nämlich, dass auf allen Ebenen – der Gemeinschaft, der Staaten, der Regionen und auch darunter – das sogenannte „europäische“ Geld tatsächlich uneffizienter und sorgloser ausgegeben wird als Geld, das aus Quellen kommt, die näher am Steuerzahler dran sind. Um ein Beispiel anzuführen: der Europäische Rechnungshof hat selbst berichtet, dass bis vor Kurzem ungefähr 11 % des riesigen Kohäsionsfonds völlig fehlerhaft ausgezahlt wurden. Für 2010 betrug die entsprechende Summe ungefähr 4 Mrd. EUR; kein unbedeutender Betrag. Das ist unerwünscht und nicht akzeptabel. Jetzt weisen wir in dem Haushaltsplan für 2010 weitere 2,4 Mrd. EUR dem Konjunkturprogramm zu. Ich bin nicht dagegen, aber ich frage mich weiterhin, ob die europäische Ebene wirklich angemessen ist, und ob es nicht vielleicht besser wäre, wenn sich Europa auf die effiziente Koordinierung greifbarer, unterschiedener Maßnahmen auf nationaler Ebene beschränken würde.

Schließlich bin ich weiterhin gegen die unglaubliche Verschwendung, die in allen europäischen Institutionen an der Tagesordnung ist.

**Salvador Garriga Polledo (PPE).** – (ES) Herr Präsident, natürlich möchte ich den beiden Berichterstattern, Herrn Lindblad, für den Rat, und insbesondere dem Herrn Kommissar, Herrn Šemeta, gratulieren, der erst seit wenigen Monaten für den Haushaltsplan verantwortlich ist. Ich glaube fest daran, dass er hervorragende Arbeit geleistet und erfolgreich eine bedeutenden Konsenslösung für die Vermittlung im November gefunden hat. Dazu möchte ich besonders dem Herrn Kommissar gratulieren.

Das ist das letzte Jahr, in dem wir die Haushaltspläne auf diese Art erstellen. Ich denke, dieses System hat sein Ende erreicht, und ich denke, dass die Fraktionen in den nächsten Monaten sehr ernsthaft darüber nachdenken müssen, wie wir ein neues Haushaltsplanverfahren aufstellen, das mit den Realitäten von Lissabon übereinstimmt.

Ich werde Ihnen ein Beispiel geben. Dieses Jahr hatten wir Diskussionen im Bereich Landwirtschaft; das waren virtuelle Diskussionen, aber sie hatten ein reales Ergebnis. Nächstes Jahr werden die Diskussionen von Anfang an real sein, dahingehend, dass wir das übliche Gesetzgebungsverfahren haben werden, und daher wird dies für alle Abgeordnete eine Übung in Verantwortung sein.

Und schließlich wird es, wie Herr Lamassoure gerade sagte, ein echter Haushaltsplan sein, es wird ein Haushaltsplan sein, bei dem es dem Rat nicht möglich sein wird, in einigen Gipfeln außerhalb des Parlaments genial über neue Haushaltslinien zu entscheiden, woraufhin die Europäische Kommission und das Europäische Parlament einige finanzielle Zauberkunststückchen aufführen müssen, um diese neuen und strahlenden Versprechen des Rats in den Haushaltsplan aufzunehmen. Damit hat es ein Ende, und was wir für den 1. Januar des nächsten Jahres erhoffen, ist, dass alle in den Institutionen Verantwortung zeigen werden und Haushaltspläne aufstellen, die die politische Realität und die wirtschaftliche und finanzielle Situation Europas widerspiegeln.

**Eider Gardiazábal Rubial (S&D).** – (ES) Herr Präsident, ich glaube, dass wir über das Ergebnis der Verhandlungen zwischen dem Parlament und dem Rat über die endgültige Annahme des Haushaltsplans der Union für 2010 erfreut sein sollten.

Wir sollten auch erfreut sein, weil wir es geschafft haben, die Finanzierung des Milchsektors zu erhalten, die wir im Parlament in der ersten Lesung angenommen haben und die dazu beitragen kann, dass unsere Bauern diese Krisenzeit überstehen. Ich hoffe, dass wir es schaffen werden, eine dauerhafte Lösung zu finden, und dass wir bald das Licht am Ende des Tunnels sehen werden.

Wir können auch erfreut sein, dass eine Einigung erzielt wurde, um einen Mikrofinanzierungsmechanismus für die Europäische Union mit frischem Geld zu finanzieren. Wir können auch erfreut über etwas sein, was offensichtlich erscheint, über das aber selten gesprochen wird: die Landwirtschaftsausgaben und die Ausgaben für die Kohäsion, die zwei wichtigsten Politiken der Europäischen Union, wurden nicht in Frage gestellt. Die Wahrheit ist, dass wir dies heute als Erfolg betrachten können.

Wir können besonders erfreut darüber sein, weil wir 2,4 Mrd. EUR neue Gelder gefunden haben, um den zweiten Teil des Europäischen Konjunkturprogramms zu finanzieren.

Versteckt unter dieser ganzen Freude steckt jedoch eine wesentlich weniger erfreuliche Realität. Es gibt kein Geld, um die Politiken zu finanzieren, die wir alle der Union zugewiesen haben. Oder besser gesagt: es gibt Geld, aber es scheint da im Rat ein unerschütterliches Dogma zu bestehen: nicht einen Euro mehr als das, was 2006 für den aktuellen Finanzrahmen genehmigt wurde. Herr amtierender Ratspräsident, das ist keine Haushaltssparsamkeit, das ist wirtschaftliche und politische Kurzsichtigkeit.

Erst vor einem Jahr hat die Europäische Kommission ein Konjunkturprogramm für die Europäische Union vorgeschlagen. Das war ein relativ bescheidenes Programm verglichen mit dem, was in den Mitgliedstaaten geschah, aber es konzentrierte sich auf die Ankurbelung der Zukunftssektoren in unseren Wirtschaften.

Der Rat war anfangs dagegen, da vorgeschlagen wurde, den Finanzrahmen um 5 Mrd. EUR zu erhöhen. Nach langen Verhandlungen und Diskussionen haben Sie das Programm angenommen, aber wir mussten es auf zwei Jahre verteilen. Sie haben die Europäische Kommission zu einigen kreativen Buchhaltungstricks gezwungen, damit diese Gelder verwendet werden konnten, ohne dass es im Finanzrahmen stark aufgefallen wäre.

Wir können nur von Transparenz und Vereinfachung reden, aber die Kommission musste uns ein wunderhübsches Diagramm zeichnen, damit diejenigen von uns, die den Haushaltsplan ausarbeiten, ihren Vorschlag verstehen. Ich fordere Sie, Herr amtierender Ratspräsident, auf, diese Vereinbarung einem Bürger zu erklären, der noch daran interessiert ist, was wir im Europäischen Parlament tun.

Das bedeutet, dass wir nicht das Europa schaffen, das nah am Bürger ist und das wir alle wollen. Ich sage dies nicht, um zu kritisieren, sondern weil die europäische Integration schwach sein wird, bis der Rat seine Politik ändert.

Wir haben gerade erst einen Vertrag unterzeichnet, aber wir brauchen einen neuen Geist. Entweder hören wir auf zu denken, dass jeder Euro, den wir für Europa ausgeben, ein verlorener Euro ist, oder wir gesellen uns zu den Euroskeptikern.

Am Donnerstag werden wir eine EntschlieÙung annehmen, die eine Überprüfung des Finanzrahmens erbittet, um den neuen Erfordernissen der Union gerecht zu werden. Ich stimme mit dieser Ansicht völlig überein, aber ich warne Sie, dass eine Überprüfung des Finanzrahmens eine Erhöhung beinhalten muss. Die neuen Erfordernisse können nicht finanziert werden, indem die aktuellen Prioritäten beschnitten werden. Um mich klarer auszudrücken – und ich werde jetzt zu Ende kommen, – wir werden keine Einschnitte bei der Kohäsionspolitik oder bei der Landwirtschaftspolitik akzeptieren.

**Gerben-Jan Gerbrandy (ALDE).** – (NL) Herr Präsident, wir diskutieren den letzten Haushaltsplan unter dem Vertrag von Nizza. Nächstes Jahr wird alles ganz anders sein: erstmalig wird das Parlament in der Lage sein, seine Zähne zum Beispiel in die Landwirtschaftspolitik und die Fischereiausgaben zu schlagen. Dieser Teil des Haushaltsplans kommt endlich in Reichweite des Parlaments, und darauf freue ich mich, das kann ich Ihnen sagen. Wie auch immer, jetzt sprechen wir über den Haushaltsplan für 2010. Ich möchte hier einige kurze Bemerkungen machen.

Das zusätzliche Geld für Energie und Forschung und auch für die Außerbetriebnahme des Kozloduy-Kernkraftwerks in Bulgarien sind positive Aspekte, worüber ich jedoch diskutieren möchte, sind



die großen Linien des EU-Haushaltsplans. Werden die europäischen Beiträge unsere Wirtschaft wirklich bereit für die Zukunft machen? Die Antwort ist „Nein“. Wir wollen uns nicht selbst etwas vormachen. Lassen Sie uns die kommende Überprüfung der finanziellen Vorausschau nutzen, um unseren Blick in die Zukunft zu wenden. Ich rufe den Rat und die Kommission auf, diese Überprüfung daher wirklich ernst zu nehmen, anstatt sie als eine Art Witz anzusehen. Der gegenwärtige Haushaltsplan investiert immer noch zu viel in die Wirtschaft von gestern: es gibt noch zu viel von der alten Unterstützung für die Landwirtschaft und die Regionen und zu wenig Investitionen in das, was wirklich wichtig ist, nämlich Nachhaltigkeit und Innovationen. Wir stehen an einem Wendepunkt. Wollen wir Europa in ein Freilichtmuseum verwandeln, in dem die Amerikaner, Chinesen und Inder feine Kultur und gutes Essen entdecken können, oder wollen wir es in eine dynamische, fortschrittliche Region verwandeln, die der Rest der Welt neidisch betrachtet? Anders gesagt, wollen wir Stagnation oder Fortschritt? Meine Antwort versteht sich von selbst.

Lassen Sie uns auch einen genauen Blick auf die Finanzierung der Europäischen Union werfen. Egal was geschieht, wir werden zu einem System wechseln müssen, das eigene Ressourcen verwendet. Als Antwort auf eine Anfrage meiner Fraktion, der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa, wird die Kommission einen Vorschlag dazu vorlegen. Darauf freue ich mich. Das gegenwärtige System gibt der Union zu wenig Bewegungsfreiheit und hat den perversen Effekt, dass sich die Mitgliedstaaten mehr dafür interessieren, wie viel sie zurückerhalten, als dafür, ob der europäische Beitrag wirklich effektiv ist. Ich bin auch der Ansicht, dass wir viel mehr tun müssen, um den Rückgang der Biodiversität weltweit aufzuhalten.

**Takis Hatzigeorgiou (GUE/NGL).** – (EL) Herr Präsident, wir stimmen dem politischen Ansatz dieses Haushaltsplans nicht zu, weil er die Militärausgaben erhöht und weil er die Politik langsam mit der NATO-Politik verschmelzen lässt. Im Grunde genommen schließt dies dauerhaft die Möglichkeit einer unabhängigen EU-Außenpolitik aus. Der fünfjährige Finanzrahmen beschneidet die Landwirtschaftsausgaben und unterstützt nicht die Haushaltswirtschaft, Kohäsion und den Kampf um die Erhaltung des Klimas.

Wir wollen eine Europäische Union, die Rechtsvorschriften erlässt, die den Verbraucher vor Spekulationen und die Bürger vor dem wahllosen Auge der Behörden schützen. Wir alle sind zu *Prima-facie*-Verdächtigen gemacht worden.

Ich möchte eins klarstellen: wir sind gegen den Haushaltsplan, aber unsere Argumente stehen in vollem Gegensatz zu denen, die wir zuvor von den fraktionslosen Abgeordneten aus dem Vereinigten Königreich gehört haben. Wir glauben an eine Verbindung nationaler Interessen, und wir akzeptieren nicht, dass es das Recht jeder Nation sei, sich in ihr Schneckenhaus zurückzuziehen. Das führt nur zu Feindseligkeit und schließlich zu Konflikten.

**Zoltán Balczó (NI).** – (HU) Die Europäische Kommission plant, in der Abänderung des Haushaltsplan für 2009 beträchtliche Ressourcen für zwei Bereiche abzuzweigen. Ein Bereich ist die Wettbewerbsfähigkeit, wozu die Forschungs- und Entwicklungsrahmenprogramme gehören, auch wenn das bisher als Priorität angesehen wurde. Wenn wir die Kandidaten in diesem Sektor beschuldigen, macht dies die Verringerung der Bürokratie zu einer noch deutlicheren Notwendigkeit. Der andere Bereich ist der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums, der eine Kürzung um 1,6 Mrd. EUR hinnehmen musste. Dieser Fonds soll für ländliche Gebiete verwendet werden, um die dort ansässige Bevölkerung zu erhalten oder wiederaufzubauen. Ungarn wird besonders schwer von diesem Problem getroffen. Die ungarische Landwirtschaft wird von großen Unternehmen beherrscht. Diese erhalten die großen Zahlungen für die Gebiete, obwohl sie relativ wenig Arbeitskräfte nutzen. Der Berichterstatter hat einige harte Worte zu der Abänderung geäußert. Er sagte, dass die Kommission die Hauptbereiche ausplündert. Da habe ich die folgende Frage: warum unterstützt er immer noch die Genehmigung dieser Abänderung?

**Ingeborg Gräßle (PPE).** - Herr Präsident, Herr Kommissar, Herr Ratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die Forderung des Kollegen Garriga nach realistischen Haushalten aufgreifen. Wo sind die Kosten des Vertrags von Lissabon? Das ist eine inzwischen sehr drängende Problematik. Wo ist unser Realismus bei der Frage der Strukturfonds? Die Strukturfonds sind unsere heilige Kuh. Wir haben bereits jetzt Haushaltsreste von 2,5 Jahren, die nicht abfließen, und schichten auf diese Haushaltsreste mindestens weitere 30 Milliarden auf.

Wir haben ein Problem auf dem Balkan, dort bereiten sich die Länder auf die Aufnahme in die Europäische Union vor, und wir haben doch dank ablehnender Beschlüsse durch Sozialisten und Liberale wenig Interesse daran, zu erfahren, was eigentlich wirklich auf dem Balkan passiert. Wie kooperieren die verschiedenen EU-Institutionen, von denen es inzwischen zahlreiche gibt, z.B. im Kosovo miteinander? Das waren alles

wichtige Änderungsanträge, die dieses Haus abgelehnt hat und von denen ich glaube, dass wir sie alle aufgreifen sollten, weil wir dort eine Aufgabe haben.

Wo ist der Fortschritt in den Fortschrittsberichten? Wir haben dem Audit-Bericht zugestimmt, in dem wir ein Ampelsystem gefordert haben, und doch hat der Haushaltsausschuss es hinterher abgelehnt, dieser Ampel dann auch mit einer entsprechenden Reserve Nachdruck zu verleihen. All dies sind Widersprüche, bei denen ich die Bereitschaft des Hauses zum Realismus, und die Bereitschaft, den eigenen Beschlüssen Nachdruck zu verleihen, noch nicht sehe.

Ich möchte Realismus bei Kosloduj anmahnen. Kosloduj war im Sonderbericht der Kommission über die Ausgabe der EU-Mittel in Bulgarien bis Sommer dieses Jahres nicht enthalten, obwohl dort Gelder aus PHARE eingeflossen sind. Bis Ende 2009 gab es mindestens 602 Millionen Euro für Kosloduj. Ich habe versucht herauszubekommen, was mit dem Geld passiert ist, und habe festgestellt, dass bislang nichts rückgebaut wurde, sondern dass bislang nur Pläne für das Stilllegungsmanagement gemacht wurden. Kosloduj hat mir gezeigt, wie wenig die Kommission weiß, was mit unserem Geld passiert, und es hat auch gezeigt, dass die zahlreichen Nebenhaushalte, die es inzwischen gibt, die Kontrolle erschweren und auch bei der Kommission selbst zum Verlust des Überblicks führen. Deswegen, lasst uns wenigstens aufhören, die Nebenhaushalte weiter voranzutreiben, weil es dazu führt, dass wir selber nicht mehr wissen, was gespielt wird!

**Edit Herczog (S&D).** – (HU) Herr Kommissar, meine Damen und Herren, während der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise muss dem Wachstum, der Wettbewerbsfähigkeit, den Arbeitsplätzen und einer effizienteren und einfacheren Umsetzung der Kohäsions- und Strukturfonds besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Abgesehen davon, umfassen weitere Prioritätsziele die Sicherheit der Energieversorgung und dessen Transport, die interne Sicherheit, demografische Herausforderungen und das Problem des Klimawandels.

Genau aus diesem Grunde begrüßen wir den großen parlamentarischen Erfolg, der mit dem uns vorgelegten Haushaltsentwurf erzielt wurde, und der mit dem Konjunkturprogramm und der Unterstützung für Energieinvestitionen verbunden ist. Außerdem begrüßen wir die kleineren Erfolge, wie die Unterstützung, die den Milchproduzenten gewährt wird, oder das Mikrofinanzierungsinstrument für KMU, die nach langen Diskussionen erzielt wurden. Außerdem möchte ich die intelligenten Energieprojekte und die Unterstützung für lebenslanges Lernen erwähnen. Wir müssen betonen, dass es ein echtes Ergebnis ist, dass wir es geschafft haben, die 2,4 Mrd. EUR für die Konjunktur aufzubringen. Ebenso bin ich hocherfreut, dass wir es geschafft haben, die Bestätigung des Galileo-Haushaltes zu garantieren.

Fast 2 Mrd. EUR wurden Energieprojekten zugewiesen, was vermutlich das bedeutendste Ergebnis ist, das sich das Europäische Parlament zuschreiben kann. Wir haben es außerdem geschafft, die sichere Schließung des Kozloduy-Kernkraftwerks in Bulgarien zu unterstützen, und ich möchte in dieser Angelegenheit besonders den Sicherheitsaspekt betonen. Wir haben es geschafft, auf Bitte des Europäischen Parlaments die Unterstützung für die Milchproduzenten in den Haushaltsplan aufzunehmen. Wir müssen außerdem betonen, dass das Parlament verantwortungsvolle Entscheidungen getroffen hat, und anerkennen, dass wir die Haushaltsplanspannen vernünftig zugewiesen haben.

Unser Spielraum wird jedoch immer geringer. Das Parlament kann stolz auf den Haushaltsplan für 2010 sein. Ich möchte den Berichterstattern, Herrn Surján und Herrn Maňka, dazu gratulieren. Unsere Aufgabe für die Zukunft besteht darin, sicherzustellen, dass der Vertrag von Lissabon nicht nur die Zuständigkeit des Parlaments stärken wird, sondern auch, dass der EU-Haushalt dank dieser Reform den Unternehmern und Bürgern Europas das Leben erleichtern wird. Um dies zu erreichen, wünsche ich uns in den kommenden Jahren große Stärke und Ausdauer. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

**Nathalie Griesbeck (ALDE).** – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, jetzt bin ich an der Reihe, der Fantasieshow und den Bemühungen Tribut zu zollen, die unsere Institutionen – mittels einiger Haushaltsplanungstechniken, wie Herr Lamassoure erwähnte, durch ein Wunder – unternommen haben, um die beträchtliche Summe aufzubringen, die der zweiten Phase des Konjunkturprogramms entspricht, nämlich 2,4 Mrd. EUR. Außerdem möchte ich sagen, wie erfreut ich über die 300 Mio. EUR bin, die wir gefunden haben, um in der kurzen Zeit auf die sehr ernste Krise reagieren zu können, die unsere Bauern heute betrifft. Ich hoffe, dass diese Summe und diese Schwierigkeiten bedeuten, dass wir bezüglich deren Zukunft einen pragmatischen Ansatz verfolgen. Außerdem sollten wir den Pilotprojekten und den Vorbereitungsaktionen, die, wie Frau Jensen betonte, unserem Haushaltsplan neues Leben einhauchen, Tribut zollen.

Abgesehen von diesen Bemerkungen, die sehr effektiv erfolgten, möchte ich zwei Punkte betonen. Zuerst möchte ich eine Frage stellen und zweitens einen politischen Standpunkt annehmen. Die Frage ist folgende: Ich hätte gern eine offizielle Erklärung, welche Haltung unsere Union hinsichtlich der Kohäsionspolitik und der Strukturfonds einnehmen wird, Elemente die im Auge des Sturms gefangen zu sein scheinen, der bestimmte EU-Partner betrifft. Ich glaube, dass dies zeigt, was gerade in Europa geschieht.

*(Der Präsident unterbricht die Rednerin)*

**Elisabeth Jeggle (PPE).** - Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In diesen Verhandlungen haben wir als Europäisches Parlament erfolgreich abgeschnitten. Mein Dank gilt allen meinen Kolleginnen und Kollegen im Parlament, die verhandelt haben und die auch gegenüber Kommission und Rat klare Kante gezeigt haben.

Nun ist es wichtig, allen Belangen des Lissabon-Vertrags voll umfänglich gerecht zu werden. Das gilt auch für den gesamten Haushaltsbereich. Und es hat sich gezeigt: Das Parlament ist ernst zu nehmen, und es hat Sinn, das Parlament ernst zu nehmen. Diese Haushaltsverhandlungen haben das sehr deutlich gemacht. Viele Kolleginnen und Kollegen haben das schon angesprochen: Wir haben unsere wichtigsten Ziele erreicht.

Als Berichterstatterin für den Agrarhaushalt im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung kann ich sagen: Unser Haushalt – der Agrarteil – wurde zwar wie eine Zitrone ausgepresst, wir sind aber innerhalb der Marge. Wir haben uns zurückgenommen. Wir haben das selber in unserem Ausschuss erreicht und hingebacht. Darauf lege ich Wert! 300 Millionen Euro für den Milchfonds gegen alle Argumente der Kommission über Jahre, gegen Argumente des Rates, das ist der Erfolg für das Parlament in dieser schwierigen Situation für die Milchbauern.

Aber auch andere Zweige in der landwirtschaftlichen Produktion haben es im Moment sehr schwer. Es ist nicht nur die Landwirtschaft, es sind nicht nur die Landwirte – viele Arbeitsplätze im nachgelagerten Bereich sind davon betroffen. Das macht in der aktuellen Situation noch mehr Schwierigkeiten. Für den Milchfonds brauchen wir noch die feste Haushaltszeile, und das wollen wir in der Zukunft erreichen. Wir haben im Haushalt 2010 mehr Gelder eingestellt als für 2009. Das ist der aktuellen Situation geschuldet, wir wissen das. Wir werden uns entsprechend verhalten und werden alles daransetzen, unsere Agrarpolitik zukunftsfähig und innovativ zu gestalten.

**Estelle Grelier (S&D).** – (FR) Herr Präsident, im Wesentlichen ist die Stimmabgabe über den Haushaltsplan eine zutiefst politische Handlung, und wir müssen aus dem Haushaltsplan, der uns vorgeschlagen wird, eine politische Lehre – eine wichtige, grundlegende politische Lehre – ziehen.

Der Haushaltsplan der Europäischen Union und insbesondere dieser spiegelt die Mängel des europäischen politischen Projekts wider, obwohl die europäischen Bürger dies jetzt, vor dem Hintergrund der Krise und dem Beginn unserer neuen Mandate, mehr als je zuvor benötigen würden. Dieser Haushaltsplan ist gekennzeichnet von der fehlenden Gesamtvision für Europa.

Der Rat und die Kommission haben sich entschieden, die Mitgliedstaaten ihre eigenen, oft konkurrierenden Konjunkturprogramme entwickeln zu lassen, und die Bemühungen, eine wirtschaftliche, soziale und umweltbezogene Konjunktur auf EU-Ebene zu koordinieren, aufzugeben. Es gab kein Versuch, die europäische Solidarität zu nutzen oder dazu aufzurufen.

Der Rat und die Kommission beruhigen ihr Gewissen, indem sie Schritt für Schritt ein Konjunkturprogramm umsetzen. Der Haushaltsplan für 2010 stellt tatsächlich die Finanzierung des zweiten Teils des Konjunkturprogramms mit einer Gesamtsumme von 5 Mrd. EUR bereit, ein lächerlicher Betrag. Zugegeben, damit werden dem Milchfonds 300 Mio. EUR zugewiesen werden, aber das reicht nicht aus, wenn wir wissen, das zum Beispiel in Frankreich das Nettoeinkommen der Bauern 2009 um 34 % gesunken ist.

Der Haushaltsplan für 2010 plant 25 Mio. EUR für Mikrofinanzierung ein und erlaubt gegen die Empfehlung des Rats, dass der Haushaltsentwurf bezüglich der Interventionen des Kohäsionsfonds erhalten bleibt.

Daher sollen wir ein bisschen in die Enge getrieben und aus Mangel an Alternativen für diesen Haushaltsplan stimmen, weil Europa – die Bürger – nicht ohne seine Interventionen auskommen kann, egal wie unpassend sie sein mögen. Trotzdem müssen wir gemeinsam – und zwar dringend – die Methoden der Finanzierung der ehrgeizigen Strategien, die Europa annehmen muss, und der Herauslösung des EU-Haushaltsplans aus seinem gegenwärtigen beschränkten und ungeeigneten Rahmen in Frage stellen.

Über die großen politischen Erklärungen hinaus muss uns der Präsident der Kommission, Herr Barroso, erklären, wie er die zukünftigen europäischen Strategien, über die er so viel spricht, zu finanzieren gedenkt, insbesondere diejenigen, die sich auf die neue Strategie zum Wachstum und Klimawandel beziehen. Von jetzt an werden sie sich nicht mehr mit so einem schwachen Haushaltsplan wie dem, der uns hier angeboten wird, begnügen können.

**Pat the Cope Gallagher (ALDE).** – (GA) Herr Präsident, ich unterstütze die Entscheidung des Europäischen Parlaments vollständig, die Finanzierung des Europäischen Konjunkturprogramm zur Priorität zu machen. Ein Konjunkturprogramm dieser Art ist nötig, um die wirtschaftliche Nachfrage zu steigern und die Wettbewerbsfähigkeit der Region wieder aufzubauen.

Aufgrund der Wirtschaftskrise steigen die Arbeitslosenzahlen in Europa, und dies wirkt sich stark auf die europäische Wirtschaft aus. Leider sind junge Menschen, die das erste Mal in ihrem Leben nach Arbeit suchen, am schlimmsten betroffen. Es ist entscheidend, dass Maßnahmen getroffen werden, um diejenigen zu schützen, die am stärksten benachteiligt sind.

Wir müssen Umschulungsprogramme einrichten, damit diejenigen, die heute ihre Arbeit verlieren, zukünftig schnell eine neue Stelle finden.

Das Programm soll mit dem Europäischen Sozialfonds und dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zusammenarbeiten.

Seit 1973, als Irland dem Beitritt in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zustimmte, hat die Europäische Union bei Bedarf wiederholt eine zentrale Rolle gespielt, indem sie das Arbeitslosigkeitsproblem des Landes mithilfe des Europäischen Sozialfonds in Angriff nahm.

Die Union hat erneut diese positive Rolle in Irland übernommen, und das Konjunkturprogramm ist dabei von entscheidender Bedeutung.

**Der Präsident.** – Vielen Dank, Herr Gallagher. Als der für Mehrsprachigkeit zuständige Vizepräsident möchte ich sagen, wie froh wir sind, Sie hier im Parlament auf Gälisch sprechen zu hören.

**Danuta Maria Hübner (PPE).** – Herr Präsident, ich möchte auf vier Punkte eingehen.

Lassen Sie mich zuerst die Notwendigkeit hervorheben, unseren Haushaltsplan für 2010 und insbesondere die Finanzinstrumente der Europäischen Kohäsionspolitik höchst zweckdienlich einzusetzen, um die wirtschaftliche Aktivität in allen Regionen und Städten der Union zu beleben und die Grundlagen zu schaffen, um die Wirtschaften der Mitgliedstaaten wiederzubeleben. Die Kohäsionspolitik bietet eine starke und notwendige Brücke zwischen der Erholung von der Krise und der langfristigen strukturellen Umwandlung der europäischen Wirtschaft.

Zweitens hat aus diesem Grund der Ausschuss für Regionalentwicklung die Kommission und die Mitgliedstaaten dazu ermutigt, die zur Verfügung stehenden Finanzressourcen nicht nur zu nutzen, um in die Prioritäten der Kohäsionspolitik von 2007-2013 – Klimawandel, Wissen und Innovation, Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Breitband, nachhaltiger städtischer Verkehr und Weiterbildung – zu investieren, sondern auch, um die Nützlichkeit der Kohäsionspolitik zu fördern; das heißt, alle Finanzinstrumente, die die Kohäsionspolitik geschaffen hat, in Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank zu nutzen, um den kleinen und mittelständischen Unternehmen zu helfen, diese schwierige Zeit nicht nur zu überleben, sondern vor allem weiter zu gehen, sich an die sich wandelnden Bedingungen der Weltwirtschaft, die sich selbst verändert, anzupassen, und den Herausforderungen – und Chancen – des Klimawandels zu begegnen.

Drittens, lassen Sie mich die Abgeordneten informieren, dass alle Zahlungsanträge für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und den Kohäsionsfonds aus dem Haushaltsplan für 2009 in Höhe von insgesamt 25,5 Mrd. EUR, vollständig verwendet wurden und damit zu Wiederbelebung, Strukturwandel, Wachstum, Beschäftigung und Klimawandel und Energieeffizienz beitragen.

Und schließlich bedauere ich in diesem Zusammenhang die Einschnitte bei der Unterstützung der Kandidatenstaaten, dem IPA-Regionalentwicklungsinstrument und dem Humanressourceninstrument, die sich um Bereiche wie Arbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung und Bildungsinvestitionen kümmern – Einschnitte von 7 Mio. EUR, was 0,5 % der zur Verfügung stehenden Kredite für die Verwaltung darstellt – ungeachtet der Erfordernisse zur Gewährleistung guter Lokalverwaltung und ungeachtet der Grundprinzipien guten Finanzgebarens, die diesem Haus so wichtig sind.

**Cătălin Sorin Ivan (S&D).** – (RO) Zu Anfang möchte ich den Berichterstattern zu den Ergebnissen gratulieren, die sie bei der Aushandlung des Haushaltsplans für 2010 erzielt haben. Die Bürger Europas brauchen mehr als je zuvor einen stabilen europäischen Haushaltsplan, um die Wirtschaftskrise und deren Probleme zu bekämpfen.

Die Haushaltspläne der Mitgliedstaaten erleben derzeit große Schwierigkeiten bei der Bekämpfung der Wirtschaftskrise, insbesondere da viele der Probleme, mit denen sie ringen, über den nationalen Einflussbereich hinausgehen. Das sind globale Schwierigkeiten, und sie erfordern koordinierte Reaktionen auf höchster Ebene. Aus diesem Grund bin ich hocherfreut, dass wir diesem Haus heute einen Haushaltsplan vorstellen können, der die zweite Phase des Europäischen Konjunkturprogramms, in Höhe von 1 980 Mio. EUR, vollständig finanzieren wird. Wahrscheinlich werden wir 2010 die ersten Anzeichen des Konjunkturaufschwungs erleben, aber die Nationalhaushalte werden von den Anstrengungen, die wir im letzten Jahr unternommen haben, sehr schwer getroffen werden. Außerdem wird die Arbeitslosigkeit in den Mitgliedstaaten ein Rekordhoch erreichen.

Die zukünftige Kommission wird eine gewaltige Verantwortung haben, den Mitgliedstaaten und den Bürgern der Europäischen Union dabei zu helfen, diese Härte zu überwinden. Ich möchte die Aufmerksamkeit der Mitgliedstaaten jedoch auf ihre Verantwortung beim Zugriff auf die europäischen Fonds lenken. Es ist sinnlos, wenn wir uns alle darum bemühen, Gelder für die Kohäsionspolitiken auszuhandeln, wenn diese Fonds nicht genutzt werden. Wie meine Kollegen rufe ich dazu auf, dass der mehrjährige Finanzrahmen für 2007-2013 so dringend wie möglich überarbeitet wird, denn wenn dies nicht geschieht, werden wir es nicht schaffen, hier einen Haushaltsplan für 2011 auszuarbeiten.

Ich möchte noch auf einen letzten Punkt eingehen. Der Haushaltsplan für 2010 wird trotzdem ein innovatives Merkmal einführen, das Sie vielleicht für nicht so wichtig halten, aber dem ist nicht so. Ich beziehe mich hier auf den Beginn der Vorbereitungen zur Schaffung eines gemeinsamen europäischen Rahmenwerks für das Schwarze Meer. Diese Maßnahme stellt eine Anerkennung des Schwarzen Meeres als wichtiges europäisches Thema dar und verringert die Widersprüchlichkeit bei der Behandlung des Schwarzen Meeres und der Ostsee durch die Politiken der Europäischen Union.

**Jean-Pierre Audy (PPE).** – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar, Herr Minister, ich möchte den Berichterstattern und unserem Vorsitzenden im Haushaltsausschuss, meinem Freund Herrn Lamassoure, gratulieren.

Ich möchte zwei Beobachtungen machen. Der erste Punkt betrifft die Forschung und dabei insbesondere das Sechste und Siebte Rahmenprogramm. Im Sinne der Rechtssicherheit wiederholen wir im Haushaltskontrollausschuss, dass wir wollen, dass die Europäische Kommission die Finanzbögen für abgeschlossene Projekte, die bereits genehmigt und bezahlt wurden, nicht neu berechnet, indem die Auswahlkriterien neu auslegt werden. Wir wiederholen unsere Bitte, dass die Kommission nicht von den internationalen Rechnungslegungsstandards abweicht.

Der zweite Punkt ist die Unterbringung der EU-Beamtenpensionen im Haushaltsplan. Wir schlagen vor, dass die Forderungen an die Mitgliedstaaten hinsichtlich der Beamtenpensionen – 37 Mrd. EUR zum 31. Dezember 2008, ein Anstieg von 4 Mrd. EUR seit 2007 – als Aktivposten in die Buchhaltung eingehen, und wir schlagen eine Studie zur Schaffung eines EU-Pensionsfonds vor.

Der dritte Punkt ist, dass das Amt für Betrugsbekämpfung unterstützt werden sollte. Es sollte gestärkt werden, damit es seine Aufgabe besser erfüllen kann, insbesondere in Bezug auf Handlungen außerhalb der EU.

Der vierte Punkt ist, dass wir es gerne sähen, wenn die Kommission die Ressourcen zur Verfügung stellen würde, die uns in die Lage versetzen, eine interinstitutionelle Konferenz zu veranstalten, die eine positive Zuverlässigkeitserklärung des Europäischen Rechnungshofs erzielen soll. Auf dieser Konferenz würden die nationalen Rechnungshöfe, der Europäische Rechnungshof, die Nationalparlamente und die zuständigen Verwaltungen zusammentreffen.

Der letzte Punkt ist, dass die Europäische Union nicht genug investiert, und das ist ein persönlicher Vorschlag: Ist es nicht an der Zeit, dass wir in unseren Haushaltsplan einen Abschnitt zu Investitionen aufnehmen, und dass wir in Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank – für die ich vorschlage, dass die Europäische Union, da wir jetzt eine Rechtspersönlichkeit haben, neben den Mitgliedstaaten Partner wird – einen Investitionsplan, insbesondere zu transeuropäischen Netzen haben? Damit werden Energie, Autobahnen, Hochgeschwindigkeitszugverbindungen, Wasserwege, Bildung, Breitbandnetze, Gesundheit, Raum und so weiter abgedeckt.

**Derek Vaughan (S&D).** – Herr Präsident, das ist mein erster Haushaltsplan in diesem Parlament, und ich bin sehr beeindruckt von dem Konsens über die Prioritäten des Parlaments und über den Konsens darüber, dass wir diese Prioritäten schützen sollten. Ich möchte allen an diesem Prozess Beteiligten danken.

Wir haben viel erreicht. Wir haben nicht alles erreicht, aber ich bin erfreut, dass wir so viel erreicht haben. Ich bin besonders erfreut über die Erklärungen zu den Strukturfonds und der Kohäsionspolitik. Ich hoffe, dass man sich an diese Erklärungen erinnern wird, wenn wir nach 2013 über die Politik entscheiden. Trotzdem bleiben dem Parlament noch schwierige Entscheidungen, wie die zur Finanzierung des Mikrofinanzierungsinstruments – ich hoffe, dass die Abgeordneten sich an diese Priorität erinnern werden – die, sicherzustellen, dass wir in den nächsten drei Jahren die Finanzierung für Kozloduy gewährleisten können, und die zur Gewährleistung der Finanzierung neuer Prioritäten: Prioritäten, die sich aus Kopenhagen ergeben, Prioritäten, die sich aus der Umsetzung des Vertrags von Lissabon ergeben, und Prioritäten, die sich aus der neuen Strategie für 2020 ergeben, die wir nächstes Jahr diskutieren werden.

Wir müssen all diese Probleme in dem Bewusstsein lösen, dass die Grenzen eng gesetzt sind, und dass der Rat zögern wird, zusätzliche Gelder zur Verfügung zu stellen. Daher ist zukünftig eine grundlegende Überarbeitung des Haushaltsplans absolut entscheidend. Wir sollten sicherstellen, dass der Haushaltsplan zukünftig unsere Prioritäten erfüllt.

Wir sollten auch eine neue Haushaltslinie für den Globalisierungsfonds betrachten, anstatt Geld aus anderen Linien zu nehmen. Wir müssen auch sicherstellen, dass dem Flexibilitätsinstrument genügend Geld zur Verfügung steht, damit wir reagieren und unsere Prioritäten ändern können. Momentan reicht der Betrag nicht aus. Wenn wir all dies tun können, dann werden wir unsere Prioritäten erfüllen, und was noch wichtiger ist, wir können den Bürgern Europas zeigen, dass dieses Parlament wichtig ist.

Unser Haushaltsplan sollte unseren Prioritäten folgen, aber er sollte auch den Prioritäten unserer Bürger folgen. Das ist die wichtigste Botschaft für uns als Parlament, aber auch die wichtigste Botschaft für die Kommission und für den Rat.

**Csaba Öry (PPE).** – (HU) Es ist wahrscheinlich kein Zufall, dass die Erstellung des Haushaltsplans für 2010 soviel Aufmerksamkeit auf sich zieht. All diese Aufmerksamkeit ist völlig gerechtfertigt angesichts der schlimmer werdenden Arbeitslosigkeit und der Schwierigkeiten, die sich aus der Wirtschaftskrise ergeben. Als Berichterstatter für die Stellungnahme des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten möchte ich dem Berichterstatter, Herrn Surján, für die Professionalität danken, mit der er die relevanten Dossiers behandelt hat.

Wir haben zuvor in dem Standpunkt, den ich im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten aufgezeichnet habe, die folgenden Prioritäten angeführt. Die oberste Priorität haben wir eindeutig den Instrumenten zugewiesen, die die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Bürger Europas lindern. Wir haben jeden Vorschlag unterstützt, einschließlich der 8,4%-igen Erhöhung, die die Wettbewerbsfähigkeit ankurbeln soll. Wir hoffen, dass dies Arbeitsplätze erhalten oder neue schaffen wird und zum Konjunkturprogramm, der erneuerten Strategie von Lissabon sowie dem Programm für lebenslanges Lernen beitragen wird.

Außerdem haben wir die Aufgaben betont, die mit dem Sozialfonds, beruflicher Bildung, dem Erwerb fachlicher Qualifikationen und lebenslangem Lernen verbunden sind. Ich habe das Gefühl, dass es besonders wichtig ist, dass wir es geschafft haben, 25 Mio. EUR zur Finanzierung des zukünftigen Mikrofinanzierungsinstruments für 2010 einzuplanen. Gestern haben wir über dieses Instrument diskutiert. Ich hoffe, dass wir es schaffen werden, uns auch schnell über die anderen Finanzierungsdetails zu einigen.

Ich glaube, dass es wichtig ist, dass in dem Haushaltsplan die Bedeutung der Finanzierung für Aktivitäten und Strategien nach Haushaltslinie 1a betont wird. Diese werden zu nachhaltiger Entwicklung und Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen. Besonders möchte ich die Punkte begrüßen, die die Lage von kleinen und mittelständischen Unternehmen verbessern sollen, sowie die Unterstützung, die dem Programm Progress, dem EURES-Beratungs- und -Informationsnetz und Pilotprojekten wie dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung gewährt werden.

Wenn man all dies zusammennimmt, habe ich das Gefühl, dass die Ziele, die vom Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten definiert wurden, eine wichtige Rolle in dem Haushaltsplan, für den wir den Berichterstattern Dank schulden, spielen können.

**Gay Mitchell (PPE).** – Herr Präsident, im letzten Parlament wurde den Satzungen der Abgeordneten und Assistenten viel Aufmerksamkeit gewidmet, und ich denke, das war ganz angemessen so. Jetzt zum Anfang dieses Parlaments und der neuen Kommission ist es an der Zeit, dass wir unsere Aufmerksamkeit dem Personal der drei Institutionen zuwenden und deren Rolle untersuchen.

Wir genießen den großen Vorzug, dass sehr professionelle und engagierte Menschen für das Parlament, den Rat und die Kommission arbeiten, aber Realität ist, dass wir hier im Parlament nicht genau wissen, was ein Großteil dieses Personals eigentlich tut. Sie tun das, was sie seit Jahren tun.

Wenn 27 Mitgliedstaaten in diesem Parlament vertreten sind, 27 Kommissare, die aus diesen Mitgliedstaaten in der Kommission zusammen kommen, und die Minister, die aus ihren Parlament hierher kommen, dann ist es für das Personal, das gewählt wurde, um uns zu dienen, sehr einfach, die Tagesordnung zu übernehmen.

Worum ich ganz am Anfang dieses Parlaments bitte, ist, dass die neue Kommission – ich weiß übrigens nicht, welcher Teil des Haushaltsplans für das Personal vorgesehen ist, aber ich weiß, dass er beträchtlich ist – eine Studie darüber anfordert, was das Personal der drei Institutionen tut, um sicherzustellen, dass es wirksam und effizient arbeitet, und vor Allem, dass es in seinen Handlungen transparent und rechenschaftspflichtig tätig ist. Ich denke, dies wäre ein wichtiger öffentlicher Dienst.

Es besteht eine zunehmende Annahme, dass es eine gesichtslose Bürokratie gibt. Ich teile diese Ansicht nicht, und ich meine dies nicht als ein zweifelhaftes Kompliment, da wir einige sehr gute Angestellte haben, aber das ist nicht die Maßnahme für mehr Effizienz und Wirksamkeit. Wir müssen wissen, was das Personal tut, und wenn uns die Agenda gemäß Lissabon mit einer effizienten und wirksamen Wirtschaft wichtig ist, dann müssen wir uns sicher sein, dass das Personal, das für unsere drei Institutionen arbeitet, wirksam, effizient und rechenschaftspflichtig eingesetzt wird. Ich glaube, dass es in jeder der drei Institutionen einen stellvertretenden Generalsekretär geben sollte, der diesen Institutionen regelmäßig über die Effizienz und Wirksamkeit des Personals berichtet.

Ich möchte die Kommission bitten, dies zu einem frühen Zeitpunkt in der neuen Kommission unabhängig und fair untersuchen zu lassen.

**Tadeusz Zwiefka (PPE).** – (PL) Herr Präsident, es scheint mir erwähnenswert zu sein, dass auch während der Haushaltsaussprache das Gesetz ein grundlegendes Element des gesellschaftlichen Lebens ist und sein Zusammenhalt unseren Kontinent eint. Der Gerichtshof der Europäischen Union spielt eine entscheidende Rolle in dieser Hinsicht, und daher hat der Rechtsausschuss eine Reihe von Änderungsanträgen vorgeschlagen, die Mittel wiederherstellen sollen, die in dem ersten Haushaltsentwurf vorgesehen waren und die es dem Gericht gerade so erlauben werden, nur seine wichtigsten Bedürfnisse zu decken.

Eines der dringendsten Probleme betrifft die Erhöhung der Haushaltsmittel für 2010 für die Übersetzung von Vorabentscheidungen, die ein grundlegendes Instrument darstellen, das von den nationalen Gerichten verwendet wird, um die nationale Gesetzgebung an die europäische Gesetzgebung anzupassen. Der EGH hat unzureichende Mittel, um seine Personalressourcen im Übersetzungsdienst aufzustocken, und dies führt zu Verzögerungen bei den gerichtlichen Verfahren. Die Gewährung zusätzlicher Mittel für den Gerichtshof wird dazu beitragen, die Arbeitseffizienz in diesem Bereich zu steigern sowie auch zu einer Verringerung der Verzögerung der gerichtlichen Verfahren in den Mitgliedstaaten. Die Verringerung der Mittel durch den Rat wirkt sich auf bereits stark gestutzte strategische IT-Projekte aus, die der Gerichtshof für 2010 vorgeschlagen hat, um die Qualität seiner Dienstleistungen zu verbessern und gleichzeitig das angestellte Personal zu reduzieren. Es ist entscheidend, dass die in dem gemeinsamen Haushaltsentwurf bereitgestellten Mittel wiederhergestellt werden. Die Informationstechnologie ist ein grundlegender Bereich, der es ermöglicht, die neuen Herausforderungen unserer Zeit zu erfüllen, der langfristige Einsparungen ermöglicht und den Bürgern bessere Dienstleistungen gewährt.

Außerdem möchte ich die Notwendigkeit betonen, den Referenzrahmenentwurf zu unterstützen. Im Februar 2009 hat eine Gruppe von Wissenschaftlern die endgültige Version einer Zusammenfassung des Referenzrahmenentwurfs vorgelegt, den die europäischen Institutionen als Grundlage für die Schaffung eines europäischen Vertragsrechts nutzen können. Zu diesem Zeitpunkt ist es äußerst wichtig, die Rahmentexte in so vielen Amtssprachen wie nur möglich zur Verfügung zu stellen, um es den Fraktionen, juristischen Gruppen und anderen Interessenten zu ermöglichen, eine gründliche Diskussion über das Thema des zukünftigen europäischen Vertragsrechts zu führen. Ich bin froh, dass das Europäische Parlament diese Fehler des Rats beheben und es dem Rat ermöglichen wird, besser zu funktionieren.

**VORSITZ Libor ROUČEK***Vizepräsident*

**György Schöpflin (PPE).** – Herr Präsident, wie alle anderen auch halte ich dies für einen äußerst guten Haushaltsplan. Es wurde sehr hart daran gearbeitet und ich beglückwünsche alle, die daran beteiligt waren.

Ich möchte an diesem Punkt der Debatte einmal versuchen, das große Ganze in den Blick zu nehmen. Es gab überaus wichtige Beiträge zu speziellen Themen, wir müssen jedoch den breiteren europäischen Kontext betrachten, um die Bedeutung von dem, worüber wir sprechen, zu verstehen. Es scheint mir, dass in einer Demokratie jede Institution über einen Haushalt verfügen muss, und die jeweilige Institution muss denen gegenüber, die die Beiträge tatsächlich bringen und die Mittel zur Verfügung stellen, über die Art ihrer Ausgaben Rechenschaft ablegen.

Folglich ist dieser spezielle Haushalt mit Verantwortung verbunden. Es ist die Verantwortung des Haushalts einer Institution, die ganz besonders zur Transparenz und Rechenschaft verpflichtet ist. Nicht zuletzt wird dies, angesichts unserer Verpflichtung zu Transparenz und Rechenschaft, in einer perfekten Welt eine verantwortungsbewusste Regierungsführung fördern und das Vertrauen stärken zwischen denen, die die Mittel ausgeben, und denen, die sie zur Verfügung stellen. Vielleicht sollte ich das aber betonen: in einer perfekten Welt – die Wirklichkeit sieht jedoch oft anders aus. Die Transparenz ist insbesondere deshalb von solcher Bedeutung, da sie mit dazu beitragen kann, die Kluft zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und denjenigen, die die Macht ausüben, zu verringern. Diese Kluft, und ich glaube da sind wir uns alle einig, ist eine zwangsläufige Erscheinung des modernen Lebens, deshalb sollte jede Institution ihr Möglichstes tun, sie zu überbrücken.

Hinzu kommt, dass schwierige Zeiten vor Europa liegen, und ich denke, dass dies die Unsicherheit der Bürgerinnen und Bürger noch erhöht. Was wir in diesem Zusammenhang tun können, ist Themen zu erörtern, indem wir Gespräch und Dialog fördern, was im Übrigen auch Meinungsverschiedenheiten mit einschließen sollte. Davon ausgehend halte ich den Haushalt für einen hervorragenden Schritt in die richtige Richtung und möchte ihn mit Nachdruck unterstützen.

**Peter Šťastný (PPE).** – Herr Präsident, der Haushalt für 2010 ist alles andere als großzügig – so wie jeder andere Haushalt. Unter den gegebenen Umständen müssen wir mit dem arbeiten, was wir haben, und wir haben als oberste Priorität die Auswirkungen einer schweren globalen Krise. Alles andere wird zweitrangig.

Als Berichterstatter des Ausschusses für internationalen Handel (INTA) hoffe ich, dass die aufgestockten Mittel in Kapitel 4 (Die EU als globaler Akteur) gut investiert und gut überwacht werden, damit sie verstärkt Handelsströme fördern. Außerdem sollten wir, einhergehend mit der Beseitigung von Handelsbarrieren, ein höheres BIP und Beschäftigungszuwachs erreichen.

Die WTO-Entwicklungsagenda von Doha ist die beste multilaterale Plattform, um diese Aufgabe zu bewältigen, besonders in den Entwicklungsländern. Daher sollte diese langwierige Geschichte endlich zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden, weil wir dann in der Lage sein werden, die schrecklichen Auswirkungen der Globalisierung mit einem wirklich wirksamen Mittel zu bekämpfen.

**Czesław Adam Siekierski (PPE).** – (PL) Meine Damen und Herren, der Haushalt für 2010 ist ein schwieriger Kompromiss. Einerseits soll er daraufhinwirken, die Wirtschaftskrise einzudämmen, gleichzeitig finanzieren wir Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels, hauptsächlich durch die Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen. Das ist eine gute Sache, aber sicherlich hemmt es kurzfristig die Entwicklung, einen Bereich, in dem wir weiterhin zu wenig ausgeben.

Die erhöhten Ausgaben für Forschung und Innovation sind gerechtfertigt. Das wird unsere Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Es scheint jedoch, dass wir noch immer zu wenig für Bildung ausgeben, einschließlich des Austauschprogramms Erasmus. Es ist gut, dass Mittel – wenn auch nicht ausreichend – für den Milchfonds bereitgestellt worden sind, denn das vergangene Jahr war für europäische Landwirte sehr schwierig. Wenn wir die wirtschaftlichen Bedingungen verbessern und Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung verringern wollen, sollten wir die Mittel für das Mikrofinanzierungsinstrument erhöhen. Die Finanzierung von Breitband-Internet in ländlichen Gebieten ist wichtig für die Entwicklung, aber natürlich ist dieser Haushalt, wie ich bereits gesagt habe, ein Kompromiss.

**Nathalie Griesbeck (ALDE).** – (FR) Herr Präsident, ich möchte gerne etwas nach dem Catch-the-eye-Verfahren sagen, da ich vorhin nur eine Minute Redezeit hatte, dabei hätten mir laut Tagesordnung eigentlich zwei zugestanden. Ich möchte nur etwas hinzufügen: Obwohl ich wie meine Fraktionskollegen am Donnerstag



für den zur Debatte stehenden Haushalt stimmen werde, möchte ich dennoch betonen, dass wir zurzeit nicht nur, wie vorhin aufgezeigt, eine Wirtschafts-, Finanz- und Umweltkrise erleben, sondern auch eine sehr schwere soziale Krise, verbunden mit dem Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Wenngleich der Haushalt ein empfindliches Gleichgewicht darstellt, bedauere ich es für meinen Teil, dass die Mitgliedstaaten nicht die starken politischen Signale berücksichtigt haben, die gerade an Menschen mit diesen Schwierigkeiten gesendet worden waren. Es wurde der Wunsch geäußert, zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen, als Teil eines Plans zur Hilfe für die Ärmsten, aber leider wurde er nicht umgesetzt. Das finde ich bedauerlich, da dies ein starkes Signal gesendet hätte, dass wir uns hin zu einem sozialeren Europa entwickeln.

**Zigmantas Balčytis (S&D).** – (LT) Vielen Dank, Herr Präsident, sehr geehrte Vertreter des Rates und der Kommission, meine Damen und Herren, der Haushalt für 2010 ist wirklich ein Beispiel für einen guten Kompromiss. Ich widerspreche eindeutig den Kollegen, die gesagt haben, der Haushalt für 2010 sei ein Krisenhaushalt. Einige von uns wissen als Vertreter bestimmter Staaten sehr genau, was ein Krisenhaushalt ist, nämlich wenn die Staatseinnahmen innerhalb von zwei Jahren um 30 % und mehr zurückgegangen sind.

Wir müssen die Kommission zu einigen Prioritäten beglückwünschen. Zusammen mit dem Rat und dem Parlament hat sie insbesondere zusätzliche Mittel für das Konjunkturprogramm, um beispielsweise den Breitbandzugriff auf das Internet zu verbreiten, und auch für den Strategieplan für Energietechnologie (SET-Plan) mobilisiert. Ich möchte aber auch erwähnen, dass es einige Problembereiche gibt.

Dennoch möchte ich auf die Rede meines Kollegen Herrn Godmanis aufmerksam machen, in der er darauf hingewiesen hat, dass es einzelnen Staaten seit über einem Jahr nicht gelingt, Fördermittel zu verwalten. Daher halte ich diesen Haushalt wirklich für gut. Ich bin der Meinung, er sollte unterstützt werden und beglückwünsche die Kommission.

**Ivars Godmanis (ALDE).** – Herr Präsident, da der Herr Kommissar anwesend ist, möchte ich kurz eine Sache ansprechen.

Wir haben folgendes Problem: Im Ausschuss für regionale Entwicklung arbeiten wir noch immer an den Änderungsanträgen, wobei die Europäische Kommission für 2009/2010 von den Mitgliedstaaten keine Kofinanzierung fordern wird. Die Mittel belaufen sich insgesamt auf mehr als 6,6 Mrd. EUR. Wir haben den Haushalt für 2010 angenommen, aber darin gibt es kein Geld für diese Anforderungen; der Haushalt von 2009 ist abgeschlossen.

Der Ausschuss für regionale Entwicklung wartet immer noch auf den neuen Kommissionsvorschlag, da der vorherige Vorschlag vom Rat abgelehnt wurde. Wir müssen unmissverständlich deutlich machen, was wir als Nächstes tun müssen. Ich gehe davon aus, dass es keinen Platz für diesen Vorschlag gibt, aber die Situation muss geklärt werden. Andernfalls arbeitet der Ausschuss für regionale Entwicklung in eine Richtung und wir im Haushaltsausschuss werden gar nicht wissen, was wir tun können, weil wir für diese Vorschläge im anstehenden Haushalt für 2010 kein Geld mehr haben.

**Ilda Figueiredo (GUE/NGL).** – (PT) Herr Präsident, inmitten der Wirtschafts- und Sozialkrise, die furchtbare Auswirkungen auf Beschäftigung und Lebensbedingungen der Bevölkerung hat, muss ich leider sagen, dass dieser Haushaltsentwurf 2010 keineswegs weit genug geht. Er berücksichtigt nicht einmal die Finanzielle Vorausschau, in der 1,1 % des Bruttonationaleinkommens der Gemeinschaft vorgeschlagen wurden, noch den Entwurf, der 1,08 % forderte, und in der ersten Lesung dieses Haushalts angenommen wurde.

Der Entwurf, dem nun hier zugestimmt werden soll, führt einen Haushalt weiter, der in erster Linie den neoliberalen und militaristischen Kurs der Europäischen Union finanziert. Dabei sei angemerkt, dass dieser erste Haushalt unter dem Vertrag von Lissabon zu Lasten der viel gepriesenen Politik des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts geht, der nun ein viel geringer Anteil zukommt. Insgesamt belaufen sich die Einschnitte in den Kohäsionsausgaben auf rund 2,5 Mrd. EUR, verglichen mit der Summe, die in der ersten Lesung bewilligt wurde.

Aus all diesen Gründen können wir mit diesem Haushaltsentwurf, der mehr als 11 Mrd. EUR unter dem liegt, was im mehrjährigen Finanzrahmen für 2010 vorgesehen war, nicht einverstanden sein.

**Hans Lindblad, amtierender Präsident des Rates.** – (SV) Herr Präsident, ich denke, das war eine spannende Debatte. Wir hatten unterschiedliche Ansichten, und so sollte es auch sein. Einige wollen eine Verschlinkung des Haushalts. Jedoch scheint es auch, als wären manche erst dann richtig zufrieden, wenn alle nationalen

Haushalte an die EU abgetreten würden. Glücklicherweise ist wohl eine Übertragung aller Macht an die EU nicht das, was unsere Wähler wollen.

Ich habe eine direkte Frage von Herrn Färm erhalten. Wenn man Herrn Färm so hört, möchte man meinen, als hätten wir in Europa keine Beschäftigungspolitik, wenn wir keine Kleinstkredite hätten. Das stimmt natürlich nicht. Die verschiedenen Mitgliedstaaten investieren riesige Summen in die Unterstützung der Wirtschaft und der Beschäftigung. Zusätzlich stockt Europa allgemein wesentlich den Haushalt auf, und stellt unter anderem 5 Mrd. EUR durch das Konjunkturprogramm zur Verfügung. Schließlich wäre da auch noch die sehr expansive Politik der Europäischen Zentralbank. Wir haben also zweifelsohne eine sehr leistungsstarke Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik.

Wenn Herr Färm der Meinung ist, dass Kleinstkredite besondere Priorität haben sollten, müssen wir natürlich andere Dinge zurückstellen. Es geht immer um Entscheidungen. Aber einfach nur mehr zu wollen und die Rechnung dann an die verschiedenen Mitgliedstaaten zu schicken, ist freilich auch keine akzeptable Lösung.

**Vladimír Maňka, Berichterstatter.** – (SK) Meine Damen und Herren, vielen Dank für Ihre anregenden Reden. Ich möchte den Vertretern der Europäischen Institutionen, dem Vorsitz des Europäischen Parlaments, den Schattenberichterstattern, Koordinatoren und Ihnen allen danken.

Alle Arbeit im Haushaltsausschuss wurde in diesem Jahr unter der Leitung von zwei Vorsitzenden geleistet: Herr Böge im ersten Halbjahr und Herr Lamassoure im zweiten. Herr Böge, Herr Lamassoure, ich bin mit Sicherheit nicht der Erste, der Ihnen sagt, dass Sie beide hervorragend zur Ausschussarbeit und zum gesamten Haushaltsverfahren beigetragen haben.

Ich schätze die Zusammenarbeit mit dem schwedischen Ratsvorsitz und dem Herrn Kommissar. Es gibt Frauen und Männer, die nicht offiziell genannt werden, wie unsere Berater, Assistenten und die Mitarbeiter in der Verwaltung. Sie sind jedoch besonders wichtige Personen. Ohne sie hätten wir heute nicht dieses Ergebnis erzielt. Ich möchte ihnen allen danken.

Meine Damen und Herren, der Vertrag von Lissabon wird Auswirkungen auf das gesamte Leistungsspektrum des Europäischen Parlaments und der anderen Institutionen haben. Was das Europäische Parlament betrifft: das Mitentscheidungsverfahren wird deutlich ausgeweitet und künftig auf bis zu 95 % der Gesetzgebung in Bereichen wie Freiheit, Sicherheit und Recht, Landwirtschaft, Fischerei, Forschung und Strukturfonds angewendet werden. Die Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit im Rat werden zunehmen, und es werden eine Reihe von Rechtsgrundlagen in Bereichen wie Tourismus, Sport, Energie, Zivilschutz und Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden geschaffen werden. Dadurch werden die Gesetzgebungstätigkeiten der EU allgemein zunehmen, was insgesamt erhebliche Auswirkungen auf die Befugnisse und Aktivitäten des Europäischen Parlaments haben wird, weshalb auch die Verwaltung deutlich ausgebaut werden muss.

In den kommenden Monaten werden wir die Mittel prüfen und beziffern, die notwendig sind zur Umsetzung der neuen Politiken der EU, die sich infolge des Vertrags von Lissabon ergeben. Ich bin der Überzeugung, dass wir zusammen erfolgreich das nächste Haushaltsverfahren auf den Weg bringen werden.

**Jutta Haug, Berichterstatterin.** – Herr Präsident! Mein Dank gilt auch allen Kolleginnen und Kollegen. Wir haben es geschafft, einen gemeinsamen Standpunkt gegenüber dem Rat einzunehmen. Aber auch dem Rat, der Ratspräsidentschaft, möchte ich an dieser Stelle ganz herzlich danken. Wer mich kennt, der weiß, dass ich mit Lob und Dank immer sehr sparsam umgehe. Aber der schwedischen Ratspräsidentschaft ihrer Arbeit, ihrer Präsenz auch immer dann, wenn wir über Haushaltsfragen gesprochen haben, vor allen Dingen in ihrer personalen Form, Herrn Lindblad, möchte ich wirklich herzlich danken. Das hat sich von anderen Ratspräsidentschaften, die ich schon im Laufe meines langen Abgeordnetenlebens erlebt habe, wohltuend abgehoben. Vielen Dank!

Heute Vormittag haben sich schon ganz viele Kolleginnen und Kollegen an der Diskussion beteiligt, viel mehr als sonst, das war jedenfalls mein Gefühl. Die meisten haben auch auf die Beschränktheit unseres Haushalts und seiner Struktur hingewiesen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, gehen wir also getrost davon aus, dass der Haushalt 2010 der letzte seiner Art, der letzte mit dieser Struktur ist, der uns glauben macht, wir könnten damit die notwendigen Politiken der Europäischen Union und die neuen Herausforderungen und Aufgaben finanzieren.

Wir erwarten von der zukünftigen Kommission rasch und zügig die Halbzeitbewertung, die nach den Absprachen aus dem Jahr 2006 ja schon spätestens 2009 – also bis Ende dieses Jahres – hätte vorgelegt werden müssen. Um es deutlich zu sagen: Wir erwarten zudem einen Revisionsvorschlag für die laufende

Finanzielle Vorausschau. Wir können mit der Reform nicht bis 2014 warten. Wir brauchen jetzt nachhaltige Instrumente, damit wir als Europäische Union den Herausforderungen der nahen Zukunft standhalten können, und zwar demokratisch legitimiert, wie es unser Vorsitzender, Alain Lamassoure, gerade eben auch noch einmal in unser aller Namen gefordert hat.

**Reimer Böge, Berichterstatter.** – Herr Präsident! Nachdem wir alle, den politischen Realitäten folgend, uns auf einen Haushalt 2010 verständigt haben, geht es natürlich auch schon heute darum, das Augenmerk auf das zu richten, was in den nächsten Monaten vor uns liegt.

Nachdem sich der Europäische Rat in einem sehr einseitigen Verfahren eben mal 23,5 Millionen Euro genehmigt hat, werden wir sicherlich auch, um das Gleichgewicht der Institutionen zu wahren und der Handlungsfähigkeit im Parlament auch im Hinblick auf die Herausforderungen von Lissabon genügend Rechnung zu tragen, sehr zügig die notwendigen Nachträge zum Parlamentshaushalt auf den Weg bringen müssen, um der Handlungsfähigkeit der Fraktionen, der Ausschüsse, aber insbesondere auch der einzelnen Abgeordneten im Hinblick auf die kommenden Aufgaben genügend Rechnung tragen zu können.

Darüber hinaus werden wir uns in den nächsten Monaten generell über die Anpassung, die Überprüfung und die Revision zu unterhalten haben. Es geht um die Anpassung, die Erneuerung und die Ergänzung der interinstitutionellen Vereinbarung, es geht um die Überleitung von Teilen der interinstitutionellen Vereinbarung in einen mehrjährigen Finanzrahmen, der auf der Lissabon-Grundlage anders entschieden wird, es geht um Mitentscheidungsverfahren in der Haushaltsordnung, und es geht beispielsweise auch um das große Paket zum Aufbau des auswärtigen Dienstes sowohl im Hinblick auf die Gewährleistung der Haushaltsrechte des Parlaments als auch im Hinblick auf die möglicherweise erforderlichen Anpassungen der Rechtsgrundlagen bei den auswärtigen Mehrjahresprogrammen.

Deswegen will ich an dieser Stelle noch einmal sagen, dass das ohne Anpassung, Überprüfung und Revision eigentlich nicht zu machen ist und wir das notwendige *Phasing-in* der budgetären Herausforderungen des Lissabon-Vertrags nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag vertagen können. Ich erwarte von der neuen Kommission, dass sie sehr zügig an die Arbeit gehen und Vorschläge machen wird, die in allen Punkten die Rechte des Parlaments gewährleisten und bei denen nicht versucht wird, das eine oder andere durch die Hintertür wieder zu verändern, was dann möglicherweise zu Lasten des Parlaments ginge. Das werden wir zu verhindern wissen! <

**László Surján, Berichterstatter.** – (HU) Wenn wir 2010 erreichen wollen, dass sich die Europäer sicherer fühlen, müssen wir diesen Haushaltsplan wirksam und praxistauglich umsetzen. Genau deswegen haben wir die Sicherheit unserer Energieversorgung verbessert, wir unterstützen die Schaffung von Arbeitsplätzen und führen ein Mikrofinanzierungsinstrument ein. Wir fördern außerdem Forschung und Entwicklung sowie lebenslanges Lernen. Wir wollen dem Milchsektor helfen und die schädlichen Auswirkungen des Klimawandels weitestgehend lindern.

Wir alle haben dies erreicht, indem wir von den Geldern, die wir aus dem mehrjährigen Finanzrahmen erhalten haben, den letzten Cent ausgegeben haben. Das bedeutet jedoch auch, dass der Haushalt vollkommen unflexibel geworden ist und nicht genügend Handlungsspielraum bietet. Auch aus diesem Grund ist die Halbzeitbewertung so dringend, was ich hier ebenfalls noch einmal wiederholen möchte. Die Kommission und die Mitgliedstaaten haben eine besondere gemeinsame Verantwortung für künftigen Erfolg. Wir können den Steuerzahlern nur unter die Augen treten, wenn wir unseren Rahmen nicht nur rechtmäßig sondern auch zielgerichtet einsetzen.

Wenn Mittel für die Schaffung von Arbeitsplätzen zur Verfügung stehen, wird die Zahl der Arbeitsplätze tatsächlich auch steigen. Stehen weitere Gelder dafür bereit, Regionen mit Entwicklungsrückstand den Anschluss zu ermöglichen, so wird sich das in diesen Regionen erwirtschaftete BIP auch tatsächlich erhöhen. Nur wenn wir über diese Bedingungen Kontrolle ausüben, können wir von einem guten Preis-Leistungs-Verhältnis sprechen, und dass sich das Opfer der europäischen Bürger ausgezahlt hat; denn der derzeitige Beitrag von 123 Mrd. EUR stellt zweifellos ein Opfer dar.

Herr Präsident, Herr Minister, Herr Kommissar, ich hoffe, dass das Parlament den vorliegenden Bericht nachdrücklich unterstützt und dass wir am Donnerstag den Europäischen Bürgerinnen und Bürgern einen guten Haushalt vorlegen können, der nicht nur rechtlich, sondern auch moralisch Bestand hat.

**Der Präsident.** – Die gemeinsame Aussprache wird geschlossen.

Die Abstimmung über den Bericht von Frau Jutta Haug findet morgen statt.

Die Abstimmungen über die Berichte der Herren Surján, Maňka und Böge finden am Donnerstag statt.

*Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)*

**Ádám Kósa (PPE)**, *schriftlich*. – (HU) Herr Surján, mein Fraktionskollege der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten), und Herr Maňka haben eine wichtige Aufgabe gemeistert. Wie bei jeder Haushaltsdebatte in einem nationalen Parlament müssen wir auch in diesem Hause den konkreten Inhalt eines Haushaltsentwurfs und die Botschaft, die dieser an die Gesellschaft senden soll, deutlich herausstellen. Obwohl die Frage der Zugänglichkeit von Gebäuden in dem Bericht nicht erwähnt wurde, möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf Folgendes lenken: Aufgrund der Entscheidung des Rates „Allgemeine Angelegenheiten“ vom 26. November ist die EU als regionale Organisation dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte behinderter Menschen beigetreten. Angesichts dessen und gemäß Paragraf 43 sowie der Bestimmungen von Anhang 2 des Berichts sollten wir die gemeinsame Erklärung zur Gebäudepolitik begrüßen.

Es ist jedoch sehr wichtig, das Thema Zugänglichkeit beim Gebäudebau und bei anderen Investitionen in Infrastrukturen zusätzlich zu den anderen wichtigen Anforderungen (z. B. im Bereich Energieeinsparungen) mit einzubeziehen. Die mit der Zugänglichkeit verbundenen Zusatzkosten sind stets deutlich höher. In diesem Rahmen ist es von allerhöchster Bedeutung, dass das Europäische Parlament bei Sicherheitsanforderungen auch sehbehinderte Menschen berücksichtigt. So sollten beispielsweise beim Entwurf und der Fertigstellung von Gebäuden gut sichtbare Schilder und taktile Bodenmarkierungen eingesetzt werden, um den Sehbehinderten zu helfen, sich zurechtzufinden. Außer der Schaffung eines behindertengerechten Zugangs zu Gebäuden halte ich es im Zusammenhang mit Sprachrechten außerdem für wichtig, dass Dokumente (einschließlich elektronischer Versionen) auch geeignete Informationen darüber enthalten, wie sehbehinderte Menschen Zugang erlangen können (welche Software-Pakete empfohlen werden).

**Andreas Mölzer (NI)**, *schriftlich*. – In Zeiten der Wirtschaftskrise, in denen die Bürger unter einer Entlassungswelle und der Kürzung sozialer Leistungen leiden, muss auch die Europäische Union sparen. Nächstes Jahr will die EU rund 123 Mrd. EUR ausgeben, das sind um sieben Milliarden mehr als heuer. Natürlich erfordern schwierige wirtschaftliche Zeiten Maßnahmen zur Belebung der Konjunktur, ob Instrumente wie das Europäische Konjunkturprogramm diesen Zweck erfüllen können, ist jedoch zweifelhaft. In der Vergangenheit blieben vollmundig angekündigte EU-Programme Papiertiger und haben sich diverse EU-Subventionen als Einladung zum Missbrauch jedweder Art erwiesen. Seit Jahren stellt der EU-Rechnungshof in seinen Jahresberichten eklatante Mängel bei den Landwirtschafts- und Strukturförderungen fest. Seit Jahren also versickert das hart verdiente Geld der Steuerzahler in irgendwelchen dunklen Kanälen. Die komplizierten Regelungen, bei denen sogar die Brüsseler Eurokraten oftmals den Durchblick verlieren, tragen das Ihre zur Fehlerhaftigkeit des Systems bei. Und die EU hat noch nicht einmal die Rückforderung zu Unrecht bezahlter Gelder im Griff. Daher ist es der falsche Weg, den EU-Haushalt weiter aufzublähen. Stattdessen sollten durch weitreichende Renationalisierung, etwa des Bereichs der Landwirtschaft, die Systemfehler beseitigt werden. Dann könnten die Mitgliedstaaten selbst entscheiden, welche Bereiche sie fördern wollen. Und was Maßnahmen zur Konjunkturbelebung betrifft, sollten diese sinnvollerweise durch ein koordiniertes Vorgehen der Mitgliedstaaten erfolgen.

**Siiri Oviir (ALDE)**, *schriftlich*. – (ET) Das vom Europäischen Rat angenommene Konjunkturprogramm vom März 2009 sieht vor, in den Jahren 2009 und 2010 nicht in Anspruch genommene EU-Haushaltsmittel in Höhe von 5 Mrd. EUR für Investitionen in Energie- und Breitbandprojekte zu nutzen. Mit großer Freude stelle ich fest, dass im Vermittlungsausschuss bezüglich des zweiten Finanzierungsjahres (2010) des europäischen Konjunkturprogramms ein Ergebnis erzielt wurde, und zwar durch eine Untersuchung des Finanzrahmens 2007-2013 und eine Umschichtung der Mittel, die Finanzierung in Höhe von 2,4 Mrd. EUR für nächstes Jahr garantiert und außerdem die Umsetzung der im Konjunkturprogramm festgelegten Ziele ermöglicht. Falls die im Zusammenhang mit dem europäischen Konjunkturprogramm vorgenommenen Änderungen des Finanzrahmens im Jahr 2010 zu wenig Mittel übrig lassen, um den erwarteten Finanzbedarf zu decken, dann teile ich den Standpunkt des Berichterstatters, dass der derzeit gültige mehrjährige Finanzrahmen nicht dem Mittelbedarf der Europäischen Union gerecht wird und dass die Europäische Kommission außerdem unverzüglich einen Vorschlag zu einem Zwischenbericht des aktuellen mehrjährigen Finanzrahmens auf den Weg bringen sollte.

**Pavel Poc (S&D)**, *schriftlich*. – (CS) Ich möchte zunächst meine Bewunderung aussprechen für jeden, der an diesem Haushalt mitgearbeitet hat. Während der Wirtschaftskrise und der Übergangszeit zwischen Nizza und Lissabon einen Haushalt vorzubereiten, war eine sehr schwierige Aufgabe. Der Haushalt für 2010 ist der letzte dieser Art. Dennoch ist der Vertrag von Lissabon bereits in Kraft getreten, und es wird schwierig

werden, im Rahmen eines Haushaltsplans zu arbeiten, dessen Struktur nicht den neuen Gegebenheiten entspricht. Wie kompliziert die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon letztlich auch gewesen sein mag, das kann keine Entschuldigung für die Kommission sein, die es nicht geschafft hat, den Entwurf für die neue Haushaltsstruktur fristgerecht vorzulegen. Die Kommission muss diese Aufgabe ohne Verzögerung erfüllen. Der Haushalt 2010 ist sorgfältig ausgewogen, da er alle Möglichkeiten der Mittelvergabe voll ausschöpft. Dadurch und infolge der durch die unruhigen Krisenzeiten verursachten wirtschaftlichen Schwankungen könnte der Haushalt sehr fragil werden. Man muss sich bei der Bestätigung dieses Haushalts darüber im Klaren sein, dass er für die aktuelle unsichere Lage vielleicht zu genau formuliert ist und dass 2010 die Arbeit damit ein gewisses Maß an Flexibilität erfordern wird.

**Georgios Stavrakakis (S&D), schriftlich.** – (EL) Herr Präsident, meine Damen und Herren, auch ich möchte meine Zufriedenheit über die Einigung zum Haushalt für 2010 zum Ausdruck bringen. Gleichzeitig sollte man jedoch zur Kenntnis nehmen, dass es für die kommenden Jahre äußerst wenig Spielraum gibt. Das lässt wenig Raum für eine Antwort, falls die EU auf unerwartete Anforderungen reagieren muss oder sich neuen politischen Herausforderungen stellen will, beispielsweise der EU-Strategie für 2020 oder neuen Maßnahmen im Kampf gegen den Klimawandel.

Besonders freue ich mich darüber, dass es uns dank der Hartnäckigkeit des Europäischen Parlaments gelungen ist, die Finanzierung von Energienetzen und Infrastrukturen im Rahmen des Konjunkturprogramms zu sichern, das den Schwerpunkt auf „grüne Technologien“, Innovation, Forschung und die Schaffung von Breitbandnetzen in ländlichen Gebieten legt.

Zudem ist es ungemein wichtig, dass wir den Fortbestand der vorhandenen Infrastrukturen und Instrumente der Gemeinschaft im Katastrophenschutzsektor gewährleisten, insbesondere indem wir die Fähigkeit der Europäischen Union stärken, bei Naturkatastrophen schnell zu reagieren, um so den Weg für die Schaffung einer europäischen Katastrophenschutztruppe zu ebnen.

Schließlich glaube ich, dass wir alle darin übereinstimmen, dass wir ohne angemessene Finanzierung nicht von einem besseren Europa, von einem Europa, das näher an den Bürgern ist, sprechen können.

**Silvia-Adriana Țicău (S&D), schriftlich.** – (RO) Der EU-Haushalt für 2010 ist der letzte, der noch gemäß dem Vertrag von Nizza angenommen wird. Der neue Vertrag gewährt dem Europäischen Parlament stärkere Befugnisse und das letzte Wort bei der Annahme des Haushaltsplans. Parlament und Rat werden künftig gleiche legislative Befugnisse haben, in Bereichen wie Landwirtschaft, Energie, Einwanderung, Justiz und innere Angelegenheiten, Gesundheit und Strukturfonds, was natürlich auch Befugnisse bezüglich des jeweiligen Budgets mit einschließt. Der Haushalt für 2010 reserviert erhebliche Teile seiner Mittel für den Schutz und die Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen, für wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, Wachstum und Beschäftigung, Wettbewerbsfähigkeit und Innovation, Regionalentwicklung sowie Landwirtschaft und ländliche Entwicklung. Das europäische Konjunkturprogramm ist im EU-Haushalt für 2010 mit 2,4 Mrd. EUR enthalten; diese Summe steht für die Finanzierung von strategischen Projekten in den Sektoren Energie, Verkehr, zur Entwicklung von Breitbandnetzen in ländlichen Gebieten sowie zur Unterstützung von ländlichen Gemeinden zur Verfügung. Ich begrüße es, dass es dem Europäischen Parlament gelungen ist, die Summe von 300 Mio. EUR zur Unterstützung der Milcherzeuger bereitzustellen. Die Wirtschaftskrise hatte Auswirkungen auf das BIP der Mitgliedstaaten und wird deren Beiträge zum EU-Budget beeinflussen. Ich hoffe, dass 2010 die Halbzeitprüfung des Finanzrahmens 2007-2013 es den Mitgliedstaaten ermöglichen wird, die Strukturfonds besser aufzunehmen, besonders in den Bereichen Verkehr und Energieeffizienz in Wohngebäuden.

(Die Sitzung wird um 11.25 Uhr unterbrochen und um 12.00 Uhr wieder aufgenommen)

**VORSITZ Gianni PITTELLA**

Vizepräsident

## 8. Abstimmungsstunde

**Der Präsident.** – Der nächste Punkt auf der Tagesordnung ist die Stimmabgabe.

(Abstimmungsergebnisse und sonstige Einzelheiten der Abstimmung: siehe Protokoll)

## 8.1. Europäisches Mikrofinanzierungsinstrument für Beschäftigung und soziale Eingliederung (Progress) (A7-0050/2009, Kinga Göncz) (Abstimmung)

### 9. Stimmerklärungen

#### Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

##### - Bericht: Frau Kinga Göncz (A7-0050/2009)

**Aldo Patriciello (PPE).** – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich begrüße die ausgezeichnete Arbeit der Berichtsteratterin und aller Abgeordneten, die auf die Schaffung dieses neuen Instruments hingearbeitet haben, das es ermöglicht, Klein- und Mittelbetrieben sowie Menschen, die in den letzten Jahren ihren Arbeitsplatz verloren haben, Kleinstkredite zu gewähren.

Angesichts der Tatsache, dass alleine in der Europäischen Union 3 Millionen Arbeitsplätze verlorengegangen sind und Banken Schwierigkeiten haben, Kredite zu verlängern, wird dieses Instrument denen, die eine neue Geschäftstätigkeit aufnehmen wollen, den Zugang zu den dafür erforderlichen Mitteln erleichtern.

Ich bin sicher, dass diese neue Initiative zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen wird, insbesondere wenn wir neue Begleitmaßnahmen einführen, wie etwa die Unterstützung von Schulungsprogrammen, die jungen Leuten bei Investitionsvorhaben helfen sollen.

Herr Präsident, dieses Instrument muss so schnell wie möglich angenommen werden, um Klein- und Mittelbetriebe, das Herz der europäischen Wirtschaft, wieder zu beleben.

**Dimitar Stoyanov (NI).** – (BG) Vielen Dank, Herr Präsident. Ich habe für den Bericht zu den Finanzmaßnahmen gestimmt. Ich denke, dass das Instrument gerade zu diesem Moment sehr angemessen ist und dass es, wenn es richtig angewandt wird, eine sehr positive Wirkung haben wird, wie es in meinem Land, Bulgarien, der Fall war. Zurzeit ist das Klima für Kleinunternehmer, denen nur wenige Möglichkeiten zur Verfügung stehen und die keine Chance haben, bei Banken einen Kredit aufzunehmen, extrem ungünstig.

Alle Banken verfolgen eine Politik, die im Grunde unvereinbar ist mit dem Konzept, das dem Bankensystem zugrunde liegt. Ich bekomme den Eindruck, dass Banken absichtlich immer mehr zusätzliche Bedingungen erfinden, aus dem einzigen Grund, um keine Kredite vergeben zu müssen. Ohne Kredit kann ein Unternehmen jedoch nicht funktionieren.

Dennoch müssen diese Unternehmen bei Aufnahme eines Kredites Bürgschaften von 100-150 % vorweisen, wodurch sie bankrott gehen können. Deshalb glaube ich, dass in diesem Fall die Europäische Union und das Parlament mit diesem Bericht sehr gut geeignete Maßnahmen getroffen haben, die tatsächlich zur Entwicklung der europäischen und bulgarischen Wirtschaft beitragen werden.

**Diane Dodds (NI).** – Herr Präsident, ich will deutlich machen, dass ich die Hilfe für kleine Unternehmen zwar für eine sehr gute Idee halte, die auch weiterverfolgt werden sollte, jedoch sollte dies auf nationaler Regierungsebene erfolgen. Ich habe große Bedenken, was diesen Vorschlag angeht, nämlich hinsichtlich Fragen der Haftung für die Mittel, die vergeben werden, und der damit verbundenen Rückzahlung.

Ich möchte die nationalen Regierungen ermutigen, alles zu unternehmen, um Kleinunternehmen, das Rückgrat unserer Wirtschaft, zu unterstützen. Die EU kann dabei helfen, durch weniger Regulierung und indem sie Mittel auf nationaler Ebene zur Verfügung stellt.

**Syed Kamall (ECR).** – Herr Präsident, wir waren für diesen Vorschlag. Ich denke, es ist sehr wichtig, dass wir Unternehmern in der ganzen EU und den Mitgliedstaaten helfen, um Wohlstand und Arbeitsplätze zu schaffen und die Menschen aus der Armut herauszuholen. Ich bin zudem dankbar, dass wir versucht haben, anstatt neue Ausgaben zu tätigen, die Mittel aus dem bestehenden Budget zu entnehmen und sie dazu zu verwenden, noch stärker die Ausgaben des Privatsektors anzukurbeln.

Ich muss jedoch darauf hinweisen, dass wir hier sehr vorsichtig sein müssen, wenn wir Gelder der Mitgliedstaaten und Steuerzahler verwenden. In meinem Wahlkreis kenne ich einige Mikrofinanzierungsinstrumente, wie etwa die ausgezeichnete Croydon Caribbean Credit Union, die benachteiligten Gemeinden hilft, Wege aus der Armut zu finden. Diese Instrumente wurden von den örtlichen Behörden und anderen staatlichen Mikrofinanzierungsinstrumenten verdrängt. Es ist wichtig, dass wir bei

unserem Bestreben, die Zugänglichkeit von Mikrofinanzierung zu verbessern, nicht die vielen hervorragenden bereits vorhandenen privaten Anbieter verdrängen.

**Alfredo Pallone (PPE).** – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich denke, wir sind uns bei der Frage der Kleinstkredite alle einig. Aber wir sollten auch über finanzielle Mittel sprechen. Ich glaube, es sollte unsere Pflicht sein, diese zu erhöhen.

Außerdem müssen wir vermeiden, Kleinstkredite auf weitere Stakeholder in Klein- und Mittelbetrieben auszuweiten, denn Kleinstkredite wurden ins Leben gerufen, um weniger begünstigten Sozialpartnern zu helfen. Zudem müssen wir auch eine kulturelle Frage erörtern: In vielen Ländern, und wohl hauptsächlich in Ländern, in denen der Bedarf am größten ist, fehlt der richtige kulturelle Ansatz, der nötig ist, um diese Gelder zu erhalten. Ich glaube fest daran, dass diese Instrumente zunächst von den betroffenen Regierungen angenommen werden sollten.

In Europa gibt es zwei Geschwindigkeiten: die derjenigen Länder, die dieses Konzept bereits angewendet haben, wie Frankreich und Deutschland, und es gibt andere Länder, die stattdessen diese Frage durch einen kulturellen Ansatz angehen müssen. Kurzum: ich bin der festen Überzeugung, dass das eigentliche Problem, worum es in Europa wirklich geht, nicht nur die Frage der Beschaffung von Fördermitteln als Selbstzweck ist; wir müssen versuchen, die Voraussetzungen zu schaffen, unter denen die am wenigsten begünstigten Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz selbst schaffen können.

### **Schriftliche Erklärung zur Abstimmung**

#### **- Bericht: Frau Kinga Göncz (A7-0050/2009)**

**Luís Paulo Alves (S&D), schriftlich.** – (PT) Ich habe für die Schaffung dieses Mikrofinanzierungsinstruments für Beschäftigung gestimmt, da es zum Ziel hat, Chancen für die Arbeitslosen zu eröffnen und Unternehmertum zu fördern. Dieses Instrument, das sich an Menschen richtet, die ein Kleinunternehmen (weniger als 10 Angestellte oder weniger als 2 Mio. EUR Umsatz) gründen oder ausbauen wollen, wird für viele Arbeitslose neue Möglichkeiten eröffnen. Angesichts der aktuellen Wirtschaftslage wäre es sinnvoll gewesen, dieses wichtige Programm früher auf den Weg zu bringen, denn die Menschen haben nun schon seit langer Zeit Schwierigkeiten, an Kredite zu gelangen.

Da sich dieses Instrument an öffentliche und private Einrichtungen richtet, die Privatpersonen und Kleinunternehmen Kleinstkredite auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene in den Mitgliedstaaten der EU gewähren, muss es von den zuständigen Behörden sorgfältig überwacht werden, damit sichergestellt ist, dass die Kredite auch tatsächlich dorthin gelangen, wo sie am dringendsten benötigt werden und dass sich die Zustände der letzten Finanzkrise nicht wiederholen.

**Andrew Henry William Brons (NI), schriftlich.** – Ich bin dafür, dass der Staat Privatpersonen Mikrofinanzierung anbietet, um ihnen zu helfen, Kleinunternehmen zu gründen. Ich bin jedoch dagegen, dass die Europäische Union diese Aufgabe wahrnimmt. Ich habe jedoch für einige Änderungsanträge gestimmt, da eine Verabschiedung der Entschließung wahrscheinlich war und ich sie soweit als möglich verbessern wollte. Die „Blockade“ der Abstimmungen über mehrere Änderungsanträge hat es mir nicht erlaubt, gesondert über manche Änderungsanträge abzustimmen.

**David Casa (PPE), schriftlich.** – Eine der nachteiligsten Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise ist die mangelnde Kreditvergabe durch Banken, was Privatpersonen wie auch große Unternehmen daran hindert, ihren wirtschaftlichen Aktivitäten nachzugehen. Der Kommissionsvorschlag sieht die Schaffung eines Mikrofinanzierungsinstruments vor, das versucht, die derzeit zögerliche Mittelvergabe durch Banken und andere internationale Finanzinstitute mit zu erleichtern. Aus diesem Grund habe ich entschieden, die Berichterstatterin hier zu unterstützen und für den Bericht zu stimmen.

**Nikolaos Chountis (GUE/NGL), schriftlich.** – (EL) Ich habe gegen den Bericht gestimmt, da man die stetig zunehmende Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union nicht mit Mikrofinanzierungsprogrammen bekämpfen kann. Wir brauchen integrierte Programme mit adäquaten Finanzierungsmaßnahmen aus einer eigenen Haushaltslinie; Programme, die insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen, die besonders in Griechenland, wo einer von vier jungen Menschen unter 25 keine Arbeit hat, außerordentlich hoch ist.

Allgemein gesprochen, was wir brauchen, ist eine Politik, die eine Aufstockung des Gemeinschaftshaushalts fordert und den neoliberalen Rahmen des Stabilitätspakts und der niedrigen Defizite umstößt. Ich glaube auch, dass Finanzierung im Rahmen dieses Mechanismus auf einer rein freiwilligen Basis erfolgen sollte und

niemand auf irgendeine Weise mit der Drohung, Sozialleistungen zu kürzen, dazu gezwungen werden sollte, diesen Mechanismus anzuwenden. Leider wurden diesbezügliche Änderungsanträge, die ich und meine Kollegen der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke vorgelegt hatten, abgelehnt.

**Diogo Feio (PPE)**, *schriftlich*. – (PT) Da Europa gerade eine schwere Wirtschafts- und Finanzkrise durchmacht, die in allen Mitgliedstaaten durch einen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu ernsthaften sozialen Problemen geführt hat, ist es sehr wichtig, seitens der Europäischen Union wirksame Mechanismen zu schaffen, die die Krise zu bewältigen und auch die am schlimmsten Betroffenen, einschließlich der Arbeitslosen und Unternehmen in Schwierigkeiten, zu unterstützen.

Daher begrüße ich die Schaffung eines Mikrofinanzierungsinstruments für Beschäftigung, das den Schwerpunkt auf Unternehmertum legt und jedem die Chance gibt, ein eigenes Unternehmen zu gründen. Wo der Zugang zu Bankkrediten verweigert oder erschwert wird, wird europäische Mikrofinanzierung zur Verfügung stehen, durch Unterstützung des Wachstums von Kleinstunternehmen und zugleich durch Betreuung, Schulung und Zinszuschüssen vom Europäischen Sozialfonds.

Es ist auch wichtig, darauf hinzuweisen, dass dieses Instrument ausschließlich dazu dienen sollte, durch die Unterstützung bei der Verwirklichung von soliden Geschäftsideen Unternehmertum als Mittel zur Schaffung neuer Arbeitsplätze zu fördern. Es sollte nicht zur sozialen Unterstützung oder zur Ankurbelung des Konsums verwendet werden.

**José Manuel Fernandes (PPE)**, *schriftlich*. – (PT) Vor dem aktuellen Hintergrund der Wirtschaftskrise und steigender Arbeitslosigkeit ist es wichtig, Selbständigkeit sowie die Gründung und den Ausbau von Kleinstunternehmen zu fördern. Kleinstkredite werden dazu beitragen, dieses Ziel zu erreichen. Daher begrüße ich den Kommissionsvorschlag und die Arbeit des Parlaments zu diesem Thema. Dies ist ein Weg, Unternehmertum zu fördern und das Beschäftigungsniveau anzuheben sowie soziale Eingliederung zu unterstützen. Dieses Mikrofinanzierungsinstrument ergänzt andere Programme zur Förderung der Beschäftigung und der Eingliederung. Deshalb halte ich es für wichtig, dass dieses Instrument nicht auf Kosten bestehender Programme finanziert wird oder diese gefährdet.

Ich hatte bereits im Haushaltsausschuss für dieses Instrument gestimmt, im Rahmen des Haushaltsverfahrens für 2010, durch das zwei neue Haushaltslinien geschaffen wurden: eine für operationelle Ausgaben in Höhe von 37,5 Mio. EUR und die andere für Verwaltungskosten in Höhe von 0,25 Mio. EUR. Ich hoffe, dass dieses Programm bald operationell wird und dass das Verfahren zur Bewilligung der Anwendung zügig und unbürokratisch vonstatten gehen wird.

**Ilda Figueiredo (GUE/NGL)**, *schriftlich*. – (PT) Wir bedauern, dass eine Mehrheit in diesem Parlament erneut ihr Wort nicht gehalten und einen Vorschlag angenommen hat, der dem Programm Progress Mittel entzieht, das für seine Handlungsbereiche im sozialen Bereich bereits eindeutig unterfinanziert war. Ungeachtet jeglicher Überlegungen bezüglich der Ziele des neuen europäischen Mikrofinanzierungsinstruments kann es nicht sein, dass es durch eine Kürzung der Mittel für bestehende Programme finanziert wird, in diesem Fall Progress, ein Gemeinschaftsprogramm für die Bereiche Beschäftigung, soziale Eingliederung und Gleichberechtigung.

Der vom Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten angenommene Text hat die Idee, dieses Instrument durch Gelder vom Programm Progress zu finanzieren, abgelehnt und die Schaffung einer neuen Haushaltslinie mit eigenen Mitteln vorgeschlagen: mit anderen Worten, mit „neuem“ Geld. Die Änderungsanträge unserer Fraktion gingen in die gleiche Richtung, wurden aber heute abgelehnt.

Da sich die sozialen Bedingungen in mehreren Mitgliedstaaten verschlechtern, ist es nicht vertretbar, dass Mittel aus den Bereichen Beschäftigung und soziale Eingliederung für andere Prioritäten, die in der Zwischenzeit festgelegt wurden, umgeschichtet werden, auch wenn es sich dabei um Mikrofinanzierung handelt.

**Bruno Gollnisch (NI)**, *schriftlich*. – (FR) Dank des Göncz-Berichts über Kleinstkredite und die Kontroverse um die Finanzierung dieses Projekts, habe ich mir einmal angesehen, was es mit diesem berühmten Programm Progress – dem nach felsenfester Überzeugung der Linken kein einziger Cent zur Finanzierung von Kleinstunternehmen und Einzelinitiativen entnommen werden darf – auf sich hat. Denn welchem Zweck dient momentan das Projekt Progress, definiert als das „Gemeinschaftsprogramm für Beschäftigung und soziale Solidarität“, in Wirklichkeit? Nämlich dem, mehr Papier zu produzieren und Studien und Berichte



zu finanzieren. Denn im Moment sind die „Zielgruppen“ von Progress weder die Arbeitslosen noch die Ausgeschlossenen, sondern politische Entscheidungsträger und Meinungsmacher.

Einige lehnen es ab, 100 Mio. EUR für Kleinstkredite von der kläglichen, auf sieben Jahre verteilten Summe von 700 Mio. EUR abzuziehen. Etwas weniger Geld für die Nutznießer dieses Systems, etwas mehr Geld für die Europäer, mit einem konstanten Haushalt: darüber kann man nicht streiten! Es ist an der Zeit, aufzuhören, die Armut und die Schwierigkeiten unserer Mitbürger nur zu beobachten, und stattdessen konkret zu handeln. Ich habe jedoch einen Vorbehalt: Kleinstkredite sind nur nötig, weil die „Banker“, die so schnell dabei sind, staatliche Hilfen einzuheimsen, nicht das tun, was sie tun sollten, nämlich Geld in die Wirtschaft zu pumpen.

**Françoise Grossetête (PPE)**, *schriftlich*. – (FR) Ich habe für den Göncz-Bericht über das europäische Mikrofinanzierungsinstrument gestimmt. Mikrofinanzierung betrifft Kleinstkredite (Kredite von weniger als 25 000 EUR) und Kleinstunternehmen (Unternehmen mit weniger als 10 Arbeitnehmern).

In diesen wirtschaftlichen Krisenzeiten und wegen des starken Rückgangs an Kreditvergaben ist es außerordentlich wichtig, dass die Europäische Union ein Instrument schafft, das auf die am meisten gefährdeten Gruppen, wie Arbeitslose, junge Menschen oder Kleinunternehmen, abzielt.

Wenn die Wirtschaft oder Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen, ist es dringend erforderlich, Wachstum durch beträchtliche Investitionen anzukurbeln. Die Finanzierung des Instruments wird auf 100 Mio. EUR aufgestockt werden, wobei die Mittel dem Budget für das Programm Progress (Gemeinschaftsprogramm für Beschäftigung und soziale Solidarität) entnommen werden, und es wird am 1. Januar 2010 (für vier Jahre) in Kraft treten. Der Rat muss diese Botschaft hören, damit in den nächsten Tagen eine Einigung erzielt werden kann.

**Sylvie Guillaume (S&D)**, *schriftlich*. – (FR) Ich habe für den Bericht meiner Kollegin Frau Göncz gestimmt, weil ich es für unerlässlich halte, gerade vor dem Hintergrund einer Beschäftigungs- und Sozialkrise, Mikrofinanzierung durch eine eigene Haushaltslinie zu unterstützen. Dies ist ein besonderes Instrument im Kampf gegen finanzielle Ausgrenzung und Armut. Entgegen der Forderung der Europäischen Kommission sind wir dagegen, Mittel vom Programm Progress zum europäischen Mikrofinanzierungsinstrument umzuschichten, weil dies ein negatives Signal an die Wirtschaft senden würde. Wir müssen am Programm Progress, das auf die am meisten gefährdeten Gruppen abzielt, festhalten, und die Mitgliedstaaten und die Europäische Union sind gemeinsam verantwortlich, es unter den gegenwärtigen Umständen wirksam umzusetzen.

**Livia Járóka (PPE)**, *schriftlich*. – (HU) Ich bin höchst erfreut, dass eine große Mehrheit des Europäischen Parlaments heute den Bericht über das europäische Mikrofinanzierungsinstrument für Beschäftigung und soziale Eingliederung angenommen hat. Das geplante System von Kleinstkrediten kann wesentlich zur Schaffung von sozialem Zusammenhalt und neuen Arbeitsplätzen beitragen, außerdem kann es insbesondere die schädlichen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise mildern. Während der weltweiten Rezession ist es besonders wichtig, den Bürgern, die vom Arbeitsmarkt und vom traditionellen Kreditmarkt verdrängt wurden, neue Möglichkeiten zu bieten und den Weg für solide und langfristige Selbständigkeit zu ebnen. Zudem ist es unabdingbar, dass es für diejenigen in benachteiligten Regionen, die ein eigenes Unternehmen gründen wollen, und für die am meisten gefährdeten Gruppen ein einfaches Finanzinstrument gibt, das trotz hoher Risiken, niedriger Margen und Ausfallrisiken die Gründung und den Erfolg von Unternehmen fördert. Die überwiegende Mehrzahl der Arbeitnehmer in Europa sind bei Kleinst-, Klein- und Mittelbetrieben beschäftigt.

Um sicherzustellen, dass diese Unternehmen ihr Beschäftigungspotential nicht verlieren sondern erhöhen, müssen sie geeignete Unterstützung erhalten, die in einigen Fällen von so geringer Höhe ist, dass der traditionelle Bankensektor solche Mittel nicht zur Verfügung stellen kann. Bei der heutigen Abstimmung hat das Europäische Parlament deutlich zu verstehen gegeben, dass das Mitentscheidungsverfahren so bald wie möglich abgeschlossen werden sollte, damit das Mikrofinanzierungsinstrument bereits ab 2010 verfügbar sein kann.

**Eija-Riitta Korhola (PPE)**, *schriftlich*. – (FI) Herr Präsident, ich habe für den Bericht über Mikrofinanzierungsinstrumente gestimmt.

Wir könnten noch vieles tun, um junge Menschen in Europa zu ermutigen, unternehmerisch tätig zu werden. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat eine Beschäftigungs- und Sozialkrise mit sich gebracht, und tatsächlich werden in Europa für das nächste Jahr weitere 10 Millionen Arbeitslose vorausgesagt. Wenn es je an der Zeit war, schnell zu handeln, dann jetzt.

Da die aktuelle Kreditknappheit die Situation derzeit noch verschärft, bin ich eine entschiedene Befürworterin der Initiative des Berichts, Arbeitslosen oder von Arbeitslosigkeit bedrohten Menschen, die Schwierigkeiten beim Zugang zu kommerziellen Krediten für ihre Geschäftsideen haben, Kleinstkredite zur Verfügung zu stellen. Wir müssen jedoch beispielsweise auch in Schulungen für junge Menschen und in Gründerzentren sowie in die Erziehung zu unternehmerischem Denken und Handeln investieren.

Ein umfassender Investitionsansatz zur Erhöhung der Beschäftigungszahlen und Förderung des Unternehmertums ist Grundvoraussetzung für ein wohlhabendes Europa.

**Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), schriftlich.** – (FR) Ich bin dafür, Sozialmaßnahmen zur Unterstützung von Arbeitnehmern, die ihren Job verloren haben, zu finanzieren. Das heißt jedoch nicht, dass Unternehmen von ihren sozialen und territorialen Verpflichtungen befreit sind. Es ist nicht Aufgabe der öffentlichen Hand, diese inakzeptable Nichterfüllung von Verpflichtungen auszugleichen. Daher werde ich mich der Stimme enthalten.

**Jörg Leichtfried (S&D), schriftlich.** – Ich stimme für den Bericht über die Errichtung eines neuen Mikrofinanzierungsinstruments, welches Menschen, deren Arbeitsplätze gefährdet sind, helfen soll, Kleinstunternehmen zu gründen oder auszubauen. Als Kleinstunternehmen gelten Firmen mit weniger als zehn Mitarbeitern und einem Umsatz unter zwei Millionen Euro. Diese Finanzierungsmöglichkeit soll es zunächst für einen Zeitraum von vier Jahren geben und ab dem 1. Januar 2010 angeboten werden.

Dadurch wird Menschen, welche in Folge der Krise ihren Arbeitsplatz verlieren oder deren Firma sich nur schwerlich weiter finanzieren lässt, die Möglichkeit gegeben werden, sich weiterzubilden, Arbeitsplätze zu erhalten und unter Umständen gar neue zu schaffen. Dadurch wird die Wirtschaft weiterhin angekurbelt und der Krise ein weiteres Stück Einhalt geboten.

**Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), schriftlich.** – (FR) Wir werden gegen den Vorschlag für einen Entschluss über die Einrichtung eines europäischen Mikrofinanzierungsinstruments für Beschäftigung und soziale Eingliederung stimmen. Zu einem Zeitpunkt, da so viele europäische Bürger wegen der Krise des Kapitalismus und wegen des grundlegenden Mangels an Solidarität seitens derer, die weiterhin Profit auf ihre Kosten machen, entlassen werden, ist es an der Zeit, dass die Europäische Union ihren liberalen Ansatz zur Lösung der Probleme ändert.

Angesichts der unersättlichen kommerziellen Gier, die der liberale Dogmatismus der Europäischen Union erzeugt hat, brauchen wir eine Politik zum Schutz der europäischen Arbeitnehmer, die Schöpfer des Reichtums, der ihnen jetzt im Namen des Profits geraubt wird. Ein weiteres Mal erleben wir ein Europa der großen Profite und der geringen, willkürlichen Almosen. Davon zeugen die lächerliche Höhe der versprochenen Mittel, die Unklarheiten bezüglich ihrer Vergabe und die individualistische Logik hinter dem angepriesenen Instrument. Das hat nichts zu tun mit dem Europa des Allgemeinwohls und der sozialen Gerechtigkeit, das unsere Völker brauchen.

**Nuno Melo (PPE), schriftlich.** – (PT) In Zeiten der Krise, wenn Kredite knapp und schwer zu bekommen sind, ist ein Instrument dieser Art unentbehrlich, um die Bereitstellung von Kleinstkrediten für Kleinunternehmen und Menschen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben und ihr eigenes neues Unternehmen gründen wollen, zu unterstützen. Ohne einen derartigen Unterstützungsmechanismus ist es schwierig, solche Ziele zu erreichen. Zudem werden Banken in der gegenwärtigen Krisensituation dem Kreditbedarf von Unternehmensneugründungen nicht gerecht, was es diesen zumeist unmöglich macht, aus den Startlöchern zu kommen. Mit der Aussicht auf einige Millionen mehr Arbeitslose in der EU ist es wichtig, Fördermittel zu haben, auf die Menschen, die entlassen wurden, zugreifen können, um sich eigenständig ein neues Leben aufzubauen; dadurch können soziale Krisen verhindert und die Ausgaben der Mitgliedstaaten für soziale Unterstützungsmaßnahmen verringert werden.

**Andreas Mölzer (NI), schriftlich.** – Die in erster Linie von angloamerikanischen Spekulanten verursachte Finanz- und Wirtschaftskrise führt nun auch in Europa infolge des Wirtschaftsabschwungs zu steigender Arbeitslosigkeit. Vor allem junge Menschen, die schon bisher stark von Arbeitslosigkeit gefährdet waren, sind von der neuen Situation besonders betroffen. Ihnen im Speziellen gilt es daher eine Chance auf einen Berufsstart oder einen Wiedereinstieg zu geben und einigen auch den Weg zum Unternehmertum zu ebnen. Wesentliche Unterstützung wird dabei hoffentlich das neue europäische Mikrofinanzierungsinstrument für Beschäftigung und soziale Eingliederung – PROGRESS – liefern.

Mit diesem neuen Instrument kann auch auf die immer noch vorhandene Kreditklemme reagiert werden. Neben Zinszuschüssen werden Gründer von Kleinstunternehmen auch Unterstützung in Form von Mentoring,

Schulungen, Coaching und einer Weiterentwicklung von Kompetenzen erhalten. Ich unterstütze die Initiative des Ausschusses, die Mittel für das Mikrofinanzierungsinstrument um 50% auf 150 Millionen, gegenüber dem Vorschlag der Kommission, anzuheben. Wenn man an die Unsummen denkt, die für die Rettung von Banken aufgestellt wurden, so darf man gerade bei jenen, die es am härtesten trifft, nicht kleinlich sein. Aus all diesen Gründen habe ich daher für diesen Bericht gestimmt.

**Wojciech Michał Olejniczak (S&D), schriftlich.** – (PL) Am 10. November 2009 hat die Europäische Kommission einen Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Einrichtung eines europäischen Mikrofinanzierungsinstruments veröffentlicht. Er steht in Verbindung zu dem Kommissionsdokument „Umsetzung des Europäischen Konjunkturprogramms“ und zu den folgenden Prioritäten des Rates: Erhaltung von Arbeitsplätzen, Schaffung neuer Arbeitsplätze und Förderung der Mobilität, Verbesserung der Kompetenzen und ihre Anpassung an die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt und Erleichterung des Zugangs zur Beschäftigung.

Das Mikrofinanzierungsinstrument soll Arbeitslosen und Geschäftsleuten, die sich in einer schwierigen Situation befinden, einen leichteren Zugang zu Kreditdienstleistungen ermöglichen. Es richtet sich an Menschen aus bestimmten sozialen Gruppen, die nicht die von den Geschäftsbanken geforderte Kreditwürdigkeit haben, aber gerne ein Unternehmen gründen möchten. Die Einführung eines derartigen durch EU-Gelder finanzierten Unterstützungsmechanismus ist in einer Situation, in der Darlehensvolumen aktuell vermindert sind und der Wert von gegebenen Krediten gesunken ist, von ganz entscheidender Bedeutung.

Die Lage im Kreditvergabesektor zeigt, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise zu einer Beschäftigungs- und Sozialkrise wird. Der Bericht des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten enthält wichtige Änderungsanträge, unter anderem den Widerstand gegen die Umschichtung der notwendigen Mittel vom Programm Progress zum europäischen Mikrofinanzierungsinstrument. Die Berichterstatterin schlägt vor, für das Instrument eine gesonderte Haushaltslinie zu schaffen und zudem dessen Budget für die nächsten vier Jahre um 50 Mio. EUR aufzustocken. Auf dem Hintergrund dieser Aspekte unterstütze ich den Bericht.

**Evelyn Regner (S&D), schriftlich.** – Ich habe für die Gesamtresolution zur Einführung des Mikrofinanzierungsinstruments gestimmt, da eine rasche Verabschiedung für mich oberste Priorität hat. Benachteiligte Bevölkerungsgruppen bekommen dadurch die Möglichkeit, einen Kredit zu bekommen und sich selbst unter die Arme zu greifen. Nun aber mein Appell an den Rat: Keine Gelder aus PROGRESS. Hier soll das Geld in voller Höhe erhalten bleiben. Gerade in der Krise darf nicht auf Kosten der Schwächsten der Gesellschaft EU-Geld umgeschichtet werden.

**Daciana Octavia Sârbu (S&D), schriftlich.** – Ich bin erfreut, dass das Europäische Parlament heute einem System zugestimmt hat, das sicherstellt, dass Kleinunternehmen zusätzliche Kredite zur Verfügung gestellt werden. Diese Entscheidung wird es ermöglichen, auf regionaler und nationaler Ebene über die nächsten vier Jahre 100 Mio. EUR bereitzustellen. Dies ist eine wertvolle und aktuell angemessene Entwicklung und wird einer Vielzahl der Menschen, die unter den Auswirkungen der weltweiten Rezession leiden, neue Chancen bieten. Die heute angekündigten Maßnahmen werden diejenigen unterstützen, die ein neues Unternehmen gründen wollen, und zudem professionelle Schulungsprogramme anbieten, wodurch die Bandbreite an Qualifikationen erweitert wird, auf die die Bürger zurückgreifen können, um die Unternehmen zu gründen, die für Europas Wirtschaft so überaus wichtig sind. Klein- und Mittelbetriebe werden in der Politik und der Gesetzgebung der Europäischen Union immer mehr berücksichtigt. Ich begrüße diese neue Entwicklung und insbesondere den Beitrag des Europäischen Parlaments zu der Förderung der Entwicklung von Kleinunternehmen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.

**Czesław Adam Siekierski (PPE), schriftlich.** – (PL) Das Programm Progress wurde gestartet, um die Verwirklichung der in der Sozialpolitischen Agenda dargelegten Ziele der Europäischen Union in den Bereichen Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit zu unterstützen. Die Haushaltsmittel, die unter diesem Programm zur Verfügung stehen, sollen Impulse für den Transformations- und Modernisierungsprozess in den folgenden fünf Gebieten sein: Beschäftigung, soziale Integration und sozialer Schutz, Arbeitsbedingungen, Kampf gegen Diskriminierung sowie Chancengleichheit von Frauen und Männern.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise wird gegenwärtig zu einer Sozial- und Beschäftigungskrise. Arbeitslose und Menschen aus benachteiligten Gesellschaftsgruppen benötigen aktive Unterstützung, wenn sie unabhängig werden wollen. Das Programm Progress richtet sich an die am meisten betroffenen Gruppen, und in diesem Zusammenhang denke ich, dass die Mitgliedstaaten und die Europäische Union für eine wirksame Umsetzung

des Programms verantwortlich sind. Die Union sollte zudem alles daran setzen, das Angebot an gezielten Finanzhilfen für Einzelunternehmer und Gründer von Kleinstunternehmen zu erweitern, und zwar in Form von Überwachung, Weiterbildung – darunter praktische Schulungen – und Entwicklung von Kompetenzen.

Progress soll der Entwicklung von Kleinstunternehmen und der Sozialwirtschaft dienen. In der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzlage, die von einem verringerten Kreditangebot gezeichnet ist, erweitert das Programm Progress die Bandbreite der gezielten Finanzhilfen für neue Geschäftsleute. Die Hauptverantwortung für Beschäftigungs- und Sozialpolitik bleibt bei den Mitgliedstaaten, aber die Europäische Union sollte diese Änderungen in Gang bringen. Es müssen echte Chance auf Beschäftigung für alle geschaffen sowie die Arbeitsqualität und -produktivität erhöht werden.

**Bart Staes (Verts/ALE), schriftlich.** – (NL) Mikrofinanzierung ist ein interessantes Instrument, um Menschen, die arbeitslos sind oder deren Arbeitsstelle in Gefahr ist, und auch Unternehmen in der Sozialwirtschaft in Krisenzeiten finanziell zu unterstützen. Ich habe gegen diesen Bericht gestimmt, da nicht sicher ist, dass dieses Instrument durch neue Mittel finanziert wird. Möglicherweise werden Mittel aus dem bestehenden Programm Progress verwendet, ein Programm, das 2007 ins Leben gerufen wurde und Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, Antidiskriminierung, sozialen Eingliederung, Gleichstellungsfragen und Beschäftigung vorsieht. Gelder zur Armutsbekämpfung Programmen zu entnehmen, die Armut bekämpfen, halte ich für keine gute Strategie.

Insbesondere der Rat lehnt einen gesonderten Haushalt ab. Den Mitgliedstaaten fehlt eindeutig der politische Mut. Um den Start Anfang 2010 zu ermöglichen, werden 25 Mio. EUR dem EU-Haushalt für 2010 entnommen. Derzeit gibt es zwischen Parlament und Rat keine Einigung über die Finanzierung für die darauf folgenden drei Jahre (2011-2013). Was Europa braucht, ist eine nachhaltige Strategie und keine einmalige Finanzspritze wie diese Initiative. Hinter dem Mikrofinanzierungsinstrument steht keine Kohärenz und keine langfristige Vision. Außerdem können Kleinstkredite bereits unter dem Europäischen Sozialfonds und unter dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung vergeben werden. Ich sage daher ganz klar „Nein“ zu diesem Bericht.

**Derek Vaughan (S&D), schriftlich.** – Dies ist eine großartige Initiative, die es Menschen, die ihre Arbeitsstelle verloren haben oder von Arbeitslosigkeit bedroht sind, erleichtert, an Kredite zur Gründung eines eigenen Unternehmens zu gelangen. Das europäische Mikrofinanzierungsinstrument wird bis zu 25 000 EUR für Menschen bereitstellen, die Kredite zur Gründung oder zum Ausbau von sehr kleinen Betrieben wollen, die jedoch auf den herkömmlichen Kreditmärkten keine erlangen konnten.

Es freut mich, dass das Europäische Parlament sicherstellen konnte, dass die Gelder nicht aus dem Programm Progress stammen, das bedürftigen Menschen helfen soll, sondern dass das Instrument für das erste Jahr mithilfe von Mitteln aus dem Haushalt für 2010 geschaffen wurde. Die ab Anfang 2010 verfügbare Summe von 100 Mio. Euro stellt genau die Art von Hilfe dar, die Kleinunternehmen in den Zeiten der Finanzkrise, in denen Banken noch immer nur widerwillig Kredite vergeben, benötigen. Dies wird Unternehmen in ganz Wales helfen, und ich bin enttäuscht, dass Kollegen der UKIP diese fortschrittliche Initiative nicht unterstützen konnten.

## **10. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll**

(Die Sitzung wird um 12.20 Uhr unterbrochen und um 15.00 Uhr fortgesetzt)

**VORSITZ Jerzy BUZEK**

Präsident

## **11. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll**

## **12. Fragestunde mit Anfragen an den Präsidenten der Kommission**

**Der Präsident.** – Der nächste Punkt ist die Fragestunde mit dem Präsidenten der Kommission.

**Corien Wortmann-Kool, im Namen der PPE-Fraktion.** – (NL) Herr Präsident, die Erwartungen an die EU 2020 sind hoch, nicht nur in unserer Fraktion, sondern auch unter den europäischen Bürgern. Sie erwarten

Wohlstand, Arbeitsplätze und eine nachhaltige und innovative soziale Marktwirtschaft bis 2020, sowie konkrete Vorschläge zur Stärkung KMU und einen offenen Europäischen Binnenmarkt, auch in der Kapital- und Wissensentwicklung. Sie erwarten eine Strategie 2020 mit einer soliden, transparenten europäischen Verwaltungsstruktur, und keinen Selbstbedienungsladen für die Mitgliedstaaten.

Herr Präsident, das Parlament will nicht nur informiert werden, wenn die Vorschläge der Kommission und des Rates vorliegen; das Parlament möchte sich tatsächlich an der Entwicklung und Umsetzung der Strategie 2020 beteiligen. Wie denken Sie das sicherzustellen, und auf welchen Zeitplan arbeiten Sie hin? Der Ratspräsident hat angekündigt, dass man bereits im März zu Ergebnissen gelangen will. Werden Sie die Initiative ergreifen? Können wir in nächster Zeit mit einem spezifischen Rahmen rechnen mit Ausgangs- und Zielpunkten als Grundlage für die Teilnahme des Parlaments an dieser Diskussion? Können Sie uns mitteilen, auf welchen Termin Sie hinarbeiten und wer zuständig sein wird? Sind Sie Mister 2020?

**José Manuel Barroso, Präsident der Kommission.** – In meiner Eigenschaft als Präsident der Kommission werde ich dafür zuständig sein, in Abstimmung mit meinen Kollegen in der Kommission, denn es handelt sich dabei, wie in meinen politischen Leitlinien dargelegt, um die zentrale Aufgabe der nächsten Kommission. Was den Zeitplan anbelangt, hoffen wir rechtzeitig zur Frühjahrstagung eine offizielle Mitteilung vorlegen zu können, doch es erscheint mir besser, wenn diese Schlussfolgerungen zur Ratstagung im Juni vorlägen. Das wird mein Vorschlag an den Europäischen Rat sein, so dass das Parlament – was ich sehr wünsche – an der Strategie umfassende Beteiligung und aktive Einflussnahme haben kann.

Auf Ebene des Europäischen Rates kam es im Vorfeld ebenfalls zu einer sehr interessanten Debatte über die Wirtschaft, ich habe den Europäischen Rat ermutigt, auf Seiten des Rates ebenfalls volle Verantwortung zu übernehmen und die Instrumente der Governance auszubauen. Wie Sie wissen, gab es vor fünf Jahren im Rahmen der Erneuerung der Lissabon-Strategie Widerstand vonseiten einiger Mitgliedstaaten, den Empfehlungen des Kok-Berichts nachzukommen. Diesmal sind die Bedingungen für ein erweitertes Governance-System in der Strategie erfüllt.

**Hannes Swoboda, im Namen der S&D-Fraktion.** – Herr Präsident! Herr Kommissionspräsident, das Jahr 2009 geht in einer sehr schwierigen Lage zu Ende, mit einer großen Arbeitslosigkeit, mit wirtschaftlichen und budgetären Problemen. Gleichzeitig gehen fünf Jahre Barroso-Kommission zu Ende. Welche Schlussfolgerungen ziehen Sie aus den ersten fünf Jahren für die zweiten fünf Jahre, sofern die Kommission bestätigt wird, gerade auch, was diese wirtschaftlichen und sozialen Fragen betrifft? Welche Botschaft geben Sie unseren Bürgerinnen und Bürgern mit, aber auch Ihren Kommissaren, was anders sein sollte in dieser neuen Periode?

Wir sollten doch gemeinsam daran arbeiten, gerade auch mit wirtschaftlichen und sozialpolitischen Zielen neue Akzente, neue Schwerpunkte zu setzen und das zu vermeiden, was wir jetzt in dieser Situation haben. Daher: Welche Konsequenzen ziehen Sie aus den ersten fünf Jahren, und was wollen Sie in den nächsten fünf Jahren anders, besser, deutlicher machen, um den Wünschen der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden?

**José Manuel Barroso, Präsident der Kommission.** – Zunächst einmal denke ich, dass die Tatsache, dass dieses Parlament mein Mandat erneuert hat, ein Zeichen dafür ist, dass die von uns ergriffenen Maßnahmen Unterstützung finden. Gleichwohl gibt es Sachverhalte, die verändert und verbessert werden müssen.

Die heutige Situation ist anders. Die soziale Dringlichkeit wird viel stärker empfunden als vorher. Wie ich zuvor schon oft gesagt habe, ist die Arbeitslosigkeit das größte Problem, das wir heute in Europa anzugehen haben – und mit dem wir aller Voraussicht nach noch für einige Zeit konfrontiert sein werden. Wir müssen also nicht nur neue Wachstumsquellen finden, sondern auch prüfen, was mit dem vorhergehenden Wachstumsmodell nicht stimmte.

Es ist offensichtlich, dass das vorherige Wachstumsmodell veraltet war. Es hat zwar ein paar künstliche Blasen erzeugt – nicht nur im Finanzsektor, sondern auch in anderen Wirtschaftsbereichen – aber es war kein nachhaltiges Modell, auch nicht aus energetischer und klimatechnischer Sicht. Das ist der Schwerpunkt meiner Strategie – die Strategie, die ich diesem Parlament vorgelegt habe und die ich mit der nächsten Kommission unter enger Einbindung des Parlaments weiterentwickeln möchte.

**Hannes Swoboda, im Namen der S&D-Fraktion.** – Eine kurze Nachfrage, Herr Kommissionspräsident. Sind Sie, wenn wir bei den Anhörungen in diesem Parlament zu der Meinung kommen, dass die Aufteilung der Portfolios diesen Zielsetzungen nicht völlig gerecht wird, und dann Vorschläge zur Änderung dieser Portfolios

machen, im Grundsatz bereit, auf diese Einwände einzugehen und eine Anpassung vorzunehmen? Würden Sie das grundsätzlich ablehnen, oder sind Sie grundsätzlich bereit dazu?

**José Manuel Barroso, Präsident der Kommission.** – Im Vertrag von Lissabon ist eindeutig festgelegt, dass die Kommission für die interne Organisation des Kollegiums und die Dienststellen der Kommission zuständig ist.

Ich bin jederzeit bereit, Ihre Vorschläge und Anmerkungen anzuhören. Einige der Neuerungen waren sogar auf einige Debatten mit Ihrer Fraktion und anderen Fraktionen zurückzuführen. Ich zähle auf Ihre Unterstützung im Hinblick auf die vollständige Einhaltung der Befugnisse der Kommission, wie auch ich immer die Befugnisse des Parlaments respektieren werde.

Ich bin stets offen für Ihre Vorschläge, doch ich denke, wir sollten uns mehr auf politische Angelegenheiten konzentrieren, auf Inhalte. Zur Organisation der Kommission: Ich bin der Meinung, dass mir nach fünf Jahren täglicher Arbeit in der Kommission die bestmögliche Ressourcenallokation innerhalb der Kommission hinreichend bekannt ist.

**Guy Verhofstadt, im Namen der ALDE-Fraktion.** – (NL) Herr Präsident, meine Frage bezieht sich auf die Situation in Griechenland. Diese Situation mit einem Staatsdefizit von 12,7 % und Staatsschulden von 130 % ist natürlich sehr beunruhigend. Es verhält sich genauso wie in Belgien, als ich im Jahr 1985 recht jung Finanzminister wurde. Die Zahlen waren genau gleich – ich werde sie niemals vergessen – 12,7 % Staatsdefizit. Sicher muss Griechenland sich dann sehr anstrengen und die Reformen durchführen, die bislang nicht umgesetzt wurden. Doch auch wir können etwas tun, Herr Präsident Barroso. Wir können die Kosten, die mit den Staatsschulden der verschiedenen Mitgliedstaaten verbunden sind, endlich senken durch die Einrichtung eines europäischen Anleihenmarkts, durch den ein Großteil dieser Staatsschulden gedeckt würde. Wir zahlen derzeit mehrere 100 Mrd. EUR Zinsen zu viel für unsere Staatsschulden, was daran liegt, dass es keinen europäischen Anleihenmarkt gibt und alle Anleihenmärkte weiterhin segmentiert sind, und das bei einer starken Liquiditätsverknappung. Ich möchte Ihnen diesbezüglich die Frage stellen, ob Sie in dieser Angelegenheit die Initiative ergreifen werden und endlich einen solchen europäischen Anleihenmarkt einführen. Dadurch wäre Griechenland nicht der Pflicht enthoben, selbst Anstrengungen aufzubringen, doch es könnte hilfreich sein.

**José Manuel Barroso, Präsident der Kommission.** – Die gestrige Zusage von Herrn Premierminister Papandreu, mittels dauerhafter Ausgabenkürzungen und Einnahmensteigerungen die Haushaltsdefizite abzubauen und die Staatsschulden zu reduzieren, hat mich durchaus beruhigt. Wir denken, dass der aktuelle Haushalt 2010, über den im griechischen Parlament derzeit beraten wird, sowie Premierminister Papandreu's Aussagen Schritte in die richtige Richtung sind. Ich habe sowohl die Situation dieser Regierung als auch der vorherigen Regierung sehr aufmerksam verfolgt, insbesondere im Hinblick auf die Frage der öffentlichen Finanzen.

Auch hat uns die aufrichtige Darstellung des griechischen Premierministers im letzten Europäischen Rat durchaus überzeugt. Er ist sich der Probleme voll und ganz bewusst und hat seine Entschlossenheit bewiesen, diese anzugehen. Griechenland wird der Kommission wie im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgesehen im Januar ein aktualisiertes Stabilitätsprogramm vorlegen. Ich vertraue darauf, dass in diesem Programm konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Haushaltskonsolidierung 2010 und zur Gewährleistung der dauerhaften Konsolidierung der öffentlichen Finanzen enthalten sind. Selbstverständlich wird die Kommission die makroökonomische und haushaltspolitische Lage sowie die Umsetzung der Maßnahmen in Griechenland weiterhin genauestens überwachen.

Allerdings halte ich es zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für angebracht, auf mögliche Entwicklungsszenarien einzugehen. Wir sind der Ansicht, dass Griechenland jetzt die geeigneten Maßnahmen ergreift und dass wir Griechenland bei der Durchführung dieser Maßnahmen unterstützen sollten.

**Guy Verhofstadt, im Namen der ALDE-Fraktion.** – (NL) Herr Präsident, um auf meine Äußerung zurückzukommen, ein europäischer Anleihenmarkt könnte Griechenland helfen. Das würde keineswegs bedeuten, dass dieses Land davon entbunden wäre, Reformen durchzuführen, doch es wäre auch allen anderen EU-Mitgliedstaaten damit geholfen, denn das hieße, es würden viel niedrigere Schuldzinsen anfallen. Vergleichen wir einmal die Zinssätze in Deutschland und den Vereinigten Staaten. Die Amerikaner zahlen 0,4 % weniger Zinsen für ihre Staatsanleihen als die Deutschen, obwohl die deutschen öffentlichen Finanzen in viel besserer Verfassung sind. Das beweist, dass wir dringend diesen Kurs einschlagen müssen. Ich hoffe darauf, dass die Kommission das tun wird.

**José Manuel Barroso, Präsident der Kommission.** – Es ist nicht der Zeitpunkt, die vorgeschlagenen Maßnahmen in Betracht zu ziehen. Ich persönlich halte es nicht für sehr angemessen, derartige Vorschläge mit der besonderen Situation in Griechenland zu verknüpfen, es könnte dadurch sogar ein falsches Signal gesendet werden.

Seien wir ehrlich. Griechenland und die Länder der Eurozone haben spezielle Verpflichtungen bei der Umsetzung der Bedingungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Das ist sehr wichtig für sie, in erster Linie für ihre eigene Wirtschaft, doch es ist auch für die anderen von Bedeutung. Ich glaube, es nicht der beste Weg, um unsere griechischen Freunde bei der Umsetzung der von Herrn Premierminister Papandreou angekündigten Maßnahmen zu unterstützen, wenn wir diesen Punkt in diesem Moment ansprechen und vorschlagen, dass es eine Lösung gibt, die nicht in den Händen Griechenlands liegt.

**Rebecca Harms, im Namen der Verts/ALE-Fraktion.** – Ich möchte Sie heute zur Struktur der nächsten Kommission befragen. Uns erscheint der Zuschnitt, den Sie vorgelegt haben, als ein sehr präsidentieller. Sie organisieren sich unserer Meinung nach mit dieser Struktur persönlich als Kommissionspräsident mit sehr viel Macht. Wir wundern uns darüber, dass Sie die Arbeitsgruppen der Kommissare abschaffen wollen. Diese haben in der letzten Legislaturperiode unserer Meinung nach Gutes geliefert. Wir wundern uns auch darüber, dass die Zuständigkeiten in einigen Bereichen unverständlich zersplittert werden. Die Aufteilung zwischen Frau Reding und Frau Malmström – wie Sie damit umgehen wollen, das bleibt Ihr Geheimnis. Es scheint uns, dass eine Art *homeland security office* bei Frau Malmström entstehen soll. Und Klima extra abzubilden, da habe ich sicher nichts dagegen. Aber wenn man eine Klimakommissarin einsetzt, dann muss man auch zeigen, dass hinter dieser Klimakommissarin wirkliche Macht steht und sie Zugriff auf Bereiche wie Energie, Industrie, Transport, Umwelt oder Landwirtschaft bekommt. Das sehen wir überhaupt nicht.

**José Manuel Barroso, Präsident der Kommission.** – Das sind zwei verschiedene Fragen: eine bezieht sich auf die Ressorts Sicherheit und Recht, die andere auf das Ressort Klima. Zu den Ressorts Recht und Sicherheit: Ich habe den von vielen in diesem Parlament unterstützten Vorschlag ein spezielles, stärker auf Grundrechte ausgerichtetes Ressort einzurichten, weitergeleitet. So wird Frau Kommissarin Reding, wenn dies auf Ihre Zustimmung stößt, Kommissionsmitglied für Justiz, Grundrechte und Unionsbürgerschaft.

Ebenfalls wird es ein Kommissionsmitglied für Inneres geben, so wie es in den meisten, wenn nicht allen, Mitgliedstaaten in Europa der Fall ist – es gibt einen Minister für Inneres und einen Minister für Justiz. Ich halte das für weitaus effizienter, damit sie mit ihren Kollegen in den jeweiligen Räten zusammenarbeiten können. Auch wird es in Bezug auf den Arbeitsumfang besser sein, denn, wie Sie wissen, haben wir gerade das Stockholmer Programm verabschiedet. Das ist ein sehr ehrgeiziges Programm, in dem dieses Parlament jetzt über viele wichtige Befugnisse verfügt, so dass zwei verschiedene Kommissare vollauf gerechtfertigt sind. Es geht in diesem Fall nicht um die Rolle des Präsidenten. Es hat überhaupt nichts mit der Rolle des Kommissionspräsidenten zu tun. Es geht vielmehr um die Notwendigkeit einer Art Arbeitsteilung in einem so bedeutenden Bereich. Ich möchte, dass die Fragen der Sicherheit in Händen des für Grundrechte zuständigen Kommissionsmitglieds liegen, und ich möchte, dass das Kommissionsmitglied für Sicherheit sein Amt ausübt, bei gleichzeitiger Wahrung der Grundrechte und des Geistes der Freiheit in der Europäischen Union.

**Rebecca Harms, im Namen der Verts/ALE-Fraktion.** – Ich möchte noch einmal nachfragen: Wie soll die Klimakommissarin stark sein, wie soll sie sich durchsetzen, wenn das – nach der zweiten Möglichkeit – in den Strukturen nicht abgebildet ist? Zweitens gibt es eine andere Sache im Detail, die uns absolut unvernünftig erscheint, und zwar dass die grüne Gentechnik – die Sie, Herr Barroso, ja befürworten – im Gesundheitsressort landet und nicht mehr im Umwelt- und auch nicht im Landwirtschaftsressort enthalten ist. Das müssten Sie auch erklären.

**José Manuel Barroso, Präsident der Kommission.** – Es freut mich, dass Sie mit der Einsetzung eines Kommissionsmitglieds für Klimaschutz zufrieden sind. Sie wird auch in der Tat viel zu tun haben, denn Kopenhagen wird, wie jetzt zu sehen ist, nicht das Ende sein. Es gibt viel zu tun nach Kopenhagen.

Schwerpunkt ihrer Aufgaben wird es sein, den Klimawandel in alle Politikbereiche der Kommission zu integrieren – nicht nur die von Ihnen genannten, sondern viele andere. Es existiert kaum ein Politikbereich in der Europäischen Union, der nicht in irgendeiner Form den Klimaschutz beeinflusst: von Landwirtschaft bis Forschung, von Unternehmen und Industrie bis Maritime Angelegenheiten. Das ist die Aufgabe.

Sie wird einer eigenen Generaldirektion für Klimaschutz vorstehen. Ich möchte, dass die Kommissarin für Klimaschutz über einige Instrumente verfügt, um ihre Politik zu verfolgen, was sie selbstverständlich in Zusammenarbeit mit anderen Kommissionsmitgliedern versehen wird – in erster Linie mit dem Kommissar

für Umwelt, dem Kommissar für Energie und anderen – denn es handelt sich um einen so wichtigen Politikbereich, der auch eine bedeutende externe Dimension hat.

**Michał Tomasz Kamiński**, *im Namen der ECR-Fraktion* – (PL) Herr Präsident, mich interessiert Ihre Einschätzung des EU-Ukraine-Gipfels, der vor knapp zwei Wochen stattfand. Gleichzeitig möchte ich zwei Fragen herausstellen. Als ich in Kiew war, habe ich erfahren, dass die europäische Seite eine Referenz zur europäischen Identität der Ukraine in der Schlussklärung ablehnte. Ich will nicht verhehlen, dass mich das außerordentlich überrascht, weil meines Erachtens die Frage der Europäischen Identität der Ukraine nicht bestritten werden sollte. Zweitens habe ich in Kiew erfahren, dass unsere EU-Delegation es ablehnte, an der Gedenkstätte für die Opfer der ukrainischen Hungersnot Kränze niederzulegen, wie es bei diplomatischen Besuchen in der Ukraine üblich ist. Ich muss sagen, dass ich über diese beiden Fakten außerordentlich verwundert bin.

**José Manuel Barroso**, *Präsident der Kommission*. – Ich bin der Ansicht, das Treffen mit der Ukraine war erfolgreich. Ich möchte Ihnen allerdings nicht verhehlen, dass unsere ukrainischen Freunde mehr tun müssen, wenn Sie mehr Unterstützung von uns wollen.

Ich habe mich länger mit Fragen in Bezug auf die Ukraine beschäftigt befasst, als mit den meisten Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Das spricht für die Aufmerksamkeit, die wir ukrainischen Anliegen widmen. Die Ukraine ist ein Land, das uns sehr nahe steht und dem wir näher sein wollen. Deshalb haben wir diesem Land ein umfassendes und innovatives Assoziierungsabkommen EU-Ukraine angeboten. Das ist der weitest gehende Status, den wir einem Land geben können, außer im Falle des Beitritts, der in der gegenwärtigen Situation nicht möglich ist.

Es fanden einige Diskussionen statt, doch wenn Sie sich die Ergebnisse ansehen, ist deutlich bestätigt, dass die Ukraine ein europäisches Land ist, dass sich die Ukraine denselben europäischen Werte verpflichtet und dass wir der Ukraine näher stehen wollen. Wir wollen die Ukraine darin unterstützen, uns näher zu sein. Meiner Ansicht nach war es ein produktives Zusammentreffen, doch können wir nicht ernsthaft erwarten, bei jedem Gipfel einen neuen Status für die Ukraine zu schaffen.

Der letzte Gipfel davor war in Paris. Wir gaben der Ukraine diese Assoziierungsmöglichkeit, doch können wir nicht bei jedem Gipfeltreffen einen neuen Status schaffen. Die Debatte mit Herrn Präsidenten Juschtschenko und den anderen Gesprächspartnern diesbezüglich war sehr ehrlich, offen und freundlich.

**Lothar Bisky**, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident! Ich habe eine Frage zur Tobin-Steuer an Sie. Die Tobin-Steuer ist ja ein verdienstvoller Vorschlag, aber niemand hat sie bisher eingeführt, und alle sagen immer, wenn nicht alle das gleichzeitig einführen, wird das nie eingeführt. Ich fürchte nun, nachdem auch der Europäische Gipfel das beschlossen hat – was ich begrüße –, dass man es erneut auf die lange Bank schiebt, weil nicht alle gleichzeitig anfangen.

Meine Frage: Wie stehen Sie dazu, und welche Chancen sehen Sie, die Tobin-Steuer einzuführen?

**José Manuel Barroso**, *Präsident der Kommission*. – Wenn es eine globale Steuer auf finanzielle Transaktionen gibt, sollten wir diese unterstützen. Ich persönlich habe das auch in der Tat in den Debatten im Europäischen Rat unterstützt. Der Europäische Rat hat die Kommission aufgefordert, diesbezüglich einige Überlegungen anzustellen, und wir arbeiten jetzt daran.

Auch in Verbindung mit dem Thema der innovativen Finanzierung bin ich persönlich der Ansicht, dass – wollen wir unseren Verpflichtungen im Hinblick auf den Kampf gegen den Klimawandel nachkommen – dies nicht allein mit Geldern unseres Haushalts geleistet werden kann. Es ist offensichtlich, dass unsere Haushalte so sehr belastet sind, dass es unseren nationalen Haushalten in den kommenden Jahren nicht möglich sein wird, die Mittel für die Bekämpfung des Klimawandels allein bereitzustellen. Wir müssen über innovative Finanzierungsmethoden nachdenken. Eine globale Steuer auf finanzielle Transaktionen ist meines Erachtens eine sehr gute Idee, und wir arbeiten bereits auf diesem Gebiet, um zu einem geeigneten Zeitpunkt Vorschläge vorzulegen. Ich hoffe, die neue Kommission wird auf diesem Gebiet einige Vorschläge unterbreiten.

**Paul Nuttall**, *im Namen der EFD-Fraktion*. – Herr Barroso, wir haben vor Kurzem erfahren, dass die Corus-Stahlwerke in Teesside im Norden Englands geschlossen werden sollen. Dies ist auf das EU-Reduktionsziel von 20 % der Kohlendioxidemissionen zurückzuführen. Aufgrund der Emissionszertifikate kann Corus nicht länger mehr als 5 000 Stahlarbeiter, einschließlich Zulieferern, beschäftigen. Auch erleben wir dieses Schauspiel der britischen Regierung mit, die eingesteht, dass ihre Hände aufgrund des strafenden EU-Wettbewerbsrecht in dieser Frage gebunden sind.



Die tatsächlichen Gewinne, die Corus durch die Einstellung der Produktion in Teesside erzielt, sind Einsparungen, durch die von der EU im Rahmen ihres Emissionshandelssystems zugeteilten Emissionszertifikate im Wert von bis zu 600 Mio. GBP in den kommenden drei Jahren. Doch was für eine Überraschung: Der Vorsitzende des IPCC, Rajendra Pachauri, ist ebenfalls Direktor der Tata Foundation, so dass man sich fragen muss, *cui bono*? Corus ist nämlich ein Tochterunternehmen von Tata.

*(Proteste aus dem Saal)*

Ich stelle nun folgende Frage: Ist es inzwischen offizielle EU-Politik, den Unternehmen Anreize für die Schließung von Produktionsanlagen wie Teesside anzubieten, so dass sie ihren Betrieb in Länder wie Indien auslagern können, oder geht es hier mehr um persönliche Interessen?

**José Manuel Barroso, Präsident der Kommission.** – Zu der Unterstellung, die Sie anführen, kann ich keine Aussagen treffen. Wenn ich die betreffende Person wäre, würde ich die Angelegenheit vor Gericht bringen.

Zur eigentlichen Frage: Sie sagten, dass die britische Regierung anführte, diese sei die Haltung der Europäischen Union. Ich weiß nichts von dieser Aussage, ich kann Ihnen jedoch Folgendes sagen: Wenn eine Regierung die Europäische Union auf ehrgeizige Ziele im Kampf gegen den Klimawandel gedrängt hat, dann ist es gerade die Regierung Ihres Landes, ob Sie es wollen oder nicht.

Die gemeinsame Agenda in der Europäischen Union heute ist es, den globalen Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren. Das hat gewisse Konsequenzen hinsichtlich der Anpassung unserer Industrie. Wir wollen die Industrie in Europa behalten, doch wir wollen eine andere Industrie, die weniger energieintensiv und umweltfreundlicher ist.

**Paul Nuttall (EFD).** – Sie haben meine Frage nicht beantwortet. Die Frage lautete nämlich: Ist es offizielle EU-Politik, den Unternehmen Anreize für die Schließung von Produktionsanlagen wie Teesside und die Auslagerung ihres Betriebes in Länder wie Indien anzubieten? Sie haben diese Frage nicht beantwortet. Würden Sie bitte darauf antworten.

**José Manuel Barroso, Präsident der Kommission.** – Dann wird meine Antwort „Nein“ lauten.

**Der Präsident.** – Kolleginnen und Kollegen, das Verfahren im Zusammenhang mit der Blauen Karte kann jetzt nicht angewendet werden, weil es sich hier um Diskussionen zwischen zwei Personen handelt. Es erweist sich jetzt als sehr schwierig, die Blaue Karte für eine zusätzliche Frage zu benutzen, da ich nicht weiß, für welche der beiden Personen die Karte bestimmt ist. Das tut mir Leid. Sie wird natürlich bei anderen Debatten anwendbar sein.

**Marine Le Pen (NI).** – (FR) Herr Präsident, die Europäische Kommission hat als Antwort auf die Volksabstimmung in der Schweiz zu Minaretten eine Erklärung abgegeben, die, gelinde gesagt, beunruhigend und zweideutig ist. Sie hielt es für erforderlich, zugunsten der Mitgliedstaaten, die versucht sein könnten ähnliche Entscheidungen zu treffen, die Notwendigkeit der „Achtung der Grundrechte wie der Religionsfreiheit“ erneut zu bekräftigen. Diese kaum verschleierte Drohung bedarf Ihrerseits der Erklärung. Denn aus Meinungsumfragen geht hervor, dass die große Mehrheit der Europäischen Bürger in einem solchen Referendum abgestimmt hätte, wenn es in ihrem Land möglich gewesen wäre.

Herr Barroso, haben die EU-Mitgliedstaaten das Recht, eine Volksabstimmung, die in jeder Hinsicht mit der vom 29. November in der Schweiz identisch ist, für die Menschen ihres Landes abzuhalten, oder nicht? Würde die Kommission die souveräne Entscheidung dieser Menschen ablehnen, wenn sie wie die Menschen in der Schweiz abstimmten? Wenn die Europäische Union, wie wir glauben, heutzutage vielmehr totalitär als demokratisch ist, dann ist es höchste Zeit, dies einzugestehen.

**José Manuel Barroso, Präsident der Kommission.** – (FR) Es ist das souveräne Recht eines jeden Mitgliedstaates, gemäß der jeweiligen verfassungsrechtlichen Vorschriften, selbst zu entscheiden, wie er das Volk direkt zu befragen wünscht. Ich werde allerdings keine hypothetischen Aussagen über hypothetische Volksabstimmungen machen. Ich kann Ihnen aber mitteilen, dass jeder Mitgliedstaat die Entscheidungen in dieser Angelegenheit selbst trifft. Daher werde ich nicht im Voraus ein Urteil über ein Referendum in einem Land oder die Reaktion auf ein von der Kommission organisiertes Referendum abgeben.

Die Kommission verfügt über Befugnisse, die von den Mitgliedstaaten getroffenen Maßnahmen und Entscheidungen in Bezug auf die Anwendung des EU-Rechts zu überprüfen. In diesem Fall hat die Kommission nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, Stellung zu nehmen.

**Marine Le Pen (NI).** – (FR) Herr Barroso, trotz allem, die Frage war klar. Ich habe nicht nach einer Antwort in Bezug auf ein hypothetisches Referendum gefragt, sondern nach einem Referendum, das völlig identisch ist mit der Volksabstimmung, die für die Menschen in der Schweiz abgehalten wurde.

Wenn einer der EU-Mitgliedstaaten in einem völlig identischen Referendum die Frage stellen würde, die der Schweizer Bevölkerung gestellt war, wie würde die Kommission reagieren? Haben sie das Recht dazu? Und würde sich die Kommission gegen die Entscheidung des souveränen Volkes aussprechen, wenn es wie die Schweiz stimmen würde? Die Frage ist eindeutig.

**José Manuel Barroso, Präsident der Kommission.** – (FR) Frau Le Pen, Sie stellen eine hypothetische Frage. Mein Französisch ist nicht so gut wie Ihres, aber wenn Sie sagen „wenn“, dann ist das eine hypothetische Frage. „Wenn es ein Referendum gäbe“ ist eine hypothetische Frage.

(Beifall)

Gewöhnlich beantworte ich keine hypothetischen Anfragen. Die Wirklichkeit ist schon komplex genug. Doch eines kann ich Ihnen sagen: Die Kommission ist gegen jede Art von Diskriminierung, einschließlich religiöser Diskriminierungen. Das ist unser Standpunkt und der ist eindeutig. Es handelt sich dabei nicht nur um den Standpunkt der Kommission, sondern um die Haltung aller demokratischen Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Zu einem hypothetischen Referendum allerdings werde ich nicht Stellung nehmen.

*Europa 2020*

**David Casa (PPE).** – (MT) Ich wollte dem Präsidenten der Kommission eine Frage zu der Kommission stellen. Doch gab es heute eine Äußerung vonseiten der sozialistischen Partei zur Anhörung mit den Kommissionsmitgliedern. Ich hoffe, die sozialistische Partei wird nicht anfangen, mit den zugewiesenen Zuständigkeitsbereichen der designierten Kommissionsmitglieder herumzuspielen. Wir sind nicht befugt, die Zuständigkeitsbereiche der Kommissare zu ändern, da das in die ausschließliche Zuständigkeit des Kommissionspräsidenten fällt. Die ausgewählten Personen unserer Partei, der Liberalen sowie der sozialistischen Partei, sind alle ausgesprochen tüchtige Persönlichkeiten, und wir sind nicht befugt, schon jetzt im Vorfeld der Anhörung eine Debatte darüber zu beginnen, ob wir die Zuständigkeitsbereiche der Kommissionsmitglieder ändern können. Es ist mir bewusst, dass dies nicht der Gegenstand der Anfrage war, doch nach dem Beitrag der sozialistischen Partei war mir diese Äußerung ein Anliegen.

**José Manuel Barroso, Präsident der Kommission.** – Da Sie keine Frage gestellt haben, muss ich auch keine Antwort geben, doch möchte ich die Gelegenheit nutzen, um Folgendes zu sagen.

Der Grundsatz der Loyalität zwischen den verschiedenen Organen ist von großer Bedeutung. Auch müssen wir jetzt mit dem neuen Vertrag die Befugnisse der einzelnen Organe einhalten. Ich habe Ihnen gesagt, wie wichtig es ist, eine besondere Beziehung zwischen Kommission und Parlament zu haben, und ich werde darauf hinarbeiten. Das bedeutet natürlich, dass die Befugnisse jedes Organs in dem jeweiligen Aufgabenbereich gemäß den Verträgen zu respektieren sind.

**Liisa Jaakonsaari (S&D).** – (FI) Herr Präsident, zu Beginn seiner Rede sprach der Kommissionspräsident davon, was an früheren Modellen falsch war. Falsch ist sicherlich, dass die Kommission einige gute Programme hatte, die Mitgliedstaaten aber einfach machen, was sie wollen. Mit anderen Worten, die Politik von Zuckerbrot und Peitsche reicht nicht aus, den Mitgliedstaaten Orientierung zu bieten.

Ich habe auch festgestellt, dass das Strategiepapier 2020 keine innovativen Ideen in Bezug auf eine Orientierung für die Mitgliedstaaten enthält. Ich möchte Sie fragen, ob die Kommission die Warnhinweise nach Artikel 121 des Vertrags von Lissabon zu nutzen beabsichtigt, falls ein Mitgliedstaat sich nicht an die Ideen der Strategie 2020 hält bzw. nicht halten will.

**José Manuel Barroso, Präsident der Kommission.** – Vielen Dank für Ihre Frage und die damit verbundene Intention.

Ich habe die Absicht, den Mitgliedstaaten vorzuschlagen, ordnungspolitischen Vorgaben für die Wirtschaft in Europa zu stärken. Meiner Meinung nach haben wir jetzt eine Möglichkeit dazu. Offen gesagt ist das schon mehrmals zuvor abgelehnt worden. Sie haben womöglich ein Interview gelesen, in dem kürzlich einer meiner Vorgänger, Herr Delors, sagte, dass sein Vorschlag für stärkere Koordinierung in Sozialfragen im Jahr 1993 scheiterte. Er wurde von den Mitgliedstaaten abgelehnt.

Es war interessant, und ich habe nachgeschlagen, was ich damals als Außenminister meines Landes gesagt habe. Ich gehörte zu denjenigen, die eine stärkere Koordinierung der Mitgliedstaaten in dem Bereich unterstützten. Leider war es nicht möglich.

Als die Strategie von Lissabon überarbeitet wurde, legten wir einen Vorschlag vor, der sich an den Wim Kok-Bericht anlehnte, und dieser wurde von den Mitgliedstaaten abgelehnt. Ich denke, jetzt nach der Krise ist das Bewusstsein gewachsen, dass wirkliche Koordinierung als Antwort auf die Krise notwendig ist. Ich werde dafür kämpfen, aber um das zu erreichen, brauchen wir natürlich die Unterstützung der Mitgliedstaaten. Wir brauchen sie, weil einige dieser Politiken auf nationaler Ebene, andere auf Gemeinschaftsebene gemacht werden.

Der Meinungsaustausch mit dem Europäischen Rat hat mich ermutigt. Der neue Präsident des Rates, Präsident Van Rompuy, hat bereits angekündigt, dass er Anfang Februar einen informellen Meinungsaustausch wünscht. Ich hoffe, dass es damit ein stärkeres Engagement vonseiten des Europäischen Rates zur Stärkung des Governance-Instruments der Strategie 2020 der Europäischen Union geben wird.

**Frédérique Ries (ALDE).** – (FR) Herr Barroso, die Strategie von Lissabon hat ausgedient. Die Europäische Union wird daher vom 1. Januar an nicht der wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum sein. Entschuldigen Sie bitte meine harschen Worte, doch dies kommt fast einer Fata Morgana gleich. Es geht jetzt darum, für die kommenden Jahre, für 2010 sicherzustellen, dass, die EU eigentlich eher eine Oase der Ruhe für Europas Unternehmer und Bürger ist.

In diesem Zusammenhang habe ich in Ihrer Aufzeichnung gelesen, mit der Sie uns vorgestellt haben, dass Sie über Internationalisierung der KMU sprechen, die die meisten Arbeitsplätze in der EU schaffen. Meinen Sie nicht, Herr Barroso, dass es heute dringend geboten ist, die Lage zu stabilisieren, die Menschen zu beruhigen? Können Sie außerdem heute gewährleisten, dass die Kommission gegen jede Regulierungshysterie auftritt und in der täglichen Arbeit und in allen ihren Politikbereichen den Grundsatz, die Strategie „Vorfahrt für KMU in Europa“ anwenden wird?

**José Manuel Barroso, Präsident der Kommission.** – (FR) Danke, Frau Ries. Das war eine der Prioritäten meiner Kommission, aber es ist ebenfalls eine Priorität der gegenwärtigen Kommission und wird bestimmt auch für die nächste Kommission eine Priorität sein. Die kleinen und mittleren Unternehmen sind diejenigen, die Arbeitsplätze schaffen. Wir haben den Small Business Act auf der Grundlage eben dieses Grundsatzes „Vorfahrt für KMU in Europa“ geschaffen, von dem Sie sprechen, und wir gehen erstmals ein Programm zur Verringerung des Verwaltungsaufwands an, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen. Deshalb ist die Verwirklichung des Binnenmarkts eine unserer höchsten Prioritäten, weil da Potenzial und auch eine internationale Dimension auszuschöpfen sind, denn es ist eine Tatsache, dass unsere kleinen und mittleren Unternehmen bei ihren Bemühungen, mit anderen Märkten zusammenzuarbeiten, immer wieder auf zahlreiche Hindernisse stoßen. Ich glaube daher, dass diese eine der Prioritäten der neuen Strategie ist, der Strategie 2020. Es ist eben gerade eine Strategie, die stärker mit der internationalen Dimension verbunden ist, denn heute werden die Auswirkungen der Globalisierung spürbar, und nur durch eine aggressive, proaktive Haltung können wir diesen Kampf um die Wettbewerbsfähigkeit gewinnen.

**Der Präsident.** – Meine Damen und Herren, als Antwort auf eine sehr wichtige Frage von Frau Ries möchte ich eine Erläuterung geben. Wir haben um 15.00 Uhr mit Beginn dieses Tagesordnungspunkts mit der Erstellung der Rednerliste begonnen. Ich habe etwa 30 Personen auf der Liste, in der Reihenfolge, in der Sie Ihre blauen Karten genommen haben. Wir können natürlich weitere Redner in die Liste aufnehmen, aber es wird Ihnen nicht möglich sein, zu diesem Tagesordnungspunkt zu reden.

Wenn Sie möchten, können Sie Ihre Karten jetzt behalten, und Frau Durant wird die nächste Rednerin für eine Minute sein. Wir können versuchen, die verbleibenden Mitglieder, die Redebeiträge haben, in die Liste aufzunehmen, doch ich kann Ihnen ganz ehrlich sagen, dass es unmöglich ist, so viele Redner zu haben, es sind etwa 30.

Wir haben um 15.00 Uhr mit der Liste begonnen. Sollten weitere Mitglieder ihre Namen eintragen, halten Sie bitte eine Minute ein.

**Isabelle Durant (Verts/ALE).** – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissionspräsident, ich möchte Sie fragen, wie Sie im Zusammenhang mit der Strategie 2020 und insbesondere mit dem System der verstärkten Governance mit dem Thema der Lobbies umzugehen gedenken. Sie wissen ebenso wie ich, dass es bei der Erarbeitung der Strategie 2020 zwangsläufig eine generelle Lobbyarbeit geben wird. Lobbying findet eigentlich überall statt, es gibt Lobbyaktivitäten in der Kommission, im Parlament, im Rat.

Ihnen ist ebenfalls bekannt, dass heute eine interinstitutionelle Debatte zum Thema Lobbyismus stattfindet. Herr Kallas war in der vorherigen Kommission mit diesem Thema befasst. Ich möchte von Ihnen wissen, wer in der Kommission für das Thema Lobbyismus zuständig sein wird und welches sein oder ihr Mandat sein wird. Möchten Sie – wie ich und andere Mitglieder dieser interinstitutionellen Gruppe hoffen – auf dem Weg zu einem System der obligatorischen Registrierung für Interessenvertreter voranschreiten?

Das ist die Voraussetzung für Transparenz und meiner Ansicht nach auch die Voraussetzung für die Unterstützung der Bürger. Sie müssen verstehen können, wie Entscheidungen auf Europäischer Ebene von Kommission, Rat und Parlament getroffen werden.

**José Manuel Barroso, Präsident der Kommission.** – (FR) Herr Präsident, das ist ein bekanntes Problem, ein sehr wichtiges Problem, und ich bin in der Tat stolz darauf, dass wir in der Amtszeit dieser Kommission Fortschritte gemacht haben. Wie Sie bereits erwähnten, hat Kommissionsmitglied und Vizepräsident Herr Kallas in diesem Bereich eine Menge Arbeit geleistet und wir haben Fortschritte bei dem System der Registrierung für Interessenvertreter erzielt.

Aber ich denke, es sollte anerkannt werden, dass das Problem am besten zu behandeln ist, indem man transparent ist und Informationen nicht zurückhält. Das ist nur natürlich! Das ist nur natürlich in einer offenen Gesellschaft und in einer offenen Wirtschaft, weil unterschiedliche teilweise konkurrierende Interessen zum Ausdruck kommen.

Die Kommission wird sich bei ihrer Arbeit an diesen Grundlinien orientieren: Ihre Beziehungen mit Vertretern der unterschiedlichen Interessen – die Interessen der Unternehmen, der Gewerkschaften, manchmal spezifische Interessen – werden transparenter werden.

Die in der Kommission für diese Angelegenheit zuständige Person – wenn Sie ihm gegenüber freundlicherweise Ihre Unterstützung zum Ausdruck bringen möchten – wird Kommissionsmitglied und Vizepräsident Herr Maroš Šefčovič sein. Er wird von der Verwaltung in der neuen Kommission mit dieser Aufgabe betraut.

**Vicky Ford (ECR).** – Herr Präsident Barroso, ich begrüße Ihre Zielvorstellungen für 2020. Sie zeigt, dass man selbst in den düsteren Zeiten der Rezession von einer Utopie träumen kann. Ich begrüße Ihre Kommentare zu den europäischen Forschungsräumen. Ich vertrete Cambridge mit seinem führenden Forschungscluster, der bereits große Erfolge in High Tech, Green Tech und Bio Tech erzielt hat. Wenn wir Ihre Träume auch nur annähernd wahr machen wollen, dann sollten wir auf die Erfahrungen von Cambridge hören und aus ihnen lernen. Forschung muss finanziert werden; innovative Unternehmen müssen finanziert werden; Innovation von Weltklasse braucht auch eine Finanzierung von Weltklasse.

Letzte Woche habe ich mich mit Vertretern des Wellcome Trust getroffen, der größten gemeinnützigen Organisation des Vereinigten Königreichs, die im vergangenen Jahr 750 Mio. EUR für medizinische Forschung vergeben hat. Sie sind nach Brüssel gekommen, um diesem Parlament zu sagen, dass wir, wenn wir den vorliegenden Gesetzesentwurf zu alternativen Investitionen annehmen, die Finanzierung durch ihre Organisation um zwei Drittel kürzen werden. Sagen Sie bitte nicht das eine und tun das andere.

**José Manuel Barroso, Präsident der Kommission.** – Ich gratuliere Cambridge. Ich halte Cambridge für eine der größten Universitäten Europas und der Welt. Gerade weil wir nicht sehr viele Cambridges haben in Europa, arbeiten wir daran, einen echten europäischen Forschungsraum zu schaffen, denn Cambridge und andere sehr wichtige Universitäten in Europa sind sehr international. Sie sind in der Lage, umfangreiche finanzielle Mittel zu akquirieren, doch in anderen Ländern, insbesondere in kleinen und sehr armen Ländern, sind diese Ressourcen nicht vorhanden. Deshalb brauchen wir nicht nur die private Finanzierung, wie die, die Sie erwähnt haben – und ich begrüße natürlich die Arbeit von Stiftungen, wie der von Ihnen erwähnten –, sondern wir brauchen auch eine öffentliche Finanzierung durch die Staaten und den EU-Haushalt. Dies ist einer der Punkte, den ich in den nächsten EU-Haushalt aufzunehmen beabsichtige.

Was die Verbindung zu Verwalter alternativer Anlagen betrifft, ich sehe da keine Verbindung. Ich glaube, dass wir weder das eine noch das andere verwenden sollten. Wir halten es für wichtig, eine vernünftige Regulierung für Produkte des Finanzmarktes zu haben, in Anbetracht dessen, was geschehen ist, auch in Ihrem Land. Es war Ihr Land, das den größten Staatshilfefall der Geschichte der Europäischen Union verzeichnet, und zwar aufgrund von Problemen auf den Finanzmärkten.

**Nikolaos Chountis (GUE/NGL).** – (EL) Herr Präsident, Herr Barroso, während die ehrgeizigen Ziele der Strategie für 2020 debattiert werden, gibt es bestimmte Länder wie Griechenland, die dieser Strategie unter ungünstigen Bedingungen folgen werden, mit riesigen wirtschaftlichen Problemen und hoher Arbeitslosigkeit.

Gestern hat der Premierminister Maßnahmen zum Abbau des Defizits angekündigt. Athen erwartet die Reaktionen der Märkte und die Bewertung durch verschiedene Firmen mit angehaltenem Atem. Ich habe Ihre Antwort auf eine frühere Frage gehört, und ich habe Herrn Almunias Aussagen von heute gelesen und ich möchte Sie, Herrn Barroso, dies fragen: Wie kann die Kommission, zusätzlich zur Überwachung des Haushaltsdefizits in Griechenland, zur Lösung dieses Problems beitragen?

Und zweitens, wie werden im Rahmen der 2020-Strategie solche nationalen Eigenheiten behandelt, damit keine solchen Probleme entstehen?

**José Manuel Barroso, Präsident der Kommission.** – Erstens sehen wir für die 2020-Strategie einerseits nationale, andererseits aber auch horizontale Programme für die gesamte Europäische Gemeinschaft vor.

Wir werden jeden Mitgliedstaat bitten, spezifische, vereinfachte Ziele für jedes Land vorzulegen, unter Berücksichtigung der verschiedenen Umstände. Wie Sie sagten, befindet sich Griechenland heute in einer speziellen Situation, und wir widmen ihm besondere Aufmerksamkeit. Griechenland wird natürlich weiterhin Kohäsionsfonds erhalten, da es zu den Ländern gehört, die aus diesen Kohäsionsfonds Unterstützung erhalten, und dies ist unabhängig von der EU-2020-Strategie.

Es ist jedoch wichtig zu verstehen, weshalb Länder wie Griechenland ihre Defizite und übermäßige Schulden korrigieren müssen. Die Zinsen, die ein Land für seine Schulden bezahlt, sind Gelder, die das Land nicht in die Zukunft seiner Krankenhäuser und Schulen investieren kann. Wenn wir den Mitgliedstaaten empfehlen, zu hohe Schulden und Defizite zu vermeiden, dann nicht, weil wir das Ideal einer strengen makroökonomischen Disziplin verfolgen, sondern weil wir an die Sozialausgaben und die Interessen der Menschen denken.

**Ivo Belet (PPE).** – (NL) Herr Präsident, Herr Präsident Barroso, ich möchte Ihnen eine Frage zur Zukunft des Automobilsektors stellen, denn er wird auch nach 2020 zu den wichtigsten Industriesektoren zählen. Ein Teil unserer eigenen Kronjuwelen wird zurzeit an China verkauft, was keine willkommene Entwicklung ist. Meines Erachtens ist es durchaus nicht zu spät, dies abzuwenden, doch hierzu müssen Sie, Herr Präsident, und die neue Europäische Kommission dringend einen Gang zulegen. Wir müssen mehr Ressourcen für Forschung und Entwicklung mobilisieren und uns stärker auf den Automobilsektor konzentrieren; wir müssen natürlich auch mehr finanzielle Ressourcen der Europäischen Investitionsbank mobilisieren. Aus meiner Sicht können wir nur auf diese Weise sicherstellen, dass unsere aktuelle Ölabhängigkeit z. B. nicht durch eine zukünftige Abhängigkeit von elektrischen Batterien aus China ersetzt wird. Daher meine Frage: Sind Sie und die Europäische Kommission bereit, kurzfristig die Koordination zu übernehmen, auch in Bezug auf das Opel-Dossier, damit wir uns gemeinsam entschieden den neuen, umweltfreundlichen Technologien des Automobilsektors zuwenden können?

**José Manuel Barroso, Präsident der Kommission.** – Im Fall von Opel hat die Kommission, wie Sie wissen, nach wie vor eine wichtige Position inne und fördert die notwendigen Treffen zwischen den betroffenen Ländern und Unternehmen.

Zur Frage der Automobilindustrie: Es besteht ein Problem der Überkapazität in Europa und weltweit. Wie Sie mit Ihrer Frage bereits angedeutet haben, müssen in Zukunft neue Wege und Technologien gefunden werden, insbesondere in der Entwicklung sauberer Autos. Wir unterstützen dieses Konzept, und zwar nicht nur als Idee, sondern auch in finanzieller Hinsicht.

Die Europäische Investitionsbank hat, wie Sie wissen, mit unserer vollen Unterstützung hierfür eine besondere Fazilität geschaffen. Zu den Prioritäten für das nächste Mandat gehört die Entwicklung einer „grünere“ und technologisch weiterentwickelten Automobilindustrie in Europa. Auf diese Weise können wir weltweit eine führende Position in der Automobilindustrie beibehalten.

**Stephen Hughes (S&D).** – Herr Präsident Barroso, das europäische Netzwerk gegen Armut bezeichnet Ihr Konsultationsdokument zur 2020-Strategie als Rückschritt von den wiederholten Zusagen des Europäischen Rates, die soziale Dimension zu stärken.

Ihr Dokument erwähnt nur Flexicurity und Schulung. Sicher wissen Sie, dass wir auf dieser Seite des Parlaments eine Strategie ohne sozialen Inhalt nicht annehmen können. 2010 wird das europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung sein. Sollten Sie die Bekämpfung der Geißel der Armut und Ausgrenzung nicht zum Kernstück der 2020-Strategie machen?

Und zum Schluss: In Anbetracht dessen, dass ein Drittel aller Arbeitsplätze, die seit 2000 in der Europäischen Union entstanden sind, in den Gesundheits-, Sozial- und Beschäftigungssektor fallen und dass somit

doppelt zur Reduzierung von Armut, zur Bereitstellung von Dienstleistungen und zur Arbeitsplatzbeschaffung beigetragen wurde, sollte da die Bereitstellung von qualitativ hoch stehenden Sozialeinrichtungen nicht zu den Zielen der 2020-Strategie gehören?-

**Der Präsident.** – Danke, Herr Kollege, aber stellen Sie bitte nicht zwei Fragen in der Minute, die Ihnen zusteht. Es ist sehr schwierig für Herrn Präsident Barroso, in einer Minute zwei Fragen zu beantworten.

Welche Frage ziehen Sie vor? Die erste oder die zweite?

Kolleginnen und Kollegen, das ist sehr wichtig.

**Stephen Hughes (S&D).** – Herr Präsident, eigentlich waren es drei Punkte, und drei Mal ein „Ja“ wäre gut!

(Lachen)

**José Manuel Barroso, Präsident der Kommission.** – Herr Präsident, vielen Dank für Ihr Verständnis. Ich werde versuchen, die beste Frage zu wählen!

Eine ehrliche Antwort ist: Es handelt sich um ein Konsultationsdokument; es ist noch keine Strategie, und ich schätze Ihren Beitrag sehr.

Ich persönlich meine: Ja, wir müssen mehr für die Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung tun, aber hierfür brauchen wir die Unterstützung unserer Mitgliedstaaten. Ich habe mehrmals konkrete Maßnahmen vorgeschlagen und ein sehr klares „Nein“ als Antwort erhalten. Die Begründung war, dass einige Mitgliedstaaten soziale Fragen als ihre eigene und nicht eine europäische Angelegenheit betrachten.

Es ist eine interessante Debatte. Schauen wir mal, ob wir uns hier einigen können. Ich zähle auf Ihre Unterstützung in dieser Sache, denn wir können, wie Sie wissen, soziale Ausgrenzung und Armut nur bekämpfen, wenn wir Instrumente auf europäischer Ebene haben, die die nationalen Instrumente ergänzen. Das ist der Standpunkt, den ich vertreten werde. Ich hoffe, dass alle Mitgliedstaaten bereit sind, diese Sichtweise zu unterstützen.

**Danuta Jazłowiecka (PPE).** – (PL) Herr Kommissar, die Umsetzung der Strategie von Lissabon läuft nicht besonders gut. Wie werden Sie das Dokument der EU-2020-Strategie anpassen, um die darin enthaltenen Ziele zu erreichen? Planen Sie etwas im Sinn eines Programms zur Verwirklichung der Strategie, ein separates Dokument für die fünfjährige Amtszeit der Kommission, das die Schritte der Umsetzung darlegt? Ich denke, das wäre sinnvoll. Wir könnten die Umsetzung der Strategie überwachen und gleichzeitig die Kommission davon unterrichten, was umgesetzt worden ist.

Ich erlaube mir abschließend noch einen Kommentar: Ich denke, dass die Zeitspanne für die Konsultation der Sozialpartner, ich spreche vom Termin des 15. Januar, zu kurz ist. Wir sollten unsere Sozialpartner etwas ernster nehmen. Sie sind es, die die Strategie umsetzen werden, und sie sollten mehr Zeit haben, bei diesen Konsultationen mitzureden.

**José Manuel Barroso, Präsident der Kommission.** – Dieser Termin betrifft die Konsultation, die sich auf dieses Dokument bezieht, und es wird andere Gelegenheiten für Konsultationen geben. Wir haben Konsultationen über die Zukunft der Strategie von Lissabon mindestens seit 2008. Der Ausschuss der Regionen sowie der Wirtschafts- und Sozialausschuss haben je einen sehr interessanten Bericht erarbeitet, und ich möchte hier festhalten, dass ich bereit bin – sollte das Europäische Parlament dies wünschen –, eine Debatte zu diesem Thema zu führen, nicht nur in dieser Fragestunde mit einminütigen Antworten, sondern eine diesem Thema gewidmete Debatte, wann immer Sie wollen, denn ich halte es für außerordentlich wichtig.

(Beifall)

Es ist für dieses Parlament extrem wichtig, Regie zu führen und auch die nationalen Parlamente einzubinden, denn das soll in Zukunft das Kernstück der Strategie sein. Diesen Punkt möchte ich betonen.

Was die Instrumente der Governance betrifft: Genau daran arbeiten wir zurzeit. Es gibt verschiedene Ideen. Eine davon ist eben die Messung und Überwachung des Fortschritts in bestimmten Bereichen unter Verwendung von Indikatoren. Daran arbeiten wir, und wir brauchen dazu die Unterstützung des Parlaments und hoffen auch auf das Einverständnis unserer Mitgliedstaaten.

**Werner Langen (PPE).** – Ich möchte in Ergänzung der bereits gestellten Frage die Klimastrategie 2020 nochmals ansprechen. Herr Präsident, ist es richtig, dass das vorläufige Emissionshandelssystem dem größten

Stahlunternehmen Europas 90 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen zubilligt, obwohl es im letzten Jahr 68 Millionen hatte und in diesem Jahr 43 Millionen? Kann es sein, dass das größte Stahlunternehmen Europas bis 2012 eine Milliarde Pfund an den Emissionen verdient, die er durch Lobbying, auch bei der Kommission, zu viel erhalten hat?

**José Manuel Barroso**, *Präsident der Kommission*. – Herr Langen, ich bin nicht sicher, worauf Sie sich beziehen. Wenn Sie aber von den Emissionen in Europa sprechen, seien wir ehrlich: Unsere Emissionen betragen grob gesehen 14 % der Emissionen weltweit, und die Tendenz ist sinkend, denn die Emissionseinsparungen nehmen stark zu.

Allerdings liegen wir bei der Pro-Kopf-Emission noch weit über diesen Einsparungen, und der Fairness halber muss gesagt werden, dass wir auch eine gewisse historische Verantwortung tragen. Die Amerikaner produzieren mehr Treibhausgas pro Kopf als wir, aber wir produzieren weit mehr als China und viel mehr als Indien, wenn Sie Indien als Beispiel nehmen wollen. Dies ist in der Tat ein Problem, das wir im Sinn der globalen Fairness angehen müssen. Wenn wir das Problem lösen wollen und überzeugt sind, dass unser Planet gefährdet ist – durch den Klimawandel –, dann brauchen wir Kooperation von allen Seiten. Ja, wir haben strengere Vorgaben als in einigen anderen Teilen der Welt, aber wir sehen dies auch als Gelegenheit zur Entwicklung neuer Technologien, dank derer wir unsere Ziele ohne Risiken für unsere Unternehmen erreichen können. Denn wir wollen unsere Unternehmen und Arbeitsplätze nicht exportieren.

**Der Präsident**. – Kolleginnen und Kollegen, bitte stellen Sie während der Fragestunde mit Herrn Präsident Barroso keine Zusatzfragen, denn viele Kollegen warten darauf, ihre erste Frage zu stellen. Es tut mir Leid, aber ich möchte zu einer neuen Frage übergehen.

**Stavros Lambrinidis (S&D)**. – Herr Präsident Barroso, wie Sie erwähnt haben, werden die Zinssätze durch die Wirtschaftslage beeinflusst. Sie spiegeln das Vertrauen in eine bestimmte Volkswirtschaft und die internationale Wirtschaftsgemeinschaft wird von ihnen beeinflusst. Zinssätze werden vom Vertrauen der Gemeinschaft in eine bestimmte Volkswirtschaft beeinflusst, und dieses Vertrauen wird wiederum oft beeinflusst durch Aussagen über das Vertrauen, das die Europäische Kommission in die Maßnahmen der Mitgliedstaaten zeigt. In diesem Sinn versuchen Spekulanten auch auf eine schlechte Wirtschaftslage zu spekulieren und machen die Sache noch schlimmer.

Herr Präsident Barroso, sind Sie hier und heute bereit, Ihre Unterstützung für die gestern von der griechischen Regierung angekündigten Maßnahmen zur Umkehrung der wirtschaftlichen Lage in Griechenland zu bekunden? Ist die Kommission der Ansicht, dass diese Maßnahmen in die richtige Richtung gehen und dass sie, falls sie durchgeführt werden, die finanzielle Situation verändern könnten, die, wie Sie sagten, in der Vergangenheit problematisch war?

**José Manuel Barroso**, *Präsident der Kommission*. – Ich habe bereits gesagt, dass ich froh war über Herrn Premierminister Papandreous gestriges Zusage das Haushaltsdefizit und die Staatsschulden durch eine permanente Kürzung der Ausgaben und eine Erhöhung der Einnahmen zu reduzieren. Ich hatte hinzugefügt, dass der Haushalt 2010, über den das griechische Parlament zurzeit berät, sowie die Aussage des Premierministers Schritte in die richtige Richtung darstellen. Die Kommission wird natürlich die makroökonomische und finanzielle Lage sowie die Umsetzung der Maßnahmen in Griechenland weiterhin genau beobachten. Dies geht aus meiner erklärten Unterstützung für die angekündigten Maßnahmen klar hervor. Ich bin der Meinung, dass wir Griechenland in seiner gegenwärtigen, äußerst schwierigen Haushalts- und Schuldensituation so am besten helfen können. Ich erwarte, dass diese Maßnahmen zu entscheidenden Ergebnissen führen werden.

**Malcolm Harbour (ECR)**. – Herr Präsident, ich bin sehr froh, Herrn Präsidenten Barroso eine Frage stellen zu können, denn die Konferenz der Ausschussvorsitzenden ist erstmals um eine Stunde verschoben worden, damit wir Ausschussvorsitzenden zum ersten Mal hier anwesend sein können.

Ich möchte ihn zur Entwicklung von Rahmenbedingungen für Forschung und Innovation befragen – ich war ziemlich enttäuscht, dass das nicht in den ersten Entwurf für 2020 aufgenommen wurde. Dadurch soll das riesige Potenzial der öffentlichen Auftragsvergabe in der gesamten Europäischen Union genutzt und innovative Produkte und Dienstleistungen sollen gefördert werden. Ich möchte ihn heute fragen, ob er die Empfehlungen aufnimmt, denen das Parlament in meinem Bericht vom letzten November fast einstimmig zugestimmt hat, was zeigt, dass es machbar ist. Ich will es für ihn und die Kollegen kurz darlegen: Würde 1 % der europäischen öffentlichen Auftragsvergabe für innovative Produkte und Dienstleistungen verwendet,

so würde dies die Investitionen in Innovation in der Europäischen Union um insgesamt nicht weniger als 15 Mrd. EUR erhöhen.

**José Manuel Barroso, Präsident der Kommission.** – Ich danke Ihnen allen für Ihre Kommentare, aber ich weise darauf hin, dass es noch keinen ersten Entwurf der neuen Strategie gibt. Es gibt ein Arbeitsdokument der Kommission, das zur Konsultation dient, aber noch können wir keinen Entwurf vorlegen. Alle Ihre Kommentare sind also sehr willkommen.

Erwarten Sie nicht, dass ich in einer Minute eine definitive Antwort zu einem so wichtigen Thema wie das, das Sie vorgebracht haben, gebe. Ich weiß von Ihrem Bericht. Ich weiß von einigen der interessanten Vorschläge, die Sie in Bezug auf die öffentliche Auftragsvergabe gemacht haben. Ja, es ist auch meine Absicht; es entspricht den Grundzügen. Wie Sie sich erinnern werden, habe ich es dem Parlament vorgelegt, in Bezug auf die Notwendigkeit, diese Zusagen zu vertiefen, um marktfreundlichere, innovativere Regeln für die öffentliche Auftragsvergabe in Europa zu schaffen. Dies wird sicher ein Teil unserer zukünftigen Strategie sein, aber ich kann mich in dieser Phase nicht festlegen, wie es eingebunden wird.

**Carl Haglund (ALDE).** – (SV) Herr Präsident, zu den größten Schwächen der Strategie von Lissabon, die in anderer Hinsicht ein gutes Dokument ist, gehört der Umstand, dass wir die Mitgliedstaaten nur zum Teil dazu gebracht haben, die in unserer Strategie festgelegten Ziele tatsächlich zu erreichen.

Mein Kollege aus Finnland hat Herrn Barroso gefragt, wie wir seines Erachtens die Mitgliedstaaten dazu bringen können, der Strategie besser zu folgen. Eines der aufgeführten Ziele betraf den Prozentsatz des BIP, den die einzelnen Mitgliedstaaten in Forschung und Entwicklung investieren sollten. Ich möchte wissen, ob die Kommission ähnliche Ziele für die Mitgliedstaaten zu setzen beabsichtigt. Mit anderen Worten, wird bestimmt, wie viel von seinem Bruttoinlandsprodukt jeder einzelne Mitgliedstaat in Forschung und Entwicklung investieren soll.

**José Manuel Barroso, Präsident der Kommission.** – Wir sind im Begriff zu prüfen, weshalb nicht alle Ziele erreicht wurden. In dem neuen Vorschlag werden wir beurteilen – meines Erachtens eine sehr ehrliche und objektive Beurteilung –, was bei der Strategie von Lissabon gut und was schlecht gelaufen ist.

Ich kann in dieser Phase keine Aussage darüber machen, was wir vorschlagen werden; wir denken gegenwärtig darüber nach, welcher Weg der richtige ist. Deshalb hatte ich zuvor erwähnt, dass ich mit Ihnen diskutieren und echte Gespräche führen will, denn Ihre Meinung ist sehr wichtig.

Ich persönlich meine, dass ein allgemeines, für alle Mitgliedstaaten gültiges Ziel wohl nicht sehr realistisch ist. Ich denke, dass die EU-2020-Strategie in ihrer nächsten Phase präziser und differenzierter sein und – in Absprache mit den Mitgliedstaaten natürlich – konkrete Zielen haben muss, jedoch an unterschiedliche Situationen angepasst.

Das sind meine persönlichen Überlegungen. Wir sind noch nicht soweit, Ihnen einen Vorschlag unterbreiten zu können. Ich möchte, dass die neue Kommission voll und ganz selbst hinter dem Vorschlag steht, und wir werden eine *bilan* der letzten Lissabon-Strategie vorlegen.

**William (The Earl of) Dartmouth (EFD).** – Herr Präsident, bis zum nächsten Jahr wird sich Großbritanniens Nettobeitrag gegenüber 2008 verdoppelt haben. Im Jahr 2020 werden wir vier bis sieben neue Mitgliedstaaten haben. Auf Grundlage ihrer derzeitigen wirtschaftlichen Leistung wird jeder neue Mitgliedstaat Kohäsionsfonds – eine andere Bezeichnung für Subventionen – erhalten, von dem Tag an, an dem er Mitglied wird, bis 2020.

Soll also der britische Steuerzahler bis 2020 eine weitere Verdoppelung von Großbritanniens Nettobeitrag zur Europäischen Union erwarten? Und wenn nicht, weshalb nicht?

**José Manuel Barroso, Präsident der Kommission.** – Ich bin noch nicht so weit, die finanziellen Perspektiven mit Ihnen besprechen zu können, und ich kann nicht voraussagen, welchen Beitrag Großbritannien zu machen haben wird. Ich verstehe Ihr Anliegen, denn gegenwärtig bezahlen die britischen Steuerzahler die höchsten Beiträge aufgrund dessen, was im britischen Finanzsektor geschehen ist. Es gibt keinen anderen Fall solch umfangreicher staatlicher Beihilfen wie denen in Ihrem Land.

Zum heutigen Zeitpunkt halten wir es für wichtig, die Prioritäten für die Zukunft zu setzen und festzustellen, was wir auf nationaler Ebene ausgeben müssen und was wir auf europäischer Ebene ausgeben müssen. Dann müssen wir darüber sprechen, wie diese Investition fair aufgeteilt werden kann. Wir sind jedoch der Ansicht, dass es in bestimmten Fällen sinnvoller ist, einen Euro auf europäischer statt auf nationaler Ebene auszugeben,



aufgrund der potenziellen Vorteile der Erschließung der europäischen Dimension und des europäischen Binnenmarkts. Wir werden zu dieser Diskussion gelangen, und ich hoffe, dass wir uns am Ende einig werden.

**Der Präsident.** – Das war unsere dritte Fragestunde mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission. Vielen Dank, Kolleginnen und Kollegen, für Ihre Fragen, die Sie zur Debatte vorgebracht haben.

Was die Anwesenheit betrifft: Am Ende der Fragestunde waren etwas mehr Leute im Saal als zu Beginn, um 15 Uhr. Das tut mir sehr Leid. Wir hätten gerne möglichst viele von Ihnen hier gehabt.

Nochmals vielen Dank, Herr Präsident Barroso.

**John Bufton (EFD).** – Herr Präsident, ich möchte darauf hinweisen, dass heute viele Leute hier sind, die keine Gelegenheit hatten, Herrn Barroso Fragen zu stellen. In Anbetracht des hohen Gehalts, das Herr Barroso bezieht, könnte er uns nicht regelmäßig 30 zusätzliche Minuten, also eineinhalb Stunden, widmen?

Die ersten 30 Minuten gehörten den anderen Fraktionsführern. Es sind 750 Abgeordnete hier. Dreißig Minuten ist lächerlich, finde ich. Kann man uns nicht eineinhalb Stunden gewähren? Herr Barroso, Ihr Gehalt ist hoch genug. Kommen Sie für 90 Minuten, nicht 60.

**Der Präsident.** – Herr Präsident Barroso lächelt sehr höflich, wir werden sehen. Wir müssen darüber entscheiden. Vielen Dank für Ihren Vorschlag.

### VORSITZ: Alejo VIDAL-QUADRAS

*Vizepräsident*

## 13. Schlussfolgerungen des Rates Auswärtige Angelegenheiten zum Friedensprozess im Nahen Osten, insbesondere zur Lage in Ostjerusalem (Aussprache)

**Der Präsident.** – Der nächste Punkt sind die Erklärungen des Rates und der Kommission zu den Schlussfolgerungen des Rates für Auswärtige Angelegenheiten zum Friedensprozess im Nahen Osten, einschließlich der Situation in Ost-Jerusalem.

**Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates.** – (SV) Herr Präsident, der Konflikt im Nahen Osten war einer der Punkte, über die wir hier im Parlament gleich zu Beginn des schwedischen Ratsvorsitzes diskutiert haben. Es tut gut, dass wir am Ende unserer Amtszeit nochmals zu Ihnen zurückkehren und Ihnen Bericht erstatten können.

Schwedens Außenminister, Herr Carl Bildt, war letzte Woche zudem im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, wo er einen Bericht vorstellte und lange Diskussionen führte, u. a. über den Nahen Osten. Letzte Woche diskutierte der Rat für Auswärtige Angelegenheiten über die Lage im Nahen Osten und nahm abschließende Erklärungen an. Wir sind erfreut, dass alle 27 Mitgliedstaaten diese Erklärungen unterstützen, die die Ansichten der EU zum Friedensprozess im Nahen Osten eindeutig aufzeigen.

Mit diesen Erklärungen wollen der Rat und der Vorsitz eine sehr klare und starke Botschaft aus Europa senden, von der wir hoffen, dass sie einer baldigen Aufnahme von Verhandlungen zwischen den Parteien resultiert. Wir sind besorgt über den mangelnden Fortschritt beim Friedensprozess im Nahen Osten. Wir haben daher unsere Unterstützung für die Bemühungen der Vereinigten Staaten, für Frieden zu sorgen, klar zum Ausdruck gebracht. Die EU ruft die Parteien auf, die Verantwortung anzunehmen und die Verhandlungen zu allen Angelegenheiten auf einen endgültigen Status hin, einschließlich Jerusalem, Grenzen, Flüchtlingen und Sicherheit, aufzunehmen. Unsere Erklärungen reflektieren zudem die Haltung der EU in Bezug auf den Nahen Osten, basierend auf internationalem Recht, die wir bereits seit langer Zeit einnehmen und die wir bereits bei vielen Gelegenheiten zum Ausdruck gebracht haben.

Die Haltung der EU ist u. a., dass eine vereinbarte Zwei-Staaten-Lösung auf den Grenzen von 1967 basieren muss und dass die Besiedlungen illegal sind. Jerusalem ist ein Problem mit endgültigem Status und wir haben klar gemacht, dass der Status von Jerusalem als künftige Hauptstadt zweier Staaten durch Verhandlungen geregelt werden muss, wenn ein dauerhafter Frieden erreicht werden soll. Die Wiederaufnahme der israelisch-palästinensischen Verhandlungen war für den Großteil des Jahres an das Besiedlungsproblem geknüpft. Kürzlich gab die israelische Regierung eine partiellen und temporären Besiedlungsstopp bekannt. Der Rat für Auswärtige Angelegenheiten begrüßt diese Entscheidung, und wir hoffen, dass dies zu einer Wiederaufnahme substanzieller Verhandlungen beitragen wird.

Wir haben jedoch auch mit Besorgnis von der überraschende Entscheidung der israelischen Regierung vom 13. Dezember, die Siedlungen in das Programm der nationalen Prioritätsbereiche aufzunehmen, erfahren. Dies geht gegen den Geist des Besiedlungsstopps und beeinträchtigt die Bemühungen zur Schaffung einer Atmosphäre, die zu einer langfristigen Beilegung des Konflikts beitragen kann. Meine Kollegin, die schwedische Ministerin für internationale Entwicklungshilfe, Frau Gunilla Carlsson, besuchte Anfang September den Entwicklungsausschuss im Europäischen Parlament. Sie versprach, die Entwicklungen vor Ort zu verfolgen, um Hilfe zu bieten und in Bereichen zu intervenieren, die uns allen bekannt sind – der Situation in und um Ostjerusalem, die Besiedlungen und Probleme, wie Zugang und Bewegungsfreiheit, insbesondere im Hinblick auf den Gaza-Streifen. Wir haben dieses Versprechen gehalten.

In den letzten Monaten hat die EU unter Leitung des Vorsitzes in Bezug auf die Besiedlungen und die fortgesetzte Schließung des Gaza-Streifens eine klare Stellung bezogen. Die Politik der Schließung ist inakzeptabel und kontraproduktiv. Die EU verlangt weiterhin, dass die Grenzübergänge unverzüglich und bedingungslos für humanitäre Hilfe, Wirtschaftsgüter und Personen geöffnet werden. Der Rat hat die vollständige Implementierung der Resolution des UN-Sicherheitsrates von 1860 verlangt sowie zur Achtung des internationalen humanitären Rechts aufgerufen. Diejenigen, die den entführten israelischen Soldaten Gilad Shalit festhalten, müssen ihn unverzüglich freilassen.

Ich möchte noch einige Worte über den Gaza-Streifen verlieren. Natürlich hoffen wir, dass die Mediationsbemühungen von Ägypten und der Arabischen Liga fortgesetzt werden können. Es ist wichtig, eine permanente Teilung zwischen dem Westjordanland und Ostjerusalem auf der einen Seite und dem Gaza-Streifen auf der anderen Seite zu verhindern. Wir freuen uns auf freie und gerechte Wahlen, wenn es die Umstände zulassen. Eines ist klar – Frieden zwischen Israel und den Palästinensern kann es nur geben, wenn die Palästinenser sich einig sind.

Unsere Diplomaten in der Region haben die Situation in Ostjerusalem genau verfolgt. Ihrer Ansicht nach schwächt Israel die palästinensische Bevölkerung in der Stadt. Darüber sind wir besorgt. Die EU wird ihre Hilfe für Ostjerusalem verstärken, um so die Lebensbedingungen der Palästinenser zu verbessern. Die starke Botschaft in Bezug auf Ostjerusalem in der Erklärung des Rates zeugt klar von unserer Besorgnis bezüglich dieser Situation. Wir müssen uns daran erinnern, dass ein Abkommen zwischen Israel und Syrien sowie zwischen Israel und dem Libanon Voraussetzungen für einen Frieden im Nahen Osten sind. Die EU begrüßt die kürzlich abgegebenen Erklärung von Israel und Syrien, in der beide ihre Bereitschaft zur Fortführung des Friedensprozesses bestätigt haben. Es versteht sich von selbst, dass dies äußerst positive Auswirkungen auf die gesamte Region hätte.

**Catherine Ashton**, *designierte Vizepräsidentin der Kommission*. – Herr Präsident, der Rat hat in der letzten Woche einige wesentliche Schlussfolgerungen zum Friedensprozess im Nahen Osten angenommen. Diese beziehen in einer Vielzahl von wichtigen Angelegenheiten eine Grundsatzposition auf klare und entschlossene Weise. Ich werde nicht näher auf die Schlussfolgerungen eingehen oder wiederholen, was der Vorsitz bereits gesagt hat. Es reicht, wenn ich sage, dass wir mit der erneuten Bestätigung unserer Grundsätze einigen Palästinensern das Vertrauen und die Bereitschaft zur Beteiligung am Friedensprozess zurückgegeben haben. Die Erklärungen sind natürlich auch mir eine große Hilfe, da sie mir in den kommenden Monaten einen klaren Leitfaden an die Hand geben.

Sie haben mich heute hierher eingeladen, um über unsere politische Arbeit zu reden, jedoch auch über die Lage in Ostjerusalem. Dies ist ein äußerst besorgniserregender Bereich. Ostjerusalem ist ein besetztes Territorium, wie auch das restliche Westjordanland. Die EU ist gegen die Zerstörung von palästinensischen Häusern, die Vertreibung von palästinensischen Familien, den Bau von israelischen Siedlungen und den Verlauf der „Trennbarriere“. Die EU geht diese Probleme auf politischer Ebene an, über diplomatische Kanäle und in unseren öffentlichen Erklärungen. Wir gehen diese Situation auch durch praktische Hilfe zur Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung in Ostjerusalem an. Es fehlen beispielsweise 1.200 Unterrichtsräume für palästinensische Kinder in der Stadt, daher helfen wir bei der Ausweitung der Bildungseinrichtungen. Darüber hinaus sorgen wir dafür, dass die palästinensischen Krankenhäuser in Ostjerusalem ihren Betrieb weiterhin aufrecht erhalten können, und wir arbeiten viel mit jungen Palästinensern in der Stadt zusammen, die unter der hohen Arbeitslosenquote und psychologischen Problemen leiden. Bisher hat die EU in Ostjerusalem Maßnahmen in einer Höhe von 4,6 Mio. EUR finanziert.

Ein weiterer Anlass für Besorgnis ist natürlich die Lage im Gaza-Streifen. Wir haben kontinuierlich nach einem ungehinderten Passieren von humanitärer Hilfe, Wirtschaftsgütern und Personen verlangt. Wir sind äußerst besorgt über die alltäglichen Lebensbedingungen der Menschen im Gaza-Streifen: Seit dem Konflikt im Januar konnten die Hilfsorganisationen keine Wiederaufbauarbeiten mehr leisten, und es gibt ernsthafte

Probleme, wie beispielsweise den Mangel an sauberem Trinkwasser. Israel sollte die Grenzübergänge unverzüglich wieder öffnen, was zu einer Wiederbelebung des privaten Sektors und einer Verringerung der Abhängigkeit des Gaza-Streifens von Hilfsmaßnahmen führen würde.

Es ist jetzt an der Zeit, Worten auch Taten folgen zu lassen und die Erklärungen des Rats in der Praxis umzusetzen. Wir müssen nun daran denken, wie wir wieder einen politischen Prozess in Gang bringen können. Die beiden Seiten scheinen sich weiter voneinander entfernt zu haben, was eine endgültige Klärung anbelangt. Ich werde in Kürze in die Region reisen, und mein Hauptziel wird sein, die Hauptakteure zu treffen und mich aus erster Hand davon zu überzeugen, wie die EU eine Antriebskraft für einen Wandel sein kann. Ich glaube, wir alle sind uns einig, dass die oberste Priorität die Wiederaufnahme von Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern sein muss – nicht Verhandlungen um der Verhandlungen Willen, sondern Verhandlungen zur Erreichung eines Friedensabkommens und um diese Angelegenheit ein für allemal hinter uns zu lassen. Wir können keine weitere Runde ergebnisloser Verhandlungen tolerieren – und meiner Ansicht nach kann die Region dies auch nicht. Verhandlungen finden mit Unterbrechungen nun schon mehrere Jahre lang statt, angefangen mit der Oslo-Grundsatzklärung, die im September 1993 unterzeichnet wurde. Das liegt nun schon 16 Jahre zurück. Verhandlungen sollten auf internationalem Recht basieren und vorherige Abkommen achten. Es sollten alle Angelegenheiten vorgebracht werden, einschließlich des Status von Jerusalem als künftiger gemeinsamer Hauptstadt.

Die Verhandlungen sollten zudem innerhalb eines vereinbarten Zeitrahmens erfolgen, mit einer effektiven Vermittlung. Wir müssen sowohl von Israel als auch von Palästina ein ernsthaftes Bemühen und den politischen Willen zur Teilnahme an ernsthaften und echten Verhandlungen sehen. Die Europäische Union ist da, um beiden Parteien bei der Einhaltung ihrer Verpflichtungen zu helfen und um sie auf dem schwierigen Weg der Verhandlungen zu unterstützen. Ich bin da, um sicherzustellen, dass Europa effektiv und konsistent arbeitet.

Die EU hat sowohl Israel als auch die Palästinenser kontinuierlich unterstützt, indem es ihnen die Zeit und den Freiraum für bilaterale Verhandlungen eingeräumt hat. Mit unserer Hilfe konnte die palästinensische Autonomiebehörde die Einrichtungen des künftigen Staates Palästina aufbauen, sodass er seinem Volk die erforderlichen Dienstleistungen bieten und ein verlässlicher Nachbar in der Region sein kann. Heute sind die Palästinenser jedoch geteilt, sowohl politisch als auch in Bezug auf ihr Territorium. Glaubwürdige Verhandlungen erfordern einen starken und geeinigten palästinensischen Partner. Israel kann mit einem starken palästinensischen Partner nur gewinnen, nicht verlieren.

Israel hat mit dem temporären und partiellen Besiedlungsstopp den ersten Schritt gemacht. Wir hoffen, dass dies zu einer Wiederaufnahme substanzieller Verhandlungen beiträgt.

Die USA bleiben im Nahen Osten ein unverzichtbarer und wichtiger Akteur. Die Bedingungen für eine effektive Partnerschaft zwischen der EU und den USA im Nahen Osten waren selten so gut wie heute. Es ist an der Zeit, dies durch die enge Koordination unserer Positionen und unserer Strategie in die Realität umzusetzen. Die EU wird die USA weiterhin unterstützen und über das Quartett eng mit ihnen zusammenarbeiten. Das Quartett muss neu belebt werden – der aktuelle Stillstand im Friedensprozess verlangt dies. Das Quartett kann die umsichtige und dennoch dynamische Mediation liefern, die erforderlich ist.

Der Frieden im Nahen Osten erfordert eine umfassende Lösung. Sowohl Syrien als auch der Libanon haben eine wichtige Rolle dabei. Wir freuen uns auf die Implementierung der arabischen Friedensinitiative. Sie sollten Teil der Lösung sein. Unser Ansatz sollte regional und inklusiv sein. Ein multilateraler Rahmen sollte den bilateralen israelisch-palästinensischen Rahmen vervollständigen.

In den kommenden Monaten beabsichtige ich, mit dem Parlament in allen Angelegenheiten einen engen Kontakt zu halten. Ich bin mir der aktiven Rolle des Parlaments bewusst, nicht zuletzt in seiner Funktion als Haushaltsbehörde. Auf politischer Ebene arbeiten die EP-Delegationen direkt mit der israelischen Knesset und dem palästinensischen Legislativrat (PLC) zusammen. Letzte Woche besuchte die Delegation für den PLC die besetzten palästinensischen Gebiete und berichtete mit großer Besorgnis von der Situation dort.

Abschließend begrüße ich die Fortsetzung der Arbeitsgruppen des Parlaments zum Friedensprozess, mit denen ich mich diese Woche erneut treffen werde.

**Ioannis Kasoulides**, im Namen der PPE-Fraktion. – Herr Präsident, bei einem Besuch junger israelischer und palästinensischer Politiker im Europäischen Parlament fand ein tief reichende Diskussion statt, die ein Friedensabkommen für ihre Zukunft darlegte – eine sichere und anerkannte Zwei-Staaten-Lösung auf der Basis der Grenzen von 1967, mit Jerusalem als Hauptstadt beider Staaten; eine Entmilitarisierung des Staates

Palästina; die Erneuerung der arabischen Friedensinitiative von 2007; NATO-Garantien; und eine Lösung für das Flüchtlingsproblem, die den demographischen Charakter des hebräischen Staates nicht ändert.

Während die Jungen bereits eine Vision einer gemeinsamen Zukunft haben, diskutieren die Älteren noch immer, ob sie die Verhandlungen aufnehmen sollen. Die ägyptische Initiative für eine innerpalästinensische Versöhnung – so dass es nur einen Gesprächspartner gibt – wird noch immer erwogen und auf die Sicherheitsvorkehrungen im Gaza-Streifen, mit einer Befreiung der Gefangenen, wie beispielsweise Gilad Shalit, wird noch immer gewartet. In der Zwischenzeit sorgen die *Faits Accomplis* vor Ort gemäß dem Bericht vom EU-Missionsleiter in Ostjerusalem dafür, dass der Staat Palästina immer weniger existenzfähig wird.

Ich bedauere die Tatsache, dass Israel, ein demokratisches Land, wenig auf die Schäden achtet, die einige seiner Handlungen in den Augen der internationalen öffentlichen Meinung anrichtet, und sich ausschließlich auf eine Schadensbegrenzung im Nachhinein beschränkt.

**Hannes Swoboda**, im Namen der S&D-Fraktion. – Herr Präsident, Frau Ratspräsidentin, Frau Vizepräsidentin der Kommission/Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik! Zunächst möchte ich mich bei der schwedischen Präsidentschaft sehr herzlich für diese Initiative bedanken. Das war eine gute Initiative, und ich gratuliere dazu! Bei Frau Ashton möchte ich mich bedanken, dass sie bei ihrem ersten Auftreten hier auf der Seite der Kommission sitzt, auch wenn sie vor allem als Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik gesprochen hat. Es geht ja um eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Insofern ist es vielleicht nicht wichtig, wo man sitzt – wichtig ist, dass Sie hier sind und eine gemeinsame Außenpolitik vertreten.

Zweitens: Die vom Rat verabschiedete Erklärung ist eine gute Erklärung, und sie ist keineswegs antiisraelisch. Im Gegenteil, sie ist im Interesse Israels, der Sicherheit und Stabilität Israels. Das ist absolut wichtig zu unterstreichen. Denn wenn wir als Europäer hier aktiv sind, dann ist es ganz notwendig, dass wir diese Aktivität fortsetzen. Ich würde Sie bitten, Frau Hohe Vertreterin, sich das wirklich zu Herzen zu nehmen!

Wir waren vor wenigen Tagen in den USA und haben mit unseren KongresskollegInnen geredet. Präsident Obama hat wenige Möglichkeiten, wenn er hört, was dort im Kongress an Einseitigkeit, an Unverständnis für die Lage der Palästinenser vorgebracht wird. Man hat großes Verständnis für die Lage in Israel. Auch wir wenden uns gegen jede Art von Terrorismus, auch wir wollen, dass der gefangengenommene Soldat endlich zu seiner Familie zurückkehren kann. Aber ebenso haben wir Sorge und Verständnis für die missliche Lage der Palästinenser für alles, was hier in dieser Stellungnahme aufgeführt wird, insbesondere was die Grenzen von 1967, die schwierige Lage in Jerusalem und die Siedlungsaktivitäten betrifft. Es ist völlig unverständlich – allerdings eine Fortsetzung der bisherigen Politik auch der letzten Jahre –, dass in der Frage der Siedlungsentwicklung eine sehr zwiespältige Haltung eingenommen wird. Einmal gibt es einen Stopp, dann kommt es in das nationale Prioritätenprogramm. Dann wird ja nur die natürliche Entwicklung fortgesetzt, dann werden Straßen gebaut und damit Siedlungen der Palästinenser durchschnitten. Wenn man sieht, wie den Palästinensern tagtäglich Land weggenommen wird, dann ist das völlig inakzeptabel!

Völlig inakzeptabel ist auch das, was einer Parlamentsdelegation passiert ist. Kollege de Rossa wird noch dazu Stellung nehmen. Wir in diesem Parlament müssen gemeinsam mit Rat und Kommission sagen: Es ist das Recht der Parlamentarier, auch nach Gaza zu fahren und die Lage dort zu sehen. Was hat Israel zu verbergen, dass es verhindert, dass Parlamentarier nach Gaza kommen? Das können wir nicht akzeptieren, und ich hoffe, dass wir uns gemeinsam dagegen wehren. Transparenz und Offenheit sind – neben anderen – Voraussetzungen für eine sinnvolle Nahostpolitik. Das sollten wir klar unterstützen!

**Annemie Neyts-Uyttebroeck**, im Namen der ALDE-Fraktion. – (NL) Herr Präsident, Frau Ashton, Herr Vizepräsident der Kommission, Frau amtierende Präsidentin des Rates, zunächst einmal, Frau Malmström, möchte ich dem gesamten schwedischen Ratsvorsitz zu den Erklärungen des Rates bezüglich des Konflikts im Nahen Osten im Allgemeinen und insbesondere in Ostjerusalem gratulieren.

Meiner Ansicht nach wird es jeder als bedeutsames Omen ansehen, dass zum ersten Mal ein gemeinsamer Bericht der EU-Delegationsleiter zu Ostjerusalem einstimmig genehmigt und angenommen wurde, und diesmal noch dazu nach dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon. Ein weiteres Omen ist, dass die vom schwedischen Ratsvorsitz vorgeschlagenen Erklärungen ebenfalls einstimmig angenommen wurden, einschließlich derer zu Ostjerusalem. Ich hoffe, die israelischen Behörden erkennen die Bedeutung dieser Entwicklung.

Meine Damen und Herren, wir diskutieren alle paar Monate über den Nahen Osten und die Situation erscheint gelegentlich wie die Echternacher Springprozession: Ein kleiner Schritt vorwärts, dann Anzeichen für einen

Schritt zurück, dann mehr Grund für Hoffnung. Leider gibt es auch Gründe, niedergeschlagen zu sein, wir werden jedoch natürlich die Hoffnung nicht verlieren. Es ist natürlich von äußerster Wichtigkeit – auch für meine Fraktion – dass sowohl die Israelis als auch die Palästinenser in Frieden miteinander in zwei separaten Staaten leben können, um von allen verfügbaren Entwicklungsmöglichkeiten zu profitieren und um die Sicherheit des jeweils anderen zu gewährleisten. Ich denke, darüber sind wir uns alle einig. Wir sind uns auch einig, welche Schritte idealerweise dazu führen sollten, und sind natürlich bereit, unseren Beitrag zu leisten.

Jerusalem ist eine der schönsten Städte der Welt – ein wirklich außergewöhnlicher Ort, – daher ist es furchtbar tragisch, dass die Menschen, die dort miteinander leben, dies nicht in Frieden tun können. Für das Wohlergehen und den Erhalt von Jerusalem hoffe ich, dass dies in den wenigen Tagen, die uns vor Weihnachten noch bleiben, noch erreicht werden kann.

**Caroline Lucas**, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, ich begrüße die Erklärungen sowohl seitens des Rates als auch seitens der Kommission, meine Frage an beide ist jedoch, wann wir unseren Worten – denen ich aus vollem Herzen zustimme – Taten folgen lassen, wann wir deren Umsetzung in die Praxis sehen werden? Wir haben dieselben Worte immer wieder gehört, dass wir sicherstellen müssen, dass Israel dies oder das tut, wir brauchen jedoch ein Druckmittel, um dies zu realisieren, ansonsten wird uns Israel einfach ignorieren, wie sonst auch.

Meine Frage ist, was Sie praktisch unternehmen können, um eine echte Bewegung und einen echten Fortschritt hier zu sehen? Meiner Ansicht nach muss dies auch Angelegenheiten, wie die Aussetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel umfassen.

In Bezug auf die Situation in Ostjerusalem begrüße ich die Initiative des schwedischen Ratsvorsitzes sowie seine Klarheit hinsichtlich der Rolle von Jerusalem als Hauptstadt zweier Staaten und Ihre Entschlossenheit hinsichtlich der Bedeutung des israelischen Siedlungsstopps in Ostjerusalem.

Ich zolle auch den Verfassern des EU-Missionsleiterberichts über Osteuropa selber meine Anerkennung. Dieser Bericht weist eine Klarheit und eine Vision auf, die diesen Debatten nur allzu häufig fehlt. Er zeigt auf, wie die Politik der illegalen Aneignung von Ostjerusalem durch Israel absichtlich entwickelt wurde, um die palästinische Gemeinschaft in der Stadt zu schwächen und die palästinische Entwicklung zu verhindern. Aber die Missionsleiter haben den Rat aufgerufen, auf der Grundlage dieses Berichts eine ganze Reihe von Empfehlungen anzunehmen, und ich denke, dass wir genau diesbezüglich dringend Maßnahmen des Rates sehen müssen.

Wenn die EU ihre Verpflichtung einer Zwei-Staaten-Lösung gegenüber ernst nimmt, muss sie alles Mögliche unternehmen, um den palästinensischen Charakter und die palästinische Identität von Ostjerusalem zu bewahren und zu festigen. Die Erklärung und der Bericht der Missionsleiter zeigen praktische Wege, dies zu tun.

**Peter van Dalen**, *im Namen der ECR-Fraktion*. – (NL) Herr Präsident, insbesondere zu dieser Zeit im Advent beten viele um Frieden im Nahen Osten, gelegentlich verliert man jedoch den Mut und denkt, dass es nie Frieden geben wird. Es ist wichtig, dass alle Parteien weiterhin auf den Frieden hinarbeiten, hierin liegt jedoch möglicherweise das Hauptproblem. Sind alle Parteien in der Lage und bereit, auf den Frieden hinarbeiten? Israel hat bereits in der Vergangenheit Maßnahmen ergriffen und Land gegen Frieden eingetauscht – ich denke dabei an seinen Rückzug aus Teilen des Gaza-Streifens – dies führte jedoch leider nicht zu einem Frieden. Stattdessen nahm das Raketenfeuer zu, und 2009 fiel Israel in den Gaza-Streifen ein. Jetzt hat Israel einen temporären Baustopp im Westjordanland angekündigt. Es wurden auch einige Straßensperren aufgehoben. Dies war eine Geste, um die Friedensgespräche wieder in Gang zu bringen.

Diese Maßnahme der Netanyahu-Regierung ist nach israelischem Maßstab bereits eine weitreichende Geste, dennoch sehen wir auf der palästinischen Seite nur wenig Bewegung. Die Menschen sagen, dass das, was Israel tut, nicht zählt, aber ich sehe keine palästinische Geste, die Gespräche ermöglichen würde. Ist die palästinische Seite bereit und in der Lage, künftige Friedensgespräche zu veranlassen? Die Hamas scheint ganz in ihre Querelen mit Fatah aufzugehen und vom Iran an der kurzen Leine gehalten zu werden. Mahmoud Abbas scheint ein Papiertiger zu sein, der keinen nennenswerten Einfluss mehr hat. Ich denke, es ist an der Zeit, dass auch die palästinische Seite klar macht, dass sie den Frieden will.

**Kyriacos Triantaphyllides**, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – (EL) Herr Präsident, Lady Ashton, wir begrüßen den Beschluss, den der Rat der Europäischen Union am 8. Dezember gefällt hat. Dies bekräftigt die Unterstützung der Europäischen Union für die Gründung zweier Staaten auf der Grundlage der Grenzen von 1967.

Gemäß den Erfahrungen von unserem kürzlich erfolgten Besuch in dem Gebiet macht die Situation in den fraglichen Gebieten die Gründung eines Staates Palästina fast unmöglich. Ich spreche besonders von der Errichtung der Mauer, der Zerstörung von palästinensischen Häusern und vor allem von der Besiedlung im Bereich des gesamten Westjordanlandes und besonders um Ostjerusalem herum.

In diesen Siedlungen leben heute ungefähr 500.000 Siedler. Und vor allem gibt es in Ostjerusalem Bemühungen zur Schaffung einer Palisade durch die Errichtung von Siedlungen um die Stadt herum, um so die Palästinenser zum Verlassen Ihrer Häuser zu zwingen. Es ist jetzt offensichtlich, dass die israelische Regierung die Gespräche nutzt, um Zeit zu gewinnen. Langsam, aber sicher versucht sie, ihre Souveränität allen palästinensischen Gebieten aufzudrücken.

Zusätzlich zur Gutheißung einer Zwei-Staaten-Lösung sollte die Europäische Union spezielle Maßnahmen gegen Israel ergreifen. Die kontinuierliche Verletzung von Menschenrechten ist für die Europäische Union Grund genug, um Sanktionen auf der Basis von Artikel 2 des Vertrages zu verhängen, da sie, wenn sie einerseits den Friedensprozess unterstützen will, andererseits jedoch seine Wirtschaftsbeziehungen mit Israel unbegrenzt ausbaut, einzig und allein die Politik Israels fördert, die darin besteht, die Palästinenser zum Verlassen ihres Landes zu zwingen und die Souveränität Israels ganz Palästina aufzuzwingen.

**Bastiaan Belder**, *im Namen der EFD-Fraktion*. – (NL) Herr Präsident, hat Europa den Verstand verloren? Diese rhetorische Frage wurden Anfang Dezember von den Vereinigten Staaten aufgeworfen. Diese heftige Kritik seitens des Kongresses bezog sich auf die einstimmige Bezeichnung Ostjerusalem als Hauptstadt des angestrebten Staates Palästina in einem Entschließungsantragsentwurf des Rates im Umlauf. Als Vorsitz der EP-Delegation für Beziehungen mit Israel hatte ich mir einen konstruktiveren Start unseres transatlantischen Dialogs vorgestellt und erhofft. Und ich muss schnell hinzufügen, dass eine sorgfältige Prüfung sowohl des Entwurfs als auch der abschließenden Erklärung des Rates mich, wie schon unsere Gegenparts im Kongress, äußerst bestürzt zurückgelassen hat. Ich distanzieren mich nachdrücklich von dem Vorschlag, insbesondere Jerusalem zu teilen. Ich halte die Erklärung des Rates zum Nahen Osten für einen ernsthaften diplomatischen und politischen Rückschlag für den Friedensprozess und bin somit sehr enttäuscht von den Außenministern, die ausgerechnet vom schwedischen Ratsvorsitz mit seinen angespannten Beziehungen zum jüdischen Staat geleitet wurden.

Ich habe mehrere grundsätzliche Einwände gegen die besagte Erklärung des Rates. Dies ist kaum der richtige Weg, um die palästinensische Autonomiebehörde zur Wiederaufnahme der Gespräche mit Israel zu ermutigen. Darüber hinaus richtet sich diese Erklärung gegen den Grundsatz des Quartetts, der am 9. November 2008 festgelegt wurde, dass „Drittparteien nicht in bilaterale Verhandlungen intervenieren sollten“. Die offizielle Reaktion der Vereinigten Staaten auf die Erklärung des Rates vom 8. Dezember unterstrich diesen Grundsatz erneut. Bleibt uns denn nur noch, uns mit dem Stillstand des Friedensprozesses abzufinden? Auf keinen Fall! Nach meinen kürzlich erfolgten Delegationsbesuchen in Israel bin ich der festen Ansicht, dass ein allmählicher, solider Annäherungsprozess zwischen dem Staat Israel und der palästinensischen Autonomiebehörde sowohl erforderlich als auch möglich ist. Die allmähliche Übertragung der Verwaltung in das Westjordanland, beispielsweise im Gebiet C, und die Stärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bei gleichzeitiger Förderung und Etablierung verlässlicher palästinensischer Institutionen werden den Friedensprozess wirklich voranbringen. Ich fordere den Rat und die Kommission daher auf, mit der Ausfertigung kontraproduktiver Erklärungen zum Friedensprozess aufzuhören und stattdessen in konkrete Projekte zu investieren, die eine Kooperation zwischen den Israelis und den Palästinensern beinhalten. Dies ist doch eine etablierte europäische Formel, nicht wahr?

**Diane Dodds (NI)**. – Herr Präsident, als Mitglied der parlamentarischen Delegation nach Israel habe ich mir die Kommentare des Rates für Auswärtige Angelegenheiten zum Friedensprozess im Nahen Osten sowie die Erklärung der Kommission mit großem Interesse angehört. Wie auch meinen vorherigen Kollegen haben mich diese jedoch äußerst besorgt gemacht. Israel ist die einzige funktionierende Demokratie in der Region. Die bevorzugte Taktik seiner Gegner war bisher Terrorismus gegen den Staat. Meiner Ansicht nach messen die Erklärungen von Rat und Kommission den Sicherheitsproblemen von Israel nicht genügend Gewicht bei. Ich habe auch nicht bemerkt, dass die Hohe Vertreterin diese Probleme in ihrer Erklärung an dieses Haus erwähnt hat.

Darüber hinaus glaube ich, dass diese Erklärung eine zu starke Belastung für Israel darstellt, sowohl, was das Fehlschlagen des Fortschrittsprozess angeht, als auch, was die Klärung der ausstehenden Angelegenheiten – insbesondere Jerusalem – anbelangt.

**José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra (PPE).** – (ES) Herr Präsident, in Wahrheit ist dies eine ganz ungewöhnliche Debatte, da Frau Malmström auf den Bänken des Rates sitzt – wir hoffen, dass sie schon bald auf den Bänken des Ausschusses sitzt. Wir werden ja sehen, wo sie sitzt!

Auf jeden Fall, Herr Präsident, sorgen die Erklärungen des Rates nicht gerade für Optimismus. Der Rat hat seine tiefe Besorgnis über den fehlenden Fortschritt beim Friedensprozess im Nahen Osten ausgedrückt und fordert seine Wiederaufnahme auf der Grundlage der Entschließung des Sicherheitsrates, der abschließenden Erklärungen der Konferenz von Madrid und der Roadmap. Dies ist alles schon da gewesen.

Es wird auch gesagt, dass die Europäische Union bereit ist, einen wesentlichen Beitrag zur Klärung der Probleme zu leisten, die die beiden Redner hier präsentiert haben: das Problem von Ostjerusalem, das Wasserproblem, das Sicherheitsproblem und das Grenzproblem.

Es gibt jedoch eine Reihe neuer Elemente, zu denen ich gern die Meinung unserer Gäste hören würde. Zunächst einmal wüsste ich gern, ob das achtmonatige Moratorium sowie die Regelungen, die die israelische Regierung beschlossen hat, ihrer Ansicht nach etwas mit der neuen Regierung der Vereinigten Staaten zu tun haben.

Ich wüsste ferner gern, was Sie über die gestern im Gaza-Streifen zum 22. Jahrestag von den Vertretern der Hamas abgegebenen Erklärungen denken, in denen es heißt, sie würden nicht beabsichtigen, Konzessionen gegenüber Israel zu machen, und sie hätten keine Absicht, Israel anzuerkennen. Wie denken Sie über das Kontinuitätsgesetz, das dem israelischen Volk durch ein Referendum zur Besetzung von besetzten Gebieten eine Stimme geben wird?

Und was halten Sie schließlich vom Goldstone-Bericht und seiner Annahme durch den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen? Denken Sie, dass dies etwas ist, das dem Friedensprozess helfen wird, oder im Gegenteil, wie Israel behauptet, sind Sie der Ansicht, dass dies etwas ist, was ihn aufhalten oder behindern wird?

**Proinsias De Rossa (S&D).** – Herr Präsident, hier sind zwei Verpflichtungen, die ich in der Erklärung des Rates besonders begrüße, und die das Potenzial zur Schaffung einer neuen Dynamik haben: Die Unterstützung des Zwei-Jahres-Programms der palästinensischen Autonomiebehörde für die Beendigung der israelischen Besetzung und die Gründung des Staates Palästina und die Bereitschaft der Union, den Staat Palästina zu gegebener Zeit anzuerkennen.

Letzte Woche habe ich eine offizielle Delegation des Europäischen Parlaments in die besetzten palästinensischen Gebiete geführt, wo ich mich erneut mit eigenen Augen von dem von Israel gegen die Palästinenser implementierte Apartheid-System sowie von der Enteignung und Zerstörung ihrer Häuser, ihrer Ländereien, ihres Wassers und ihrer Gebetsorte überzeugen konnte.

Innerhalb von Stunden nach der Veröffentlichung der Erklärung des Rates wurde die Genehmigung, die meine Delegation für den Besuch des Gaza-Streifens hatte, zurückgezogen. Das ist nicht die Handlung eines freundlichen Staates. Es ist ganz gewiss eine Einmischung in das demokratische Recht dieses Parlaments, solide und demokratische Beziehungen mit unseren Gegenübern, die vom palästinensischen Volk gewählt wurden, zu unterhalten,

Bei den Menschen, die wir trafen, und in den Gegenden, die wir in Hebron, Ostjerusalem und Ramallah besuchten, stellten wir eine weit verbreitete Niedergeschlagenheit und Mutlosigkeit fest. Wo Hoffnungslosigkeit herrscht, gibt es Gewalt. Wir können jetzt Fortschritte erzielen, oder wir können die Situation in noch bitterere Gewalt abgleiten lassen, durch die moderate palästinensische Politiker aus dem Amt gedrängt werden. Dies ist die Wahl, vor der wir stehen.

Ich möchte sowohl an den Rat als auch an die Baroness Ashton, der ich alles Gute wünsche, appellieren, das Engagement der Union in diesem Prozess neu zu beleben – und nicht nur auf das Quartett bezüglich einer Neubelebung seines Engagements in diesem Prozess zu sehen – und einen Zeitplan aufzustellen, der auf den Zwei-Jahres-Plan für die Implementierung der Grundsätze abgestimmt ist, die wir, meiner Ansicht nach sehr mutig, letzte Woche ausgearbeitet haben.

Wir müssen die Menschenrechte mit aller Kraft verteidigen. Wir müssen handeln. Wir müssen unseren Marktzugang nutzen, um für Israel Anreize zu schaffen. Ich rede nicht von Sanktionen. Ich rede über die Sicherstellung, dass der Zugang zu unserem Markt als Anreiz genutzt wird, um sicherzustellen, dass Israel gemäß seinen internationalen Verpflichtungen handelt. Darüber hinaus müssen wir die Vereinigten Staaten endlich überreden, sich auf derselben Grundlage, die wir in der letzten Woche ausgearbeitet haben, wieder neu zu engagieren.

**Chris Davies (ALDE).** – Herr Präsident, der Bericht der EU-Missionsleiter zu Ostjerusalem ist eine recht niederschmetternde Lektüre. Reden wir nicht um den heißen Brei herum. Dieser Bericht macht klar, dass das, was in Ostjerusalem vor sich geht, eine Art ethnischer Säuberung gleichkommt. Palästinensische Häuser werden enteignet, Menschen werden vertrieben, und die Hoffnungen auf Frieden werden zerstört. Die Frage lautet also: Was tun wir dagegen?

Die Schlussfolgerungen des Rates sind sehr willkommen. Wir wissen, dass sie stark sind, da die israelische Regierung sie sofort verworfen hat. Nichts Neues, hieß es. Sie sind so daran gewöhnt, unsere Worte zu verwerfen, weil wir ihnen nie Taten folgen lassen. Sie sehen verächtlich auf uns herab. Uns warum auch nicht - wir sind so naiv, dass wir sogar die Rechnungen für die Besatzungsmacht zahlen! Wir sorgen dafür, dass die Palästinenser weitermachen können, dabei sollte Israel die Rechnung zahlen, nicht unsere Steuerzahler.

Wenn unsere Worte Gewicht haben sollen, dann sollten wir das Assoziierungsabkommen aussetzen oder mit einer Aussetzung drohen, aber uns wurde gesagt, dass nicht einer unserer Außenminister diese Möglichkeit je auch nur angesprochen hat. Daher bleibt die Frage: Wo bleibt die Politik? Nun, wir haben eine Politik. Sie findet sich in den Schlussfolgerungen. Und was ist mit den Handlungen? Israel bewegt sich erst, wenn es dazu gedrängt wird.

**Franziska Katharina Brantner (Verts/ALE).** - Herr Präsident! Herzlich willkommen an Frau Ashton in ihrer neuen Position. Herzlichen Dank an die Präsidentschaft für die Entschliebung und für die Anerkennung dessen, dass ohne die Lösung der Siedlungsproblematik die Zweistaatenlösung langfristig auf jeden Fall nicht zu erreichen ist. Der Bericht der *heads of mission* wurde schon mehrmals erwähnt. Wir finden ihn auch sehr gut. Darauf aufbauend habe ich zwei Fragen: Was ist der aktuelle Status dieses Berichts, wo wird er veröffentlicht? Zweitens, was werden Sie, Kommission und Rat, tun, um die darin enthaltenen Empfehlungen umzusetzen? Ich möchte jetzt daraus drei Empfehlungen zitieren. Die erste lautet:

– Erstens: „Finanzielle Transaktionen von Akteuren der EU-Mitgliedstaaten, die die Siedlungsmaßnahme in Ostjerusalem unterstützen, durch die Annahme einer entsprechenden EU-Gesetzgebung verhindern oder von diesen abschrecken“; Zweitens: „Sicherstellen, dass Produkte, die in den Siedlungen in Ostjerusalem hergestellt werden, nicht gemäß dem Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Israel in die EU exportiert werden“, und drittens: „Leitfäden zur Herkunftsbeschriftung für Siedlungsprodukte allen wesentlichen EU-Einzelhändlern zur Verfügung stellen“.

Das sind sehr konkrete und präzise Vorschläge, die in diesem Bericht gemacht werden. Was sind Ihre nächsten Schritte, um diese umzusetzen?

**Patrick Le Hyaric (GUE/NGL).** – (FR) Herr Präsident, Frau Kommissarin, Frau Ministerin, ich danke Ihnen und ich begrüße Ihre Kommentare.

Europa hat nun zwei wesentliche Dokumente, mit denen auf neue Friedensinitiativen gedrängt werden kann. Erstens, den mutigen Bericht des schwedischen Ratsvorsitzes, den Sie, Frau Malmström, gerade erwähnten. Dieser Bericht verlangt den Fortschritt unter Berücksichtigung von zwei Staaten, wovon einer Palästina innerhalb der Grenzen von 1967 sein würde, mit Ostjerusalem als Hauptstadt.

Zweitens, der Text der Botschafter, der Missionsleiter, der zeigt, dass die israelischen Behörden eine Strategie verfolgen, gemäß der sie unter Verletzung der Menschenrechte Häuser zerstören und Land kolonialisieren. Durch diese Strategie soll Jerusalem vom Westjordanland abgeschnitten werden, sodass das Konzept der Gründung eines Staates Palästina verworfen werden muss.

Unsere Worte in diesem Haus werden jedoch ganz sicher wirkungslos bleiben, wenn wir ihnen nicht konkrete Taten folgen lassen. Wir müssen handeln und dazu können wir das Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und Israel aussetzen, bis sich die israelische Regierung an das internationale Recht hält. Daher müssen wir handeln, um ein Ende der Kolonialisierungsmaßnahmen, die Aufhebung der Blockade des Gaza-Streifens, die Zerstörung der beschämenden Mauer, die Rückkehr der Flüchtlinge und die Freilassung aller politischen Gefangenen sicherzustellen.

Ich möchte nur noch eines sagen. Die Freilassung des Soldaten Gilad Shalit, wurde in diesem Haus diskutiert. Ich stimme dem Gesagten zu. Gleichzeitig muss unser Palament jedoch die Freilassung eines anderen europäischen Bürgers, des jungen Franko-Palästinenser Salah Hamouri, unterstützen. Ja, Freiheit für Gilad Shalit, aber auch für Salah Hamouri!

**Simon Busuttil (PPE).** – (MT) Bitte lassen Sie mich zunächst dem Rat für die mutigen Schlussfolgerungen gratulieren, die er letzte Woche erreicht hat. Meiner Ansicht nach hatten wir noch nie derart klare, konkrete



und mutige Erklärungen in einer derart schwierigen Angelegenheit vom Rat wie die der letzten Woche. Daher möchte ich dem Rat gratulieren.

Ich möchte jedoch noch hinzufügen, dass wir nun Taten folgen lassen müssen, da die Situation in Jerusalem täglich schlechter wird und nicht länger toleriert werden darf. Es gibt Probleme mit offenen Verletzungen von internationalem Recht, es gibt Schwierigkeiten, die großes Leid über viele Menschen bringen, einschließlich der Vertreibung aus ihren Häusern, die Zerstörung ihrer Wohnungen und den Bau illegaler Häuser. Angesichts solcher Ungerechtigkeiten können wir nicht ruhig bleiben, denn wenn wir dies blieben, würden wir die Botschaft vermitteln, dass Gesetz, Diplomatie und der wichtige Grundsatz einer friedlichen Konfliktlösung wertlos sind. Ich denke nicht, dass wir dies in unserem Land zulassen würden. Daher müssen wir handeln, indem wir die richtige Umgebung schaffen, durch die sich das Vertrauen zwischen den Parteien wieder aufbauen lässt, sowie zwei individuelle und existenzfähige Staaten, die friedlich miteinander koexistieren können. Lassen Sie mich noch der instrumentalen Rolle, die Jordanien diesbezüglich spielt, meine Anerkennung zollen. Ein letztes Wort nach an die Baroness Ashton – Ihnen wurde vom Vertrag von Lissabon eine neue Rolle zugeschrieben, eine wichtige Rolle, die uns allen eine Möglichkeit eröffnet. Lassen Sie uns bitte diese Möglichkeiten nicht verspielen!

**Rosario Crocetta (S&D).** – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, wir waren in Ramallah als wir die Neuigkeiten vernahmen, Europa habe eine neue Entschliebung zum Friedensprozess im Nahen Osten angenommen. Wir sahen das hoffnungsvolle Lächeln auf den Gesichtern der palästinensischen Vertreter.

Es waren Tage voller Emotionen und voller Leid, die sich in die Gesichter der Kinder eingegraben haben, die die Fenstergitter ihrer Häuser an der Straße nach Hebron umklammerten, der verlassenen Straße, die kein Palästinenser überqueren darf. Wir sahen das Leid einer 85-jährigen Frau, die aus ihrem nun besetzten Zuhause vertrieben wurde und die nun in der Kälte in einem Zelt schlafen muss, das im Garten ihres ehemaligen Hauses aufgestellt wurde. Wir sahen das Leid auf den Gesichtern der Palästinenser, die mithilfe europäischer Gelder eine Farm aufgebaut hatten, die nun von israelischen Soldaten zerstört worden war.

Israel hat das Recht, ein unabhängiger Staat zu sein, die Palästinenser haben jedoch ebenfalls das Recht auf ein Heimatland, einen Staat und einen Pass. Die Entschliebung des Europarates stellt einen maßgeblichen Schritt nach vorn dar, wir müssen jedoch unverzüglich handeln. Der israelisch-palästinensische Konflikt ist nur die Spitze des Eisbergs in einem größeren Konflikt. Am letzten Tag unseres Besuches verweigerten die israelischen Behörden uns, der Delegation des Europäischen Parlaments, den Besuch des Gaza-Streifens. Meiner Ansicht nach sollte hier die Hohe Vertreterin, Baroness Ashton, einspringen und im Namen des demokratischen Europas Protest einlegen.

Ich möchte Herrn De Rossa, der die Delegation geleitet hat, sowie allen anderen Mitgliedern der Delegation danken, die die Hilfsbedürftigen während der Tage, die wir in Palästina verbrachten, das Gesicht und die Worte eines Europas sehen und hören konnten, das die Rechte aufrecht hält und mehr tun will und auch muss.

**Hannu Takkula (ALDE).** – (FI) Herr Präsident, Frau Kommissarin, Frau Ashton, meiner Ansicht nach muss die Hohe Vertreterin erstaunt sein darüber, wie das Europäische Parlament seine Hausaufgaben erledigt hat. Welche Art von Geschichtsbüchern muss es gelesen haben, wenn es den nicht wusste, wie es zu dem Staat Israel 1947 gekommen war? Die Interpretation, die der Rat unter schwedischer Führung angenommen hat, scheint daher ein wenig seltsam anzumuten.

Wir müssen uns daran erinnern, dass die Europäische Union zu ihren Werten stehen muss. Wir haben Demokratie, Menschenrechte, Meinungsfreiheit, was wichtig ist. Darüber hinaus ist Israel das einzige demokratische Land im Nahen Osten. Wir sollten keine Antidemokratien, Nichtdemokratien, dort erschaffen, da diese unsere Werte nicht achten.

Wir müssen zudem bedenken, dass das Konzept einer Teilung Jerusalems, die Spaltung der Stadt in zwei Hälften, unvorstellbar ist. Die Europäische Union würde diesen Vorschlag niemals für ein anderes demokratisches Land machen. Natürlich müssen wir sicherstellen, dass Israel sein demokratisches System und seine Rechte in seiner eigenen Hauptstadt bewahren kann, und die Europäische Union kann in den Friedensprozess involviert sein – und sollte es auch sein – aber in diplomatischer Funktion und nicht als Arzt oder Richter.

Es ist bedauerlich, dass Gilad Shalit, der französischer Staatsbürger – also ein Bürger der Europäischen Union – und ein israelischer Soldat ist, nicht freigelassen wurde. Dies zeigt, was die palästinensische Verwaltung und die Hamas von der Europäischen Union halten. Sie haben keinerlei Achtung für unsere Grundsätze und

unsere Werte. Wir müssen weitermachen und diese Art von Tagträumen, aus denen die Entschließung des Rates im Wesentlichen besteht, sollte aufgegeben werden.

Israel ist eine Demokratie; seine Werte stimmen mit unseren überein. Wir müssen die Demokratie und die Menschenrechte dort für eine vollständige und sichere Existenz und für den Frieden verteidigen, und dieser Frieden kann nur erreicht werden, wenn die Terroristenorganisationen, die Hamas und ihre Kohorten, ihre Angriffe gegen Israel und israelische Bürger einstellen. Hier haben wir die Handhabe, um den Terrorismus zusammen zu bekämpfen und für Israel eine Existenz als Nation zu ermöglichen.

**Frieda Brepoels (Verts/ALE).** – (NL) Herr Präsident, in ihrem Bericht von 23. November haben die EU-Delegationsleiter es in Jerusalem und Ramallah sehr deutlich gemacht, dass Israel aktiv in die illegale Annektierung von Ostjerusalem und in seine vollständigen Isolierung vom restlichen Westjordanland involviert ist. Ich frage mich daher, warum der Rat für Auswärtige Angelegenheiten daraus nicht die richtigen Schlussfolgerungen zieht. Warum werden die speziellen Empfehlungen, insbesondere die eines wichtigen Tatsachenberichts – seines eigenen Berichts noch dazu – einfach ignoriert, in dem Wissen, dass die aktuellen Entwicklungen irreversibel sind und dass damit ernsthafte Zweifel an der Chance der Gründung eines unabhängigen, existenzfähigen Staates Palästina neben dem Staat Israel gesät werden? Der Friedensprozess im Nahen Osten hat keine Bedarf an verschwommenen Ankündigungen. Es ist an der Zeit und es ist der richtige Zeitpunkt für die Europäische Union, eine aktive, sichtbare Rolle in der Region einzunehmen, und dies ist natürlich nur möglich, wenn wir auch den Mut zum Einnehmen einer klaren und unverrückbaren Position haben, insbesondere, was Ostjerusalem anbelangt.

**Charalampos Angourakis (GUE/NGL).** – (EL) Herr Präsident, die EU-Politik ist, die israelische Regierung zusammen mit den Vereinigten Staaten und der NATO zu unterstützen, und das bei einer kriminellen Politik des Völkermords am palästinensischen Volk. Dies ist die Schlussfolgerung, zu der die Mitglieder der Delegation des Europäischen Parlaments, die die israelischen Behörden von einem Besuch des besetzten Gaza-Streifens abhielten, kamen.

Die EU-Politik und die kürzliche Entschließung gewähren den israelischen Regierungen im Wesentlichen mehr Zeit, um sich mit Kriegsverbrechen zu belasten, wie wir es aus dem UN-Bericht über den Krieg im Gaza-Streifen wissen, sodass sie mit ihren Besatzerplänen fortfahren können.

Die leisetretischen Reden der Europäischen Union unterstützen nicht mehr die gerechte globale Forderung nach einem existenzfähigen und unabhängigen Staat Palästina gemäß den Gebieten von 1967 und mit der Hauptstadt in Ostjerusalem. Die Europäische Union unternimmt diesbezüglich keine praktischen Schritte. Im Gegenteil, sie stuft die Beziehungen zu Israel sogar noch hoch, wobei Israel die Besiedlungen fortsetzt, insbesondere auch in Ostjerusalem, und dabei die Trennmauer weiterbaut und mit seiner schändlichen und kriminellen Isolation des Gaza-Streifens fortfährt.

Wir lehnen imperialistische Pläne für den Nahen Osten ab, und stellen uns an die Seite des palästinensischen Volkes und all der Menschen in ihrem Kampf.

**Monika Flašíková Beňová (S&D).** – (SK) Ich muss sagen, dass die Ergebnisse des Treffens des Ministerrates in der letzten Woche nicht vollkommen ausgewogen war und dass ich, die ich mit dieser Angelegenheit bereits sehr lange zu tun habe, noch dazu das Gefühl hatte, dass sie die Angelegenheiten hinsichtlich unserer Bemühungen für eine friedliche Koexistenz dieser zwei Nationen nicht wirklich vorangetrieben haben.

Ich möchte daher sagen, dass ich weiß, wir müssen noch mehr tun. Wir müssen bei diesem Friedensprozess nicht nur Vermittler, sondern aktive Vermittler sein, und wir müssen darauf bestehen, dass die Lösung für diese Katastrophensituation für beide Staaten gleich erscheint sowie gleich und annehmbar ist, sowohl für Palästina als auch für den Staat Israel, sodass sowohl Palästina als auch der Staat Israel zu gleichen Teilen beteiligt sind.

Der Rat hat versucht, die Palästinenser zurück an den Verhandlungstisch zu bringen, trotz ihrer Opposition gegenüber einigen Maßnahmen der Israelis, und auch wir bestehen darauf, dass die unnötigen Hindernisse für den Friedensprozess schnellstmöglich aus dem Weg geräumt werden. Die Zerstörung von palästinensischen Häusern in Ostjerusalem und die Errichtung von Siedlungen und Trennmauern auf besetztem Gebiet sind nicht akzeptabel. Es ist für uns jedoch auch inakzeptabel, dass wir Israel bloßstellen und es dann nicht schaffen, es aktiv vor allen Angriffen und Terroristenangriffen von Bürgern des Staates Israel zu verteidigen.

Ich möchte daher betonen, dass es natürlich auch wichtig ist, dass der internationale rechtliche Rahmen geachtet wird, ohne den es keine Hoffnung auf eine stabile Entwicklung innerhalb der Region geben kann.

Meiner Meinung nach sind wir Europäer, die EU und die Bürger unserer Staaten bereit, eine helfende Hand auszustrecken, und ich hoffe, dass die Baroness Ashton mit ihrer Mission in der Region Erfolg hat und dass sie mit positiven Berichten aus der Region zurückkehrt.

**Alexandra Thein (ALDE).** – Herr Präsident, Frau Ministerin, Hohe Beauftragte, sehr geehrte Kollegen! Ich bin Mitglied der Delegation für die Beziehungen zum palästinensischen Legislativrat, also dem palästinensischen Parlament. Letzte Woche wurde unserer Delegation die Einreise nach Gaza von Israel verweigert. Die Lage in Gaza ist besorgniserregend, erst recht jetzt im Winter. Lediglich 10 % der Bevölkerung können sich mit Schmuggelaktivitäten durch die Tunnel noch selbst versorgen, die genau aus diesem Grund allseits geduldet werden.

Vor der Operation „Gegossenes Blei“ war es genau umgekehrt, und 90 % der Bevölkerung in Gaza konnten sich selbst versorgen. Eigentlich müsste Israel als Besatzungsmacht für den Unterhalt der Bevölkerung in allen besetzten Gebieten aufkommen. Dieser völkerrechtlichen Verpflichtung entzieht sich Israel, so dass die internationale Gemeinschaft einspringen muss, vor allem die EU.

Wenn wir aber schon für den Unterhalt von 90 % der Bevölkerung in Gaza sorgen, dann haben wir ein Recht, zu sehen, wo das Geld des europäischen Steuerzahlers bleibt, ob es sinnvoll eingesetzt wird und ob es bei den Betroffenen ankommt

**Hélène Flautre (Verts/ALE).** – (FR) Herr Präsident, auch ich möchte Frau Malmström und dem schwedischen Ratsvorsitz zu ihren herausragenden Schlussfolgerungen danken. Sie haben die Erwartungen, die wir alle hatten, neu belebt, nämlich, dass bestätigt würde, dass die EU gemäß internationalem Recht in der Tat für den Frieden in der Region zuständig ist, und dies ist meiner Ansicht nach ausschlaggebend.

Dennoch bin ich überrascht, dass sich in diesen Erklärungen ein Jahr nach der Militärinvasion des Gaza-Streifens keine Verweise auf ein Follow-up des Goldstone-Berichts, der vom Rat in Auftrag gegeben wurde, finden. In welcher Phase befinden wir uns im Follow-up dieses Berichts, inwiefern hat sich der Rat selber engagiert, insbesondere in Bezug auf die internen Untersuchungen der einzelnen betroffenen Parteien?

Und dann bin ich hoch erfreut darüber, dass Ostjerusalem als Hauptstadt des zukünftigen Staates Palästina oder als Jerusalem der zwei Staaten in Erwägung gezogen wird. Diesen Schlussfolgerungen fehlen jedoch die speziellen Handlungsoptionen. Andererseits finden sich hingegen viele dieser Optionen in dem Missionsbericht der Staats- oder Regierungsoberhäupter, die Ostjerusalem besucht haben.

Daher fordere ich die Kommission und den Rat auf, uns die speziellen Verfahren zu verdeutlichen, gemäß denen die Europäische Union die Annektierung von Ostjerusalem, die Israel u. a. gerade durch die Einführung von wirtschaftlichen Maßnahmen, jedoch auch durch die Orchestrierung der Massenumsiedelung von palästinensischen Gemeinschaften zu erreichen versucht, weder anerkennen noch legitimisieren wird.

**Richard Howitt (S&D).** – Herr Präsident, ich möchte die neue Hohe Vertreterin in diesem Haus herzlich willkommen heißen, und ich begrüße auch die starken Schlussfolgerungen des Rates zum Nahen Osten, die vom schwedischen Ratsvorsitz geleitet wurden.

Ich möchte Herrn Bildt im Namen des Vorsitzes zum Goldstone-Bericht gratulieren, für – ich zitiere – die „Glaubwürdigkeit und die starke Integrität“ des Goldstone-Berichts. Meiner Ansicht nach wäre es durchaus hilfreich, wenn Frau Malmström heute im Europäischen Parlament wiederholen könnte, was der Botschafter vor den Vereinten Nationen gesagt hat – dass die EU Israel und die Palästinenser zur Einleitung von geeigneten, glaubwürdigen und unabhängigen häuslichen Überprüfungen der Menschenrechtsverletzungen im Rahmen des Gaza-Konflikts drängt.

Und schließlich möchte ich den Ratsvorsitz und die Hohe Vertreterin fragen, ob ihnen der Leitfaden der britischen Regierung, der letzte Woche für die Lebensmittelbeschriftung angenommen wurde, bekannt ist, der eingeführt wurde, um Importe aus den palästinensischen Gebieten und solche aus den illegalen israelischen Siedlungen zu unterscheiden, und sie bitten, uns zu sagen, welche Pläne Sie zur Ausweitung dieses Ratschlags auf europäischen Ebene haben. Als Wähler können wir uns dazu entschließen, die Kosten für den Friedensprozess zu zahlen. Als Konsumenten wollen wir den Preis für den Konflikt nicht subventionieren.

**Ramon Tremosa i Balcells (ALDE).** – Herr Präsident, meiner Ansicht nach könnte die kürzlich von der Europäischen Union bezogene, vom schwedischen Ratsvorsitz unterstützte Stellung zum Nahen Osten, bei der Ostjerusalem als Hauptstadt eines zukünftigen unabhängigen Staates Palästina anerkannt würde, die Bemühungen der Europäer zunichte machen, eine signifikante Rolle bei der Mediation zwischen Israel und

den Palästinensern einzunehmen. Es könnte kontraproduktiv sein, was unser gemeinsames Ziel, dieser bereits turbulenten Region den Frieden zu bringen, anbelangt.

Ich persönlich bin der Ansicht, dass die Fokussierung aller Bemühungen der EU auf die Ermutigung und Drängung auf die Schaffung einer echten Demokratie in den palästinensischen Gebieten, wie beispielsweise die Förderung einer nicht-gewalttätigen Opposition, einer unilateralen und unerwarteten Bekanntgabe einer unabhängigen Hauptstadt für die palästinensischen Gebiete vorzuziehen und hilfreicher wäre. Es würde dem Staat und der Demokratie Israels sowie der internationalen Gemeinschaft helfen, einen glaubwürdigen und legitimen Gesprächspartner zu finden.

Wie Frau Cecilia Malmström heute sagte, der Status von Jerusalem sollte bilateral von Israelis und Palästinensern verhandelt werden. Ich glaube daher, dass eine „Zwei-Demokratien-Vision für zwei Völker“ wünschenswerter ist, als eine „Zwei-Saaten-Lösung für zwei Völker“.

Demokratie, liebe Kollegen, ist die Voraussetzung für Frieden.

#### **VORSITZ: Stavros LAMBRINIDIS**

*Vizepräsident*

**Michael Gahler (PPE).** - Herr Präsident! Zunächst freue ich mich, dass Baroness Ashton auf der Kommissionsseite Platz genommen hat. Ich hoffe, das wird auch in Zukunft so sein.

Ich habe zwei Fragen an den Ratsvorsitz: In den Schlussfolgerungen des Außenministerrats fehlt eine Bezugnahme auf das Nahost-Quartett. Ist sich der Rat über die Rolle des Nahost-Quartetts im Friedensprozess nicht einig, oder was ist der Grund dafür?

Zweitens: Das gleiche gilt auch für die Hamas. Auch auf diese – leider – politisch relevante Gruppierung wird in den Schlussfolgerungen überhaupt kein Bezug genommen. Was ist der Hintergrund dafür?

**Frédérique Ries (ALDE).** – (FR) Herr Präsident, da Herr Le Hyaric fast die doppelte Redezeit verwendet hat, denke ich, steht mir das Recht zu, mein eigenes Redetempo zu bestimmen, aber ich werde trotzdem direkt zur Sache kommen.

Während des schwedischen Ratsvorsitzes haben wir uns an etwas Besseres, etwas sehr viel Besseres gewöhnt. Bitte verzeihen Sie mir meine Offenheit Frau Malmström. Ostjerusalem als die Hauptstadt eines zukünftigen palästinensischen Staats auszuweisen, zu bestimmen – wenn auch nur am Anfang – ist meiner Ansicht nach ein selten aufgetretener diplomatischer Fehler – ich spreche jetzt nur euphemistisch. Der Fehler ist von keiner großen Bedeutung – ich möchte nicht, dass mich jemand missversteht –, aber diese Erklärung, die das Endergebnis der Verhandlungen vorwegnimmt, bevormundet, nein, es missachtet die betroffenen Verhandlungspartner. Zudem haben viele Mitgliedstaaten eine klare Haltung eingenommen und sich vom dem ersten Entwurf des Textes distanziert.

Ich sage „Ja“, tausendmal „Ja“ zu einer offenen Hauptstadt, einer gemeinsamen Hauptstadt. Eine Beteiligung, die seit den 2000er Jahren Teil der Clinton-Parameter für einen auf dem Verhandlungswege erzielten Frieden ist. Ein Prinzip, das sowohl von Ehud Barak in Taba akzeptiert wurde, wie auch von anderen. Außerdem müssen wir besonders in diesem Parlament an die beeindruckende Art und Weise denken, wie dieses Prinzip durch Avraham Burg und Ahmed Qurei verteidigt wurde. Jerusalem: eine heilige Stadt für drei Religionen, die Hauptstadt der Bücher, eine offene Hauptstadt. Was uns jetzt noch bleibt ist, weder die Art der Beteiligung noch den Zeitrahmen oder die Methoden aufzuzwingen – wie es schon vorhin gesagt wurde –, sondern den Dialog zu unterstützen, so dass die betroffenen Parteien, Palästinenser und Israelis, ihre eignen Schlussfolgerungen ziehen können.

**Sarah Ludford (ALDE).** - Herr Präsident, die Schlussfolgerung des Rates ist tatsächlich eine erfreulich-energische Aussage zum Standpunkt der EU und zeigt deren Absicht, eine stärkere Rolle in einem neubelebten Nahost-Quartett zu spielen. Kann man deshalb davon ausgehen, dass sich der Rat und die Kommission darüber einig sind, dass der von einigen empfohlene Ansatz, Israel zu boykottieren, der falsche Weg zu diesem Engagement ist? Man kann nicht gleichzeitig boykottieren und sich engagieren.

Tatsächlich ist der durch die Schlussfolgerungen des Rates betonte Ansatz richtig, nämlich ein erneutes Bekenntnis dazu, die bilateralen Beziehungen zu Israel weiterzuentwickeln. Wie verlockend es auch sein mag, der Rat kann nur dann ein einflussreicher politischer und wirtschaftlicher Akteur sein, wenn er der Versuchung widersteht – die manchmal durch Frustration aufgrund der einen oder anderen Verhandlungsseite

motiviert ist –, Sanktionen als Bestrafung gegen die eine oder die andere Seite einzusetzen. Dafür ist die Situation zu komplex, und ein durchgängiger, schlüssiger Ansatz der EU, beide Seiten zurück an den Verhandlungstisch zu holen und einen Friedensvertrag abzuschließen, wird untergraben.

**Ivo Vajgl (ALDE).** – (SL) Ich bin ebenfalls ein Gegner von Sanktionen und Androhungen und befürworte stattdessen eine konstruktive Politik und einen konstruktiven Dialog. Allerdings bedauere ich, dass wir heute zu häufig gehört haben, dass Israel ein demokratisches Land ist. Israel ist ein Staat, der sich weder in Bezug auf die Palästinenser demokratisch verhält, noch in Bezug auf unser gemeinsames Ziel, nämlich die Schaffung von zwei nebeneinander bestehenden, unabhängigen, selbstbewussten und sichern Staaten. Deshalb glaube ich, dass Ihnen, Baroness Ashton, heute viele Anreize für die Entwicklung einer konstruktiven und effektiveren Politik der Europäischen Union gegeben wurden. Ich bedaure sagen zu müssen, dass uns Israel immer noch als einen Papiertiger sieht und nicht als echte Organisation, mit der es einen Dialog aufbauen sollte, ein Partner, der für die Lösung der Probleme nützlich wäre.

**Robert Atkins (ECR).** – Herr Präsident, als ein Mitglied der Delegation, die letzte Woche Palästina besuchte, wurde mir bewusst, dass es eine Reihe vernünftiger Menschen gibt, die die Meinung vertreten, dass eine Zwei-Staaten-Lösung keine Chance hat und zwar größtenteils aufgrund der israelischen Maßnahmen, unter anderem dem Vorschlag, die Mauer noch weiter nach Ostjerusalem hinein und über die Stadt hinaus zu bauen und damit das Westjordanland in Norden und Süden zu teilen.

Falls eine Ein-Staaten-Lösung Wirklichkeit wird, welche Interessen werden wir vertreten und welche Maßnahmen ergreifen?–

Zweitens, sind sich der Ratsvorsitz und Lady Ashton darüber im Klaren, wie viele vernünftige Menschen das Nahost-Quartett für eine Farce halten? Welche Maßnahmen werden wir ergreifen um sicherzustellen, dass die Kosten dieser Unternehmung sich mit ihrer Wirksamkeit decken? Denn diese liegt zurzeit bei Null.

**Charles Tannock (ECR).** – Herr Präsident, ich stimme mit dem israelischen Außenminister, Herrn Liebermann, dahingehend überein, dass die abschließende Erklärung des Rates sehr viel besser ist, als beispielsweise der ursprüngliche schwedische Entwurf, den ich vor einigen Wochen zu sehen bekam. Aber in ihr findet sich keine Erwähnung der anerkannten Grundsätze des Nahost-Quartetts, die durch die von der Hamas fortgeführte Terrorisierung sowohl der Mitarbeiter der Palästinensischen Autonomiebehörde als auch der Zivilisten im Gazastreifen missachtet werden.

Was mich weiterhin interessiert: Wieso besuchte Außenminister Bildt nicht die Region um Solidarität mit einem demokratischen Israel und moderaten Palästinensern zu zeigen?

Des Weiteren interessiert mich, warum die Annexion von Ostjerusalem zu diesem kritischen Zeitpunkt bewusst erwähnt wurde?

Die EU muss ausgewogener sein und offiziell anerkennen, dass uns mit dem israelischen Staat gemeinsame demokratische Wertvorstellungen verbinden. Zudem muss sie die tatsächliche Teilnahme Israels in EU-Programmen im Rahmen des Assoziierungsabkommens fördern – hier stimme ich ungewöhnlicherweise Baroness Ludford zu –, um so das israelische Vertrauen in das Wohlwollen der EU gegenüber dem jüdischen Staat zu stärken.

**Cecilia Malmström, amtierende Ratspräsidentin.** – (SV) Herr Präsident, ich danke Ihnen für diese sehr konstruktive Aussprache. Ich möchte damit beginnen, einige gezielte Fragen zu beantworten, und möchte dann mit ein paar abschließenden Worten enden.

Der Goldstone-Bericht ist ein sehr wichtiger Bericht. Es handelt sich um einen ernst zu nehmenden Bericht. Es ist wichtig, dass die darin getroffenen Schlussfolgerungen genau geprüft werden, und die EU hat beide Seiten, Israel und die Palästinenser, dazu aufgerufen, angemessene Erkundungen mit der im Bericht angeratenen Ausrichtung aufzunehmen.

In Bezug auf das Nahost-Quartett findet sich in den durch den Rat angenommenen Schlussfolgerungen auch ein Verweis auf das Quartett und die Notwendigkeit der stärkeren Bemühungen dieses Quartetts. Bezüglich der Gespräche mit der Hamas: Der Rat unterhält Kontakte zur palästinensischen Führung unter Präsident Abbas und Premierminister Fayyad. Die Bedingungen für Gespräche mit der Hamas sind allgemein bekannt und wurden nicht erfüllt.

Abschließend möchte ich gern sagen, dass ich das hohe Maß an Unterstützung in diesem Parlament für die Schlussfolgerungen sehr erfreulich finde. Obwohl natürlich jeder eine etwas andere Meinung vertritt, so sind

sich doch alle der Wichtigkeit bewusst, in jeder nur möglichen Art und Weise den Friedensprozess im Nahen Osten zu unterstützen, und wir alle empfinden eine große Frustration über den so extrem langsamen Fortschritt. Der weihnachtliche Frieden, der bald wieder über dieses Haus und viele andere Orte der Welt kommen wird, wird wieder einmal dieses Jahr in der Region nicht in dem Umfang zu finden sein, den wir uns wünschen.

Zu Beginn des schwedischen Ratsvorsitzes hatten wir die Hoffnung, dass die Bemühungen des US-Präsidenten Obama bei den israelisch-palästinensischen Verhandlungen Früchte tragen würden. Es ist wichtig, dass die EU und die USA eng zusammenarbeiten. Das ist bis jetzt noch nicht eingetreten, aber wir müssen – wie immer bei diesem Thema – geduldig und ausdauernd sein. Die EU muss in ihrer Aussage zu Ostjerusalem, den Grenzen, Siedlungen und der Sicherheit konsequent sein und eine klare Haltung zeigen. Das hohe Maß an Übereinstimmung hier im Parlament, auch in Bezug auf unsere klaren und einheitlichen Schlussfolgerungen, freut mich sehr. Sie werden für einen langen Zeitraum die Grundlage der Arbeit der EU bilden. In dieser Hinsicht ist eine Zusammenarbeit aller Behörden wichtig.

Die EU setzt ihre europäische Außen- und Sicherheitspolitik in der Region fort, und besonders die Polizeimission der Europäischen Union für die Palästinensischen Gebiete (EUPOL COPPS) hat im letzten Jahr einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen der Palästinenser im Westjordanland geleistet. Die EU unterstützt außerdem die Vorbereitung für die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates. Hier erwartet uns noch viel Arbeit, aber wir unterstützen natürlich das durch die palästinensische Autonomiebehörde aufgesetzte Programm: *Palästina: Ending the Occupation, Establishing a State* (dt.: Palästina: Ende der Besetzung und Errichtung eines Staates).

Um diesen Konflikt zu beenden, muss auf dem Verhandlungswege eine Einigung zwischen beiden Seiten getroffen werden. Dies muss alle betroffenen Probleme mit einschließen. Wir können keine Lösung akzeptieren, die durch einseitige Maßnahmen gefunden und dann zu einer *fait accompli* wird. Die Lösung muss umfassend sein. Sie muss die libanesische und syrische Frage beinhalten und Teil einer regionalen Strategie sein, die den arabisch-israelischen Konflikt beilegt. Wir sind noch nicht am Ziel, aber die EU ist einen großen Schritt weitergekommen. Alle Institutionen sind sich über die Notwendigkeit einig, und ich freue mich auf eine weitere Zusammenarbeit in dieser Angelegenheit.

**Catherine Ashton**, designierte Vizepräsidentin der Kommission. – Herr Präsident, lassen Sie mich bitte nur kurz bemerken, dass ich glaube, dass uns das Thema meines Sitzplatzes verfolgen wird. Ich sitze hier, weil der Rat da drüben sitzt. Ich muss mich vielleicht da drüben hinsetzen, oder Sie müssen mir einen Sitzplatz in gleichweiter Entfernung von allen bauen, denn ich kann Ihnen versichern: ich werde immer Ärger bekommen, egal wo ich sitze. Es ist mir aber eine große Freude, hier mit Cecilia zu sitzen, und ich freue mich sehr über unsere zukünftige Zusammenarbeit.

Was mir an der gerade geführten Aussprache auffällt, ist die Übereinstimmung in diesem Parlament – und ich denke, Herr Atkins, dass Sie hier eine Ausnahme darstellen, aber ich habe Ihnen trotzdem genau zugehört – dass wir uns auf eine Zwei-Staaten-Lösung konzentrieren. Alle Abgeordneten des Parlaments empfinden ein hohes Maß an Leidenschaft für dieses Thema, besonders, wenn ich so sagen darf, Herr De Rossa und die kürzlich zurückgekehrten Abgeordneten, die sich mit eigenen Augen von der schrecklichen Situation vor Ort überzeugen konnten.

Meiner Meinung nach liegt die Bedeutung der Schlussfolgerung des Rates in ihrer Klarheit. Sie vermitteln mir eine gute Vorstellung von der Richtung, in die wir uns bewegen müssen. Zudem zeigt sich sehr deutlich – und ich muss mich bei dem Ratsvorsitz für die zu diesem Thema geleistete Arbeit bedanken – die Frustration in diesem Parlament darüber, dass sich nichts bewegt. Eine Frustration, die manchmal aus ganz unterschiedlichen Ansichten herrührt, aber trotzdem in dem gemeinsamen Wunsch Ausdruck findet, zu einer Lösung zu gelangen. Die Nuancen sind von Wichtigkeit. Ihre Ansichten zu den Unterschieden und Gemeinsamkeiten sind mir wichtig, wenn ich für unsere Zukunft bei diesen Diskussionen und Verhandlungen eine Richtung einschlagen muss.

Ich habe keine Zweifel darüber, dass wir zwei Dinge tun müssen. Das eine ist ein eher politisches Thema, das sie berechtigterweise zur Sprache gebracht haben. Wie soll unsere Beziehung aussehen? Ich befinde mich am Anfang dieser Reise, und ich nehme diese Aussprache sehr wichtig, indem ich allen vorgebrachten Meinungen Gehör schenke. Folgendes nehme ich mir mit: Zunächst muss das Nahost-Quartett nachweisen, dass es sein Geld wert ist und es tatsächlich wiederbelebt werden kann. Ich habe mich bereits per Videolink mit den Mitarbeitern in Jerusalem in Verbindung gesetzt. Zudem habe ich mit Herrn Blair über seine Arbeit gesprochen und auch mit der Außenministerin Frau Clinton über diese Angelegenheiten geredet. Es ist

wichtig, sich vor Augen zu halten, dass – wenn die ganze Sache funktionieren soll –, das Wort „Wiederbeleben“ genau die richtige Wahl ist,

Zweitens geht es um weiter gefasste Themen in der Region und weitere Länder mit denen wir uns beschäftigen müssen. Diese Angelegenheit wurde auch schon vom Ratsvorsitz angesprochen. Ich denke, das Wichtigste, das wir heute mitnehmen, ist: Was ist die EU in der Lage zu erreichen?

Damit möchte ich zum Praktischen überleiten. Eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen haben spezielle Probleme zur Sprache gebracht: Großbritannien und sein System der Kennzeichnung, Fragen bezüglich der Assoziierungsvereinbarung, ob dieser Bericht – der Bericht der Missionsleiter – Empfehlungen enthält, die ich noch nicht in Erwägung gezogen habe. Wir müssen all diesen Themen sorgfältig abwägen, aber noch wichtiger ist, dass wir praktische Hilfe vor Ort spürbar werden lassen.

Ich habe ihnen von 1 200 benötigten Klassenzimmern und unserer Arbeit im Gesundheitsbereich berichtet. Wir fühlen uns Premierministers Fayyads Plan zum Staatsaufbau und der Verbesserung der Behörden, besonders in Bezug auf Rechtsstaatlichkeit, verpflichtet. Wir müssen zeigen, dass wir uns praktisch vor Ort engagieren und nach Wegen suchen, wie wir die Situation der Menschen, die dort jeden Tag leben müssen und die von uns Hilfe erwarten, praktisch verbessern können.

Dies ist die bedeutendste praktische Angelegenheit, die ich zuerst angehen muss. Ich möchte die Arbeit, die ich durchführen möchte, folgendermaßen beschreiben: Wir haben das Potential, sowohl politische wie auch wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen. Ich möchte diese beiden Dinge zusammenbringen und Möglichkeiten finden, unsere Aktionen zu verbessern, die bereits laufenden Arbeiten zu unterstützen sowie das Nahost-Quartett effektiver machen. Ich möchte die Arbeiten des Rates und der Kommission, die bisher nebeneinander agiert haben, zusammenführen, um so eine wirkliche Veränderung vor Ort zu erzielen.

Letztendlich sind es die beiden Verhandlungspartner, die gemeinsam eine Entscheidung treffen und Frieden finden müssen. Aber letztendlich müssen wir eine bedeutende Rolle spielen, und ich bin entschlossen, in Ihrem Auftrag und im Auftrag der Kommission und des Rates, unsere Rolle voll und ganz wahrzunehmen.

**Der Präsident.** – Die Aussprache wird geschlossen.

*Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)*

**Dominique Baudis (PPE), schriftlich.** – (FR) Bei der letzten Sitzung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten erklärte der Rat der Europäischen Union, dass er in naher Zukunft einen Staat Palästina mit den Grenzen von 1967 und mit Ostjerusalem als Hauptstadt begrüßen würde. Europa schafft dadurch die Rahmenbedingungen für eine praktikable Zukunftslösung im Nahost-Konflikt, die für beide Seiten akzeptabel ist. Der vom Rat vorgeschlagene Lösungsvorschlag ist fair. Israel und Palästina können ihn als Grundlage für den Austausch von Land gegen Frieden nutzen. Der Europäischen Union kommt eine tragende Rolle zu. Sie hat die Möglichkeit, die palästinensische Aussöhnung voranzutreiben, ohne die es keinen palästinensischen Gesprächspartner in den Verhandlungen mit Israel geben wird. Sie kann auf dem Hintergrund der Union für das Mittelmeer die Wiederaufnahme des israelisch-palästinensischen Dialogs fördern.

**Daciana Octavia Sârbu (S&D), schriftlich.** – Ich begrüße die jüngsten Schlussfolgerungen des Rates in dieser Frage, besonders bezüglich der Problematik um Ostjerusalem. Der Rat hat eine klare Position zu verschiedenen Kernproblemen bezogen, so zu den Grenzen von 1967, den israelischen Siedlungen, dem Zugang zum Gaza-Streifen und der Unterstützung einer Zweistaatenlösung, bei der Jerusalem zur gemeinsame Hauptstadt würde. Dies sind immer noch schwierige und grundlegende Probleme. Dennoch ist es dem Rat gelungen, diese in seiner Schlussfolgerung anzugehen. Der Hohen Vertreterin der Europäischen Union ist vom Rat eine Liste mit konkreten Zielen und einer klaren Richtung vorgelegt worden, in welche die EU die Verhandlungen laufen sehen möchte. Ich bin zuversichtlich, dass diese Klarheit und Einigkeit der Mitgliedstaaten zu einem wirksameren Einbezug der EU in die Verhandlungen führen wird und sie befähigen wird, mit den anderen Schlüsselakteuren im Friedensprozess leichter in Dialog zu treten.

## **14. Restriktive Maßnahmen nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon: die Rechte des Einzelnen (Aussprache)**

**Der Präsident.** – Der nächste Punkt auf der Tagesordnung ist:

- die Anfragen an den Rat zur mündlichen Beantwortung (B7-0233/2009) von Frau Emine Bozkur, Herrn Louis Michel und Frau Michèle Striffler im Namen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz

und Inneres bezüglich restriktiver Maßnahmen gegenüber der Rechte des Einzelnen nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon (O-0135/2009);

- die Anfragen an den Rat zur mündlichen Beantwortung (B7-0234/2009) von Frau Emine Bozkurt, Herrn Louis Michel und Frau Michèle Striffler im Namen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres bezüglich restriktiver Maßnahmen gegenüber der Rechte des Einzelnen nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon (O-0136/2009).

**Emine Bozkurt, Verfasserin.** – (NL) Herr Präsident, es sind die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, die Menschenrechte und die Grundfreiheiten, für die die EU steht. Im Kampf gegen den Terrorismus ist die EU allerdings weniger prinzipientreu. So zum Beispiel die „Schwarze Liste“ der UN. Es besteht die Möglichkeit, Personen oder Einrichtungen, die in Verdacht stehen, Verbindungen zu Osama bin Laden, dem Al-Qaida-Netzwerk oder der Taliban zu haben, in die Liste aufzunehmen, was die Verhängung eines Reiseverbots und das Einfrieren ihrer finanziellen Vermögenswerte zur Folge hat. Diese Maßnahmen sind sinnvoll und gut, wenn es um Terrorismus geht, da der Terrorismus bekämpft werden muss – das steht außer Frage. Aber die Gesetzlosigkeit, mit der die Terroristen vorgehen, darf sich nicht in die Art und Weise einschleichen, wie wir gegen den Terrorismus vorgehen.

Leider ist das derzeitige System von Missachtungen der Grundrechte gekennzeichnet. Personen werden auf die Liste gesetzt, häufig ohne darüber vollständig informiert zu werden und ohne die Beteiligung einer rechtsprechenden Gewalt. Die Informationen, die für ihre Aufnahme in die Liste verantwortlich sind, stammen in der Regel von Geheimdiensten. Diese Informationen sind für die Verdächtigen nicht transparent und dadurch haben sie keine Kenntnis über den Grund, aus dem sie in die Liste aufgenommen worden sind. Dies beraubt sie nicht nur ihres Rechts auf Information, sondern auch ihres Rechts auf Verteidigung.

Steht der Name einer Person erstmal auf der Liste, ist es äußerst schwierig, ihn wieder zu streichen. Zu viele Menschen wurden bereits viele Jahre lang fälschlicherweise auf der Liste geführt und mussten sich ein ordentliches Rechtsverfahren erkämpfen. Sie sind zur Mittellosigkeit verdammt, können ihre PIN beim Einkaufen nicht eintippen und das Land nicht verlassen. Ich möchte mich hier nicht für eine Stärkung der Rechte von Terrorverdächtigen aussprechen, sondern lediglich dafür, dass sie auch ihre Rechte geltend machen können, wie jeder andere auch. Ich plädiere für transparente Vorgehensweisen und ordentliche Rechtsverfahren für alle.

Diese Liste zieht weitreichende Folgen nach sich. Aufgrund der Tatsache, dass die Obrigkeiten entschieden können, Personen und Organisationen in die Liste aufzunehmen, kann dies auch als politisches Mittel eingesetzt werden. Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die sich beispielsweise für Menschenrechte einsetzen und der Regierung ein Dorn im Auge sind, können als Terrororganisationen bezeichnet werden, um ihre Tätigkeit zum Erliegen zu bringen. Die Kommission sah sich gezwungen, die derzeitigen Vorgehensweisen auf Grundlage eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs zu überarbeiten. Sie gab den entsprechenden Anstoß, doch scheiterte dieser auf Ratsebene.

Nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon stehen wir nun vor einer neuen Situation. Soll Artikel 215 oder Artikel 75 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union gelten? Mit anderen Worten, soll das Europäische Parlament von der Prüfung von Vorschlägen ausgeschlossen sein oder soll es durch die übliche Vorgehensweise beteiligt sein, d. h. über das Mitentscheidungsverfahren. Der Rechtsausschuss hat – wie auch der Juristische Dienst des Parlaments – darauf hingewiesen, dass Artikel 75 die adäquate Rechtsgrundlage darstellt. Ich würde heute gerne sowohl vom Rat als auch von der Kommission erfahren, wie sie den zukünftigen Umgang mit Vorschlägen bezüglich restriktiver Maßnahmen sehen. Welche Rolle soll hierbei dem Parlament zukommen? Es ist Zeit für transparente, demokratische Verfahrensweisen. Die Frage ist, ob wir auf Ihre Zusammenarbeit bauen können.

**Carlos Coelho (PPE).** – Herr Präsident, ich fürchte die portugiesische Verdolmetschung funktioniert nicht. Ich habe von meiner Vorrednerin kein einziges Wort gehört. Das muss in Ordnung gebracht werden; sonst kann ich der Aussprache nicht weiter folgen.

**Der Präsident.** – Wir werden nachfragen müssen, was los ist, und Sie in Kenntnis setzen, Herr Coelho.

**Louis Michel, Verfasser.** – (FR) Herr Präsident, Frau Malmström, zunächst möchte ich mich bei meinen Co-Berichterstellerinnen, Frau Bozkurt und Frau Striffler, bedanken und sie beglückwünschen.

Die Schlussfolgerungen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres und des Rechtsausschusses, sowie die des Juristischen Dienstes des Parlaments finden meine volle Unterstützung.



Da die Wahrung der Menschenrechte einen grundlegenden Wert der Europäischen Union darstellt, ist eine uneingeschränkte Achtung dieser Rechte unerlässlich. Die im Kampf gegen den Terrorismus ergriffenen Maßnahmen müssen angemessen, geeignet und wirksam sein.

Bezüglich der Wahrung der Grundrechte und der Verteidigungsrechte, Zugang zu persönlichen Daten durch die betroffene Person sowie die Mitteilung der Gründe für das Ergreifen der Maßnahme sind wesentliche Phasen bei der Terrorbekämpfung. Da Sanktionen und schwarze Listen lediglich temporären Charakter besitzen, bin ich der Ansicht, dass eine strenge und gründliche Überwachung dieser stattfinden muss und dass eine regelmäßige Evaluierung, mit obligatorischer Anhörung des Parlaments, erforderlich ist.

So begrüßenswert die ergriffenen Maßnahmen sind, besonders in Bezug auf Simbabwe und Somalia, wir müssen uns doch darüber im Klaren sein, dass diese Sanktionen unter keinen Umständen ein Hindernis darstellen dürfen für Entwicklung, Demokratieaufbau und Menschenrechtsmissionen humanitärer Organisationen, und auch keine negativen Auswirkungen auf die einheimische Bevölkerung haben dürfen.

Was schließlich den Schutz personenbezogener Daten betrifft, so unterstütze ich voll und ganz die Schlussfolgerungen des Europäischen Datenschutzbeauftragten bezüglich der Erhebung, Verarbeitung und Übermittlung dieser Daten.

**Michèle Striffler, Verfasserin.** – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, die große Mehrheit der europäischen Bürger sind der Überzeugung, dass der Kampf gegen den Terrorismus auf EU-Ebene mit hoher Priorität gehandhabt werden muss. Sie sind sich des Einflusses, den Europa – durch seine globale Sicht und die Umsetzung einer kohärenten Politik – haben kann, vollkommen bewusst.

Daher begrüße ich die Tatsache, dass dank des Vertrags von Lissabon das Europäische Parlament als Mitgesetzgeber auf diesem Gebiet gute und sorgfältige Arbeit leisten kann und die notwendige demokratische Kontrolle bezüglich der Europäischen Politik im Bereich Terrorismusbekämpfung bietet.

Das erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts nähert sich seinem Ende. Wir erinnern uns, dass es mit einer der schlimmsten Tragödien in der Menschheitsgeschichte begonnen hat. Wir dürfen nicht zulassen, dass der Terrorismus sich weiter ausbreitet, und müssen eine solide und angemessene Lösung für das Problem finden. Die Taliban, das Al-Qaida-Netzwerk und Osama bin Laden verkörpern die größte und dringendste Gefahr für die Europäische Union.

Durch den islamischen Extremismus – ein skrupelloser Missbrauch der muslimischen Religion – und den Hass auf die westliche Welt und ihre Werte wird das todbringende Terrornetzwerk gestärkt und aufrechterhalten. Wir müssen diesem Phänomen entgegenwirken und, ich sage es noch einmal, von der Europäischen Union ist extreme Entschlossenheit und extreme Wachsamkeit angesichts dieser Bedrohung verlangt.

Darüber hinaus darf die Europäische Union die schweren und ständigen Verstöße gegen die Menschenrechte sowie gegen die Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, wie sie in Simbabwe begangen werden, nicht ignorieren. Es muss eine unnachsichtige Bestrafung von natürlichen und juristischen Personen erfolgen, deren Handlungen die Demokratie, die Achtung der wichtigsten Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit in Simbabwe unterlaufen – ungeachtet der Tatsache, ob sie der Regierung angehören oder nicht.

Ebenso, meine Damen und Herren, hat die Europäische Union die Pflicht, gezielte Maßnahmen gegen diejenigen zu ergreifen, die Frieden, Sicherheit und Stabilität in Somalia gefährden. Wir müssen ein allgemeines und vollständiges Embargo über Waffenlieferungen nach Somalia verhängen und sicherstellen, dass die humanitäre Hilfe sowie der Zugang zur dieser Hilfe und der Verteilung der Hilfsgüter in Somalia gewährleistet sind.

Ich sage dies, weil vor allem das Leid der ärmsten und schwächsten Bevölkerungsgruppen sehr groß ist und wir nicht weiter daneben stehen und zusehen können. Dass die Rolle des Parlaments in diesem Bereich durch den Vertrag von Lissabon geschwächt worden ist, entgegen dem Geist des Vertrags und dem Einfluss, den er dem Parlament verleiht, bedauere ich sehr.

Dennoch muss die Europäische Union die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen. Bedeutet dies, dass sie ihre wesentlichen Grundsätze außer Acht lassen soll? Nein. Die Maßnahmen der Europäische Union auf internationaler Ebene müssen die Grundsätze, die ihrer Gründung, Entwicklung und Erweiterung zugrunde liegen, wahren und diese Werte in der übrigen Welt vertreten und fördern.

**Cecilia Malmström**, *amtierende Ratspräsidentin*. – (SV) Herr Präsident, die von uns so bezeichneten restriktiven Maßnahmen sind von großer Tragweite, und wie ich weiß, haben viele Mitglieder eine Meinung dazu. Möglicherweise sind sie für diejenigen, die diese Aussprache verfolgen, nicht ganz leicht zu verstehen. Gestatten Sie mir, zu erklären, wie der Rat diese Maßnahmen einsetzt. Im Anschluss werde ich über den Vertrag von Lissabon sprechen.

Restriktive Maßnahmen gegen Drittländer, Einzelpersonen sowie natürliche oder juristische Personen oder andere Einrichtungen sind ein bedeutendes Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Allgemein könnte man sagen, sie werden eingesetzt, um eine Änderung einer bestimmten Politik oder Handlung zu erwirken. Sie sollten natürlich als Teil einer einheitlichen und umfassenden Politik eingesetzt werden, die den politischen Dialog, unterschiedliche Formen des Anreizes und zu erfüllende Bedingungen umfassen kann. Nicht immer sind restriktive Maßnahmen allein ausreichend, um eine Änderung zu bewirken, sie können jedoch eine Möglichkeit darstellen, Druck auf repressive Regime auszuüben oder den Geldfluss beziehungsweise andere Mittel, die solche Regimes oder Terrornetzwerke unterstützen, zu stoppen.

In manchen Fällen wurden restriktive Maßnahmen durch den Rat eingeführt, wenn Entschließungen umgesetzt wurden, die vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gemäß Kapitel VII der UN-Menschenrechtscharta verabschiedet worden sind. In solchen Fällen müssen die Rechtsinstrumente der EU strikt an diesen Entschließungen orientiert sein. Sie beziehen sich auf Situationen und Gesetze, so auch den Terrorismus, die eine Gefahr für den Frieden und die Sicherheit darstellen. Sie können lediglich einen Teil des außenpolitischen Handelns der EU ausmachen, was sie von den Maßnahmen zur Schaffung unseres eigenen Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, der natürlich das Ziel innerhalb der Europäischen Union ist, unterscheidet.

Der Rat legt den Vertrag von Lissabon so aus, dass er Artikel 215 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union anwendet bezüglich dieser und anderer restriktiver Maßnahmen in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, so auch bei Terrorismusgefahr. Die EU kann beschließen, neben den von der UN eingeführten Maßnahmen noch weitere anzuwenden, und sie kann Maßnahmen selbst einführen. Von der EU selbst beschlossene Sanktionen können verhängt werden, um die Ziele anderer Außen- und Sicherheitspolitiken zu unterstützen – die Wahrung von Menschenrechten, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und verantwortungsvollem Regieren – natürlich nur in Übereinstimmung mit den völkerrechtlichen Verpflichtungen der EU.

Momentan werden die Maßnahmen überwiegend direkt gegen diejenigen gerichtet, die für die Politik oder die Maßnahmen, die auf unsere Ablehnung stoßen, verantwortlich gehalten, werden oder gegen deren Interessen oder Einkommensquellen. Dadurch wird eine höhere Wirksamkeit erzielt als bei weiter gefassten Sanktionen in Form von allgemeinen Handelsembargos oder anderer willkürlicherer Maßnahmen. Gezielte Sanktionen sind darauf ausgerichtet, den negative Einfluss, den diese Maßnahme auf die Bevölkerung des betroffenen Landes haben kann, zu minimieren. Dies ist ein äußerst wichtiger Faktor bei der Entscheidungsfindung des Rates zur Verhängung neuer Sanktionen.

Alle Sanktionen werden regelmäßig überprüft und ihre Wirksamkeit bewertet. Sie können erweitert oder komplett aufgehoben werden, je nachdem, wie sich die Umstände entwickeln. Laut dem Vertrag von Lissabon werden restriktive Maßnahmen auf Beschluss des Rates gemäß Artikel 29 des Vertrags weiterhin als Instrument in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik eingesetzt. Eine wichtige Änderung in dem neuen Vertragswerk ist, dass Beschlüsse über restriktive Maßnahmen gegen natürliche oder juristische Personen nunmehr einer gerichtlichen Überprüfung unterliegen. Das bedeutet, dass die Überprüfung der Rechtmäßigkeit eines Beschlusses über eine Sanktion dem Gericht obliegt. Zuvor war dies nicht der Fall.

Durch Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon werden Bestimmungen nunmehr – gemäß Artikel 215 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union – auf gemeinsamen Antrag des Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik und der Kommission verabschiedet. Das Europäische Parlament muss über die Beschlüsse des Rates informiert werden. Ich verstehe den Unmut des Parlaments über diese Neuerung, denn der Rat ist nicht länger verpflichtet, das Parlament bei Entscheidungen über Sanktionen gegen Einzelpersonen zu Rate zu ziehen. So ist aber nun mal unsere Auslegung des Vertrags.

Es ist wichtig, klarzustellen, dass jedwede Entscheidung über restriktive Maßnahmen und die Umsetzung dieser Maßnahmen sich am Völkerrecht orientieren muss. Restriktive Maßnahmen bringen Einschränkungen bestimmter Rechte für die Einzelpersonen mit sich, gegen die sie sich richten. Aus diesem Grund müssen bei Sanktionen die Menschenrechte und Grundfreiheiten unbedingt gewahrt bleiben. Dies bezieht sich auf Verfahrensrechte und das Recht auf juristischen Schutz. Die Maßnahmen müssen auch immer in angemessenem Verhältnis zu den Zielen stehen.

Durch die Erfahrung, die wir bei der Verhängung von Sanktionen gesammelt haben, haben wir umfassende Evaluierungen durchgeführt und untersucht, wie die Sanktionen konstruktiver umgesetzt werden können. Eine Reihe konkreter Verbesserungen konnte erzielt werden. Darunter die geforderte Festlegung eines Kriteriums für den Einsatz bestimmter Sanktionen sowie für die Grundlage bezüglich der Aufnahme von Einzelpersonen, natürlichen oder juristischen Personen oder Einrichtungen in die Sanktionsliste. Es muss beständig eine Überprüfung stattfinden, und falls notwendig, Änderungen vorgenommen werden. In dem Gesetzeswerk hat der Rat die Entschließung des Europäischen Parlaments vom letzten Jahr zur Evaluierung der EU-Sanktionen berücksichtigt als Teil der Maßnahmen und Politiken der EU im Bereich der Menschenrechte.

**Catherine Ashton**, *designierte Vizepräsidentin der Kommission*. – Herr Präsident, wie die Frau Ratsvorsitzende sagte, werfen die Fragen, die sie eingebracht haben, wichtige Themen auf in Bezug auf den zukünftigen Umgang mit restriktiven Maßnahmen oder Sanktionen in der EU. Nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon steht nun eine Entscheidung hinsichtlich der Rechtsgrundlage der vorgeschlagenen Verordnung an, die die Al-Qaida- und Taliban-Verordnung ergänzt. Wir vertreten folgende Auffassung:

Erstens gibt es in dem neuen Vertrag eine Ergänzung zu einer speziellen Bestimmung des Artikels über die Außenpolitik des früheren EG-Vertrags in Bezug auf restriktive Maßnahmen oder Sanktionen. Artikel 215 Absatz 2 schafft eine neue Rechtsgrundlage für restriktive Maßnahmen gegen natürliche oder juristische Personen sowie Gruppierungen oder nichtstaatliche Einheiten. Dadurch wird Artikel 301 erweitert und sollte als Rechtsgrundlage für die Ergänzung der Al-Qaida- und Taliban-Verordnung angewendet werden.

Zweitens findet Artikel 215 bei Beschlüssen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) Anwendung. Die Al-Qaida- und Taliban-Verordnung setzt einen GASP-Beschluss um, der den Erlass von Verordnungen zur Umsetzung bestimmter UN-Sicherheitsratsresolutionen erfordert. Diese Beschlüsse sind für die EU-Mitgliedstaaten völkerrechtlich bindend.

Drittens sind wir der Ansicht, dass eine doppelte Rechtsgrundlage – Artikel 215 Absatz 2 und Artikel 75 – nicht umsetzbar ist. Und zwar deshalb, weil Zielsetzung, Geltungsbereich und Verfahren der beiden Artikel nicht übereinstimmen. Gestatten Sie mir anzumerken, dass sowohl der Rechtsausschuss des Parlaments wie auch die juristischen Berater zum selben Schluss gekommen sind.

Unserer Ansicht nach bringt der neue Vertrag also Eindeutigkeit und Klarheit mit sich über die Rechtsgrundlage für restriktive Maßnahmen gegen natürliche oder juristische Personen sowie Gruppierungen und nichtstaatliche Einheiten. Artikel 215 bezieht sich auf die Rolle von Parlament und Rat, dabei sollte bei der Gesetzgebung nicht vom Vertrag abgewichen werden.

Es wurde ferner die Bitte vorgebracht, Informationen über die Grundrechte bereitzustellen, die sich auf die Verbesserung der Arbeit der UN-Sanktionsausschüsse beziehen.

Durch die vorgeschlagene Ergänzung zur Al-Qaida- und Taliban-Verordnung werden die Festlegungen des Europäischen Gerichtshofs im Fall Kadi umgesetzt. In diesem Urteil hat der Gerichtshof eine Reihe Bemerkungen zu Verbesserungsmöglichkeiten der von der UN angewendeten Verfahren zur Aufnahme in die Liste gemacht. Die vom Gerichtshof genannten Schwachstellen sind Motivation für eine Ergänzung des Beschlusses über das Verfahren zur Aufnahme in die Liste.

Die Handhabung der Sanktionsliste auf UN-Ebene ist durch eine Reihe von Beschlüssen des UN-Sicherheitsrats festgelegt. Kürzlich wurde in der Resolution 1822 des UN-Sicherheitsrats festgelegt, dass für jede Person, die auf der Liste geführt ist, eine Zusammenfassung der entsprechenden Gründe auf der Webseite des Al-Qaida und Taliban-Sanktionsausschusses veröffentlicht werden soll, sowie dass auch eine einmalige und anschließend regelmäßig durchgeführte Überprüfung aller auf der Liste geführten Namen bis zum 30. Juni 2010 stattfinden soll. In der Resolution wurde gefordert, dass der jeweils betroffene Staat Maßnahmen ergreift, um die aufgelisteten Personen darüber zu informieren, dass sie in die Liste aufgenommen worden sind, und ihnen die Gründe hierfür mitzuteilen und sie über Ausnahmeregelungen und Antragsstellung auf Streichung aus der Liste zu informieren.

Der gleiche Ansatz wie in Resolution 1822 bildet die Grundlage von Resolution 1844 über Sanktionen gegen Somalia sowie in Resolution 1857 gegen die Demokratische Republik Kongo.

In Resolution 1822 ist eine Überprüfung der durch sie festgelegten Maßnahmen nach 18 Monaten vorgesehen. Diese Frist läuft zum Ende dieses Jahres ab. Während der Überprüfung setzt die Kommission ihre Arbeit fort, ist allerdings nicht in der Position zu bestimmen, welche Änderungen der UN-Sicherheitsrat vornehmen soll.

**Nuno Melo**, *im Namen der PPE-Fraktion.* – (PT) Die Stärkung der Befugnisse des Parlaments stellt einen Schwerpunkt einer Vielzahl von politischen Reden zum Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon dar. Der Präsident der Kommission, Herr Dr. Barroso, sagte beispielsweise am 28. November hier in Straßburg Folgendes zur Vorbereitung des Europäischen Rates: „Jetzt gibt uns der Vertrag von Lissabon eine neue Gelegenheit zum Vorankommen. Wir alle wissen, dass Freiheit, Sicherheit und Justiz durch den Vertrag bedeutende Änderungen erfahren werden. [...] Und insbesondere erweitert der Vertrag den demokratischen Rahmen für diese Strategien durch die volle Beteiligung Ihres Parlaments.“ Ich möchte betonen, „die volle Beteiligung Ihres Parlaments“.

In seiner ersten offiziellen Rede, sprach der Präsident des Rats, Herr Van Rompuy, auch davon, dass der Vertrag ein effektives Instrument ist, um den Herausforderungen unserer Zeit entgegenzutreten zu können. Wenn dem so ist, dann wäre es wenig sinnvoll, im öffentlichen Diskurs die Stärkung unserer Zuständigkeiten und Befugnisse zu betonen, und anschließend den Vertrag von Lissabon restriktiv auszulegen, um dem Parlament Vorrechte zu entziehen, die es hatte und sinnvollerweise auch weiterbehalten sollte.

Die gestellten Fragen sind demnach vernünftig und nachvollziehbar und beruhen auf mehr als der bloßen Bewertung eines Grundprinzips und der Kohärenz zwischen den erklärten Absichten und ihrer Auslegung. Die praktische Folge hieraus ergibt sich aus der alten Redewendung, die besagt, dass der, der mehr kann, auch weniger tun kann, was Folgendes bedeutet: Welchen Sinn hat es, wenn ein Organ, das strafrechtliche Zuständigkeit bei der Prävention und Bekämpfung von Terroranschlägen per Mitentscheidungsverfahren besitzt, in der Folge *a priori* ausgeschlossen wird, wenn es um weitere Maßnahmen geht, deren Auswirkungen auf die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger in diesem Zusammenhang ebenfalls von Bedeutung sein können?

Deswegen – und damit komme ich zum Schluss, Herr Präsident – ist es von grundlegender Bedeutung, dass die Auslegung des Vertrags von Lissabon bezüglich der Legislativrolle des Parlaments bei der Schlussfassung tatsächlich mit der konstatierten Stärkung der Befugnisse des Parlaments übereinstimmt. Zumindest in Ausnahmefällen, wenn die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger auf dem Spiel stehen und Anti-Terror-Maßnahmen gefährdet sind, sollte die Möglichkeit einer doppelten Rechtsgrundlage gegeben sein, wie in der Frage erwähnt. In anderen Fällen, wie beispielsweise Simbabwe und Somalia, sollte eine fakultative Anhörung erwogen werden, wie sie tatsächlich in der Deklaration von Stuttgart zur Europäischen Union verankert ist. Diese Position wollte ich hier darlegen, Herr Präsident.

**Monika Flašíková Beňová**, *im Namen der S&D-Fraktion* – (SK) Gestatten Sie mir die Bemerkung, dass meiner Meinung nach die Bemühungen der Mitglieder des Europäischen Parlaments beim Ratifizierungsprozess des Vertrags von Lissabon hinsichtlich der derzeit diskutierten Thematik nicht ausreichend durch eine stärkere Einbindung des Parlaments in diese Verfahrensabläufe gewürdigt worden sind.

Restriktive Maßnahmen und Sanktionen erachte ich als wichtiges Instrument der EU-Politik im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik wie natürlich auch in Justizangelegenheiten und für den Schutz der grundlegenden Menschenrechte. Sicherlich haben wir (als das Europäische Parlament) auf eine Gelegenheit gehofft, stärker bei der Entscheidungsfindung in dem Bereich beteiligt zu werden.

Des Weiteren sehen wir ein, dass gezielte Maßnahmen und Sanktionen darauf ausgerichtet sind, die Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung gering zu halten, und ich bin erfreut, dass Sie diese Klausel erwähnt haben, Frau Malmström. Als einzige direkt gewählte Vertreter der Institutionen der Europäischen Union spüren wir jedoch berechtigterweise, dass wir nur eine Art Gehilfe sind beim Entstehungsprozess und vom anschließenden Entscheidungsfindungs- und Kontrollprozess ausgeklammert sind.

Ich erachte das für nicht ganz richtig, insbesondere in einem Fall wie diesem, bei dem die hochsensiblen Bereiche Justiz und Wahrung der Menschenrechte beteiligt sind, da die Terrorismusbekämpfung ein hochsensibles Thema für die Bürgerinnen und Bürger unserer Länder und für die gesamte EU ist. Ich werde daher geduldig abwarten, bis der Gesamtprozess in Gang gekommen ist, um zu sehen, wie unsere Zusammenarbeit funktioniert.

**Hélène Flautre**, *im Namen der Verts/ALE Fraktion.* – (FR) Herr Präsident, ich möchte über die sogenannten gezielten Maßnahmen und Sanktionen sprechen, über Sanktionen von Geheimdiensten, solche, die unmittelbare Auswirkungen auf die Grundrechte haben – die Grundrechte von Einzelpersonen, Organisationen und juristischen Einheiten jeglicher Art. Diese Grundrechte sind sehr wichtig. Sie umfassen beispielsweise die Bewegungsfreiheit und den Eigentumsschutz.

Daher müssen gezielte Sanktionen eine Reihe von Mindestregelungen in Bezug auf Verfahrens- und Rechtssicherheit erfüllen. Ich möchte noch hinzufügen, dass die Einhaltung der gesetzlichen und verfahrensrechtlichen Regelungen der ausschlaggebende Punkt sind, wenn es um Zuverlässigkeit und dadurch Wirksamkeit dieser gezielten Sanktionen geht.

Es war – wie man sich hier erinnern mag – die parlamentarische Versammlung des Europarates, die durch einen ihrer Abgeordneten, Herrn Dick Marty, Transparenz und das Recht auf Verteidigung forderte, was die Absurdität dieser fehlenden Transparenz hinsichtlich der Effektivität der Neuaufnahme bzw. der Streichung aus der Liste aufzeigte. Neuaufnahme bzw. Streichung aus der Liste sind auch dafür verantwortlich, dass unschuldige Menschen in Mitleidenschaft gezogen werden, Menschen, die nicht wissen, was um sie herum vor sich geht und die an der Situation, in die sie zufällig hineingeraten sind, nichts ändern können.

Aus diesem Grund sind, wie von Herrn Michel erwähnt, der Zugriff auf Daten, die Mitteilung der Gründe für die Aufnahme in die Liste und die Sicherheit bei der Datenübermittlung entscheidende Faktoren bei der Vorgehensweise.

Nichtsdestoweniger waren seitens der Opfer des Sanktionssystems der Vereinten Nationen und der Europäischen Union große Beharrlichkeit sowie die Mobilisierung der Zivilgesellschaft, von Menschenrechtsorganisationen und auch des Europäischen Parlaments notwendig, damit die Rechte der Opfer vom Europäischen Gerichtshof anerkannt werden.

Ich möchte noch hinzufügen, dass vom Rat vorgenommene Änderungen bezüglich der schwarzen Listen von Vorschlägen abhängig sind, die unter anderen vom Europäischen Parlament vorgebracht werden. Aus diesem Grund muss das Europäische Parlament unbedingt bei der Beschlussfassung sowie der Umsetzung und Überwachung beteiligt sein, denn wie die Vergangenheit zeigt, war es das Europäische Parlament, das die Reform der Ratsverordnung ermöglichte.

**Derek Roland Clark**, im Namen der EFD-Fraktion. – Herr Präsident, ein jeder kehre vor seiner eigenen Tür, das gilt auch für das Einfordern von Rechten. Ich frage nach den Rechten der europäischen Sikh. Weil sie den Kirpan, einen kleinen traditionellen Dolch, unter ihrer Kleidung tragen, durften sie nicht das Europäische Parlament betreten.

Der Kirpan darf aus Glaubensgründen nicht abgelegt werden, daher zeugt ihr Ausschluss von religiöser Intoleranz und Rassendiskriminierung. Über Jahre hinweg habe ich den beiden früheren Präsidenten und der Kommission geschrieben und stets die Antwort erhalten, dass der Ausschluss aufgrund des Sicherheitsrisikos stattfindet.

Anlässlich der Jubiläumsfeier ihrer Diamantenen Hochzeit kam Königin Elizabeth in meine Heimatregion, die East Midlands, wo sie mit den Sikh in deren Andachtsort in Leicester sprach. Die dort anwesenden Sikh trugen alle einen Kirpan und die Königin stand ihnen so nah, wie Sie jetzt neben Ihren Amtskollegen.

Ich möchte davon erzählen, weil ich vor einem Monat den Westminster-Palast besuchte. Dort, im demokratischen Parlament meines Landes, unweit sowohl des Unter- als auch des Oberhauses, traf ich mehrere Sikh, die alle einen Kirpan trugen. Einer von ihnen war ein Sikh-Führer, den ich im Laufe der Zeit näher kennenlernte. Seine Vorfahren kämpften Schulter an Schulter mit meinen Vorfahren für Demokratie in den Kämpfen, die das Europa von heute derart entzweit und entstellt haben. Dadurch haben wir hier und 700 weitere Menschen nun die Freiheit aus allen Richtungen Europas hier zusammenzukommen.

Was ist also mit dem Vertrag von Lissabon, der von einer Union spricht, die auf Achtung der Freiheit, Gleichheit, Minderheitsrechten, und den Werten der Nichtdiskriminierung gründet. Werden Sie diesem Vertrag gerecht werden, oder sind das nur leere Worte?

**Der Präsident.** – Herr Clark, es ist schwer, den Zusammenhang mit der aktuellen Aussprache zur mündlichen Beantwortung der Anfrage zu sehen, aber trotzdem vielen Dank.

**Andrew Henry William Brons (NI).** – Herr Präsident, mit welcher Begründung stehen in der Originalliste die Taliban auf einer Stufe mit Osama bin Laden und der Al-Qaida?

Es handelt sich bei Osama bin Laden und der Al-Qaida um Terroristen, die bereits weltweit terroristische Anschläge verübt haben und vorhaben, in Zukunft weitere zu begehen. Solche Leute müssen bis ans Ende der Welt verfolgt werden und weitest möglich eingeschränkt.

Die Taliban sind eine abscheuliche, repressive und antidemokratische Organisation, allerdings gibt es auf der Welt viele unangenehme Regime und die Taliban sind nicht einmal an der Regierung.

Sie alle töten und verstümmeln unsere Soldaten in Afghanistan, wofür sie zu Recht verhasst sind. Sie würden unsere Soldaten jedoch nicht töten und verstümmeln, wären diese nicht dort im Einsatz. Soweit ich informiert bin, haben die Taliban keine Ambitionen, über ihre Landesgrenze hinaus zu agieren

Besteht nicht die Gefahr, dass, wenn die Taliban auf einer Stufe mit der Al-Qaida stehen, dies den Kriegstreibern der US-amerikanischen und britischen Regierung Zündstoff liefert, um für Jahre einen sinnlosen, mörderischen und aussichtslosen Krieg in Afghanistan zu führen? Darüber hinaus provozieren Kriege gegen muslimische Staaten nur Terroranschläge.

ich möchte nochmals kurz auf die Al-Qaida zurückkommen: Es gibt beträchtliche Zweifel, dass es sich bei ihr um eine organisatorische Einheit handelt und nicht um eine ideologische. Es ist nicht möglich, eine definitive und vollständige Liste mit ihren Funktionären zu erstellen. Die einzige Strategie besteht darin, auf die Kreise zu achten, aus denen sie Mitglieder rekrutieren, die aus schuldigen wie bedauerlicherweise auch unschuldige Menschen bestehen.

**Georgios Papanikolaou (PPE).** – (EL) Herr Präsident, der Vertrag von Lissabon hat einen besonderen Geist und schafft neue Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit zwischen den Organen und Einrichtungen der Europäischen Union. Ich begrüße diese Neuregelung; die Rolle der Europäischen Parlaments hat im Bezug auf die Rechte des Einzelnen an Bedeutung gewonnen, da die Beschlussfassung nunmehr im Mitentscheidungsverfahren erfolgt.

Ich halte es daher für etwas widersprüchlich, hier im ersten Plenum nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon die Rechtsvorschriften über die Begrenzung der neuen Rolle der Kommission zu diskutieren, noch bevor die Arbeit richtig aufgenommen worden ist und Vertrautheit mit den Neuerungen entstehen konnte.

Ausnahmslos alle Abgeordneten sind sich über die Notwendigkeit eines entschiedenen Vorgehens gegen den Terrorismus einig. In dieser Hinsicht ist es oft von Nöten, strikte Maßnahmen zu ergreifen, wie im vorliegenden Fall das Einfrieren von Konten und Geldmittelbewegungen.

Andererseits sind Achtung und Schutz der Rechte des Einzelnen ein grundlegender und wichtiger Wert der Europäischen Union, und wir haben nicht das Recht diese zu ignorieren, wenn Maßnahmen zum Schutze der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger ergriffen werden, was natürlich nicht bedeutet soll, dass wir nicht entschlossen sind, einen Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Terrorismus und anderen Straftaten zu legen. Natürlich deuten sowohl die Stellungnahme des juristischen Dienstes als auch die Rechtssprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union in diese Richtung.

Wir sind von den Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union direkt gewählt worden und genau aus diesem Grund haben wir die besondere Verantwortung, sie einerseits darüber aufzuklären, wie wir ihre Sicherheit gewährleisten und wie wir uns andererseits für den Schutz ihrer Rechte einsetzen. Wir verfügen für diese Aufgabe über die größte Kompetenz.

**Debora Serracchiani (S&D).** – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Europäische Union hat sich dem Ziel der Terrorbekämpfung verpflichtet. Wenn wir vom Vorgehen gegen terroristische Straftaten sprechen, müssen wir sicherstellen, dass die Grundrechte uneingeschränkt gewahrt werden und die angewendeten Maßnahmen für die Terrorbekämpfung geeignet und wirksam sind.

Aus diesem Grund müssen Verteidigungsrechte und wesentlichen Verfahrensgarantien von den Organen und Einrichtungen der EU vollständig eingehalten werden, auch wenn Listen mit Einzelpersonen und Institutionen erstellt werden, wie in diesem Fall mit Verbindungen zu Al-Qaida, gegen die restriktive Maßnahmen angewendet werden. Dass diese Maßnahmen einer ordnungsgemäßen demokratischen und parlamentarischen Überprüfung unterliegen, wie im Vertrag von Lissabon gefordert, ist ebenso wesentlich.

Daher ist eindeutig, wie auch vom Juristischen Dienst des Parlaments bestätigt, dass jede derartige Maßnahme das gewöhnliche Gesetzgebungsverfahren durchlaufen muss, wodurch die Repräsentanten der Bürgerinnen und Bürger Europas befähigt werden, ihre Rolle als Gesetzgeber und Garant auszuüben.

**Franz Obermayr (NI).** - Herr Präsident! Artikel 75 des Vertrags über die Arbeitsweise der Union normiert die Schaffung von restriktiven Maßnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus und damit auch die Eingriffe in Eigentumsrechte der Bürger, z. B. das Einfrieren von Konten. Während es sich hier bei diesen Bestimmungen um polizeiliche Zusammenarbeit in Strafsachen handelt, weist Artikel 215 auf die Gemeinsame Außen- und

Sicherheitspolitik hin. In diesem Bereich allerdings verbleibt die alleinige Kompetenz beim Rat. Somit ist auf der einen Seite bei Artikel 75 das Parlament als Mitgesetzgeber vorgesehen, auf der anderen Seite erfolgt bei Artikel 215 nur eine Unterrichtung des Parlaments. In beiden Fällen geht es aber um allfällige Eingriffe in die individuellen Rechte der Bürger oder von juristischen Personen, weshalb Rat und Kommission unbedingt zu klären haben, wie das Verhältnis dieser beiden Bestimmungen zueinander ist und warum gerade bei Artikel 215 das Parlament nicht mit einbezogen werden soll.

**Petru Constantin Luhan (PPE).** – Herr Präsident, vor Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon basierten die drei genannten Vorschläge auf Artikel 60, 301 und 308 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft. Dies ist nur noch von historischem Interesse, da sich die Rechtsgrundlage geändert hat und wir uns nunmehr auf Artikel 215 und 75 des neuen Vertrags beziehen müssen.

So unglaublich es auch scheinen mag, der Vertrag von Lissabon hat die Rolle des Europäischen Parlaments in diesem besonderen Fall geschmälert. Artikel 215 besagt eindeutig, dass der Rat das Europäische Parlament lediglich über die Verabschiedung von Maßnahmen zu informieren hat, entgegen der früheren Vorgehensweise, die in solchen Fällen eine Anhörung des Parlaments vorsah. Damit bin ich nicht einverstanden, und ich unterstütze ausdrücklich die Initiative meiner Kollegen zur Klärung der Beteiligung des Parlaments diesbezüglich.

Von den rechtlichen Aspekten abgesehen, die, wie ich hoffe, durch eine gute Zusammenarbeit zwischen den Institutionen der Europäischen Union gelöst werden, möchte ich Ihre Aufmerksamkeit gerne auf das hier debattierte wichtige Problem lenken, nämlich die Bekämpfung von Terrorismus und terroristischen Akten, wie sie von Osama bin Laden und dem Al-Qaida-Netzwerk verübt werden. Ich vertrete die Ansicht, dass, wenn es um derart sensible Themen geht, wir uns nicht leisten können, eine Unterteilung in feste Kategorien vorzunehmen, wie etwa in innenpolitische und außenpolitische Probleme der EU, da Terrorakte auch außerhalb der EU verübt werden könnten und trotzdem ernsthafte Auswirkungen auf die in der EU lebenden Menschen haben können.

Es liegt in unserer Verantwortung die Bürgerinnen und Bürger Europas vor terroristischen Aktivitäten zu schützen, weshalb wir die dafür notwendigen Befugnisse erhalten müssen. Ich vertraue auf Ihr Urteilsvermögen bei der Lösung dieses Verfahrensproblems und bin gespannt auf die Stellungnahme der Vertreter von Rat und Kommission.

**Carlos Coelho (PPE).** – (PT) Frau Malmström, Baroness Ashton, meine Damen und Herren, ich möchte auf ein Thema zurückkommen, das bei vielen meiner Vorredner Erwähnung fand, besonders soeben in den Reden von Herrn Papanikolaou und Herrn Luhan.

Lassen Sie einen Aspekt nach dem anderen beleuchten, beginnend mit den Vorschlägen in Bezug auf Simbabwe und Somalia. Ich sehe ein, dass es sich hier um von der UNO verhängte Sanktionen handelt, und sie deshalb klar in den außenpolitischen Zuständigkeitsbereich der Union fallen. Artikel 215 scheint generell am meisten zuzutreffen. Allerdings sollten gemäß diesem Artikel nach ihm erlassene Rechtsakte die notwendigen Rechtsgarantien beinhalten – diese Anforderung ist jedoch bei keinem der Vorschläge erfüllt.

Die Initiativen stammen alleinig von der Kommission, sie sind keine gemeinsamen Vorschläge der Kommission und der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. Daher erfüllen die Vorschläge mit Sicherheit nicht die notwendigen Voraussetzungen für ihre Annahme gemäß Artikel 215.

Hinsichtlich des dritten Vorschlags zu Personen und Gruppierungen, die mit Osama bin Laden, dem Al-Qaida-Netzwerk oder der Taliban in Verbindung stehen, ist die Vorstellung, dies falle in den außenpolitischen Zuständigkeitsbereich der Union, wie auch Herr Luhan gerade konstatierte, unhaltbar. Da die Prävention und Bekämpfung von Terrorismus zu den höchsten innenpolitischen Prioritäten der Europäischen Union zählt, ist diese Zielsetzung explizit in Artikel 75 des Vertrags von Lissabon verankert. Dieser sollte somit die am besten geeignete Rechtsgrundlage in Übereinstimmung mit dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren darstellen.

Frau Malmström, mit der Implementierung des Vertrags von Lissabon wurde gerade erst begonnen. Mit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon wird der Rat in gutem Glauben handeln und die internationalen Beziehungen der EU auf einer guten Grundlage starten, oder sind einschränkende Überprüfungen beabsichtigt? Ich glaube, wir wünschen uns alle den bestmöglichen Start.

**Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE).** – (ES) Herr Präsident, sich auf bestimmte restriktive Maßnahmen beziehend, wie das Einfrieren von Geldern von Einzelpersonen und Organisationen, die mit

der Al-Qaida und den Maßnahmen gegen Mitglieder der Regierungen in Simbabwe und Somalia in Zusammenhang stehen, erklärte die Kommission am 5. November, dass durch das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon Vorschläge vielmehr auf Artikel 215 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union basieren sollen als auf Artikel 75.

Artikel 215 besagt, dass der Rat das Parlament über Beschlüsse zu informieren hat, in denen eine Einschränkung oder Aussetzung der wirtschaftlichen Beziehungen usw. festgelegt ist. Artikel 75 dagegen besagt eindeutig, dass, wenn es für die Erreichung der in Artikel 67 festgelegten Ziele notwendig ist, das Parlament und der Rat bestimmen, mit anderen Worten gemeinsam Regulierungsmaßnahmen beschließen zum Einfrieren von Geldern, Vermögenswerten oder wirtschaftlichen Gewinnen, die Eigentum natürlicher oder juristischer Personen, Gruppierungen oder Einrichtungen sind, die mit terroristischen Aktivitäten in Verbindung gebracht werden.

In Artikel 67 werden auch die Zielsetzungen für das Fundament eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts dargelegt.

Daher scheint eindeutig, dass hinsichtlich der Menschen oder Einrichtungen, die mit terroristischen Aktivitäten in Verbindung gebracht werden, Artikel 75 als Rechtsgrundlage gelten sollte.

Bezüglich Simbabwe und Somalia könnten Rat und Kommission ebenfalls die Feierliche Erklärung von Stuttgart in Betracht ziehen, die eine fakultative Anhörung des Parlaments in internationalen Angelegenheiten vorsieht, auch wenn diesbezüglich keine vertragliche Regelung besteht.

Ich erläutere lediglich meine Sichtweise, Herr Präsident. Ich fordere hiermit die Rolle des Parlaments als Mitgesetzgeber ein und möchte den Rat und die Kommission um eine nachvollziehbarere Erklärung bitten. Das ist im Moment alles.

**Seán Kelly (PPE).** – Herr Präsident, zunächst einmal möchte ich sagen, dass es sich hierbei um ein Thema handelt, für das es schwierig ist, eine definitive Antwort zu finden, was richtig und was falsch ist.

Wir alle wissen seit dem 11. September 2001, dass wir in einer gefährlichen Welt leben, in der Terroristen auf freiem Fuß sind, die täglich unbegrenzt Zeit haben, um ihre tödlichen Attentate zu planen und die über die wirtschaftlichen Mittel – einige davon aus Staatskassen – verfügen, um ihre Vorhaben auszuführen.

Aus diesem Grund ist es schwierig für diejenigen, die den Terrorismus zu bekämpfen versuchen, aufzuzeigen wie effektiv sie arbeiten, ich wage jedoch zu behaupten, dass wenn es nach den Terroristen ginge, dieser Ort hier längst in die Luft gesprengt worden wäre.

Es wichtig ist, dass das Parlament die Aufsicht über die Einschränkungen der Rechte des Einzelnen usw. hat, gleichzeitig müssen wir denjenigen vertrauen, die für unsere Sicherheit zuständig sind. Meiner Ansicht nach haben wir nachweislich gute Arbeit geleistet. Möglicherweise sind uns nicht immer alle Einzelheiten zu den betroffenen Personen bekannt, dennoch ist das zugrunde liegende Prinzip wirkungsvoll.

**Janusz Władysław Zemke (S&D).** – (PL) Ich möchte mich für die Gelegenheit bedanken, zu diesem Thema sprechen zu können. Vermutlich niemand in diesem Haus hat Zweifel daran, dass der Terrorismus der Fluch des 21. Jahrhunderts ist und wir ihm Einhalt gewähren müssen. Einerseits verstehe ich das hier geäußerte Anliegen, die Grundrechte zu wahren, aber andererseits müssen wir uns darüber im Klaren sind, dass wir auf einem Gebiet arbeiten, auf dem nicht alles offen sein kann.

Daher möchte ich Frau Ashton die folgende Frage stellen: Sollten dem Parlament Informationen mitgeteilt werden über etwas, was ich als wichtigen Punkt ansehe, nämlich über die verschiedenen Beschränkungen der Anwendung bestimmter Gesetze? Meine Frage lautet also folgendermaßen: In welchem Umfang werden dem Parlament Informationen übermittelt? Meiner Ansicht nach geht es in dieser Aussprache nicht darum, ob das Parlament sich darauf verlassen kann, diese Informationen zu erhalten, sondern um den Umfang dieser Informationen.

**Miroslav Mikolášik (PPE).** – (SK) In Anbetracht der Tatsache, dass die Arbeitsweise der Union auf einer repräsentativen Demokratie gründet und die Bürgerinnen und Bürger auf europäischer Ebene durch das Europäische Parlament repräsentiert werden, glaube ich, dass bei der Bewertung von restriktiven Maßnahmen, die die Grundrechte Einzelner berühren, eindeutig das Europäische Parlament einbezogen sein sollte.

Meiner Meinung nach ist es inkonsequent, wenn das Europäische Parlament einerseits Verantwortung in strafrechtlichen Angelegenheiten trägt, insbesondere für die Prävention und Bekämpfung von Terrorismus,



andererseits jedoch von dem Entscheidungsprozess über die nicht wenigen bindenden Anti-Terror-Maßnahmen, die die EU ergreifen wird, ausgeschlossen ist.

Artikel 215 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, der als Ausnahmeregelung zu Artikel 75 gilt, demzufolge das Europäische Parlament ein gemeinschaftliches Gesetzgebungsorgan ist, sollte daher nicht derart angewendet oder ausgelegt werden, dass der Schutz der Grundrechte und der demokratische Entscheidungsfindungsprozess in der EU geschwächt werden.

**Der Präsident.** – Bevor ich Frau Malmström und Frau Ashton das Wort erteile, gestatten Sie mir anzumerken, dass dieses Parlament großes Vertrauen in Sie hat und Sie gut kennt, insbesondere aufgrund Ihres persönlichen Engagements zu diesen Themen in der Vergangenheit. Wir freuen uns sehr auf die Zusammenarbeit mit Ihnen und Ihre Unterstützung, wie Sie sie in der Vergangenheit geleistet haben, hinsichtlich der wichtigen Rolle, die das Parlament auf diesem besonders sensiblen Gebiet spielen kann.

**Cecilia Malmström, amtierende Ratspräsidentin.** – (SV) Herr Präsident, der schwedische Ratsvorsitz hat viel Zeit damit verbracht, um den Vertrag von Lissabon umzusetzen. Wir sind sehr stolz, dass er nun in Kraft getreten ist. Er enthält wesentliche Verbesserungen, die dem Wohl der Europäischen Union und der europäischen Bürgerinnen und Bürger dienen. Eine der wichtigsten Änderungen, die der Vertrag von Lissabon mit sich bringt, ist eben die Einführung der Mitentscheidungsbefugnisse für das Europäische Parlament im Bereich Recht, Sicherheit und Freiheit. Das Europäische Parlament erhält dadurch Mitentscheidungsbefugnisse auf mehreren Gebieten. Das ist gut und wird die Qualität unserer gemeinsamen Gesetzgebung verbessern. Ebenfalls wird dadurch die Rechtssicherheit erhöht, was von großer Wichtigkeit ist, da es sich dabei um sensible und diffizile Gebiete handelt.

Danken möchte ich Ihnen weiterhin für Ihre Unterstützung bezüglich der Einführung der Sanktionen gegen Terroristen, Einzelpersonen und Regime, die Menschen unterdrücken und ihnen ihre Menschenrechte verweigern. Sanktionen und Achtung von Menschenrechten und Rechtssicherheit schließen einander nicht aus – ganz im Gegenteil. Sanktionen können sehr wirksam sein und gleichzeitig Rechtssicherheit besitzen. Ich kann Ihnen versichern, dass das Europäische Parlament an der Formulierung neuer Verordnungen, so auch der in Bezug auf Terrorismus, beteiligt sein wird, durch die Mitentscheidungsbefugnisse gemäß Artikel 75, insofern es um Sanktionen innerhalb der Europäischen Union geht.

Bei Maßnahmen im außenpolitischen Bereich, das heißt von der UNO verhängte Sanktionen gegen Drittländer, wird das Europäische Parlament jedoch keine Entscheidungsbefugnisse haben. Sowohl wir wie auch die Kommission erachten den Vertrag hier als sehr eindeutig. Ihrer Entschließung zu diesem Thema werden wir jedoch große Aufmerksamkeit widmen und stets den Menschenrechtsaspekt im Hinterkopf behalten, wenn wir auf das Instrument der Sanktionen innerhalb der EU und der UNO zurückgreifen. Wir sind ständig bestrebt, das Verfahren zu verbessern.

Von Ihrer Bitte um Anhörung und Informationsaustausch in Bezug auf Vorschläge zu Sanktionsmaßnahmen haben wir Notiz genommen. Meiner Ansicht nach ist eine erfolgreiche Zusammenarbeit möglich, und ich zweifle auch nicht daran, dass wir geeignete Wege für eine Zusammenarbeit innerhalb der derzeitigen institutionellen Rahmenbedingungen finden werden.

#### **VORSITZ: Libor ROUČEK**

*Vizepräsident*

**Catherine Ashton, designierte Vizepräsidentin der Kommission.** – Herr Präsident, ich werde mich kurz fassen. Es gibt drei spezielle Punkte, auf die ich eingehen möchte.

Erstens haben die sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten zu Recht über die Bedeutung der Grundrechte gesprochen, und ich denke wir sind uns alle einig, dass der Europäische Gerichtshof in dieser Angelegenheit eine wichtige Rolle spielt, welcher unter anderem sicherstellen wird, dass die Vorschriften in Bezug auf die Tätigkeit des Rates und der Kommission eingehalten werden. Aber ich habe den Punkt zur Kenntnis genommen.

Der zweite Punkt, auf den ich zurückkommen möchte, bezieht sich auf das Thema der guten Zusammenarbeit. Der vorherige Präsident hat an mich und an Frau Wallström appelliert, ganz deutlich auf die Bedeutung hinzuweisen, die sie unserer Rolle und unserer Herangehensweise im Umgang mit dem Parlament beimessen.

Ich wurde insbesondere gefragt, welche Informationen ich hätte. Zu diesem Zeitpunkt kann ich Ihnen noch nichts sagen. Ich denke, eine meiner Aufgaben in dieser neuen Rolle wird sein, mit dem Parlament

zusammenzuarbeiten, was ich tun werde, um mich mit seiner Arbeit vertraut zu machen. Wie wir effizient zusammenarbeiten können und welche Informationen mit eingeschlossen werden, natürlich unter Berücksichtigung dessen, was wir der Öffentlichkeit zugänglich machen können und was nicht, so wie besprochen.

Ich werde in dieser Beziehung sehr aufmerksam sein, wann immer die Abgeordneten des Parlaments dies von mir erwarten.

Der dritte und letzte Punkt, den ich ansprechen möchte, bezieht sich auf Rechtssicherheit. Ich habe lange Zeit damit verbracht, den Vertrag von Lissabon durch ein Parlament zu bringen und kannte ihn somit einmal sehr gut. Die Interpretation von Artikel 75 hängt natürlich davon ab, wie man auf Artikel 67 zurückverweist und wie die Bedeutung dessen im Kontext aussieht. Der juristische Rat, den man uns gegeben hat, ist zu versuchen zu klären, wo das nun tatsächlich passt. Unsere Empfehlung ist eindeutig. Die Abgeordneten des Parlaments sind natürlich frei, das anzuzweifeln, aber ich halte es für sehr wichtig, dass Rechtssicherheit besteht, wie weit wir auch immer in dieser Angelegenheit kommen.

Es ist von großer Wichtigkeit, da der Vertrag von Lissabon nun in Kraft tritt. Es ist von großer Wichtigkeit für mich, da ich versuche das Amt auszuüben, das mir übertragen wurde. Es ist von großer Wichtigkeit, dass wir in dieser Angelegenheit eine Lösung finden. Ich für meinen Teil denke, dass wir in Bezug auf die Gewissheit bereits eine Antwort gefunden haben. Ich kann die Bedenken des Parlaments nachvollziehen; und ich verstehe, dass es nötig ist, trotzdem vollständig zu kooperieren.

**Der Präsident.** – Ich habe einen Entschließungsantrag erhalten<sup>(1)</sup>, der gemäß Artikel 115 Absatz 5 der Geschäftsordnung eingereicht wurde.

Die Aussprache wird geschlossen.

Die Abstimmung findet morgen statt.

## **15. Notwendige Überarbeitung des Rechtsrahmens für den Zugang zu Dokumenten nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon (Aussprache)**

**Der Präsident.** – Nach der Tagesordnung folgt die gemeinsame Aussprache über

- die mündliche Anfrage an den Rat von Herrn Michael Cashman im Namen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres zu der notwendigen Überarbeitung des Rechtsrahmens für den Zugang zu Dokumenten nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon (O-0122/2009 - B7-0230/2009);

- die mündliche Anfrage an die Kommission von Herrn Michael Cashman im Namen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres zu der notwendigen Überarbeitung des Rechtsrahmens für den Zugang zu Dokumenten nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon (O-0122/2009 - B7-0231/2009);

**Michael Cashman, Verfasser.** – Herr Präsident, zunächst möchte ich sagen, dass ich mich sehr freue, dass Frau Kommissarin Wallström und Frau Cecilia Malmström des amtierenden Ratsvorsitzes anwesend sind, denn sie waren beide von Anfang an, seit 1999, an diesem Dossier beteiligt.

Es ist interessant, darüber nachzudenken, dass unser Übereinkommen, das im Mai 2001 geschlossen wurde, und wodurch 15 Mitgliedstaaten mit unterschiedlichen Traditionen, Kulturen und Herangehensweisen gemeinsam den Weg der Offenheit und Transparenz eingeschlagen haben, auf gewisse Art und Weise historisch war. Wir haben es geschafft, ein Übereinkommen zu erreichen und interessanterweise nicht unerheblich durch die Entschlossenheit des damaligen schwedischen Ratsvorsitzes.

Auch die Bestimmtheit, mit der die Kommission festgestellt hat, dass alle drei Institutionen eine kulturelle Veränderung brauchen, hat dazu beigetragen. Uns musste vor Augen geführt werden, dass Offenheit und Transparenz nicht das Aufblühen von Demokratie verhindern, sondern es sogar unterstützen. Es ermöglichte die Rechenschaftspflicht. Es hat den Bürgern ermöglicht zu sehen, was in ihrem Namen getan wird, und es hat uns geholfen, klar darzulegen und ein für alle Mal zu beweisen, dass keine schrecklichen Geheimnisse in den Safes der Kommission und des Rates versteckt liegen. Was die Safes des Parlaments anbetrifft, bin ich mir nicht so sicher, aber hoffentlich gibt es auch da keine Geheimnisse!

---

<sup>(1)</sup> Siehe Sitzungsprotokolle

Ich möchte mich besonders bei der Frau Kommissarin und, wenn ich darf, bei meiner lieben früheren Frau Kollegin Cecilia Malmström für ihr Engagement bedanken. Jetzt brauchen wir weiteres Engagement. Wie ich gesagt habe, haben wir bereits viel erreicht. Wir haben ein Dokumentenregister. Wir haben die Rechtsprechung des EuGH, die jetzt definiert und neu definiert, was ursprünglich über den Zugang zu Dokumenten vereinbart wurde. Wir haben das Prinzip akzeptiert, dass alle Dokumente zugänglich bleiben sollten und dass der Zugang von Dokumenten, die nicht zugänglich sind, ganz klar überdacht werden sollte, besonders im Hinblick auf Artikel 4 – Ausnahmeregelung – oder Artikel 9 – Behandlung sensibler Dokumente.

Allerdings hat das Parlament aufgrund der verzeichneten Fortschritte wiederholt eine Überarbeitung gefordert. Ich denke, dass die überarbeitete Fassung, die die Kommission dem Parlament vorgelegt hat, und über die wir anschließend im Ausschuss abgestimmt haben und deren erste Lesung im März dieses Jahres verschoben wurde, nicht fortschrittlich genug war. Ich weiß, dass wir diesbezüglich nicht einer Meinung sind. Ebenso gab es Bedenken – und diese Bedenken bestehen im Parlament weiterhin –, dass versucht wurde, den Zugang von Dokumenten zurückzufordern, nicht zuletzt bei der Neudefinition von Dokumenten – wegen der Idee, dass ganze Akten ausgeschlossen werden könnten – und dem Versuch den Begriff des Vetos von Drittparteien neu zu definieren.

Interessanterweise müssen unsere Bürger, die auf der Besuchertribüne sitzen, denken, dass wir von Geschehnissen in fernen Galaxien sprechen – Artikel, Drittparteien-Veto – aber in Wirklichkeit sprechen wir über ein Gesetz, das es ihnen ermöglicht, sicherzustellen, dass wir rechenschaftspflichtig sind: dass Parlamentarier Rechenschaft dafür ablegen müssen, was sie im Namen der Bürger tun und die Kommission und der Rat ebenfalls. Wie können die Bürger und die Nichtregierungsorganisationen das tun, wenn die Art und Weise, wie wir arbeiten, und die Zuständigkeit der Personen in all den verschiedenen Organen ein gutgehütetes Geheimnis bleibt, das nur eingeweihte Lobbyisten und Anwälte kennen?--

Das steht meiner Meinung nach im Zentrum des Vertrags von Lissabon. Er besagt, dass wir die Demokratie weiter stärken müssen. Wir müssen den Zugang zu Dokumenten verbessern. Deswegen fordert das Parlament in dieser mündlichen Anfrage, dass zahlreiche Empfehlungen verfasst werden. Grundsätzlich geht es darum, dass die bestehenden Rechte weiter ausgebaut und nicht verringert werden und darum, anzuerkennen, dass unter dem Vertrag von Lissabon nicht nur die drei Institutionen sondern alle Agenturen und Organe, einschließlich der Europäische Zentralbank und teilweise des Europäischen Gerichtshofes, die Europäische Investitionsbank, Europol und Eurojust auf diesen Rechten basieren. All diese Institutionen sind nach Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 nun rechenschaftspflichtig.

Unserer Meinung nach entsprechen die Vorschläge, die seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon vorgelegt wurden, weder dem Geist oder dem Wortlaut dieses Vertrags noch den Verpflichtungen, die unserer Ansicht nach in der ursprünglichen Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 enthalten sind, welche zugunsten unserer Zuhörer den öffentlichen Zugang zu allen Dokumenten regelt, die den drei Institutionen vorliegen oder von ihnen erhalten oder verfasst wurden.

**Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates.** – (SV) Herr Präsident, wie Sie wissen, ist stärkere Transparenz ein sehr wichtiges Thema für den schwedischen Ratsvorsitz. Wir haben in Fragen der Transparenz in unseren EU-Institutionen schon viel erreicht. Allerdings geht es nicht nur um Gesetze und Vorschriften. Transparenz hat etwas mit der Einstellung zu tun und damit, wie Gesetze und Vorschriften in die Praxis umgesetzt werden.

Heute Morgen hatte ich das große Vergnügen, mich mit der Vizepräsidentin der Kommission, Frau Margot Wallström, und der Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Frau Diana Wallis, im interinstitutionellen Ausschuss für den Zugang zu Dokumenten zu treffen. Das Treffen fand auf Initiative des schwedischen Ratsvorsitzes statt. Der Ausschuss hatte sich seit zwei Jahren nicht mehr getroffen. Wir hatten einige sehr positive und konkrete Gespräche darüber, wie wir die Möglichkeiten des Zugangs zu Dokumenten, die von den Institutionen genutzt werden, für die Bürger verbessern können. Wir sollten uns öfter treffen, das war auch eine unserer gemeinsamen Schlussfolgerungen.

Ich freue mich, dass der Vertrag von Lissabon sehr viel Wert auf Transparenz, öffentliche Kontrolle und Demokratie legt. Das begrüßen wir. Was die Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1049 betrifft, die wir Transparenz-Verordnung nennen, möchte sich der Ratsvorsitz in erster Linie auf die neue Rechtsgrundlage für die Verordnung konzentrieren. Dies ist in Artikel 15 Absatz 3 des Vertrags von Lissabon festgelegt. Die wichtigste Veränderung der neuen Rechtsgrundlage besteht in der Erweiterung des institutionellen Geltungsbereichs. Im Klartext heißt das, dass durch den neuen Artikel die Rechte der Öffentlichkeit auf den Zugang zu Dokumenten aller europäischer Organe, Einrichtungen, Ämter und Agenturen erweitert werden, während sich der vorherige Artikel nur auf Dokumente des Parlaments, des Rates und der Kommission

bezog. Es bestehen einige Einschränkungen in Bezug auf die Dokumente des Europäischen Gerichtshofs, der Europäischen Zentralbank und der Europäischen Investitionsbank, aber im Vergleich zu vorher wurde der Zugang zu Dokumenten maßgeblich erweitert.

Die Kommission hat bekanntgegeben, dem Parlament und dem Rat einen Vorschlag unterbreiten zu wollen, in der Absicht, die aktuelle Transparenz-Verordnung an die neuen Vorschriften des Vertrags anzupassen.

Währenddessen wird die Überarbeitung der Transparenz-Verordnung im Rat auf Basis des Vorschlags, den die Kommission dem Parlament im Mai 2008 unterbreitet hat, fortgesetzt werden.

Seit Mai 2008 ist die Arbeitsgruppe „Informationen“ des Rates zweimal diesen Vorschlag durchgegangen. Der zweite technische Durchgang wurde im Juni und Juli desselben Jahres abgeschlossen und beinhaltet zahlreiche Änderungsanträge, die das Parlament bei der Plenarsitzung im März 2009 angenommen hat. Im Mai hat das Parlament beschlossen, seine formelle Lesung des Vorschlags, den die Kommission dem Europäischen Parlament unterbreitet hatte, nicht abzuschließen. Ich möchte das Parlament daran erinnern, dass meine Kollegin, Frau Beatrice Ask, die schwedische Justizministerin, dem Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres am 2. September 2009 zu Beginn des schwedischen Ratsvorsitzes erklärt hat, dass sie bereit war, Gespräche zwischen den Institutionen einzuleiten. Sie hat insbesondere gefragt, ob das neu gewählte Parlament beabsichtige, weiterhin auf Basis der 92 Änderungsanträge arbeiten zu wollen, die das Parlament im März 2009 angenommen hatte. Der Grund für ihre Frage war, dass wir im Ratsvorsitz über den Standpunkt des Parlaments Bescheid wissen müssen, auch wenn nicht unbedingt in Form des Ergebnisses einer kompletten ersten Lesung.

Nach meinem Verständnis hatte das neue Parlament bis jetzt nicht die Gelegenheit, über den Vorschlag der Kommission zu beraten, sondern hat sich stattdessen auf die Auswirkungen konzentriert, die der Vertrag von Lissabon auf die laufende Überprüfung haben könnte.

Im Rat warten wir auf den Vorschlag der Kommission, der bezüglich der Auswirkungen des Vertrags von Lissabon auf die Transparenz-Verordnung angekündigt worden war. Natürlich werden wir weiterhin zur Verfügung stehen, um mit Ihnen über den aktuellen Vorschlag zu diskutieren, und es versteht sich von selbst, dass wir in solchen Diskussionen natürlich die Auswirkungen des neuen Vertrags mit einbeziehen sollten.

Meiner Ansicht nach ist Artikel 15 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union eine absolut relevante Rechtsgrundlage für den Vorschlag im Rahmen des neuen Vertrags. Andere Artikel, die sich auf die öffentliche Kontrolle im Allgemeinen beziehen, auf die bessere Kommunikation zwischen den Institutionen und den Bürgern und auf eine gute Verwaltung sind von äußerster Bedeutung für die Arbeit der Institutionen, um die Demokratie, die Effizienz und die Rechtmäßigkeit zu stärken. Wir müssen auch darüber diskutieren, wie diese Art Ziel in die Tat umgesetzt werden soll. Allerdings glaube ich nicht, dass wir sie in den Rahmen der Transparenz-Verordnung integrieren können. Um der Klarheit willen sollte die Verordnung klare Regeln enthalten, die sich nur auf den öffentlichen Zugang zu Dokumenten beziehen und nicht auf viel anderes.

**Margot Wallström, Vizepräsidentin der Kommission.** – Herr Präsident, sehr verehrte Abgeordnete, ich möchte mich zuerst an Herrn Cashman wenden. Ich denke, dass dies die letzte Möglichkeit oder Gelegenheit ist, um mich bei Ihnen zu bedanken. Sie haben sich im Kampf für diese spezielle Verordnung und für Offenheit und Transparenz im Parlament in der Tat einen Namen gemacht. Sie stehen für diese Verordnung, Sie sind ihr Vertreter und ihr Verfechter.

Ich denke auch, dass Frau Cecilia Malmström und ich als Schwedinnen sehr glaubwürdig sind, und ich glaube nicht, dass die Menschen Zweifel daran haben werden, dass wir den Kampf für Offenheit und Transparenz fortsetzen. Zugleich hatten wir auch Zerwürfnisse, denn wir spielen unterschiedliche Rollen. Manchmal müssen wir bezüglich unserer Ziele sehr realistisch sein, und wir müssen in jeder Institution für unsere Sache kämpfen. Das ist nicht immer einfach. Ich denke, dass sich auch das gesamte politische Klima und die politische Ausgewogenheit verändert haben, was unsere Diskussionen zu diesen Themen beeinflusst hat.

Aber ich würde sagen, dass unser Ausgangspunkt der gleiche ist, und wir sind zudem der Meinung, dass diese spezielle Verordnung über den Zugang zu Dokumenten uns gute Dienste geleistet hat. All die Jahre war dies ein hervorragendes Instrument, und wir möchten, dass es nicht nur von Lobbyisten und Personen, die dafür bezahlt werden, sich alle Dokumente anzuschauen, benutzt wird. Wir möchten, dass die breite Öffentlichkeit und Journalisten in der Lage sind, es zu nutzen und vollständigen Zugang zu den Dokumenten haben. Das ist mein Ausgangspunkt. Ich weiß, dass ich diesbezüglich, wie Sie hören konnten, mit der Ministerin einer Meinung bin.

Ich denke auch, dass der schwedische Ratsvorsitz eine einmalige Gelegenheit hatte, diese Angelegenheit voranzubringen. Ich möchte mich nun wirklich beim Parlament bedanken, diese Debatte über Transparenz und den neuen Vertrag von Lissabon ermöglicht zu haben, denn er legt mehr Wert auf Offenheit und sogenannte partizipative Demokratie. Wir sind uns alle einig, dass dies eine höchst willkommene Entwicklung ist.

Konkret liegt heute die folgende Frage vor: Welche Maßnahmen wird die Kommission hinsichtlich der Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 ergreifen?

Wie Sie wissen, wurde durch den Vertrag von Lissabon das Recht der Öffentlichkeit auf Zugang zu Dokumenten erweitert, auf Dokumente aller Organe, Einrichtungen, Ämter und Agenturen der Union, wie uns die Frau Ministerin gesagt hat, obwohl natürlich einige Beschränkungen für die Dokumente des Europäischen Gerichtshofs, der Europäischen Zentralbank und der Europäischen Investitionsbank bestehen.

Bezüglich der Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 möchte ich hervorheben, dass die neue Rechtsgrundlage, Artikel 15 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union dem vorherigen Artikel 255 sehr ähnlich ist und dass der hauptsächliche Unterschied in der Erweiterung des institutionellen Geltungsbereichs liegt.

Diese Angelegenheit wurde von der Kommission in unserer Mitteilung vom 2. Dezember dieses Jahres thematisiert. Das zielte darauf ab, anhängige Vorschläge für das Sekundärrecht auf den neuen Vertrag abzustimmen. (Einige von Ihnen kennen es im EU-Jargon als „Omnibus act“ – aber lassen Sie uns diesen Ausdruck sofort wieder vergessen!)

Das bedeutet, dass beide Gesetzgeber nun einen Änderungsantrag einbringen können, der den Geltungsbereich der Verordnung auf die anderen Einrichtungen und Organe ausweitet. Damit soll dem Rat auch mitgeteilt werden, dass dies von der Kommission vorgelegt und angenommen wurde.

Der weitere Fortschritt im Rechtsetzungsverfahren, der zu einer Annahme der geänderten Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 führt, liegt in den Händen der Gesetzgeber: dem Parlament und dem Rat. Wir befinden uns immer noch in der Phase der ersten Lesung. Wir haben keine legislative Entschließung und kennen den Standpunkt des neuen Parlaments nicht. Natürlich wird die Kommission weiterhin zum Erreichen einer Einigung beitragen, wie in anderen Gesetzgebungsverfahren.

Der Vertrag von Lissabon legt ein rechtliches Rahmenwerk für partizipative Demokratie fest. Seitens der Kommission haben wir bereits eine Reihe an Initiativen ergriffen, mit dem Ziel, die Konsultation der Öffentlichkeit und die Teilnahme an vorgeschlagenen, neuen politischen Maßnahmen zu verbessern. Beispielsweise werden wir die Leitlinien zur Konsultation der Kommission mit den neuen Vorschriften des Vertrags vergleichen und entscheiden, ob Angleichungen zur weiteren Verbesserung nötig sind, und wir haben bereits mit der Arbeit am Initiativrecht der Bürger begonnen, indem wir eine öffentliche Konsultation eingeleitet haben, um uns die Meinung der Bürger und der Interessenvertreter anzuhören, bevor wir einen Vorschlag vorlegen.

Dass dem Initiativrecht der Bürger große Bedeutung zukommt, wurde letzte Woche auch vom Europäischen Rat bestätigt. Und der spanische Ratsvorsitz, der bald sein Amt antritt, hat, so habe ich es verstanden, dieses Thema sehr weit oben auf seine Tagesordnung gesetzt. Sie wollen schnell Ergebnisse sehen.

Heute Morgen hat sich, wie wir bereits gehört haben, auf Einladung des schwedischen Ratsvorsitzes der interinstitutionelle Ausschuss für den Zugang zu Dokumenten getroffen. Aufgabe dieses Ausschusses ist es, bewährte Praktiken zu prüfen, mögliche Konflikte zu behandeln und künftige Entwicklungen im Bereich des Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten zu erörtern.

Deshalb haben wir uns zusammen entschieden, dass wir ein „offenes“ Webportal haben werden; wir werden die Komplementarität der öffentlichen Register unserer Institutionen herstellen; wir werden unsere einzelnen IT-Dienste auffordern, sich zusammenzusetzen und ihre Anstrengungen zu koordinieren, und wir werden nun die Auswirkungen auf den Zugang zu Dokumenten berücksichtigen, wenn unsere Institutionen elektronische Datenspeichersysteme aufbauen oder ändern.

Ich weiß, dass zu dieser Zeit der Jahres Wunschlisten geschrieben werden. Aber meiner Meinung nach sollten Sie sich in Bezug auf Offenheit und Transparenz nicht auf den Weihnachtsmann verlassen. Ich denke, wir müssen nun wirklich Ergebnisse präsentieren: das Parlament, der Rat und die Kommission. Wirkliche, konkrete und direkte Ergebnisse. Meiner Meinung nach haben wir damit bereits begonnen und müssen damit fortfahren; deshalb freue ich mich auf unsere Debatte.

**Renate Sommer, im Namen der PPE-Fraktion.** – Herr Präsident! Wir hatten uns mit dem Berichterstatter und den Schattenberichterstattern der anderen Fraktionen darauf verständigt, eine mündliche Anfrage zum Stand des Verfahrens und zu den weiteren Schritten einzureichen. Ausgehend von der Antwort des Rates und der Kommission wollten wir das weitere Vorgehen beraten. Diese Antwort haben wir im Prinzip gerade erhalten. Warum der Berichterstatter entgegen unserer Vereinbarung zwischen den Fraktionen dann plötzlich eine Entschließung vorgelegt hat, in der er eigentlich seinen eigenen Standpunkt vorweggenommen hat – was will er denn als Antwort von Kommission und Rat haben? –, ist mir nicht klar. Das Ganze – lieber Herr Kollege Cashman, bei aller Wertschätzung – geschah heimlich, still und leise, total intransparent. Soviel zu Ihrem Thema „Ich fechte für die Transparenz.“ Sie haben versucht, an uns vorbeizuarbeiten. Für mich ist im Übrigen nach wie vor auch die Zulässigkeit dieser Entschließung nach der Geschäftsordnung sehr umstritten. In jedem Fall ist sie natürlich inhaltlich eine Wiederholung Ihres bereits existierenden Berichts aus der letzten Legislaturperiode und damit durchaus überflüssig.

Ich weiß, dass gerade Sie versucht haben, mit den Schattenberichterstattern auszuhandeln, dass man eine gemeinsame Entschließung einbringt, aber ich bin grundsätzlich gegen diese Entschließung. Durch das Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags hat sich nämlich nach meiner Auffassung die Rechtsgrundlage des Dossiers nicht derart verändert, dass sich dadurch unsere Rolle als Europäisches Parlament verändert hätte. Der Bericht war und ist ein Dossier im Verfahren der Mitentscheidung. Das erklärt auch die Bedenken meiner Fraktion bezüglich der Zulässigkeit einer Entschließung nach unserer Geschäftsordnung.

Ich will gar nicht auf die Inhalte eingehen. Sie vermischen unheimlich viel miteinander: Zitate aus dem EU-Vertrag, aus dem Lissabon-Vertrag, aus der Charta der Grundrechte – alle aus dem Zusammenhang gerissen –, um damit eine Legitimation Ihres Entschließungsantrags vorzulegen. In dieser Absolutheit ist er rechtlich sicherlich nicht haltbar. Es fehlt Ihnen an einem Bekenntnis zu einer teilweise sicherlich notwendigen Vertraulichkeit, die z. B. im Rahmen von internationalen Abkommen von dritter Seite als *conditio sine qua non* eingefordert wird. Denken Sie nur an das Abkommen mit den USA zu SWIFT. Es fehlt auch eine vermittelnde Lösung, z. B. durch die Ex-post-Transparenz. Das wird Ihrerseits nicht angeboten. Und andere Rechtsgüter, z. B. Datenschutz oder das Recht auf Privatsphäre, werden missachtet.

Wir sollten diese Entschließung nicht verabschieden. Wir haben eine gute Antwort von Kommission und Rat bekommen und sollten auf dieser Basis – das ist die Antwort auf unsere mündliche Anfrage – weiterarbeiten. Ich bitte Sie, Herr Kollege Cashman, Ihren Entschließungsantrag zurückzuziehen.

**Vilija Blinkevičiūtė, im Namen der S&D-Fraktion.** – (LT) Vielen Dank, Herr Präsident, meine Damen und Herren. Ich stimme unserem Kollegen Herrn Cashman vollkommen zu, dass nun, nachdem der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten ist und sich die rechtliche Lage verändert hat, der richtige Zeitpunkt gekommen ist, um die Diskussionen über die Verordnung von 2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten weiterzuführen und sie grundlegend zu verbessern und zu ändern.

Mit dem Vertrag von Lissabon streben wir größere Offenheit gegenüber der Gesellschaft an, das heißt, dass Entscheidungen so offen wie möglich getroffen werden müssen und für die Bürger möglichst verständlich sein müssen. Umso mehr, da die Beurteilung der gesamten Arbeit der Europäischen Union und das Vertrauen in ihre Arbeit eng mit dem Verständnis der Bürger von und ihrem Zugang zu der Arbeit der Europäischen Union und ihren angenommenen Dokumenten verbunden ist.

Offenheit ist hier besonders notwendig, um die Grundsätze der Demokratie und die Achtung der Grundrechte zu stärken. Folglich muss die Möglichkeit des öffentlichen Zugangs zu Dokumenten ein wesentlicher Grundsatz werden und an der Geheimhaltung darf nur unter besonderen Umständen festgehalten werden.

Das Europäische Parlament hat auf diesem Gebiet bereits viele Verdienste geleistet. Im März dieses Jahres hat es seinen Bericht zu dem Vorschlag der Kommission zur Änderung der aktuellen Verordnung vorbereitet, und dieser neue Vorschlag des Europäischen Parlaments eignet sich als Basis für erneute Diskussionen. Trotzdem dürfen wir nicht vergessen, dass wir hier über den Änderungsantrag einer Verordnung beraten, und deshalb sind die kontinuierliche Zusammenarbeit aller Organe der EU und eine gemeinsame Einigung über die Überarbeitung der Transparenz-Regeln unerlässlich.

Eine verbesserte Verordnung würde für ein höheres Maß an Transparenz sorgen. Da der Vertrag von Lissabon die Grundsätze stärkt, die mehr Offenheit in der Europäischen Union und engere Zusammenarbeit mit den Bürgern anstreben, ist es wichtig, konkrete Maßnahmen und ein Fundament für die Verwaltung der Organe der Europäischen Union festzulegen, um dieses Ziel zu erreichen.

Deshalb rufe ich die neue Kommission dazu auf, schnellstmöglich einen Vorschlag vorzulegen und einen gemeinsamen Standpunkt mit dem Rat zu erreichen, um einen offenen und kontinuierlichen Dialog mit den Bürgern und mit den Vereinigungen, die sie vertreten, vollständig sicherstellen zu können.

**Diana Wallis**, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Herr Präsident, ich freue mich sehr über die Frage und bin Herrn Cashman dankbar, dass er uns seine Ansichten dargelegt hat. Allerdings war ich davon ausgegangen, dass sich alle Fraktionen des Parlaments auf diese Entschließung geeinigt hätten. Das war, so hatte man mir gesagt, das Ergebnis der Tagung am heutigen Nachmittag.

Natürlich können wir durch das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon eine grundlegende Veränderung in Bezug auf das gesamte Thema Transparenz vornehmen. Als Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments bin ich für die Transparenz zuständig, und ich habe diese Aufgabe nicht immer als leicht empfunden. Trotzdem bin ich der Auffassung, dass wir nun die Chance haben, es besser zu machen und unsere Bürger noch stärker zu erreichen. Im Parlament untersuchen wir unsere eigenen Vorkehrungen für den Zugang zu Dokumenten und zu Informationen. Für mich war es heute Morgen eine große Freude, mich mit Frau Cecilia Malmström und Frau Margot Wallström zu treffen, um uns einmal im Namen unserer drei Institutionen zusammenzusetzen und wirkliche Fortschritte zu machen. Das wurde bereits angesprochen, und ich denke, dass dies für uns der große Durchbruch ist, denn, anstatt dass sich diese interinstitutionelle Einrichtung nur bei Bedarf trifft, in Abständen von zwei bis drei Jahren, haben wir einen viel regelmäßigeren Zeitplan vereinbart und wollen uns in sechs Monaten wieder zusammensetzen. Wir meinen es ernst und dies ist ein ernstes, gemeinsam gesetztes Zeichen dafür, dass wir wirkliche Transparenz zwischen uns allen anstreben, dass wir sicherstellen wollen, dass unsere Bürger den Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens zu jedem Zeitpunkt mit verfolgen können und dass sie nicht nur eine richtige Einsicht in unsere Arbeit bekommen, sondern auch selbst einen richtigen Beitrag leisten können.

Deswegen haben meine – und ich denke auch alle anderen Fraktionen – den Änderungsanträgen zugestimmt, die den heutigen Fortschritt widerspiegeln werden. Zuletzt, möchte ich mich noch einmal bedanken, dass wir drei Damen es geschafft haben, Fortschritte in dieser Angelegenheit zu machen.

**Zbigniew Ziobro**, *im Namen der ECR-Fraktion*. – (PL) Herr Präsident, nach Ansicht vieler Publizisten, die sich für europäische Angelegen interessieren, konnte in den europäischen Institutionen viele Jahre lang ein Demokratiedefizit beobachtet werden. Dieser Vorwurf ist manchmal ungerecht, aber manch andermal ist er tatsächlich begründet. Im letzteren Fall wird deutlich, dass die Demokratie-Mechanismen nicht einwandfrei funktionieren, wenn wichtige Entscheidungen dem Anschein nach von anonymen europäischen Beamten im fernen Brüssel getroffen werden. Deshalb sollte betont werden, dass Offenheit ein extrem wichtiges Element der Arbeit der Europäischen Union ist. Die Institutionen müssen der Gesellschaft gegenüber verantwortlich sein. Sonst korrumpiert die Macht, wie uns die Geschichte gelehrt hat.

Die europäische Gesellschaft besteht aus verschiedenen Nationen, die in eigenen Ländern leben. Deshalb müssen die Institutionen der Europäischen Union auf die Bürger jedes einzelnen Mitgliedstaates eingehen. Um die kontinuierliche Überwachung der gesamten Autorität sicherzustellen, die der Europäischen Union übertragen wurde, muss der uneingeschränkte Zugang zu Dokumenten gewährleistet sein. Ich denke dabei vorrangig an Arbeitsdokumente, Analysen und Konsultationen, die von der Europäischen Kommission oder dem Rat durchgeführt wurden. Es ist von grundlegender Wichtigkeit, dass der Einfluss der Interessengruppen auf die Entwicklung von Regelungen aufgezeichnet wird und für jedermann zugänglich ist. Es ist wichtig, dass nicht nur das Parlament uneingeschränkten Zugang zu diesen Dokumenten hat. Die Bürger aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union sollten das Recht auf demokratische Kontrolle haben, sodass jede interessierte Organisation der Gesellschaft und jeder Journalist dieses Recht genießen kann. Nur durch Transparenz kann dafür gesorgt werden, dass die Behörden und die Beamten der Europäischen Union die ihnen übertragenen Befugnisse zum Gemeinwohl der Bürger der Mitgliedstaaten nutzen.

**Rui Tavares**, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – (PT) Meine Damen und Herren, bei dieser Debatte spielt die Frage des Vertrauens eine große Rolle. Die europäischen Institutionen bitten die Bürger ständig um Vertrauen. Während der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon haben sie die Bürger gebeten, ihnen auf jeden Fall zu vertrauen. Als die Finanzkrise begann, haben sie die Bürger wieder gebeten, ihnen zu vertrauen. Vertrauen muss auf Gegenseitigkeit beruhen. Man kann die Bürger nicht immer bitten, einem zu vertrauen, wenn man gleichzeitig den Bürgern nicht genügend vertraut, um ihnen Einblick in alle Prozesse und internen Abläufe der Kommission zu gewähren. Die Regierung kann sich nicht beschweren, dass die Bürger Politikern nicht vertrauen, wenn die Politiker selbst den Bürgern nicht vertrauen.

Das ist ein Demokratie-Problem; und nicht nur das, es ist auch ein Problem von Verschwendung. Die Gesellschaft ist eine gewaltige Wissensquelle, die wir vergeuden werden, wenn wir die Bürger nicht in den Prozess der Führung und der Governance der Europäischen Union mit einbeziehen. Ich habe deshalb absolut keine Skrupel, zu sagen, dass ich die Bemühungen des Berichterstatters voll unterstütze, zu bestätigen, dass er der Demokratie gute Dienste leistet und zu erklären, dass wir nicht nur Transparenz anstreben, sondern vor allem dafür sorgen sollten, dass Transparenz nicht nur ein schönes Wort bleibt, sondern auch eine konkrete Bedeutung bekommt.

**William (The Earl of) Dartmouth**, *im Namen der EFD-Fraktion*. – Herr Präsident, die Europäische Union hat in meinem Land und auch in anderen Ländern zu Recht der Ruf, ihre Entscheidungen auf vorgeschlagene, heimliche und verstohlene Weise zu treffen. Man könnte deshalb denken, dass die Kommission nun versuchen würde, ihr Bestes zu tun, um offen und transparent zu arbeiten. Stattdessen hat sie diesen Vorschlag vorgelegt – ich glaube es ist Nummer 1049 –, der den Zugang zu Dokumenten, die momentan für die Öffentlichkeit zugänglich sind, zum Teil sogar beschränkt.

Darüber hinaus möchte ich eine wichtige objektiven Anmerkung machen, die ich aus meiner Zeit an der Harvard Universität erinnere, und zwar neigen Entscheidungen, die ohne Transparenz und ohne die nötige öffentliche Kontrolle getroffen wurden, von vornherein dazu, keine guten Entscheidungen zu sein. Sie sollten akzeptieren, dass einer der Gründe, weswegen die Kommission so viele unüberlegte, schlecht durchdachte, unpassende und schlecht verfasste Vorschläge vorbringt, mit denen wir in England und in anderen Ländern zurechtkommen müssen, der Mangel an Transparenz ist. Deshalb möchte ich die Kommission hinsichtlich dieses rechtlichen Rahmens dazu anhalten, noch einmal darüber nachzudenken, wenn Nachzudenken überhaupt eine Lösungsmöglichkeit für eine fehlerhafte Institution in einem fehlerhaften Regierungssystem darstellt.

**Salvatore Iacolino (PPE)**. – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich habe den Reden der Kommission, des Ratsvorsitzes und meiner Kollegen Abgeordneten sehr aufmerksam zugehört. Das Stockholm-Programm hat in der Tat die Bedeutung des Rechts auf Zugang zu den Dokumenten der EU-Institutionen weiter verdeutlicht.

Auch der Vertrag von Lissabon bekräftigt erneut das Recht auf Zugang zu Dokumenten für natürliche oder juristische Personen, während trotzdem sichergestellt wird, dass Regelungen mit Kriterien und Beschränkungen gemäß der Eigenschaften jeder Einrichtung festgelegt werden. Wie bereits gesagt wurde, hatte das Parlament dieses Jahr bereits die Gelegenheit, sich mit dem Zugang zu Dokumenten zu beschäftigen und die Meinungen waren zu der Zeit etwas geteilt.

Heute sind wir uns alle über die Notwendigkeit einer sachlichen Angleichung der Verordnung von 2001 einig, und dennoch scheint der Vorschlag von Herr Cashman insofern nicht plausibel zu sein, da er die Möglichkeit, Dokumente zu erlangen, welche in der Tat manchmal dem überwiegenden öffentlichen Interesse zuwiderlaufen könnten, über jegliches verantwortungsvolles Maß hinaus ausweitet. Ich möchte einige Beispiele nennen: Verhandlungen mit Drittländern oder andere sensible Tätigkeiten benötigen eine klare Definition, einen Ausgleich zwischen dem legitimen Recht auf Transparenz, Offenlegung und Wissen und der Verweigerung des Zugangs zu Dokumenten im Einklang mit dem überwiegenden und anerkannten öffentlichen Interesse.

Wir sind weiterhin von der Notwendigkeit überzeugt, das Recht auf Zugang zu Dokumenten für natürliche und juristische Personen zu fördern, wohl wissend, dass wir ein vernünftiges Prinzip festlegen müssen, um miteinander in Konflikt stehende Bedürfnisse auszugleichen: Die Rolle des europäischen Bürgerbeauftragten muss erweitert werden, präzise und angemessene Kriterien für den Zugang müssen festgelegt und Übergangsregelungen eingeführt werden, wodurch wir uns etappenweise an Regelungen annähern können, die den Bedürfnissen der Bürger entsprechen und mit dem ordnungsgemäßen Funktionieren der Institutionen vereinbar sind. Wir bauen auf die Rolle des aktuellen Ratsvorsitzes, des spanischen Ratsvorsitzes und auf die Tätigkeiten der Kommission, um dieses Ziel zu erreichen.

**Cornelis de Jong (GUE/NGL)**. – (NL) Herr Präsident, nach welchem Dokument suchen Sie genau? Wie lautet die Dokumentennummer? Das sind nur einige Fragen, auf die die Bürger Antworten erwarten können, wenn sie die europäischen Organen zu etwas befragen. Die Bürger wollen Informationen, aber nicht Werbematerial oder unverständliche politische Dokumente. Aus diesem Grund wird eine drastische Kursänderung benötigt. Die Bürger müssen im Mittelpunkt stehen. Das bildet die Basis der Fragen von Herrn Cashman, dem ich für seine exzellente und – ich wende mich hiermit an Frau Sommer, die den Saal leider schon verlassen hat – extrem transparente Zusammenarbeit in den letzten Monaten danken möchte.



Ich würde mir wünschen, dass ein Teil des europäischen Informationsbudgets dafür ausgegeben wird, dass Bürger über digitale Informationsmedien sowie über menschlichen Kontakt authentische und vollständige Informationen und Antworten auf Fragen erhalten, wie beispielsweise: „Können Sie mir sagen, wie der genaue Fortschritt der europäischen Entscheidungen bezüglich Europas Anstrengungen auf der Klimawandel-Konferenz in Kopenhagen aussieht?“ Das ist es, was Bürger wissen wollen und deshalb fordere ich die Kommission, den Rat und insbesondere die Damen und Herren Abgeordneten auf, unsere Initiativen für mehr Transparenz zu unterstützen. Das scheint mir die einzig wirklich klare Botschaft zu sein.

**Heidi Hautala (Verts/ALE).** – (FI) Herr Präsident, der öffentliche Zugang zu Dokumenten beinhaltet das Recht der Bürger, an Entscheidungsprozessen teilzunehmen und Informationen zu erhalten, um das tun zu können. Der Vertrag von Lissabon unterstützt dieses grundlegende Recht der europäischen Bürger. Wenn das Europäische Parlament dieses grundlegende Recht nicht verteidigt, wer wird es dann tun?

Aus diesem Grund ist es sehr wichtig, dass wir in dieser Sitzung eine starke und klare Stellung für Transparenz beziehen. Wir sollten keinen Rückschritt akzeptieren, oder den Vorschlag der Kommission.

Ich kann Ihnen versichern, dass über die Angelegenheiten, über die wir hier entscheiden, sehr viele Missverständnisse vorliegen. Wir wollen internationale Verhandlungen nicht gefährden, aber wir sind der Meinung, dass Bürger ein Recht darauf haben, zu wissen, welche Themen mit Drittstaaten diskutiert werden, die ihre Rechte betreffen. Wir wollen hier auch nicht schlussfolgern, dass jedes Mitglied des Europäischen Parlaments den Inhalt seiner oder ihrer E-Mails offenlegen sollte. Falls davor irgendjemand Angst hat – es gibt wirklich keinen Grund dafür.

**Andreas Mölzer (NI).** – Herr Präsident! Die Frage der Transparenz und des Zugangs der Bürger zu Dokumenten im Rahmen der Europäischen Union wird zweifellos insofern wichtig und von Bedeutung sein, als die Verdrossenheit der Menschen an der europäischen Integrationspolitik quer durch Europa noch immer groß ist.

Auch bei uns in Österreich ist es ja noch so, dass ein guter Teil der Menschen verdrossen bzw. skeptisch gegenüber der Europäischen Union ist, weil er das Gefühl hat, keine Transparenz und keinen Zugang zur Politik zu haben. Gerade die Vorgänge mit der Einführung bzw. jetzt mit dem Durchdrang des Vertrags von Lissabon im Zusammenhang mit der Wahl des Ratspräsidenten und mit der Wahl des Hohen Beauftragten haben dem Bürger das Gefühl verliehen, dass sie nicht sehen können, dass sie keine Transparenz haben und dass sie keine Ahnung haben, warum und wieso diese Dinge gemacht werden. Ich glaube, dass es wichtig sein wird, wenn der Vertrag von Lissabon für die Bürger ein Erfolg sein soll, den Menschen das Gefühl zu geben, dass sie erkennen können, wer, warum, wieso welche Entscheidungen in der Union trifft.

**Michael Cashman, Verfasser.** – Herr Präsident, ich halte es für nötig, zwei Bemerkungen zu machen.

Frau Sommer ist noch im Raum, und ich halte es für angebracht, darauf zu antworten, was sie gesagt hat, obwohl sie nicht zuhört. Sie hat eine Reihe an Vorwürfen gemacht. Unter anderem, dass meine Arbeit nicht transparent war. Ich möchte das Protokoll diesbezüglich korrigieren und feststellen, dass alle Fraktionen und Berichterstatter zu jedem Treffen eingeladen wurden. Wenn sie nicht in der Lage waren, ihnen beizuwohnen, so wurden doch ihre Standpunkte auf diesen Treffen getreu vertreten. Alle anschließend getroffenen Entscheidungen wurden allen Schattenberichterstattern und allen Fraktionen mitgeteilt.

Es gab einen Vorschlag, dass wir den Entschließungsantrag zurückziehen sollten, den Frau Sommer für undemokratisch und nicht transparent hält und von dem ihre Fraktion nichts wusste. Das halte ich für interessant, da ich heute Nachmittag mit ihrer Fraktion, der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten), über deren Entwurf für einen Entschließungsantrag zur mündlichen Anfrage verhandelt habe. Daraus kann ich nur schließen, dass sie schlecht informiert war. Auf dieser großzügigen Grundlage freue ich mich darauf, ernsthaft und nach Treu und Glauben mit der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und allen anderen Fraktionen zu verhandeln.

Abschließend möchte ich sagen, dass ich nachlässig war. Es ist das letzte Mal, Frau Kommissarin Wallström, und wir werden einander noch im Parlament begegnen, und ich möchte – wenn ich darf – nur noch zu Protokoll geben, dass ich und das Parlament nie an Ihrem Engagement für Offenheit und Transparenz gezweifelt haben. Sie hatten absolut Recht: Wir haben immer für die Sache unserer eigenen Institutionen kämpfen müssen, und Sie haben für die Ihrige brillant gekämpft und haben sich nie vom Grundsatz der Offenheit und der Transparenz abbringen lassen.

Sie haben vorbildliche Leistungen erbracht, sind immer eine bemerkenswerte Beamtin gewesen und werden es auch bleiben, da bin ich mir sicher. Sie haben nie davor zurückgeschreckt, zu tun, was Sie für richtig, angemessen und vernünftig hielten, im Namen von Menschen, die niemals die Ehre haben werden, Sie zu treffen. Ich möchte Ihnen danken.

**Cecilia Malmström**, *amtierende Präsidentin des Rates*. – (SV) Herr Präsident, die Rechtsvorschriften über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten, mit anderen Worten die Verordnung (EG) Nr. 1049, haben uns gute Dienste geleistet. Ich bin sehr stolz, von Anfang an zusammen mit Herrn Cashman und den Beiträgen der Kommission durch Frau Wallström an ihnen mitgearbeitet zu haben.

Der Vertrag von Lissabon ermöglicht uns, dank der Erweiterung des Geltungsbereichs, einen Schritt weiter zu gehen. Das ist etwas sehr positives. Ich bedaure, dass es nicht möglich war, im Herbst einen interinstitutionellen Dialog mit dem Europäischen Parlament zu beginnen. Wir haben auf die Stellungnahme des Europäischen Parlaments gewartet, um fortfahren zu können. Ich denke, dass auch der spanische Ratsvorsitz Hinweise zum Standpunkt des Europäischen Parlaments benötigen wird, um die interinstitutionellen Gespräche vorantreiben zu können.

Bis dahin können wir viel tun. Frau Wallström und Frau Wallis haben sich beide auf unser Treffen heute Morgen bezogen. Solche Treffen stellen eine konkrete Möglichkeit dar, die Transparenz und den Zugang zu Dokumenten zu fördern und unsere Institutionen „benutzerfreundlicher“ zu machen. Unter anderem ein Aspekt, den wir diskutiert haben, war wie wir unsere Computersysteme so nutzen können, dass Bürger, Journalisten, Nichtregierungsorganisationen und andere die Entwicklung eines Rechtsaktes vom Vorschlag der Kommission bis hin zu seiner endgültigen Annahme mit verfolgen können.

Ich bin der Meinung, dass das enorm zum Verständnis und zur Kenntnis der EU sowie zum Vertrauen in die EU beitragen könnte. Transparenz ist, genau wie hier bereits gesagt wurde, positiv, unbedingt erforderlich und wichtig. Sie verstärkt die Wirksamkeit der Entscheidungen, erhöht das Vertrauen in die Entscheidungen und reduziert das Risiko von Unregelmäßigkeiten und Misstrauen.

Wenn sich die Legitimität der EU in Bezug auf Entscheidungen erhöht, wird das auch für die Qualität unserer Entscheidungen von Vorteil sein. Deshalb ist es sehr gut, dass das Europäische Parlament hierzu eine Aussprache durchführt, und ich hoffe, dass das Thema weiter vorangebracht wird, auch wenn der schwedische Ratsvorsitz nicht selbst die Gelegenheit haben wird, das zu tun. Vielen Dank, Herrn Cashman, und auch vielen Dank an das Parlament, dass dieses Thema hier angesprochen wurde.

**Margot Wallström**, *Vizepräsidentin der Kommission*. – Herr Präsident, das war ein sehr effizienter Weg, um mich ein wenig zu besänftigen, bevor ich nun zum letzten Mal das Wort ergreife. Ich hätte mir kein besseres Thema für meinen letzten Beitrag im Europäischen Parlament wünschen können, als Offenheit und Transparenz.

Lassen Sie mich einige grundlegende Tatsachen nennen. Die Europäische Kommission hat einen Vorschlag unterbreitet. Es ist der einzige Vorschlag, der vorliegt. Wir haben ihn in Form einer Neufassung gestaltet, somit sind wir der Meinung, dass die wesentlichen Grundsätze dieser Verordnung vernünftig sind; sie sind okay. Wir können sie nutzen, aber wir müssen sie modernisieren, sie verbessern und sie effizienter machen. Das war der eigentliche Hintergrund der Neufassung.

Wir sind in einigen Dingen unterschiedlicher Meinung – wie Dokumente definiert werden usw. –, aber das sind Verhandlungen, die wir noch führen sollten und in denen wir Fortschritte machen sollten. Um das tun zu können, muss eine erste Lesung im Parlament stattfinden. Das ist unsere Hauptbotschaft.

Auf Grundlage des neuen Vertrags sind wir außerdem der Meinung, dass dies dank der Erweiterung des Geltungsbereichs dieser Verordnung möglich ist. Das ist der hauptsächliche Unterschied nach Ansicht der Kommission. Ab jetzt werden alle Einrichtungen, Agenturen usw. der Europäischen Union abgedeckt. Auf diesem Stand sind wir heute und hoffen deshalb immer noch, dass das Parlament nun schnellstmöglich eine erste Lesung durchführen wird. Dann können wir auch die Meinung des Rates einholen, damit wir richtige Diskussionen und Verhandlungen beginnen und endlich zu einer Entscheidung kommen können.

Hinsichtlich einer Reihe an sehr wichtigen Themen, die Sie auch in Ihrem Bericht ansprechen, Herr Cashman: Ich denke, dass es andere Möglichkeiten gibt, die wir nutzen können, da sie ein wenig außerhalb des Geltungsbereichs dieser Verordnung liegen. Aber sie bleiben dennoch sehr wichtige Initiativen. Sie haben etwas mit Registern zu tun, mit Dingen, die wir besprochen haben – beispielsweise heute – bei denen wir die Offenheit und Transparenz mittels anderer Methoden verbessern können und nicht nur durch die

Verordnung. Hier werden wir fortfahren. Ich weiß, dass Ihnen das nicht sehr gefällt, aber ich habe die Initiative ergriffen, einen Aktionsplan für Offenheit auszuarbeiten, über den wir heute zum Teil gesprochen haben, bei dem wir uns zusammentun und Anstrengungen unternehmen können, Offenheit und Transparenz voranzutreiben und dafür zu kämpfen.

Nach dieser positiven Anmerkung – und ich möchte wirklich, dass es eine positive Anmerkung ist – möchte ich Ihnen allen danken und die Gelegenheit nutzen, Ihnen allen fröhliche Weihnachten und ein glückliches neues Jahr zu wünschen.

**Der Präsident.** – Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um Ihnen noch einmal für Ihre Kooperation über all die Jahre zu danken. Ich wünsche Ihnen fröhliche Weihnachten und alles Gute.

Ich habe fünf Entschließungsanträge erhalten<sup>(2)</sup>, die gemäß Artikel 115 Absatz 5 der Geschäftsordnung eingereicht wurden.

Die Aussprache wird geschlossen.

Die Stimmabgabe findet am Donnerstag, den 17. Dezember 2009 statt.

*Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)*

**Bogdan Kazimierz Marcinkiewicz (PPE), schriftlich.** – (PL) Herr Präsident, das Problem des Zugangs zu den Dokumenten der Einrichtungen und Organe der EU, über das wir heute diskutieren, ist meiner Meinung nach extrem wichtig für die Gesetzgebung in der Europäischen Union. Transparenz ist hier grundlegend. Dank der Transparenz hat jeder europäische Bürger ein Recht auf Zugang zu Dokumenten, die im Sinne von Artikel 15 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union nicht nur Teile der geltenden Rechtsordnung beinhalten, sondern auch Entwürfe für Rechtsakte. Demnach kann jede natürliche oder juristische Person, die ihren Wohnsitz oder ihren offiziellen Sitz in der EU hat, direkten Einfluss auf neue Rechtsvorschriften nehmen, und das stellt eine spezielle Form der öffentlichen Kontrolle dar. Die aktuell geltende Verordnung Nr. 1049/2001 stellt den angemessenen Zugang zu Dokumenten der Europäischen Union sicher, aber durch das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009 stehen wir einer außergewöhnlichen Herausforderung gegenüber, da die Rolle und die wirkliche Beteiligung der EU-Bürger im neuen Vertrag verstärkt wurde. Der uneingeschränkte Zugang zu Dokumenten wird deshalb die zukünftige Form und Funktion der EU maßgeblich bestimmen.

## 16. Lage in Georgien (Aussprache)

**Der Präsident.** – Nach der Tagesordnung folgen die Erklärungen des Rates und der Kommission zur Lage in Georgien.

**Cecilia Malmström, amtierende Ratspräsidentin.** – (SV) Herr Präsident, heute Nachmittag sprechen wir viele verschiedene Themen an, das ist das wunderbar Aufregende daran, hier auf dem Stuhl des Ratsvorsitzes zu sitzen. Das Thema, über das wir nun beraten werden, ist die Lage in Georgien. Es ist ein Thema, von dem ich weiß, dass es das Europäische Parlament interessiert und das mir persönlich sehr am Herzen liegt. Ganz zu Anfang möchte ich klarstellen, dass die EU die Stabilisierung und Normalisierung der Lage in Georgien sowie die demokratischen Reformen des Landes vollständig unterstützt.

Wir unterstützen Georgien auf verschiedene sehr spezielle Arten: durch die EU-Beobachtermission (EUMM), durch unsere aktive Beteiligung und unsere Schlüsselrolle bei den Gesprächen in Genf, und durch die erhöhte EU-Finanzhilfe, die zum Ziel hat, die humanitäre Lage in Georgien zu verbessern und Georgiens Wirtschaft zu unterstützen.

Mit der Gründung der Östlichen Partnerschaft hat die EU die Beziehungen zu Georgien und auch zu anderen Ländern verstärkt. Wir bieten eine Gelegenheit, die Beziehungen durch ein Assoziierungsabkommen und ausgedehnte Freihandelszonen zu verbessern. Das Ziel Georgiens ist natürlich, Stabilität und Wachstum zu erreichen. Wir werden Georgien dabei helfen. Damit konkrete Fortschritte gemacht werden können, muss sich Georgien jedoch weiterhin auf demokratische Reformen konzentrieren. Wir messen Themen, die mit gutem Sozialmanagement und Menschenrechten in Verbindung stehen, sehr viel Bedeutung bei. Wir freuen

---

(2) Siehe Sitzungsprotokolle

uns, dass Georgien entschlossen ist, die demokratischen Reformen fortzuführen und dass es bei der zweiten Phase der Reformen besonders entschieden vorgeht.

Zu einer stabilen Demokratie zu werden, in der Bürger die Grundfreiheiten und die Menschenrechte genießen, wird Georgien große Vorteile bringen. Es wird für das Land selbst und natürlich für die dort lebenden Menschen von Vorteil sein, aber es wird auch durch die Schaffung besserer Möglichkeiten für diejenigen, die in den separatistischen Regionen leben, nützlich sein. Die politischen Verhältnisse stellen allerdings eine Herausforderung dar. Gespräche zwischen der Regierung und der Opposition müssen weiter auf eine Einigung über die zentralen Elemente des institutionellen Aufbaus und über Themen, die mit Verfassungsreformen, Reformen des Wahlsystems, Freiheit der Medien und den Menschenrechten in Verbindung stehen, hinarbeiten. Die Regierung von Georgien muss auch weiterhin mit der Opposition und der Zivilgesellschaft in Kontakt bleiben.

Die EU ist bereit, sie dabei zu unterstützen. Zusätzlich zu der Zusammenarbeit, die im Aktionsplan für Europäische Nachbarschaftspolitik beschrieben wird, bietet der bilaterale Aspekt der Östlichen Partnerschaft eine besondere Gelegenheit, auf diesem Gebiet Fortschritte zu machen. Wir untersuchen außerdem Verhandlungsdirektiven für ein Assoziierungsabkommen mit Georgien und mit Armenien und Aserbaidschan. Der Prozess der Verbesserung unserer Beziehungen zu diesen Ländern wird sich an den Prinzipien der Beteiligung, der Differenzierung und der Konditionalität orientieren, sowie an dem Prinzip der gemeinsamen Verantwortung. Wir begrüßen Georgiens Engagement für die Verbesserung der Beziehungen zur EU auf Basis der Perspektive, die die Östliche Partnerschaft bietet.

Die Beobachtermission der Europäischen Union spielt bei der Förderung von Stabilität unter den gegenwärtigen Bedingungen eine große Rolle. Das Mandat wurde nun bis September 2010 verlängert. Unser Fokus liegt auf Maßnahmen, die das Vertrauen zwischen den Parteien fördern. In Anlehnung an das in Genf vereinbarte Verfahren zur Verhütung von Zwischenfällen und zur Reaktion auf Zwischenfälle spielt die Beobachtermission eine maßgebliche Rolle in der Koordination der Mechanismen zwischen den verschiedenen Parteien. Ich beziehe mich hier auf die Georgier, die Russen und die *de facto*-Behörden in Südossetien und Abchasien.

Trotz Schwierigkeiten sind die Parteien in einigen Punkten zu einer Einigung gelangt, welche die Einrichtung einer „Hotline“ beinhaltet, um sicherheitsrelevante Angelegenheiten an den Verwaltungsgrenzen von Südossetien und Abchasien zu klären. Innerhalb des Überwachungsmechanismus wurde diese Möglichkeit genutzt, um die Spannungen zwischen den Parteien nach den Zwischenfällen im Schwarzen Meer zu reduzieren und um einen Zwischenfall an der südossetischen Verwaltungsgrenze zu klären, bei dem 21 Georgier festgenommen und später wieder freigelassen wurden.

Die Beobachtermission wird die Arbeit mit den beteiligten Parteien fortführen. Der Übergang von der Verhütung von Zwischenfällen zu Maßnahmen der Vertrauensförderung wird für die Normalisierung der Lage wichtig sein. Die Mission überwacht neu gebaute Siedlungen, die Wiederansiedlung von Binnenflüchtlingen des Kriegs im August letzten Jahres und die Erleichterung des Kontakts zwischen Binnenflüchtlingen und den georgischen Behörden, Nichtregierungsorganisationen und internationalen Organisationen. In dieser Hinsicht wird deutlich, dass fast alle Binnenflüchtlinge, die bei früheren Konflikten vertrieben wurden, immer noch unter Bedingungen leben, die nicht den internationalen Mindeststandards entsprechen, obwohl sich die Lage seit 2008 bereits verbessert hat. Die Mission wird weiterhin alles in ihrer Macht Stehende tun, um den Kontakt zu den Behörden zu erleichtern.

Die Umsetzung von zwei Gemeinsamen Absichtserklärungen mit dem Verteidigungs- und Innenministerium Georgiens war für die Mission ein Ereignis von zentraler Bedeutung. Trotzdem beobachten wir das Risiko, dass die georgischen Behörden aufhören könnten, die Vereinbarungen umzusetzen, da ein Mangel an gegenseitigem Vertrauen zwischen den Parteien besteht, sehr aufmerksam.

Wie Sie wissen, wurde kürzlich ein Bericht von der unabhängigen internationalen Mission zur Untersuchung des Konflikts in Georgien veröffentlicht. Alle beteiligten Parteien und die internationale Gemeinschaft insgesamt können aus diesem Bericht lernen. Allerdings muss er in seiner Gesamtheit betrachtet werden und nicht nur in Ausschnitten. Die EU hat immer wieder bekräftigt, dass sie die Souveränität und territoriale Integrität Georgiens innerhalb seiner international anerkannten Grenzen konsequent unterstützt. Wir sind fest davon überzeugt, dass in Georgien internationale Präsenz benötigt wird, und wir werden versuchen, diese sicherzustellen. Wir bedauern, dass es trotz der Unterstützung der meisten Staaten nicht möglich war, eine Einigung im Fall der OSZE zu erreichen.

Die Position der EU in Bezug auf die Abkommen vom 12. August und 8. September hat sich nicht geändert. Russland muss diese Abkommen vollständig umsetzen. In dieser Hinsicht gibt es immer noch einige wichtige Probleme zu lösen, beispielsweise das der Grenzkontrollen und des allgemeinen Zugangs der EU zum Gebiet der beiden abtrünnigen Provinzen. Wir werden diese Themen in unseren Gesprächen mit Russland ansprechen.

Aber wir müssen auch nach vorne schauen. In dieser Hinsicht sind die Gespräche in Genf von besonderer Bedeutung, obwohl sie nicht leicht sein werden. Es wird der einzige Ort sein, an dem Vertreter aller Parteien anwesend sind, und es ist wichtig für uns, in der Lage zu sein, pragmatische Gespräche über die Nicht-Anwendung von Gewalt und internationale Sicherheitsvorkehrungen zu führen. Das ist der einzige realisierbare Weg nach vorne, und wir freuen uns auf die Konsultation, die für Ende Januar 2010 geplant ist. Das sollte für jeden von Vorteil sein, der versucht, langfristige Stabilität und Entwicklung in Georgien und der gesamten Region herzustellen.

**Benita Ferrero-Waldner**, *Mitglied der Kommission*. – Herr Präsident, Frau Ratspräsidentin, liebe zukünftige Kollegin und sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete, es ist mir eine Freude, hier zu sein. Außerdem freue ich mich, wieder einmal die Gelegenheit zu haben, mich mit Ihnen über Georgien auszutauschen.

Wie Sie wissen, hat Georgien in den letzten zwei Jahren eine sehr schwierige Zeit durchlebt, außen- wie innenpolitisch.

Der Krieg mit Russland im August letzten Jahres, der gerade genannt wurde, hat Wunden in der gesamten Region zurückgelassen und Georgien kämpft immer noch mit grundlegenden Problemen, wie beispielsweise den elementaren Bedürfnissen von mehr als 200 000 Vertriebenen, von denen einige bereits zu Beginn der 90er-Jahre entwurzelt wurden. Auch intern hat der Konflikt des letzten Jahres die Spannungen in Georgien verstärkt. So haben beispielsweise umstrittene Wahlen zu monatelangen Straßenprotesten geführt.

Wir tun alles in unserer Macht Stehende, um dem Land dabei zu helfen, die zur Behebung der Schwierigkeiten notwendigen Schritte zu ergreifen. In erster Linie werden wir unsere Zusage einer Finanzhilfe von bis zu 500 Mio. EUR zur Unterstützung von Georgiens Erholung umsetzen. Die Umsetzung des -„Emergency-Post-Conflict-Assistance“-Programms geht gut voran und die Lebensbedingungen vieler haben sich bereits verbessert.

Wir halten unsere Versprechen, und unsere sehr umfassende finanzielle Hilfe unterstützt die Wiederansiedlung der Binnenvertriebenen, aber auch die wirtschaftliche Stabilisierung und die georgische Infrastruktur. In den kommenden Tagen wird die Kommission außerdem die erste Tranche der 46 Mio. EUR an makrofinanzieller Hilfe für Georgien freigeben, ein weiterer Teil dieses umfassenden Pakets.

Aber wenn wir Georgien erfolgreich bei der Bewältigung der aktuellen Schwierigkeiten unterstützen wollen, muss auch Georgien zusätzliche Anstrengungen unternehmen, insbesondere in drei Bereichen.

Erstens sollte Georgien weitere demokratische Reformen fördern. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten sind das Rückgrat unserer Beziehungen mit all unseren östlichen Partnern. Die Erklärung des georgischen Präsidenten zu Beginn dieses Jahres, in der er eine „neue Welle an demokratischen Reformen“ angekündigt und erklärt hat, dass die georgische Antwort auf die russische Aggression mehr Demokratie, mehr Freiheit und mehr Fortschritt sein wird, haben wir sehr begrüßt.

Die regionalen Wahlen in Tiflis im Mai werden eine Prüfung dieser Zusagen sein und sie werden große Bedeutung haben, denn der Bürgermeister von Tiflis wird zum ersten Mal direkt gewählt.

Das ist eine gute Gelegenheit für Georgien, das Vertrauen der Bürger in den Wahlprozess wiederherzustellen und sie muss genutzt werden, da die Mängel des Wahlsystems immer noch wesentliches Potenzial für politische Instabilität in Georgien bieten.

Zweitens sollte Georgien nach dem Konflikt „strategische Geduld“ demonstrieren. Das hat Präsident Saakaschwili selbst so gesagt. Wie Sie wissen, hat die Europäische Union bei der Beendigung der Feindseligkeiten eine wichtige Rolle gespielt und wird weiterhin an einer dauerhaften Lösung arbeiten.

Wir werden uns, wie bereits gesagt wurde, weiterhin unbeirrt für die territoriale Integrität und Souveränität Georgiens einsetzen. Und wir werden mithilfe unserer Beobachtermission und in unserer Vermittlerrolle bei den Gesprächen in Genf alles in unserer Macht Stehende tun, um eine Normalisierung der Lage herbeizuführen.

Zugleich wird die Isolation der abtrünnigen Regionen den Bemühungen zur Lösung des Konflikts nicht zuträglich sein. Im Gegenteil, es wird eine intelligente Politik des Engagements mit Abchasien und Südossetien benötigt.

Deshalb begrüßen wir die genannte georgische Politik der strategischen Geduld, die zunehmend die Notwendigkeit anerkennt, im Interesse der Bürger und um die Stabilität in der Region wiederherzustellen, Verbindungen ohne Einschränkungen mit den separatistischen Regionen aufrechtzuerhalten.

Die Anstrengungen der georgischen Regierung, eine staatliche Strategie für die Regionen Abchasien und Südossetien zu gestalten, verdienen unsere Unterstützung, insbesondere jegliche Bemühungen für engere Zusammenarbeit zugunsten der Bevölkerung.

Trotzdem haben wir weiterhin Bedenken, dass das „Gesetz über die besetzten Gebiete“ – wenn es zu strikt umgesetzt wird – die Spannungen mit den Gebietseinheiten unnötig erhöht und somit die Bereitstellung von Hilfe erschwert. Die Gefahr besteht darin, dass wirtschaftliche Beziehungen behindert werden und dass Schritte zur Normalisierung der alltäglichen Kontakte nicht stattfinden können. Trotz des sehr guten Rates der Kommission von Venedig des Europarats, wurde dieses Gesetz von Georgien noch nicht geändert. Wir werden Georgien weiter dazu anhalten, die vorgeschlagenen Anpassungen vorzunehmen.

Drittens sollte sich Georgien aktiv auf die Verhandlungen für ein neues Assoziierungsabkommen mit der EU im Rahmen der Europäischen und Östlichen Partnerschaft vorbereiten. Wir scheuen keine Mühen, um Georgien zu unterstützen.

Die Vorbereitungen für die Einrichtung eines neuen rechtlichen Rahmens für unsere bilateralen Beziehungen machen gute Fortschritte. Wir haben die Verhandlungsdirektiven für ein EU-Georgien Assoziierungsabkommen rasch vorbereitet, über die mittlerweile im Rat beraten wird. Die Entwürfe der Verhandlungsdirektiven beinhalten die zukünftige Einrichtung einer tiefgehenden und umfangreichen Freihandelszone.

Wir haben Georgien bereits Schlüsselempfehlungen für Schritte vorgeschlagen, die unternommen werden müssen, bevor wir das Land für bereit halten, sich auf diese Verhandlungsebene zu begeben. Georgiens Entschlossenheit, das Vorfeld der Verhandlungen zu nutzen, um seine eigenen Vorbereitungen voranzutreiben, ist weise, und ich halte es für erforderlich, dass es sich sehr aktiv mit unseren Schlüsselempfehlungen auseinandersetzt.

Währenddessen wurden Verhandlungen über das Visae erleichterungs- und Rückübernahmeabkommen zwischen der EU und Georgien auf Arbeitsebene im November abgeschlossen, und nun warten wir auf eine endgültige Genehmigung beider Seiten. Diese Abkommen stellen einen Meilenstein in unserer Partnerschaft dar und führen uns noch einmal die konkreten Vorteile vor Augen, die unsere engere Beziehung den Menschen in Georgien bringt. Die verstärkte Mobilität wird mit mehr Sicherheit einhergehen. Ich habe kürzlich eine gemeinsame Erklärung für eine Mobilitätspartnerschaft zwischen der Europäischen Union und Georgien unterzeichnet, die nun abgeschlossen wird.

Abschließend möchte ich sagen, dass wir unser starkes Engagement bei der Unterstützung von Georgien in diesen schwierigen Zeiten fortsetzen wollen. Wir bieten neue Möglichkeiten, die dem Land und seinen Bürgern greifbare Vorteile bringt, aber Georgien muss sich auch selbst helfen, und wenn es gute Entscheidungen trifft, werden wir da sein, um jeden Schritt seines Weges zu begleiten.

**György Schöpflin**, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, ich bin sehr beeindruckt von dem sehr gründlichen Überblick zur aktuellen Lage der Beziehungen, den uns die Frau Ratsvorsitzende und die Frau Kommissarin gegeben haben. Die Beziehung der EU zu Georgien wirft sehr weitreichende Fragen darüber auf, was wir vorhaben, was die EU ist und was wir sein wollen. Es ist möglich, dass sich diese Beziehung als Test unseres Engagements für Werte wie Solidarität, Menschenrechte und Demokratie – unsere erklärten Werte – herausstellt.

Es ist absolut deutlich, dass Georgien – die Elite des Landes wie die Gesellschaft – sich zu Europa gehörig fühlt. Gleichzeitig befindet sich dieses Land – das müssen wir zugeben – in einer heiklen Lage, da Russland, als ehemalige Kolonialmacht, nicht aufgegeben hat, eine Art Herrschaft über Georgien oder sogar über den ganzen restlichen Südkaukasus zurückzufordern. In diesem Sinne nehmen viele Menschen in Russland den Status Georgiens als unabhängigen Staat nicht ernst und sind der Ansicht, dass es nur eine Frage der Zeit ist, wann Georgien zu Russland zurückkehrt. Deshalb fühlt sich ein Großteil der Bevölkerung in Georgien ausgesprochen unsicher. Diese Unsicherheit hat aufgrund des Konflikts mit Russland im letzten Jahr deutlich

zugenommen. Kein Land möchte, dass ihm sein Hoheitsgebiet entzogen wird, so wie es im Fall von Georgien war.

All das hat Auswirkungen auf die EU – daher die große Bedeutung der Östlichen Partnerschaft. Georgien selbst sieht seine Zukunft in Europa, nicht zuletzt als Garantie seiner Sicherheit. Natürlich gibt es auch den südkaukasischen Energiekorridor, der eine zukünftige Lebensader für die europäische Energieversorgung darstellt. Dies wären genügend triftige Gründe für die Europäische Union, die europäischen Bestrebungen Georgiens ernst zu nehmen, und das tun wir natürlich. Aber es gibt noch ein letztes Argument und zwar folgendes: Wenn Europa diese Bestrebungen außer Acht lässt, wird unsere Glaubwürdigkeit in der Welt angezweifelt werden und unsere Gegner werden sich über diesen Beweis für Europas Schwäche freuen.

**Roberto Gualtieri**, *im Namen der S&D-Fraktion.* – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, meiner Meinung nach erfordert die schwierige Situation in Georgien spezielle Zuwendung, indem die Verteidigung von internationalem Recht mit einem pragmatischen Ansatz und einem Sinn für Verantwortung kombiniert wird.

Wir glauben, dass die EU zu Recht bekräftigt hat, dass sie Georgiens territoriale Integrität und Souveränität unterstützt, und zugleich begrüßen wir die Vorsicht, mit der die Wahlen in Abchasien zur Kenntnis genommen wurden. Dies steht unserer Ansicht nach mit einer Methode im Einklang, die sich auf dem ständigen Streben nach Dialog und politischer Debatte und der Unterstützung des demokratischen Fortschritts begründet. Die Entwicklung innerhalb der Region und des internationalen Kontextes untermauert diese Entscheidung, den Dialog anzustreben und die europäische Verantwortung in den verschiedenen Bereichen weiter zu verstärken, in denen Europa Verpflichtungen eingegangen ist: die Initiativen der Kommission zur Unterstützung des Demokratisierungsprozesses in Georgien und zur Unterstützung der Flüchtlinge und die Bemühungen, die Gespräche in Genf aufrechtzuerhalten sowie die Aktivitäten der europäischen Beobachtermission. Die Letztere ist besonders nützlich und wichtig, da sie momentan der einzige internationale Einsatz in Georgien ist.

Wir begrüßen die von der Mission unternommene Arbeit und ihren Beitrag zur Stabilisierung der Region, zur Funktionsweise des Verfahrens zur Verhütung von Zwischenfällen und zur Reaktion auf Zwischenfälle und zugunsten des mühsamen Prozesses, das Vertrauen zwischen den Parteien wieder aufzubauen. Zugleich sind wir uns bewusst, dass die Entwicklung des Demokratisierungsprozesses, bei dem wir freizügig und anspruchsvoll sein müssen, und das Assoziierungsabkommen der Schlüssel für einen dauerhaften Wandel in Georgien sein könnten.

**Ulrike Lunacek**, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – Herr Präsident, Frau Ratspräsidentin, Frau Kommissarin! Ich möchte vor allem auf zwei Dinge eingehen. Das eine ist das Verhältnis von Wirtschaftshilfe und Unterstützung einerseits und demokratischer Entwicklung andererseits, und das zweite sind einige grundsätzliche Fragen, die im Bericht Tagliavini angesprochen wurden.

Frau Kommissarin, Sie haben richtigerweise gesagt, dass finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung für Georgien Not tut und von Seiten der Europäischen Union auch gewährt werden soll. Sie haben richtigerweise auch drei Bedingungen dafür gestellt, nämlich gerade die Fragen Demokratiereform, Grundfreiheiten, Rechtssicherheit. Mir ist eine Frage besonders wichtig: Es war in der Vergangenheit leider so, dass Georgien und die Regierung Gelder massiv für Waffenkäufe eingesetzt haben, auch im Vorfeld des letztjährigen Konflikts. Wie wollen und werden Sie sicherstellen, dass das mit europäischen Geldern nicht geschieht?

Zweitens ein Menschenrechtsfall, den auch der Europarat – Kommissar Hammerberg – angesprochen hat: Zwei Teenager sind in Südossetien immer noch in Haft, obwohl Hammerberg schon versprochen wurde, dass sie freigelassen würden. Haben Sie hier Initiativen gesetzt? Sehen Sie die Chance, dass sie demnächst freigelassen werden?

Ein Letztes: Der Bericht Tagliavini hat wirklich erstmalig in dieser Klarheit angesprochen, wie der Konflikt entstanden ist, mit dem Aufbau von Fremdenhass, von Hass in der Sprache. Was werden Kommission und Rat in diesem Bereich tun, um hier abzubauen und klarzumachen, dass dies das Vorfeld von bewaffneten Konflikten ist und dass dem ein Ende gesetzt werden muss, bevor es überhaupt beginnt.

**Michał Tomasz Kamiński**, *im Namen der ECR-Fraktion.* – (PL) Herr Präsident, ich werde nicht damit hinter dem Berg halten, dass ich von beiden Erklärungen, die wir gehört haben, enttäuscht bin. Wir als Vertreter einer Behörde der Europäischen Union heben hier im Europäischen Parlament ganz zu Recht die Rolle der Demokratie hervor. Wir erteilen Herrn Präsident Saakaschwili Lehren über die Änderungen, die er in seinem Land vornehmen muss. Ich möchte hier anmerken, dass er bereits viele Veränderungen auf den Weg gebracht

hat und dass zwischen dem heutigen Georgien und dem Georgien von vor ein paar Jahren ein grundlegender Unterschied besteht. Trotzdem haben wir nicht vergessen, dass sich heute russische Panzer auf weiten Teilen des georgischen Gebiets befinden. Geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, wenn Sie der Meinung sind, dass russische Panzer jemals irgendwo zu Demokratie geführt haben, dann haben Sie sich grundlegend geirrt. Russische Panzer bringen keine Demokratie, sondern Knechtschaft.

Wir sprechen heute über die Lage in Georgien, aber in der Rede des Vertreters des Rates, kam nur einmal das Wort „Russland“ vor, obwohl Russland natürlich der Schlüssel zur Lage in Georgien ist. Ich behaupte nicht, dass alles in Georgien ideal ist. Es gibt sicherlich vieles, was verbessert werden muss. Trotzdem lachen uns die Russen aus, indem sie den Fünf-Punkte-Plan nicht umsetzen, den Präsident Sarkozy im Namen der Europäischen Union ausgehandelt hat. Ich muss etwas fragen: Warum sind die Einheiten der russischen Armee immer noch im Dorf Perevi? Wurde diese Angelegenheit überhaupt jemals den Russen gegenüber erwähnt?

Wenn wir über die Notwendigkeit der Demokratie, der Menschenrechte, der Toleranz und der Redefreiheit sprechen, dann pflichte ich all dem bei. Aber sind wir der Ansicht, dass Russland diese Werte im heutigen Georgien fördert oder dass die russische Aggression gegen Georgien Teil des Kampfes für Demokratie ist? Nein, es ist ein Akt des brutalen Imperialismus. Wir als Europäische Union sollten uns diesem brutalen Imperialismus widersetzen. Nur dann sind wir glaubwürdig, wenn wir unseren georgischen Freunden sagen, dass es noch viel zu tun gibt – und dem stimme ich zu – damit ihr Land die europäischen Standards vollständig erfüllt.

Wir sollten allerdings nicht mit dem Finger auf Georgien zeigen, wenn auf der anderen Seite in Russland lästige Journalisten ermordet werden, wo die Sprache des Hasses gegenüber Nachbarn und Minderheiten die offizielle Sprache der Medien ist und die Sprache der führenden russischen Politiker. Wir müssen „Nein“ dazu sagen, denn nur dann werden unsere Ratschläge über Demokratie, die wir allen anderen Ländern geben, einschließlich Georgien, glaubwürdig sein. Ich möchte an die Europäische Union appellieren, die territoriale Integrität von Georgien nachdrücklich und resolut im Namen unserer gemeinsamen Werte zu verteidigen und die Freiheit und Demokratie in Georgien gegen russische Aggressionen zu beschützen.

**Andreas Mölzer (NI).** - Herr Präsident, Frau Kommissarin! Die EU vertritt meines Erachtens in dieser Region eine außenpolitische Linie, die nicht wirklich schlüssig ist. Der Kaukasus ist bekanntlich als Transitregion für Energie ebenso wie Russland, das ein wichtiger strategischer Partner ist, von großer Bedeutung für uns. Gerade in dieser sensiblen Ausgangsposition hat sich die EU in der Georgienkrise – möglicherweise unter Einfluss der US-hörigen Haltung einiger Mitgliedstaaten – von Präsident Saakaschwili hinters Licht führen lassen. Mit politischer Kurzsichtigkeit in der Georgienkrise wurde nicht nur die interne Kluft in der Union vergrößert, sondern die Beziehungen zu Russland wurden massiv belastet. Die Rechnung bekommen wir beim Gasstreit präsentiert. Ob die neuen EU-Spitzen sich diesbezüglich dann bewähren werden, werden wir ja sehen.

Wenn Brüssel die Menschenrechte also wirklich hochhalten will, dann müsste es in Georgien auch bezüglich möglicher Wahlmanipulationen, bezüglich beispielsweise sklavenartiger Arbeitsbedingungen und der Neuregelung des Demonstrationsrechts, welches ja bekanntlich gegen die Charta der Menschenrechte verstoßen soll, intervenieren.

In der Georgienfrage sollte Brüssel eine ausgewogene Haltung einnehmen, welche die berechtigten Interessen Georgiens ebenso wie jene Russlands gleichermaßen berücksichtigt.

**Vytautas Landsbergis (PPE).** – Herr Präsident, als ich noch ein kleiner Junge war, sind sowjetische Truppen in mein Land einmarschiert. In der Grundschule mussten wir einige neue Lieder lernen. Ein Lied kam ursprünglich aus Georgien und handelte von einem Mädchen namens Suliko. Die Besatzungszeit war schlimm in jeglicher Hinsicht; nur das Lied war schön.

Viele Jahre sind seitdem vergangen, aber vor kurzem sind wir diesem Mädchen Suliko wieder begegnet; dieses Mal waren ihre dunklen Augen mit Tränen gefüllt, und sie sah aus, als ob sie geschlagen worden wäre. Sie wurde vor einem Jahr erneut missbraucht – ausgeraubt, geschlagen und vergewaltigt. Wir, die 27 Gentlemen der EU, starren sie danach an und machen komische Bemerkungen: Wie konnte das passieren? Was hat sie falsch gemacht? Hat ihr Verhalten den Vergewaltiger gereizt? Und genau das sagt er: „Sie hat mich gereizt!“ Hat sie sich seinen Forderungen widersetzt? Das wäre töricht: Niemand, insbesondere nicht der Räuber und Vergewaltiger, sollte verärgert oder verteufelt werden. Sie hätte flexibler reagieren und seinen Angriffen mit Sanftheit begegnen können, aber stattdessen hat sie ganze zwei Tage lang versucht, sich zu verteidigen – das



war der größte Fehler, den sie machen konnte. Niemand kann nun mehr sagen, wer der Angreifer war: Und er sagt, sie habe ihn angegriffen.

So sieht die Lage in einem entfernten Landgericht vor den Toren Europas aus, wo der große wohlgeborene Landesherr sowieso nicht verurteilt werden kann – sie aber sehr wohl. Somit haben wir jetzt ein neues, von ihr verursachtes Problem, da unsere Geschäfte mit dem Herrn Vergewaltiger etwas gelitten haben. Das nächste Mal bekommt der Herr Vergewaltiger von uns die spezielle „Mistral“-Pille, um seine männlichen Fähigkeiten zu erhöhen.

Meine Damen und Herren in Europa, geraten Sie beim nächsten Krieg nicht wieder derartig ins Wanken.

**Kinga Göncz (S&D).** – (HU) Ich möchte mich bei Frau Kommissarin Ferrero-Waldner und besonders bei Frau Cecilia Malmström bedanken, die momentan als Ministerin hier ist, aber schon bald auch zur Kommissarin ernannt werden wird. Ich möchte mich zuerst kurz aufrichtig für den Bericht bedanken, der einige sehr wichtige Informationen enthalten hat. Bitte erlauben Sie mir auch zu sagen, dass seit den beiden letzten Erweiterungen die östlichen Nachbarn der Europäischen Union in der Tat sehr nah an die EU herangerückt sind. Das ist aus vielerlei Hinsicht eine positive Entwicklung, nicht nur aufgrund der geographischen Nähe, sondern zum Teil auch aufgrund unserer Außenpolitik, die auf der Idee von russischen Einflussbereichen basiert, ganz zu schweigen von der wachsenden Bedeutung der Energiesicherheit.

In diesem Hinblick ist das Programm der Östlichen Partnerschaft von zentraler Bedeutung, da es auch für Differenzierung sorgen kann und dennoch ganz klar engere Beziehungen zu diesen Ländern herstellt. Georgien ist das Land in der Kaukasusregion, das sich am meisten für die Werte der Europäischen Union engagiert. Ich möchte einige Dinge erwähnen und hervorheben, angefangen mit den Vorbereitungen zum Visae erleichterungsprozess. Diese Maßnahme ist nicht nur aus Sicht zwischenmenschlicher Beziehungen wichtig, sondern auch, da wir wissen, dass die Bürger von Südossetien und Abchasien einen russischen Pass besitzen und dadurch die Vorteile der Visae erleichterung bereits genießen, was zu solchen Spannungen geführt hat, dass dies die Situation nur weiter verschärft. Zweitens möchte ich betonen, dass in vier Ländern, mit denen wir die östliche Nachbarschaftspolitik führen, ungelöste Konflikte bestehen. Dieser Tatsache müssen wir unsere volle Aufmerksamkeit schenken.

Zuletzt möchte ich Frau Kommissarin Ferrero-Waldner für alle Bemühungen danken, die sie unternommen hat, um diese Region näher an die Europäische Union heranzubringen.

**Milan Cabrnoch (ECR).** – (CS) Das Europäische Parlament beobachtet die Lage in Georgien genau und schenkt dem Land viel Aufmerksamkeit. Der Präsident des Europäischen Parlaments, Herr Jerzy Buzek, hat sich Ende Oktober mit Präsident Saakaschwili getroffen, während Anfang November Mitglieder des Europäischen Parlaments auf einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, der Delegation für die Zusammenarbeit mit Russland und der Delegation für die Zusammenarbeit mit den Ländern des Südkaukasus über den Tagliavini-Bericht zur Lage in Georgien gesprochen haben und am 26. November Mitglieder der Delegation für den Südkaukasus auf deren Sondersitzung in Strasbourg den georgischen Minister Giorgi Baramidze getroffen haben.

Wir unterstützen die territoriale Integrität und Souveränität Georgiens jederzeit. Wir unterstützen eine friedliche Lösung für die Situation in Georgien und für den Konflikt zwischen Georgien und Russland. Wir drängen darauf, dass Friedensbeobachter nicht nur Zugang zu den Gebieten erhalten, die von der georgischen Regierung verwaltet werden, sondern auch zu den besetzten Gebieten. Gleichzeitig drängen wir auf die Möglichkeit, auch die Menschen in diesen besetzten Gebieten mit humanitärer Hilfe versorgen zu können. Wir sind besorgt über die Situation der Flüchtlinge, die gezwungen waren, ihr Zuhause zu verlassen und nicht zurückkehren können und wir freuen uns über die Bemühungen, die die georgische Regierung unternimmt, um würdige Lebensbedingungen für alle Flüchtlinge herzustellen. Wir rufen beide Konfliktparteien eindringlich dazu auf, das Waffenstillstandsabkommen einzuhalten und die Verpflichtungen zu erfüllen, die sie für eine friedliche Lösung eingegangen sind.

**Elena Băsescu (PPE).** – (RO) Meine Damen und Herren, vor einigen Jahren wurden diejenigen, die die strategische Bedeutung der Schwarzmeerregion für Europa bekräftigt haben, von einigen Stimmen scharf kritisiert. Die Zeit hat allerdings gezeigt, dass Europa eng mit diesen Ländern in der Schwarzmeerregion verbunden ist.

Georgien ist von besonderer strategischer Bedeutung in der Schwarzmeerregion bezüglich der Energiesicherheit, da Versorgungswege wie die Nabucco-Gas-Pipeline, die Erdöl-Pipeline Baku-Tiflis und der Ölhafen in Supsa eng mit der Stabilität des Landes versknüpft sind. Die Konflikte, zu denen es im

August 2008 in Georgien kam, haben hervorgehoben, dass jeglicher ungelöste Konflikt jederzeit wieder aufflammen kann, mit schweren Folgen für die Stabilität und Sicherheit in der gesamten Region.

Es ist unsere Pflicht, Georgien in die Euro-Atlantikzone zu begleiten, in der Stabilität und Sicherheit herrscht, obwohl Russland immer noch starken Einfluss ausübt. Es ist genauso wichtig, das Recht von Flüchtlingen, Vertriebenen und ihrer Angehörigen auf Rückkehr nach Abchasien anzuerkennen, unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft.

Zugleich ist die Tatsache, dass Russland den Einwohnern von Abchasien und Ossetien die russische Staatsbürgerschaft verliehen hat, ein klarer Nachteil für die georgischen Bürger, da es bisher noch kein Visumabkommen mit der EU gibt, obwohl wir vorher von einer Vertreterin der Kommission gehört haben, dass diesbezüglich Maßnahmen unternommen werden.

Unter anderem Rumänien wurde in die Beobachtermission der EU in Georgien involviert, auf operativer Ebene und vor Ort, auch im Hauptquartier in Tiflis. Unser Land hält des Weiteren auch an seinen Zusagen fest, spezielle Bemühungen zu unternehmen, um Georgien näher an die EU und an die NATO heranzubringen. Außerdem werden wir einen nationalen Sachverständigen versenden, der sein Amt vom NATO-Büro in Tiflis aus ausüben wird. Wir begrüßen die Haltung des EU-Ratsvorsitzes. Wir werden unter keinen Umständen weder diese sogenannten Staaten, die illegal und durch einen Konflikt in separatistischen Gebieten geschaffen wurden, noch illegal organisierte Wahlverfahren anerkennen, wie sie vor Kurzem in Abchasien abgehalten wurden. Der Präsident der prorussischen georgischen Separatistenrepublik hat die Wahl mit 59,4 % der Stimmen gewonnen. Ich muss noch dazu sagen, dass keiner der fünf Präsidentschaftskandidaten die Idee einer Wiedervereinigung mit Georgien komplett verworfen hat.

**Maria Eleni Koppa (S&D).** – (EL) Herr Präsident, die Europäische Union trägt die Verantwortung, einen entscheidenden Beitrag zur Stabilität in ihrer direkten Nachbarschaft zu leisten, unter Achtung des internationalen Rechts und im Glauben an seine Prinzipien.

Gerade in Bezug auf Georgien müssen wir unsere Position beibehalten, was die Achtung der territorialen Integrität und der international anerkannten Grenzen des Landes betrifft. Gleichzeitig müssen wir allerdings auch die Realität ungelöster Konflikte berücksichtigen. Die Europäische Union muss in der Lage sein, zu vermitteln und einen konstruktiven Beitrag für beide Seiten zu leisten, für Georgien und Russland, damit eine Lösung gefunden werden kann.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gibt es drei Botschaften, die wir vermitteln müssen:

Erstens, dass unilaterale und gewaltsame Lösungen nicht akzeptabel sind; zweitens, dass die Debatte, ob Georgien der NATO beitreten sollte oder nicht, verfrüht ist und dass, im Gegenteil, das Augenmerk auf der Weiterführung und dem Erfolgs der Genfer Gespräche liegen sollte und drittens, dass die Mission der EU-Beobachter in Georgien zur Stabilität und zur Schaffung von Vertrauen beiträgt. Ihr positiver Beitrag sollte deshalb anerkannt werden, ihre Tätigkeiten sollten gestärkt werden und sie sollte ermuntert werden, ihre Bemühungen fortzusetzen, insbesondere was die Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts betrifft.

**Marek Henryk Migalski (ECR).** – (PL) Herr Präsident, leider haben wir weder in der Rede von Frau Malmström noch in der von Frau Ferrero-Waldner etwas über die Situation gehört, in der wir uns in Georgien wirklich befinden. Ich spreche von der dramatischen humanitären und menschlichen Lage. Ich hatte das Gefühl, dass weder wir, noch die zwei Damen für den Mangel an Reaktionen seitens der Europäischen Union verantwortlich sind.

Die Lage ist in der Tat dramatisch. Der Sechs-Punkte-Plan wird nicht umgesetzt. Ethnische Säuberungen werden auf georgischem Gebiet durchgeführt. Die georgische Sprache ist vielerorts verboten worden. Unserer Mission in Georgien ist es vielerorts nicht erlaubt, ihre Arbeit durchzuführen, und dafür sind wir verantwortlich. Frau Ferrero-Waldner hat über die langfristige makrofinanzielle Hilfe gesprochen, die für Georgien vorgesehen ist und dass wir ein Assoziierungsabkommen mit Georgien schließen werden. Das ist alles schön und gut, aber wir alle müssen eine Frage beantworten, und zwar: Was haben wir diesbezüglich unternommen? Ich bin schwer enttäuscht; nicht nur aufgrund dessen, was hier von den Personen gesagt wurde, die für diese Politik verantwortlich sind, sondern auch von der europäischen Politik selbst.

**Jacek Protasiewicz, (PPE).** – (PL) Frau Kommissarin, Frau Malmström, im Gegensatz zu meinen polnischen Kollegen, wird meine Bewertung der Aktivitäten der EU auf diesem Gebiet nicht so kritisch sein, denn ich möchte meine Zufriedenheit über die Erklärung des Rates vom 12. Dezember zum Ausdruck bringen, die

eindeutig zu den Präsidentschaftswahlen, die vor Kurzem in Abchasien stattgefunden haben, Stellung nimmt. Des Weiteren möchte ich betonen, dass ich die Aktivitäten der Europäischen Union unterstütze, da die Europäische Union die Unabhängigkeit dieser beiden Regionen auf internationaler Ebene eindeutig anerkennt. Durch meine Erfahrung mit Weißrussland weiß ich, wovon ich spreche.

Gleichwohl stimme ich zu, dass die Europäische Union bei der Durchsetzung des Sechs-Punkte-Plans zum Waffenstillstand, den Präsident Sarkozy ausgehandelt hat, Entschlossenheit an den Tag legen muss. Ich sage das insbesondere im Hinblick auf die beunruhigenden Erklärungen der Hohen Vertreterin für Außenpolitik, Frau Ashton, dass sie die stille Diplomatie anwenden will. Ich hoffe, dass das nicht bedeutet, dass den Verletzungen von Abkommen mit Vertretern der Europäischen Union durch Russland zugestimmt wird.

**Alexander Mirsky (S&D).** – (LV) Vielen Dank, Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich möchte denen, die Herrn Saakaschwilis Position verteidigen, eine Frage stellen: Sind Sie in Südossetien gewesen? Haben Sie gesehen, was die georgische Armee mit Zchinwali gemacht hat? Ich war zu Zeiten des Krieges da und habe es mit meinen eigenen Augen gesehen. Der georgische Staat hat ein Verbrechen an dem Volk von Ossetien und Abchasien begangen. Ich habe mit vielen Menschen aus Ossetien und Abchasien über die Besetzung gesprochen. Die Einwohner von Ossetien und Abchasien wollen nicht im gleichen Land leben, wie Herr Saakaschwili. Wenn jemand weiterhin versuchen möchte, dieses bedeutende internationale Problem mit Waffengewalt zu lösen, wie Herr Saakaschwili es getan hat, dann gibt es dafür eine sehr schöne russischen Redensart: *‘Zamučujutsja pilj glatatj’*. Sie bedeutet, dass sich der Erfolg niemals einstellen wird. Vielen Dank.

**Tomasz Piotr Poręba (ECR).** – (PL) Herr Präsident, wenn die Union Tiflis nicht politisch und wirtschaftlich unterstützt, werden wir es Russland leichtmachen, seine neo-imperialistische Politik gegenüber Georgien durchzuführen und das wird die Lage im Kaukasus noch weiter destabilisieren. Deshalb muss die Union ihre Bemühungen verstärken.

Wenn wir unsere Unterstützung für die territoriale Integrität bekräftigen, werden wir uns dann bewusst, dass der Sechs-Punkte-Plan überhaupt nicht eingehalten wird? Auf der einen Seite fordern wir ein demokratisches, freies und territorial intaktes Georgien, während unsere Überwacher auf der anderen Seite nicht in Gebiete entlang der Grenze mit den separatistischen Gebieten vorgelassen werden. Ein weiterer Grund zur Sorge liegt in dem Phänomen der Entführungen, die für Russland in den besetzten Gebieten zur Routine geworden sind. Anfang November sind mehrere Teenager Opfer von Entführungen geworden. Der jüngste war knapp 14 Jahre alt. Der Kreml möchte den georgischen Präsidenten offensichtlich in Verruf bringen, indem er zu zeigen versucht, dass der Präsident nicht in der Lage ist, die Sicherheit seiner Bürger zu gewährleisten. Die destabilisierenden Aktivitäten Russlands stellen eine enorme Bedrohung für die Sicherheit der Menschen dar, die in den Grenzgebieten wohnen, und führen zu einer Eskalation des Konflikts in der Region.

Herr Präsident, wir müssen entschlossener handeln, denn ein territorial intaktes und demokratisches Georgien bedeutet mehr Sicherheit für die Europäische Union und Europa.

**Kristiina Ojuland (ALDE).** – (ET) Herr Präsident, Frau Kommissarin, Frau Ministerin, meine Damen und Herren, vor einiger Zeit, als wir über Georgien sprachen, habe ich Sie daran erinnert, dass am Vorabend des Jahrestags zum Fall der Berliner Mauer der richtige Zeitpunkt war, um zu fragen, wann wohl der Tag kommen würde, an dem Südossetien und Abchasien wieder mit ihrem Mutterland Georgien vereint sein würden. Heute wissen wir keine Antwort auf diese Frage, obwohl wir in all unseren Dokumenten, sei es hier im Europäischen Parlament oder in anderen Institutionen, die Bedeutung der territorialen Integrität Georgiens aus Sicht des internationalen Rechts betonen und aus diesem Grund sind wir alle hier.

Letzte Woche hat eine sehr gute Diskussion mit Herrn Carl Bildt in Brüssel stattgefunden, dem Vertreter des Landes, das den Ratsvorsitz inne hat. Er hat Georgien als Lackmustest für die Europäische Union bezeichnet, besonders bezüglich der Frage, ob wir eines Tages in der Lage sein werden, für die Wiederherstellung von Georgiens territorialer Integrität einzutreten und dafür, dass alle Menschenrechte und Flüchtlingsrechte so gehandhabt werden, wie es im internationalen Recht vorgesehen ist. Ich stimme all meinen Kollegen zu, die hier auf die schlechte Lage der Menschenrechte hingewiesen haben – das kann nicht akzeptiert werden.

Zu guter Letzt möchte ich noch um etwas bitten. Letzte Woche habe ich den georgischen Vize-Premierminister Giorgi Baramidze getroffen, dessen große, große Bitte folgende war: Bitte, bitte, bitte Europäische Union, unternimm etwas mittels der Präventivdiplomatie, um eine mögliche Eskalation jeglicher weiterer Konflikte zu verhindern.

**Tunne Kelam (PPE).** – Herr Präsident, ich kann der Aussage, dass die beste georgische Antwort auf die russische Aggression mehr demokratische Reformen sein müssen, nur beipflichten.

Zugleich hat die EU ihre eigene Verantwortung, denn wie richtig gesagt wurde, werden die Beziehungen zwischen der EU und Georgien eine Prüfung des Erfolgs der Östlichen Partnerschaft und der Rolle Europas in der Region sein. -

In Anbetracht der Bedeutung Georgiens frage ich mich, ob auf dem EU-Russland-Gipfel, der kürzlich stattgefunden hat, über Georgien gesprochen wurde, da Russland den Sechs-Punkte-Plan nicht umsetzt und die EU-Mission sich in der beschämenden Lage befindet, nicht in die separatistischen Gebiete vorgelassen zu werden. Die EU sollte diesbezüglich stärker Position beziehen. -

Frau Kommissarin, Sie haben über finanzielle Hilfe von 46 Mio. EUR gesprochen. Ich hätte lediglich gerne gewusst, ob diese Hilfe Georgien noch dieses Jahr erreichen wird. Wie sieht der Zeitplan aus?

**Paweł Robert Kowal (ECR).** – (PL) Ich denke, dass wir angesichts unserer Diskussion darauf zurückkommen sollten, was Frau Malmström ganz zu Anfang gesagt hat, nämlich dass Georgien eine neue und umfassende Offenheit seitens der Europäischen Union benötigt. Dies sollte makrofinanzielle Hilfe beinhalten, neben dem schnellen und unverzüglichen Beginn von Gesprächen über ein Assoziierungsabkommen, soweit dieses möglich ist. Sie sollte auch den Beginn von Gesprächen – und das ist mein dritter Punkt – über Visae erleichterung beinhalten, und schließlich sollten wir Georgien ermöglichen, die Sicherheit im Land zu gewährleisten, indem wir den Weg für einen Beitritt in die NATO frei machen.

Allerdings ist nicht einmal diese Angelegenheit der Grund dafür, warum ich heute in diesem Teil der Diskussion das Wort ergreifen möchte. Ich möchte Frau Ferrero-Waldner eine rhetorische Frage stellen: Wundern Sie sich nicht, warum alle Sprecher auf den Sarkozy-Plan aufmerksam gemacht haben? Bitte beantworten Sie mir diese Frage. Bitte sagen Sie uns, warum weder Sie in Ihrer anfänglichen Rede und in Ihren weiteren Beiträgen, noch Frau Ashton in Ihren Erklärungen eine Antwort in Form einer einfachen Bewertung darauf gegeben haben, ob der Sarkozy-Plan umgesetzt wird oder nicht. Stimmt es wirklich, dass die wichtigsten Organe der Europäischen Union es nicht wert sind, eine deutliche Aussage von Ihnen zu diesem Thema zu erhalten?

**Mairead McGuinness (PPE).** – Herr Präsident, gestern hat in Irland eine Konferenz stattgefunden, die sich mit dem Thema Hilfe und Osteuropa auseinandergesetzt hat. Eines der Länder, über das wir gesprochen haben, war Georgien, und es war wirklich erfrischend zu hören, wie viele Fortschritte für eine bestimmte Gruppe von Personen gemacht wurden, die nicht gehört werden – Kinder mit Behinderungen, geistiger und körperlicher Art, und junge Erwachsene. Es war allerdings auch zutiefst deprimierend, zu erfahren, dass die Beteiligten glauben, dass sie aufgrund des Konflikts zehn Jahre in der Zeit zurückversetzt wurden.

Ich möchte Sie nur darum bitten, weil ich gestern an der Konferenz teilgenommen habe, dass Sie die am meisten gefährdeten Bevölkerungsgruppen im Hinterkopf behalten, wenn wir Handelsabkommen beschließen oder Gespräche führen. Dies hier war eine sehr wichtige Debatte, aber die schreckliche humanitäre Lage wurde von anderen Kollegen angesprochen, und es gibt eine Gruppe von Menschen, die immer vergessen wird; Ich wollte nur, dass ihrer Stimme hier heute Gehör verschafft wird.

**Tadeusz Zwiefka (PPE).** – (PL) Herr Präsident, meine Damen und Herren, wir dürfen nicht vergessen, dass Georgien ein kleines Land ist, obgleich es eine sehr wichtige strategische Lage im Südkaukasus hat, was zu einer Konfliktsituation mit seinem starken Nachbarn Russland führt. Deshalb bin ich der Frau Kommissarin für Ihre Erklärung dankbar, dass die Hilfe, auf die Georgien so lange gewartet hat, morgen freigegeben wird.

Wir dürfen nicht vergessen, dass Georgien, als es mit den demokratischen Reformen begonnen und entschieden hat, engere Verbindungen zu Westeuropa zu knüpfen, als mit Russland, wie es vorher jahrzehntelang wenn nicht gar jahrhundertlang war, einen Wirtschaftspartner verloren hat, der 80 % seiner Produktion abnahm. Wir haben nichts unternommen, um das Vakuum zu beheben und in Georgien produzierte Güter zu kaufen, damit sichergestellt wird, dass das Land weiterhin funktionieren kann. In Bezug darauf befürworte ich die Erklärung, wie auch die Ankündigung zu einem makrofinanziellen Plan für Georgien.

Eine Anmerkung möchte ich noch machen: Frau Kommissarin, wir dürfen Georgien in der politischen Sphäre nicht als komplett distanzierter Partner betrachten, denn Georgien befindet sich in einer unglaublich schwierigen geopolitischen Lage. Ich kann mir diesbezüglich nicht vorstellen, dass in den Gesprächen, die die Europäische Union mit Russland geführt hat, gar nicht über die Lage in Georgien gesprochen wurde. Ich möchte den Sechs-Punkte-Plan von Herrn Sarkozy nicht noch einmal erwähnen, denn alle haben das bereits

getan, aber wir dürfen nicht vergessen, dass unsere Kontakte zu einem so starken Partner wie Russland, die für uns natürlich extrem wichtig sind, auch in Verbindung mit den kleineren Ländern stehen sollten, die uns am Herzen liegen.

**Seán Kelly (PPE).** – Herr Präsident, wenn Politik eigennützig ist, ist es nur ein Job. Wenn man damit anderen hilft – wenn die Goliaths den Davids zu Hilfe eilen – wird Politik zu einer Berufung. In diesem Fall ist die Europäische Union der Goliath, der Georgien, dem David, zu Hilfe eilt, und das begrüßen wir. Georgien hat jedoch noch einen anderen Goliath an seiner Seite und zwar Russland, das andere Pläne für Georgien hat. Es ist wichtig, dass die Europäische Union ihre Muskeln spielen lässt, indem sie dem ungerechtfertigten Eindringen Widerstand leistet.

Ich war letzte Woche auf dem Kongress der EVP in Bonn, auf dem der georgische Präsident gesprochen hat. Er hat erläutert, welche Bemühungen sein Land im Kampf gegen Korruption unternimmt, wie die Agenda für Reformen zugunsten des Wirtschaftswachstums aussieht und dass sein Land den Wunsch hegt, ein Freihandelsabkommen zu schließen. Meine Frage lautet deshalb: Wann gedenkt die Kommission dieses Freihandelsabkommen in die Tat umzusetzen? Wenn die Bedingungen dafür erfüllt sind?

**Lena Kolarska-Bobińska (PPE).** – Herr Präsident, wir sprechen über die Bestrebungen der Ukraine, der Republik Moldau und Georgiens. Sie verfolgen alle ein ähnliches Ziel, nämlich sich an die Europäische Union anzunähern.

Es scheint, als ob das ein Problem für uns darstellt. Ich frage mich, was in 10 Jahren geschehen wird, wenn diese Bestrebungen in Enttäuschung umschlagen und diese Länder nicht mehr anstreben, der Europäischen Union beizutreten und keinerlei Erwartungen mehr vorhanden sind. Das wird eine viel schwierigere Situation für uns sein. Georgien ist von allen Ländern, mit denen wir eine östliche Partnerschaft geschlossen haben, das Land, in dem die Bevölkerung einen Beitritt zur EU und zur NATO am meisten unterstützt. Dort werden auch die meisten Fortschritte bei Marktreformen erzielt.

Wenn wir nicht schneller reagieren, werden wir uns in der gleichen Situation wiederfinden wie mit der Türkei, wo die Bevölkerung von ihrem europäischen Bestrebungen Abstand nimmt. Das wird eine wirklich gefährliche Situation sein, trotz – und vielleicht gerade aufgrund – der politischen Bewegungen um diese Länder herum. Wir sehen, was in Russland vor sich geht und wenn die Bestrebungen Georgiens nach einem Beitritt in die EU ins Wanken geraten, könnten wir mit einer Situation konfrontiert werden, die ziemlich gefährlich für alle Länder der Europäischen Union wäre.

**Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates.** – (SV) Herr Präsident, ich weiß, dass großes Interesse an dieser Angelegenheit besteht. Diejenigen unter Ihnen, die sie aufmerksam verfolgt haben, werden wissen, dass der schwedische Ratsvorsitz dem Thema Georgien viel Zeit gewidmet hat. Der schwedische Außenminister, Herr Carl Bildt hatte letzten Donnerstag die Gelegenheit, im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten mit Ihnen über Georgien zu diskutieren.

Die EU wird Georgien weiterhin maßgebliche politische, fachliche und finanzielle Unterstützung zur Verfügung stellen. Das wird höchstwahrscheinlich wiederholte Aufrufe zur Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität Georgiens beinhalten sowie zur Fortsetzung der europäischen Beobachtermission und zur Beibehaltung unserer wichtigen Vermittlerrolle bei den Gesprächen in Genf. Die Gespräche in Genf bieten die einzig relevante Gesprächsplattform. Die Gespräche kommen nur langsam voran, aber sie gehen trotzdem voran und alle Parteien sind dort vertreten.

Wir werden auch weitere finanzielle Unterstützung für die Folgen des Konflikts bereitstellen. Wie viele von Ihnen hervorgehoben haben, gibt die humanitäre Lage immer noch Anlass zu großen Bedenken. Frau McGuinness hat natürlich Recht damit, dass darunter die am meisten gefährdeten Bevölkerungsgruppen leiden.

Bei dem Treffen mit unseren russischen Gesprächspartnern wird die EU weiterhin betonen, dass es notwendig ist, den Sechs-Punkte-Plan zum Waffenstillstand und die darauf folgenden Durchführungsmaßnahmen umzusetzen – den Rückzug der Truppen in ihre Stellungen vor Ausbruch der Feindseligkeiten am 8. August. Besonders Perevi, Achalgori und das obere Kodori-Tal werden erwähnt werden, so wie es viele von Ihnen getan haben.

Durch das Ende der OSZE-Mission und der UN-Beobachter-Mission in Georgien wurden wesentliche Elemente der wichtigen internationalen Sicherheitsstruktur entfernt. Nun zeigt nur noch die Beobachtermission der Europäischen Union internationale Präsenz vor Ort. Sie leistet einen bedeutenden Beitrag zur Sicherheit und

zur Normalisierung der Lage. Deshalb ist es so wichtig, dass die Beobachtermission Zugang zu den abtrünnigen Regionen bekommt. Es ist wichtig für Georgiens Sicherheit und Stabilität. Dies ist ein wichtiger Punkt, den die EU weiterhin gegenüber allen bedeutenden Gesprächspartnern betonen wird.

Die EU wird natürlich die territoriale Integrität Georgiens weiterhin unterstützen, aber wir haben auch ein strategisches Interesse daran, den Kontakt mit den abtrünnigen Regionen aufrechtzuerhalten und den Menschen der separatistischen Gebiete nicht die Tür zur Außenwelt zu verschließen. Das könnte uns dabei helfen, durch fortlaufende EU-Beteiligung und Maßnahmen zur Förderung des Vertrauens über die Verwaltungsgrenzen hinweg und durch den Kontakt zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen, Stein für Stein ein Fundament für eine Konfliktlösung zu legen.

Die EU wird in dieser Angelegenheit weiterhin sehr aktiv vorgehen. Die Kommission und Frau Ferrero-Waldner fühlen sich ihr gegenüber sehr verpflichtet, genau wie das Europäische Parlament, und dafür bin ich sehr dankbar.

**Benita Ferrero-Waldner, Mitglied der Kommission.** – Herr Präsident, zuallererst möchte ich Ihnen für die ehrliche Diskussion danken, die wir heute geführt haben.

Ich dachte, dass viele von Ihnen wussten, was wir für Georgien getan haben. Georgien hat viel Unterstützung von uns erhalten, in politischer, wirtschaftlicher und humanitärer Hinsicht, aber es scheint, als ob wir nichts getan hätten. Das stimmt überhaupt nicht.

Erstens wurde der Krieg von der Europäischen Union und Herrn Sarkozy beendet. Zweitens, da haben Sie Recht, gibt es einen Sechs-Punkte-Plan, der leider noch nicht voll umgesetzt wurde, aber jedes Mal, wenn wir uns mit den Russen treffen, steht er auf unserer Agenda. Das ist absolut klar.

Es ist wahr, wie die Frau Ratspräsidentin gesagt hat, dass wir eigentlich nur bei den Gesprächen in Genf anfangen, Fortschritte zu machen, wenn auch nur langsam. Deshalb müssen die Gespräche in Genf fortgesetzt werden.

Des Weiteren benötigen wir Unterstützung und Offenheit von beiden Seiten, denn es ist ein schwieriger Konflikt und wir sind sozusagen die Vermittler in diesem Konflikt. Diese politische Angelegenheit hat oberste Priorität.

Wir müssen unsere Arbeit fortsetzen, und wir wissen nur allzu gut, dass Russland ein gewaltiger Partner auf der anderen Seite ist. Gleichzeitig haben wir eine gemeinsame Nachbarschaft, und deshalb sprechen wir mit Russland immer ziemlich deutlich über diese Themen. Wir brauchen, wie ich bereits gesagt habe, auf beiden Seiten den Willen, Fortschritte zu machen. Darüber habe ich in meiner Rede gesprochen, wenn Sie sich daran erinnern. Das ist der erste Punkt.

Der Zweite bezieht sich auf die wirtschaftliche und humanitäre Front, an der wir in der Tat sehr nah arbeiten. Das Paket über 500 Mio. EUR war das größte Paket, das ich schnüren konnte. Es steht nicht so viel Geld für die Nachbarschaftspolitik zur Verfügung, auf das ich hätte zurückgreifen können, aber das haben wir trotzdem getan, denn wir dachten, dass Georgien es nach dem Krieg und nach all der Zerstörung wirklich benötigt – besonders für die am meisten gefährdeten Bevölkerungsgruppen.

Ich selbst habe die Vertriebenenlager besucht, und ich habe mir die Häuser angesehen, die mithilfe unserer Programme wieder aufgebaut wurden.

Ich kann Frau Lunacek sagen, dass ich selbst mit den Georgiern ein Abkommen unterzeichnet habe, indem sie sich vollständig dazu verpflichten, nicht einen Cent des Geldes der Europäischen Union zu nutzen. Wir achten immer auf unser Geld. Deshalb sollte normalerweise nicht ein Cent unseres Geldes für die Wiederaufrüstung Georgiens genutzt werden.

Ich kann natürlich nicht kontrollieren, was Georgien bezüglich anderer Fragen unternimmt, aber was unser Geld anbetrifft, kann ich deutliche Aussagen machen.

Es wurden noch einige andere Dinge erwähnt. Beispielsweise die beiden Teenager, die immer noch in Südossetien inhaftiert sind. Dies sind Themen, die wir natürlich den Russen gegenüber ansprechen. Wir sprechen über sie, aber leider haben wir bisher keine Lösung gefunden und wir selbst dürfen südossetisches Gebiet nicht betreten.

Was den Grundsatz betrifft, natürlich sind wir uns über den Grundsatz im Klaren. Es gibt die territoriale Integrität, und es gibt die Souveränität, diesbezüglich sind unsere Aussagen zu Georgien ganz klar. Absolut.

Es ist allerdings eine Sache, über Prinzipien zu reden und ganz andere Sache, diese Prinzipien sofort umzusetzen. Das ist leider oft ziemlich schwierig.

Lassen Sie mich auch etwas zu dem Tagliavini-Bericht sagen. Selbst die Tatsache, dass dieser Bericht veröffentlicht wurde, ist sehr wichtig. Sie wissen, dass wir diesen unabhängigen Bericht unterstützt haben. Ich kenne Frau Tagliavini schon lange, seitdem ich im Jahr 2000 als Außenministerin meines Landes Amtierende Vorsitzende der OSZE war. Sie war damals meine Sonderbeauftragte für den Kaukasus. Sie ist eine sehr mutige, eigenständige Frau, und ich muss sagen, dass sie einen hervorragenden Bericht verfasst hat.

Die war auch hilfreich, denn der Bericht hat die Fakten geklärt. Wir haben daraus gelernt, aber wir können Georgien weiterhin nur mit diplomatischen Mitteln helfen.

Vor diesem Hintergrund, möchte ich auch noch sagen, dass wir erhebliche Arbeit bezüglich der Nachbarschaftspolitik im Osten geleistet haben, und nun auch bei der Östlichen Partnerschaft.

Neulich hatten wir ein sehr wichtiges Ministertreffen unter dem schwedischen Ratsvorsitz mit sechs Außenministern der Östlichen Partnerschaft, einschließlich des georgischen Außenministers.

Dort haben wir über alle Möglichkeiten gesprochen, aber denken Sie wirklich, dass wir jedem Land jegliche Mittel zur Verfügung stellen können, ohne dass es seinen Teil dazu beitragen müsste? Das können wir nicht. Wir müssen sie dazu auffordern auch ihren Teil zu tun. Das bezieht sich auch auf den Handel, denn ein freies und starkes Handelsabkommen kann es nur geben, wenn die richtigen Gesetze vorhanden sind. Wir können sie nicht einfach fragen, in die Europäische Union zu kommen, wenn im Rat keine Einstimmigkeit darüber besteht.

Das sind Dinge, bei denen man beide Seiten berücksichtigen muss, aber wir unterstützen Georgien mehr als alle anderen. Deshalb hoffe ich vielmehr, dass sie diese Politik wirklich unterstützen, wie einige von Ihnen gesagt haben. Wir versuchen mit dieser Politik sie so stark zu unterstützen wie möglich, aber wir erwarten auch von Georgien, sich richtig zu verhalten.

**Der Präsident.** – Die Aussprache ist beendet.

*(Die Sitzung wird um 19:55 Uhr unterbrochen und um 21:00 Uhr wieder aufgenommen)*

**VORSITZ: Miguel Angel MARTÍNEZ MARTÍNEZ**

*Vizepräsident*

## **17. Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft in den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten**

**Der Präsident.** – Der nächste Tagesordnungspunkt ist die Erklärung der Kommission zu Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft in den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten.

**Joaquín Almunia, Mitglied der Kommission.** – (ES) Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Wirtschaftskrise hat ganz Europa in Mitleidenschaft gezogen. Man kann auch sagen, dass sie über die ganze Welt hereingebrochen ist, aber hier in der Europäischen Union hat sie wahrscheinlich die Länder Mittel- und Osteuropas, die neuen Mitgliedstaaten, aus einer Vielzahl von Gründen besonders schwer getroffen. Erstens, weil sie offensichtlich fragilere Wirtschaften sind als die älteren, entwickelteren, industrialisierten und konsolidierten Wirtschaften Westeuropas, und auch, weil sie Wirtschaften sind, die kein Finanzsystem haben, in dem die Krise erzeugt wurde, und sie daher von einem hohen Anteil direkter Investitionen von außerhalb abhängig waren, um ihr Wachstum zu finanzieren. Als die Krise ausbrach und besonders 2008, als die Krise sich verschlimmerte, wurden diese Investitionen eingestellt. Zurück blieben diese Wirtschaften, die Geld brauchten, um ihr Wachstum zu finanzieren, was sie selbst durch ihre Ersparnisse und internen Ressourcen nicht aufbringen konnten.

Wenn ich das sage, ist auch klar, dass nicht alle Wirtschaften der mittel- und osteuropäischen Länder gleichermaßen betroffen waren. Einige Wirtschaften waren besser darauf vorbereitet, dem Schock der Krise zu begegnen. Einige Wirtschaften waren weise genug, ihre politischen Reformen vor der Krise voranzutreiben, die ihrem Wachstumsmodell ein solideres Fundament gaben.

Jedenfalls reagierte die Europäische Union, und die Kommission als Teil der europäischen Institutionen insgesamt, auf die Krise, insbesondere mit einer Vielzahl von Maßnahmen, die auf ein besonderes Problem reagierten, was relativ gesehen, den Ländern Mittel- und Osteuropas mehr zum Vorteil gereichte.

Das Europäische Konjunkturprogramm, das Ende 2008 verabschiedet wurde, ist ein Plan, der auf steuerlichen Anreizen beruht, die logischerweise in den großen Wirtschaften der Eurozone in Westeuropa besser griffen. Trotzdem, indem die Selbstversorgung in westeuropäischen Ländern angekurbelt wurde, haben diese Anreize dafür gesorgt, dass der Markt weiterhin durch die Auslandsnachfragen für mittel- und osteuropäische Länder eine Quelle des Wachstums war.

Zusätzlich zum Europäischen Konjunkturprogramm haben von den europäischen Institutionen verabschiedete Entscheidungen die Kreditvergaben durch die Europäische Investitionsbank erhöht. Es gibt offenbar noch keinen Abschluss über die Zahlen von 2009, aber ich kann vorwegnehmen, dass die Kreditvergabe durch die Europäische Investitionsbank Ende dieses Jahres wahrscheinlich über 50 % höher liegt als im Krisenvorjahr 2007.

Die Europäische Investitionsbank hat ihren Finanzierungsvorgängen in mittel- und osteuropäischen Ländern bei einer Vielzahl von Branchen und Tätigkeiten besondere Priorität gegeben. Dabei hat die Bank Instrumente eingesetzt, die sie vor der Krise eingeführt hatte, wie „Jeremie“, „Jessica“ und „Jaspers“ und andere Maßnahmen. Ebenfalls hat die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE), die streng genommen keine Institution der Europäischen Union ist, auf Anregung der europäischen Länder und der Europäischen Kommission hin, die Kapitaleigner der Bank sind, ihre Maßnahmen gesteigert.

Die Strukturfonds haben außerdem eine positive Rolle gespielt, was sie für Länder, die von der Kohäsionspolitik profitieren müssen, immer tun. Aber als die Krise begann, wurden Entscheidungen gefällt, zum Beispiel, um die Ressourcen zu erhöhen, die aus dem Strukturfonds an die Länder vorausgezahlt werden könnten, die von ihm profitieren, insbesondere die Länder Mittel- und Osteuropas.

Leider unterstützte der Rat die Initiative der Kommission nicht, 100 % der Förderung während der Krise (2009 und 2010) für eine Vielzahl von Aktivitäten zur Unterstützung von Arbeitern und aktiven Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt aus dem Europäischen Sozialfonds bereitzustellen.

Wie Sie längst wissen, war die Zahlungsbilanzfazilität ein Instrument, das seit 1993 nicht mehr im Einsatz war. Dieses Instrument dient der Bereitstellung von Geldern für Länder, die aufgrund ihrer Zahlungsbilanz Schwierigkeiten bei der Sicherstellung von Fremdfinanzierungen haben, oder für Länder mit Schwierigkeiten bei der Finanzierung ihrer Haushaltsbedürfnisse. Auf Initiative der Kommission und Zustimmung des Rates hin ist ihr Höchstbetrag von 12 Mrd. EUR auf 50 Mrd. EUR gestiegen und von diesen 50 Mrd. EUR wurden rund 15 Mrd. EUR für finanzielle Fördermaßnahmen für drei mittel- und osteuropäische Länder, die Mitglieder der Europäischen Union sind, eingesetzt: Ungarn, Lettland und Rumänien.

Schließlich möchte ich die sogenannte „Wiener Initiative“ erwähnen, die von den europäischen Institutionen zusammen mit internationalen Finanzinstitutionen gefördert und angeregt wurde. Sie hat die Maßnahmen des privaten Finanzsystems koordiniert, das in vielen dieser Länder grundsätzlich um westeuropäische Banken organisiert ist, die in mittel- und osteuropäische Länder investiert haben und dort Tochtergesellschaften und Auslandsbüros besitzen.

Die „Wiener Initiative“ hat bewirkt, dass Maßnahmen koordiniert werden konnten, wozu auch die Aufrechterhaltung der Positionen und eingegangenen Risiken dieser privaten Banken in diesen Ländern gehörten. Es war möglich ein Finanzsystem auf Höchstniveau aufrechtzuerhalten, das hilft, die Folgen der Krise zu finanzieren sowie die Investitionen, die notwendig sind, um aus der Krise herauszukommen. Und das angesichts der Ankündigungen übermäßiger Risiken, die einige westeuropäische Banken in diesen Ländern eingegangen sind. Die Wahrheit ist, dass wir bislang unter diesen Banken keine „Opfer“ zu beklagen hatten und sie eher ein vernünftiges Maß an Kapitalisierung und finanziellen Aktivitäten im Kontext der schwierigen Bedingungen, unter denen das System operiert, aufrechterhalten haben.

Wir sehen bereits positive Auswirkungen. Wir sehen natürlich auch beträchtliche Herausforderungen. Das heißt, dass wir noch nicht fertig sind. Wir müssen weiterhin speziell darauf achten, wie die Instrumente, die den europäischen Institutionen zur Verfügung stehen, am besten einzusetzen sind, um diesen Ländern zu helfen, auf den Weg Richtung Aufschwung aus der Krise zu kommen.

Wenn Sie mir erlauben, Ihnen ein positives Beispiel zu geben, werde ich Ihnen von Polen erzählen, welches das einzige Land in der Europäischen Union ist, dass weiterhin positives Wachstum schreibt und zu keiner



Zeit in der Krise negatives Wachstum verbuchte. Polen als einziges Land der ganzen Europäischen Union, das zu Mittel- und Osteuropa und zu den neuen Mitgliedstaaten gehört.

Letztlich möchte ich gerne die Wichtigkeit des Euro als Anker für die Strategien erwähnen, dem Schock der Krise zu begegnen und aus ihr herauszukommen. Der Euro ist ein Bezugspunkt, um die richtigen Strategien, die aus der Krise herausführen, zu finden. Es gibt ein Land in dieser Region, das in der Mitte der Krise der Eurozone beitrug, die Slowakei, und gestern, hielten die slowakischen Behörden eine Konferenz in Bratislava ab und begrüßten die Art und Weise, wie der Euro sie vor den schlimmsten Folgen der Krise bewahrt hat und ihnen hilft, die Krise in viel besserem Zustand zu überstehen als dies der Fall gewesen wäre, wenn sie nicht zur Eurozone gehört hätten.

Ein anderes Land in dieser Region, Estland, möchte der Eurozone beitreten und 2011 auf den Euro umstellen. Bisher indizieren die Indikatoren und das Maß an Befolgung der Kriterien des Vertrags von Maastricht, jetzt Vertrag von Lissabon, dass dies Ziel möglich ist. Wir werden nicht in der Lage sein, dass zu garantieren, bis der zugehörige Konvergenzbericht im Frühjahr veröffentlicht wird, aber es ist möglich, dass Estland 2011 in der Eurozone sein wird.

Für die Länder außerhalb der Europäischen Union, die Teil der Region sind, die Kandidatenländer oder potenziellen Kandidatenländer, ist der Beitritt zur Europäischen Union auch ein mächtiger Anker, um sicherzustellen, dass sie entsprechende Strategien und Politiken haben.

Es stimmt deshalb, dass es eine Menge Schwierigkeiten gibt. Es stimmt, dass diese Länder eine schwächere Wirtschaft haben. Es stimmt, dass die Folgen einer Krise wie dieser gerade für Bürger dieser Länder unendlich schmerzhafter sind als die Folgen für Bürger aus Ländern mit Sozialversicherungssystemen und viel stabileren, etablierteren und gefestigteren Sozialsystemen.

Man muss allerdings sagen, dass sich die den europäischen Institutionen zur Verfügung stehenden Instrumente und die Tatsache, dass diese zur Europäischen Union gehören und die Möglichkeit haben, Teil der Wirtschafts- und Währungsunion zu sein, positiv auswirken und die Bewältigung einer Krise wie der gegenwärtigen nicht behindern.

**Arturs Krišjānis Kariņš**, *im Namen der PPE-Fraktion.* – (LV) Herr Präsident, Herr Almunia, um den Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa zu helfen, sich zu erholen, gibt es zwei mögliche Ansätze: man gibt ihnen den Fisch oder die Angel. Am besten ist es natürlich, ihnen die Angel zu geben. Die Schwierigkeit dabei ist, zu wissen, welche Angel genau sie brauchen. Grundstein und Maß für die Wiederherstellung ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Damit das geschehen kann, braucht man Investitionen. Eins der Haupthindernisse für Investitionen in der Region ist ein Mangel an Klarheit über die Stabilität des nationalen Wechselkurses und der Einführung des Euros. Im Moment ist die Einführung des Euros in den neuen Mitgliedstaaten wie ein Pferderennen, bei dem jeder Staat versucht, sich vom Feld loszubrechen und die Eurozone zu erreichen.

Es kann sein, dass sich in dieser Krisensituation einige Mitgliedstaaten selbst schaden; zum Beispiel erhöhen sie durch rasches Senken der Haushaltsausgaben die Arbeitslosigkeit über das Maß hinaus, das ihre Wirtschaft aushalten kann. Es kann auch passieren, dass ein Mitgliedstaat durch den Beitritt zur Eurozone die Wirtschaft eines Nachbarstaates außerhalb der Eurozone schädigt, und zwar, indem er Investitionen anzieht und dadurch die Arbeitslosigkeit im Nachbarstaat erhöht. Die Europäische Union basiert auf dem Solidaritätsprinzip. Als die EU 2004 die Anzahl ihrer Mitgliedstaaten erhöhte, wurde eine einheitliche Strategie für die europäische Integration dieser Mitgliedstaaten entwickelt und verabschiedet. Ich glaube, dass die Europäische Kommission den Prozess der Einführung des Euros überdenken sollte und eine klare Strategie für seine Einführung vorbereiten sollte, die nicht indirekt dazuführt, dass Mitgliedstaaten sich selbst oder ihren Nachbarn schaden. Die Stabilitätskriterien müssen nicht geändert werden, aber ein gemeinsamer Plan und Zeitplan sollte für die gesamte Region entwickelt werden, so dass wir in Europa eine einzige Währung einführen können, und dabei ein etabliertes Verfahren, das allen klar ist, verwenden. Das wäre dann die Angel, die den Wirtschaftssystemen dieser Region helfen würde, sich zu erholen, und zwar dadurch, dass sich die Tür zu Investitionen und der Schaffung neuer Arbeitsstellen öffnet.

**Sergio Gaetano Cofferati**, *im Namen der S&D-Fraktion.* – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, wie Sie zu Recht darauf verwiesen haben, Herr Kommissar Almunia, spürten die Länder weltweit und natürlich diejenigen in Europa die Folgen dieser schwerwiegenden Finanz- und Wirtschaftskrise. In der EU sind es die schwächsten Länder, die, über die wir nun diskutieren, die am meisten gelitten haben.

Das sind Länder, die der EU erst vor kurzem beigetreten sind und sich außerhalb der Eurozone befinden. Es ist daher wichtig, an diese zu denken und die effektivsten Maßnahmen zu benennen, sodass sie Teil von ganz Europa sein können und gleichberechtigt mit anderen nach und nach am Leben in Europa teilnehmen können. Entsprechend muss es währungspolitische Interventionen geben, angefangen mit denjenigen der Europäischen Zentralbank, denn nur wenn wir helfen, ihr BIP zu erhöhen, und in ihr Produktionssystem investieren, werden sie in der Lage sein, die Ungleichgewichte zu beseitigen, die momentan auf ihnen lasten, die Maastricht-Kriterien zu erfüllen und der Eurozone beizutreten. Es ist auch wichtig, wie Sie erwähnten, dass es andere Maßnahmen gibt, wie zum Beispiel der leichtere Zugriff auf Ressourcen, die durch die europäischen Fonds und die EIB-Finanzierung bereitgestellt werden.

Ich glaube allerdings, dass wir niemals vergessen sollten, dass diese Maßnahmen innerhalb eines Rahmenwerks simultaner Maßnahmen für ebenfalls andere schwache Länder in Europa ausgeführt werden müssen. Es geht nicht nur um die heute diskutierten Länder, wie wir leider alle wissen, und daher können wir nicht länger zögern, ein europäisches Finanzierungssystem ins Leben zu rufen, das fähig ist, Investitionen mit einer umfassenden Vision für Europa zu unterstützen. Ich rede von der Einrichtung eines durch Eurofonds finanzierten Fonds, was ich für die alleinige praktische Lösung halte, die den Mitgliedstaaten und der Europäischen Union zur Verfügung steht.

Es ist nun an der Zeit, politische Courage und Weitblick hinsichtlich des Verlangens zu beweisen, die Krise zu überstehen und die Bedingungen für eine wettbewerbsfähige Entwicklung Europas zu schaffen, einer Entwicklung, die das Wohlergehen aller Europäer sicherstellen würde.

**Guy Verhofstadt, im Namen der ALDE-Fraktion.** – (FR) Herr Präsident, der Grund, warum wir zusammen mit anderen hier anwesenden Mitgliedern diese Debatte beantragt haben, ist, dass mit der Wirtschaftskrise ein neuer Eiserner Vorhang aufgetaucht ist, Herr Kommissar. Dieser finanzielle Eisernen Vorhang trennt diejenigen außerhalb der Eurozone von denen innerhalb der Eurozone.

Viele Probleme, die heute den Großteil der Staaten des Baltikums betreffen, beruhen zum Beispiel auf der Tatsache, dass sie nicht zur Eurozone gehören. Sie erwähnten Polen, ich könnte aber natürlich Bulgarien, Rumänien, Ungarn nennen. Daher müssen sie weiterhin ihre Landeswährung benutzen und das ruft gegenwärtig schädliche, verheerende Folgen hervor. Wir können gerne von einer Erholung der Wirtschaft sprechen, aber in diesen Ländern gibt es im Moment keine Erholung der Wirtschaft. In einigen dieser Länder beträgt die Arbeitslosenrate über 20 %, und die Gehälter im öffentlichen Sektor mussten um mehr als 20 % gekürzt werden. Die Zahlen ihres Wirtschaftswachstums sind wirklich sehr negativ.

Wichtig hierbei ist, dass wir ihnen erlauben, der Eurozone sobald wie möglich beizutreten. Im Moment jedoch leiden sie an den schädlichen Wirkungen dieser Situation. Natürlich geht es nicht darum, die Bedingungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes zu ändern – darum hat niemand gebeten. Sie sollten nicht geändert werden, weil, wie Sie richtig sagten, die Eurozone als Schutz gegen die Wirtschafts- und Finanzkrise gewirkt hat. Dennoch müssen wir diesen Ländern auf andere Weise helfen, nicht, indem wir die Bedingungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ändern, sondern, indem wir den negativen Effekt ausgleichen, den sie erleiden, weil sie sich außerhalb des Systems befinden. Wenn wir das nicht tun, wird es noch länger dauern, bis sie der Eurozone beitreten.

Wir haben mehrere Vorschläge gemacht, wir haben einen Sechs-Punkte-Plan erstellt und die Europäische Kommission darum gebeten, diesen zu berücksichtigen. Es ist daher notwendig, dass die Europäische Zentralbank, die Europäische Kommission und die Europäische Investitionsbank miteinander kooperieren. Welche Maßnahmen müssen in diesem Zusammenhang durchgeführt werden? Erstens: Die Zentralbank muss auch für die Liquidität der lokalen Banken sorgen. Sie hat für die Liquidität der westeuropäischen Banken gesorgt; indirekt hat sie auch zum Beispiel den schwedischen Banken Ressourcen zur Verfügung gestellt, aber einige lokale Banken haben nichts von der Europäischen Zentralbank erhalten.

Diese sechs Punkte enthalten andere Vorschläge. Zum Beispiel: Warum wird nicht der Anteil der EU-Finanzierung erhöht und der Anteil der staatlichen Förderung der Sozial-, Regional- und Kohäsionsfonds usw. gesenkt? Tatsächlich haben die Mitgliedstaaten im Moment nicht die Haushaltsmittel, um gewisse Projekte zu finanzieren. Wir könnten uns daher zum Beispiel in Richtung 75 % Finanzierung durch Europa und 25 % durch die Mitgliedstaaten bewegen, besonders beim Baltikum.

Ich habe erst zwei der sechs sehr praktischen Ideen erwähnt, die wir vorgebracht haben, und zu denen von der Europäischen Zentralbank oder der Kommission oder der Europäischen Investitionsbank eine Entscheidung gefällt werden kann. Das ist, was diese Länder brauchen. Ich jedenfalls sehe es nicht als Fortschritt, dass der Internationale Währungsfonds in diesen Ländern interveniert und ihnen diktiert, wie

sie sich verhalten sollten. Meiner Ansicht nach ist es stattdessen die Aufgabe Europas, zu entscheiden, was getan werden muss.

Das ist unser Anliegen. Jedenfalls war ich in diesen Ländern und mich hat die Tatsache schockiert, dass sich diese Menschen in ihrem täglichen Überlebenskampf von der Europäischen Union im Stich gelassen fühlen. Ich bitte die nächste Europäische Kommission dringend, mit einem glaubhaften Plan für diese Staaten Mittel- und Osteuropas, speziell dem Baltikum, zurückzukommen.

**Tatjana Ždanoka**, *im Namen der Vets/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, ich komme aus Lettland, einem Land, das durch die Finanzkrise schwer getroffen wurde. Aufgrund der verantwortungslosen Politik der rechtsextremen Regierungen läuft Lettland Gefahr, ohne finanzielle Hilfe von außen bankrott zu gehen. Jetzt sprechen wir über verschiedene finanzielle und wirtschaftliche Lösungen, die die Situation zum Besseren wenden könnten. Natürlich müssen wir alle Lösungen richtig diskutieren, einschließlich der raschen Einführung des Euros. Indessen fürchte ich, dass die finanzielle und wirtschaftliche Perspektive nur eine Seite der Medaille ist. Wir müssen auch die soziale Perspektive diskutieren.

Jetzt werden die EU-Institutionen von vielen Bewohnern Lettlands als die „Bösen“ hingestellt: die Bösen, die unsere arme Regierung die Renten und Sozialleistungen kürzen lassen, die Bösen, die schuld sind an der gesellschaftlichen Ausgrenzung und der Armut. Es gibt viele Politiker, die diese Wahrnehmung kultivieren, hauptsächlich innerhalb der Regierungskoalition, denn wenn die Menschen glauben, dass die gegenwärtige soziale Krise der Fehler unserer Regierung ist, wird die Regierung die bevorstehenden Parlamentswahlen nicht überleben.

Glaube ich, dass Lettland und andere Länder der Region dringend die Hilfe der EU benötigen? Ja, das tue ich. Ich bin aber fest davon überzeugt, dass wir einen starken Kontrollmechanismus und sehr strenge Bedingungen im Bereich der Sozialpolitik brauchen. EU-Gelder sollten zuallererst das einfache Volk retten, nicht Banken oder die Staatsbürokratie. Daher möchte ich die Gelegenheit nutzen und meine Kollegen bitten, die Schriftliche Erklärung 0056/2009 zu unterzeichnen, die zur sozialen Konditionalität für EU-Hilfe von Vertretern dreier Fraktionen initiiert wurde.

**Roberts Zīle**, *on im Namen der ECR-Fraktion*. – (LV) Herr Präsident, Herr Kommissar, vielen Dank, Herr Verhofstadt, für das Ansprechen dieser Frage. Allerdings kann das Stellen der Frage während der Debatte heute Abend die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union in Westeuropa vielleicht verwirren. „Seht, wir müssen jetzt auch unter der Finanzkrise leiden, weil Ost- und Mitteleuropa mit ihrer ungeschickten Staatsführung sich selbst und auch uns diese Probleme geschaffen haben.“ Eine derartige Sichtweise verschlechtert das bereits ernsthaft gestörte Vertrauen in die Kohäsionspolitik der Europäischen Union. Das Beispiel des Baltikums zeigt jedoch, dass wir im selben Boot sitzen. Das Streben seitens des skandinavischen Bankensektors um Marktanteil und hohe Erträge verdrängte praktisch die nationalen Währungen im Baltikum vom Markt für Darlehen, besonders dem Markt für Haushypotheken. Mit einem festen nationalen Wechselkurs war die zivilrechtliche Haftung von Darlehensnehmern gegenüber Darlehensgebern sehr hoch: all das Währungsrisiko im Wert eines überteuerten Pfands wurde von den Darlehensnehmern getragen.

Ende 2008 wurde in angespannten Gesprächen zwischen der lettischen Regierung, dem Internationalen Währungsfonds, der Europäischen Kommission und der schwedischen Regierung eine Entscheidung getroffen, die zweitgrößte Handels- und Geschäftsbank nur mit dem Geld lettischer Steuerzahler aufzukaufen und den nationalen Wechselkurs stark zu halten. Wir Letten haben also über viele Jahre unsere Einnahmen, Wettbewerbsfähigkeit und möglicherweise die Qualität der Gesellschaft verloren und den Bankensektor der Skandinavier und anderer Investoren zumindest in den baltischen Ländern gerettet; denn der Dominoeffekt im Falle des Scheiterns der Banken würde weit über die Grenzen Lettlands hinausgehen und, sagen wir, bis zu den skandinavischen Pensionskassen als Anteilseigner der Banken reichen. Ja, die Europäische Kommission half uns und der Internationale Währungsfonds finanzierte diese Wahl, aber der Löwenanteil des Darlehens fließt in die Stabilisierung des Bankensektors.

Indem wir keinen Standard zuließen und einen starken Wechselkurs behielten, entwerteten wir unsere Wirtschaft um 20 % des BIP, aber in Wirklichkeit halfen wir den benachbarten Esten, deren Vorteil natürlich war, dass sie viele Jahre lang ein verantwortungsvolles Haushaltssaldo hatten, um den Euro bereits 2011 einzuführen. Es erscheint umso merkwürdiger, dass ein Beispiel wie Estland für die Währungsunion Europas sogar ganz wesentlich ist. Das zeigt sozusagen, dass die Maastricht-Kriterien für die Einführung des Euros sogar in Zeiten der Krise funktionieren. Es geht nicht darum, dass wir das den Esten nicht gönnen, aber unser Opfer, die Bank zu kaufen, war gewissermaßen ein Akt der Solidarität, unsere Nachbarn nicht dem Unglück

und außerdem aggressiven Investoren auszusetzen. Wir wollten nur eine gewisse Solidarität von europäischen Finanzpolitikern sehen, was auch die Zugangsbeschränkung neuer Staaten zur Eurozone betrifft.

Politiker in Lettland mussten äußerst unsanfte Entscheidungen treffen, die sich die Mehrheit meiner Kollegen in den älteren europäischen Ländern nicht einmal in ihren schlimmsten Albträumen vorstellen konnten. Es liegt jedoch nicht in unserer Macht, das Währungsrisiko von den privaten Schulden unserer Bürger zu nehmen, und wir möchten uns nicht wie Hooligans benehmen, indem wir den Euro einseitig einführen oder den Euro neben unserer Währung zirkulieren zu lassen. Das Ziel unserer demographisch alternden Gesellschaft kann nicht sein, viele Jahre damit zu verbringen, jeden zweiten verdienten Lat in Euro umzutauschen, um den Banken alles zurückzuzahlen, während wir die Abende mit Beten verbringen, dass der Lat mit dem Euro mithalten kann.

**Alfreds Rubiks**, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion.* – (LV) Vielen Dank, Herr Präsident, meiner Ansicht nach gibt es bezüglich der Frage der Modernisierung der Sozialpolitik und der Hilfe für die mittel- und osteuropäischen Staaten eine Menge Gerede, aber keine Taten. Eine neue Sozialpolitik ist nicht vollständig in die Makroökonomie der Europäischen Union eingearbeitet worden. Der Haushalt ist klein und hält nicht mit der Vergrößerung der Europäischen Union mit. Durch das Streben nach der Erweiterung ihres Einflussgebietes hilft die EU häufig den Ländern außerhalb der EU mehr als den neuen EU-Staaten. Daher ist es kein Zufall, dass zum Beispiel in Lettland die Mehrheit der Einwohner heutzutage schlechter dran ist als vor dem Beitritt zur Europäischen Union. Über 90 % der Rentner leben von einem Einkommen unter dem Existenzminimum.

Die Arbeitslosigkeit in Lettland hat die 20%-Grenze erreicht, das Bruttoinlandsprodukt ist um 19 % gesunken, die Staatsschulden überschreiten den Jahreshaushalt und die Renten sind um 10 % gesunken. Die Menschen protestieren, verlassen Lettland, kündigen endlose Hungerstreiks an oder bieten ihre Organe zum Verkauf an, um an Geld zur Versorgung ihrer Familien zu kommen. Die Zahl der Selbstmorde nimmt zu. Die neoliberale Politik der sozialen Sicherheit der Europäischen Union muss geändert werden. Der Kapitalismus hat die Krise verursacht, aber es sind die Arbeiter und die Rentner, die dafür zahlen, einen Weg aus der Krise zu finden. Die Investitionen der großen kapitalistischen multinationalen Unternehmen und Banken zur Lösung der durch die Krise verursachten Probleme sind minimal. Die Europäische Union lässt zu, dass die Oberschicht und die Banken mit den Steuereinnahmen des Staates gerettet werden, oder anders gesagt, mit dem Geld der Leute.

Die Länder Osteuropas wollen eine gleichberechtigte Subventionsvergabe an die Landwirtschaft, denn im Moment werden die Subventionen mehr auf die alten Mitgliedstaaten konzentriert, was gleichzeitig den freien Markt von vornherein verfälscht. Die ungleiche Herangehensweise in der Berechnung und Bezahlung von Direktzahlungen muss ein Ende haben sowie die Trennung dieser Zahlungen von der Herstellung bestimmter Produkte. Die Europäische Kommission und das Parlament müssen Vorschriften demokratisch verabschieden, um nicht nur die Interessen von Großproduzenten und Bankern zu schützen, sondern auch die der Bedürftigen in der reichen, demokratischen Europäischen Union.

**Jaroslav Paška**, *im Namen der EFD-Fraktion.* – (SK) Die Wirtschafts- und Finanzkrise hatte einen viel unsanfteren Effekt auf die sich im Wandel befindenden Länder Mittel- und Osteuropas als auf die stabilen Demokratien Westeuropas. Daher ist es richtig, nach Wegen zu suchen, um dieser ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklung entgegenzuwirken. Wir dürfen jedoch nicht vergessen, dass es Wunder nur in Märchen gibt. Daher ist die primäre und fundamentale Voraussetzung in Bezug auf eine Veränderung zum Besseren eine verantwortungsvolle Finanz- und Wirtschaftspolitik der Regierung und eine moderne Arbeitsgesetzgebung in jedem betroffenen Land. Nur dann wird es durch gezielte industrielle Maßnahmen möglich sein, eine Rolle bei der schrittweisen Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung zu spielen.

Wenn solche Unterstützung effektiv sein soll, dürfen ihre finanziellen Mittel nicht für Sozialleistungen oder Konsum ausgegeben werden, noch dürfen sie für künstlich geschaffene, unsinnige Jobs verschwendet werden. Es sollte zum Beispiel für eine Regierung nicht möglich sein, diese Unterstützung zur Wiederinbetriebnahme eines alten Wärmekraftwerks zu benutzen, das mehr Emissionen produziert als elektrische Energie, nur weil es angeblich ein paar neue Arbeitsplätze schafft.

Wenn wir wirklich den betroffenen Ländern helfen wollen, dürfen wir nur finanzielle Projekte unterstützen, die einen hohen Grad an Innovation besitzen und die nachhaltig die Umwelt schützen. Wir sollten uns darum kümmern, dass die in diese Förderprogramme investierten Gelder zur Umstrukturierung von Unternehmen beitragen und den betroffenen Ländern und damit auch ganz Europa einen langfristigen Effekt bringen.

**Zoltán Balczó (NI).** – (HU) In erster Linie sollten wir eine Lösung finden, um eine ähnliche Krise in der Zukunft zu vermeiden. Das durch das globale Finanzsystem verursachte Chaos zieht um die ganze Welt und beeinflusst die reale Wirtschaft direkt, weil den Unternehmen der Zugang zu Krediten verwehrt ist, die die Wirtschaft am Leben erhalten. Was wir daraus lernen, ist offensichtlich. Es ist klar, dass wir von dem Glauben in die Selbstregulierung und Souveränität des Marktes ablassen und die regulierende Rolle des Staates akzeptieren und durchsetzen müssen.

Wir sprechen über eine Erholung der Wirtschaft, aber offensichtlich ist das ultimative Ziel, das wir dadurch erreichen wollen, der Schutz von Arbeitsplätzen. Das bedeutet, dass auch die Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben in Europa Priorität hat, da sie tatsächlich die Mehrheit der Arbeitsplätze bereitstellen. Die Bedingungen, den Zugang zu Krediten zu erhalten, sind ein fundamentales Thema. Sicher, die Banken haben klug gehandelt, wie wir von Herrn Almunia hörten. Das stimmt zum Beispiel auch für Ungarn, wo alle Geschäftsbanken Tochtergesellschaften von in ausländischem Besitz befindlicher Banken sind. Daher haben sie wegen ihrer Klugheit versucht, Kredite zurückzuhalten, und zwar so, dass dies auch die einheimische Wirtschaft gelähmt hat.

Direkte Subventionen, die die EU ebenfalls zulässt, sind offenbar auch erforderlich, aber sie sollten nicht solchen Regierungen wie der gegenwärtigen ungarischen Regierung gegeben werden, die hauptsächlich die Ansiedelung multinationaler Unternehmen fördert statt die von Klein- und Mittelbetrieben. Heute haben wir über den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums diskutiert, als wir mit der Modifizierung des Finanzwechsels der Europäischen Kommission 2009 zu tun hatten. In seinem Entwurf hat die Kommission die bedeutende und drastische Maßnahme ergriffen, diese Fonds zurückzuhalten, obwohl sie genau für die Erhaltung der ländlichen Bevölkerung vorgesehen sind.

Warum sprechen wir über diese Region gesondert? Der Grund ist, dass sie viel verwundbarer geworden ist als der westliche Teil Europas. Lassen Sie uns zurückblicken in die Neunziger Jahre, als klar wurde, dass unsere Hoffnung, unsere Wirtschaft in Ungarn würde in dieser Demokratie auch unabhängig werden, vergebens war. Diese Region leidet an der immer größer werdenden Last der Ratenrückzahlungen zur Deckung der geerbten Schulden sowie dem Aufzehren ihrer natürlichen und menschlichen Ressourcen, während all dies sehr bedeutende Einnahmen in den westlichen Ländern erzeugte. Daher fühle ich mich mit guter Begründung jetzt verpflichtet, zu sagen, dass diese Region mehr Unterstützung erhalten sollte, da dies eine Sache des Erhalts einer teilweisen Entschädigung ist.

**Enikő Győri (PPE).** – (HU) Meine Damen und Herren, die Krise hat gezeigt, dass die Länder Mittel- und Osteuropas außerhalb der Eurozone weitaus anfälliger sind als diejenigen, wo die einheitliche Währung benutzt wird. Infolge ihrer Abhängigkeit von starken Exporten und Auslandskapital sowie dem hohen Maß an Fremdwährungsschulden der Bevölkerung ist die Erholungsrate ebenfalls langsamer als in denjenigen Ländern, die die Sicherheit der Eurozone genießen. Wenn die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten in der Praxis nicht funktioniert, sondern nur als markanter Spruch in politischen Parolen, dann wird die innere Geschlossenheit der Europäischen Union nachlassen und die gesamte EU-Leistungsfähigkeit behindern.

Wir brauchen jedoch keine neuen EU-Instrumente, um diese Solidarität zu erreichen, und erst recht keine Almosen. Die existierenden Möglichkeiten und Ressourcen müssen vernünftig genutzt werden. In dieser Hinsicht kann die Europäische Zentralbank helfen, die Liquidität der Banken in der Region konstant aufrechtzuerhalten. Die Europäische Investitionsbank kann außerdem helfen, indem sie Klein- und Mittelbetrieben der Region gezielte Kredite bereitstellt, während die Institutionen der EU helfen können, indem sie die Bestimmungen für die Verwendung der Gelder aus den Kohäsions- und Strukturfonds an die extreme Situation anpassen. Ich möchte Sie besonders auf die Tatsache aufmerksam machen, dass viele Menschen die mittel- und osteuropäischen Länder gerne als Einheit behandeln, obwohl diese Länder sehr unterschiedlich sind und auch unterschiedliche Exit-Strategien aus der Krise haben.

Zum Beispiel hat Ungarn nach fast acht Jahren inkompetenter sozialistischer Verwaltung all seine Reserven aufgebraucht. Im Moment ist es gezwungen, Zurückhaltung zu üben, was in krassem Gegensatz zu den praktischen Maßnahmen steht, die in anderen europäischen Ländern zur Bewältigung der Krise auf Basis der Konjunkturbelebung verabschiedet wurden. Während die westeuropäischen Regierungen schon darüber nachdenken, ihre Exit-Strategien zu entwerfen, werden einige Länder Mittel- und Osteuropas, die von der Krise am stärksten betroffen waren, 2010 immer noch eine schwere Rezession durchmachen. Wenn also Exit-Strategien ausgearbeitet werden, ist es daher besonders wichtig, zwischen den Ländern in irgendeiner Art und Weise differenzieren zu können.

Die EU-Führung sollte sich keine Standardregeln ausdenken, die nur die Situation einiger Länder und die ihrer Bevölkerung weiter verschlimmern würden. Wenn die neuen Finanzsystembestimmungen entworfen

werden, muss die Aufmerksamkeit auf der Sicherstellung liegen, dass die Verschärfung der Eigenkapitalanforderungen keinen unfairen Wettbewerb zwischen den Banken erzeugt. Die Banken in Mittel- und Osteuropa, die sich als gesund herausstellten, haben von niemandem eine Kapitalspritze erhalten. Das bedeutet, dass sie es nur noch schwieriger fänden, mit den strengeren Eigenkapitalanforderungsbestimmungen umzugehen als ihre geretteten Gegenstücke in Westeuropa. Das würde zu einer Abnahme in ihrem Kreditverlangen führen, das sowieso nicht sehr groß war, und Klein- und Mittelbetriebe würden am Ende die Opfer. Das müssen wir um jeden Preis verhindern.

**Ivari Padar (S&D).** – (ET) Herr Präsident, zunächst möchte ich gerne Herrn Almunia für seine bisher sehr effektive Arbeit beglückwünschen. Für alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union gibt es viele gemeinsame Probleme und gleichzeitig hat jedes Land seine eigene Wirtschaftspolitik und seine eigenen spezifischen Probleme, und wir müssen definitiv alle hier selbstkritisch sein. Das Argument, dass nur die neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union besonders schlimm von der Krise getroffen wurden, ist nicht wahr. Sehen Sie sich die Länder an, wo die Banken wirtschaftliche Stützung brauchten – das sind hauptsächlich die alten Mitgliedstaaten, nicht die neuen. Ähnlich sind die finanzpolitischen Probleme in der Eurozone größer als außerhalb von ihr.

Gleichzeitig ist es klar, dass Banken, die grenzüberschreitend operieren, kein zusätzliches Risiko geschaffen haben. Die Situation war genau andersrum. Die Banken, die in verschiedenen Ländern operierten, waren die sichersten und in der Lage, die Situation in vielen Empfänger-Partnerländern zu stabilisieren. Die Banken, die Probleme hatten, sind die Banken, die einfach schlechte Geschäftsentscheidungen trafen, wie dies zum Beispiel der Fall bei der Royal Bank of Scotland war.

**Kristiina Ojula (ALDE).** – Herr Präsident, ich möchte es dem vorigen Redner gleichtun und Herrn Kommissar Almunia danken. Er hat einen klaren Blick für die Unterschiede in den verschiedenen Ländern in Mittel- und Osteuropa und den aktuellen Stand ihrer Wirtschafts- und Finanzlage.

Der Herr Kommissar erwähnte Estland. Ich komme aus Estland, und es war keine leichte Aufgabe, unsere Hoffnung, der Eurozone beizutreten, zu erfüllen, aber die eine Sache, die wir, wie ich denke, vielleicht mit den anderen Ländern um uns herum teilen könnten, ist Eigenverantwortung. Ich habe das Wort „Eigenverantwortung“ in dieser Versammlung in dieser Debatte noch nicht gehört; nur das Wort „Solidarität“. Wie können wir Solidarität erwarten, wenn wir große Hauptkonkurrenten wie China und Indien vorne wegrennen haben? Ich denke, in der Europäischen Union sollten wir viel pragmatischer sein und überlegen, wofür unsere nationalen Regierungen verantwortlich sind.

In diesen Zeiten ist es schwierig, Abstriche zu machen. In Estland war es sehr schwierig, Ausgaben der Landesregierung zu kürzen, obwohl wir dies seit Jahren gemacht haben. In den guten Jahren, den Jahren des Booms, waren wir in der Lage, Rücklagen anzulegen, und niemand anders als die Regierungen der Mitgliedstaaten sind dafür verantwortlich.

**Ryszard Czarnecki (ECR).** – (PL) Herr Präsident, ich repräsentiere Polen – ein Land, das sich vielleicht keine Sorgen wegen der Krise in der Art wie zum Beispiel Ungarn oder Lettland machen muss, aber in meinem Land steigt im Gegensatz zur Propaganda der Regierung die Arbeitslosigkeit ebenfalls ganz klar an und an einer Demonstration in Warschau heute nahmen die protestierenden Werftarbeiter teil, die gerade den letzten Teil ihrer Abfindung erhalten haben.

Laut einer von der Nationalbank Polens durchgeführten Analyse war die Dynamik der Rezession in neun Ländern von Mittel- und Osteuropa definitiv stärker als in den Ländern Westeuropas. Was noch schlimmer ist: Die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern unserer Region sind größer als diejenigen in der „alten“ EU. Das ist teilweise eine Folge nicht nur der größeren Stabilität der Wirtschaftssysteme der alten 15, sondern auch, und lassen Sie uns das direkt sagen, ihrer größeren Fähigkeit, bestimmte finanzielle Instrumente zu benutzen oder zu verbieten, die theoretisch von der Europäischen Union verboten wurden.

Die Europäische Kommission und Frau Kroes haben bei der Hilfe, die Berlin den deutschen Werften gab, ein Auge zugeedrückt, aber Polen dafür verurteilt, dasselbe zu tun, und die Rückzahlung von EU-Hilfen angeordnet, die an polnische Werften gegangen sind. In der Praxis stellt sich heraus, dass manche gleicher sind als andere und mit ungleichem Maß gemessen wird. Die französische Automobilindustrie kann mehr Regierungshilfe erhalten als die Automobilindustrie in den Ländern der „neuen“ EU. Das vergrößert einfach nur die Missverhältnisse.

Der Herr Kommissar sprach über die heilbringende Funktion des Euros, aber das war sicherlich nur ein Scherz. Polen hat den Euro nicht und die Krise hat uns weniger schlimm getroffen als die Slowakei, die den

Euro eingeführt hat und wo die Folgen der Krise schwerwiegender sind als in Polen. Ich appelliere an die Solidarität, von der der Vertreter der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) gesprochen hat, aber ich habe den Eindruck, dass er in dieser Angelegenheit ein Heuchler ist. In diesem Kontext macht Scheinheiligkeit der Tugend keine Ehre.

**Joe Higgins (GUE/NGL).** – Herr Präsident, ich habe erwartet, dass Herr Kommissar Almunia und, in der Tat, Herr Verhofstadt uns vielleicht eine Erklärung und eine Analyse liefern für die Gründe hinter dem Desaster, das die meisten Länder in Mittel- und Osteuropa im Bereich der Wirtschaft befallen hat. Vor zwanzig Jahren hatten wir eine heldenhafte Bewegung der arbeitenden Bevölkerung in diesen Ländern, die den stalinistischen Monolithen gestürzt hat. Leider folgte, statt diesen Monolithen mit wirklichem demokratischen Sozialismus zu ersetzen, die Wiederherstellung des Kapitalismus. Aber das war, was das gesamte politische europäische kapitalistische Establishment angeordnet hatte: die EU, die großen Medienunternehmen versprochen alle, dass der Kapitalismus eine strahlende neue Ära für die Völker von Mittel- und Osteuropa einläuten würde.

Der Markt sollte allmächtig sein; der Wettbewerb sollte ihn regeln. Also haben wir die Auferlegung der so von dem EU-Kommissar geliebten neoliberalen Agenda: die umfassende Privatisierung öffentlichen Eigentums – eigentlich der Diebstahl öffentlichen Eigentums – und die Auslieferung der Wirtschaftssysteme dieser Länder an internationale Finanzmarkthäie. Wir haben sogar eine spezielle Bank eingerichtet, um diesen Prozess zu überwachen, und es ist ein absolutes Desaster gewesen. Das Baltikum befindet sich in freiem Fall: Lettland ist um 18 % im dritten Quartal abgestürzt, die Arbeitslosigkeit liegt bei 20 %.

Was schlagen die EU-Kommission und Herr Verhofstadt vor? Die Verordnung des Internationalen Währungsfonds und der westeuropäischen Banken. Die komplette Zerstörung des Lebensstandards von Arbeitnehmern; die totale Zerstörung öffentlicher Dienstleistungen. Daher droht uns in Lettland bis zum Ende dieses Jahres die Schließung der Hälfte der Krankenhäuser.

Die Politik des EU-Establishments ist ein Albtraum für die einfachen Menschen dieser Länder, eine Bedrohung durch grauenvolle Bedingungen für die kleinen Leute. Deshalb würde ich den Menschen von Mittel- und Osteuropa empfehlen, diese fatale Verordnung des EU-Establishments abzulehnen, ihre Banken zu verstaatlichen, sie unter demokratische Kontrolle zu stellen, damit sie für die Menschen und Arbeitsplätze investieren, die wichtigen Bereiche der Wirtschaft zu verstaatlichen oder zu renationalisieren, aber diesmal unter der Kontrolle der Arbeitnehmer, sodass sie ihre Wirtschaft für die Menschen planen können und sich nicht selbst den Haien des Europas der Unternehmen und des Europas der Finanzen ausliefern, das dieses schreckliche Desaster über die Menschen dieser Region gebracht hat. Sie mögen vielleicht lachen, Herr Kommissar, aber ich erwarte Ihre Antwort.

**Nikolaos Salavrakos (EFD).** – (EL) Herr Präsident, vielen Dank, dass Sie mir das Wort erteilen, und mein Dank auch an Herrn Kommissar Almunia für den sehr detaillierten Bericht, den er dem Parlament vorlegte. Ich habe mich besonders über die Tatsache gefreut, dass die Kommission zugestimmt hat, den Stabilitätspakt zu lockern, und damit natürlich anerkennt, dass die strengen Maastricht-Kriterien, wie zum Beispiel die 3 %, in Zeiten einer schwerwiegenden Wirtschaftskrise wie der gegenwärtigen schwer zu erreichen sind.

Ich möchte zuallererst die Tatsache unterstreichen, dass Griechenland, das Land, aus dem ich komme, in den vergangenen Tagen und Wochen in puncto seiner Kreditwürdigkeit von einer speziellen Ratingagentur, einem Beratungsunternehmen, angegriffen wurde. Das stellt die Frage, ob wir ernsthaft über die Schaffung einer EU-Behörde, die diese Aufgabe übernimmt, nachdenken sollten, damit das nicht einfach jeder tun kann, und so dass es auch nichts mit versteckten kommerziellen oder anderen Konkurrenzinteressen zu tun hat.

Ich möchte die Beschwerde äußern, dass die Europäische Union vielen Drittländern mehr als ihren eigenen Mitgliedern hilft. Ich möchte ebenfalls die erforderliche Solidarität fordern, die mein Land, Griechenland, braucht, um mit seinen Problemen fertigzuwerden.

**Iliana Ivanova (PPE).** – (BG) Vielen Dank, Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich glaube, dass eine vernünftige Politik zur Bekämpfung der Krise in den Ländern Mittel- und Osteuropas auf dem Prinzip der sozialen Marktwirtschaft beruhen muss und nicht auf Vorschlägen, wie sie mein Vorredner geäußert hat. Daher kann nur eine starke Wirtschaft, die Freiheit von Privateigentum, Rechtsstaatlichkeit und persönliche Haftung achtet, die Kosten einer nachhaltigen Sozialpolitik, wie sie unsere Gesellschaft verdient, garantieren.

Ich glaube fest daran, dass sich unsere Bemühung und Verantwortung auf eine Anzahl Grundpfeiler konzentrieren muss. Erstens: stabile öffentliche Finanzen. Eine alarmierende Anzahl von Mitgliedstaaten hat hohe Staatsschulden. Wir müssen sehr aufmerksam und diszipliniert sein. Wir müssen nicht nur

Haushaltsdefizite anstreben, die innerhalb der 3%-Grenze des BIP liegen, sondern wir müssen auch unser Möglichstes tun, ausgeglichene Haushalte zu erzielen.

Als Teil des Stabilitäts- und Wachstumspakts müssen die Europäische Kommission und der Rat die Mitgliedstaaten auf ihre makroökonomischen Ungleichgewichte hin genau überwachen.

Zweitens: Wir müssen Klein- und Mittelbetriebe unterstützen. Der Grund dafür ist nicht nur, dass sie über 65 % der Beschäftigung in Europa stellen, sondern auch, dass sie, besonders während einer Krise, das höchste Flexibilitäts- und dynamische Wachstumspotenzial bieten.

Drittens: Es ist wichtig für uns, die beschäftigungslosen und schwächsten Gruppen in unserer Gesellschaft zu unterstützen sowie ausreichende Investitionen für Bildung, das Erlangen von Qualifikationen und Forschung zur Verfügung zu stellen. Der letzte Punkt und die Hauptpriorität für die Mitgliedstaaten, die erst vor kurzem beigetreten sind, ist die Ausdehnung der Eurozone.

Ich möchte Sie um Ihre Unterstützung bitten und meinen Kolleginnen und Kollegen danken sowie die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten dringend darum bitten, ihre Position hinsichtlich der Zonenerweiterung zu überdenken. Wir brauchen Ihr Verständnis und Ihre Solidarität, besonders in Ländern wie Bulgarien, wo ich herkomme und das große Anstrengungen auf sich genommen hat, um die Maastricht-Kriterien zu erfüllen und außerdem eins der niedrigsten Haushaltsdefizite in der Europäischen Union neben einer äußerst disziplinierten Fiskalpolitik hat.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, dass es für uns wichtig ist, mit unseren gemeinsamen, aufeinander abgestimmten Bemühungen fortzufahren, um unseren Wirtschaftssystemen zu helfen, sich zu erholen und aus der Krise stärker als zuvor hervorzugehen.

**Edit Herczog (S&D).** – (HU) Herr Präsident, meine Damen und Herren, lassen Sie mich meine einminütige Rede damit beginnen, meinen Kolleginnen und Kollegen aus Ländern in der Eurozone dafür zu danken, es für wichtig zu erachten, dieser Debatte beizuwohnen. Ihre bloße Anwesenheit bei dieser Debatte zeigt, wo Solidarität beginnt.

Ohne die Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten zu vergessen, wie meine Kollegin sagte, sind die neuen Mitgliedstaaten mit allgemeinen Schwierigkeiten konfrontiert, die auf uns bestimmt wie objektive Schwierigkeiten wirken. Eine dieser Schwierigkeiten ist das erzwungene Verfahren für den zwanzigjährigen Beitrittsprozess, der für diese Länder schwerwiegende Wirtschaftsprobleme verursacht und von den Einwohnern echte gesellschaftliche Solidarität erwartet hat. Eine andere Schwierigkeit dieser Länder ist der Mangel an Verteidigungsmechanismen durch die Eurozone, was bedeutet, dass sie in einer viel schwächeren Position waren, als die Krise zuschlug. Zuletzt ist da der Anteil an Klein- und Mittelbetrieben und der von ihnen Beschäftigten in diesen Ländern verglichen mit den Zahlen für die Europäische Union.

Insgesamt glaube ich fest daran, dass wir uns, um einen Wirtschaftsaufschwung in den Ländern der Europäischen Union und Mittel- und Osteuropa zu erreichen, zusammenschließen und ein dreifaches Ziel angehen müssen, zu dem Beschäftigung, finanzielles Gleichgewicht und Wirtschaftswachstum gehören. Ich glaube, dass das Paket für Klein- und Mittelbetriebe einige dieser Elemente enthielt. Auf jeden Fall sollten wir irgendwie die finanziellen Schwierigkeiten des Sektors der Klein- und Mittelbetriebe meistern. Wir würden bestimmt den Fördermechanismus der Europäischen Zentralbank brauchen, um das zu erreichen. Je kleiner ein Betrieb ist, umso schwieriger ist der Zugriff, den die EU darauf hat.

*(Der Präsident unterbricht die Rednerin)*

**Vilja Savisaar (ALDE).** – (ET) Herr Präsident, vor allem möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf die drei baltischen Staaten lenken, deren Situation vielleicht die schlimmste von allen in dieser Region ist. Hier sind einige Beispiele. Estlands Wirtschaftsleistung ist um über 15 % gesunken, während der Durchschnitt der Europäischen Union bei -4,1 % liegt. In keinem anderen europäischen Land, abgesehen von den drei baltischen Staaten, gab es einen Rückgang in der Wirtschaftsleistung von über 10 %. In allen drei baltischen Staaten ist die Arbeitslosigkeit bis jetzt auf über 15 % gestiegen.

Ich hoffe sehr, dass die Vorschläge der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa zur Wiederbelebung der Wirtschaft und Verbesserung der finanziellen Situation sehr konkrete Aufmerksamkeit und eine Antwort von der Kommission erhalten werden. Letztes Jahr musste Estland den Haushaltsplan dreimal kürzen und die Ausgaben im öffentlichen Sektor senken; weitere Kürzungen werden die bereits ernsthafte soziale Lage verschlimmern. Ich hoffe sehr, dass Estland der Eurozone am 1. Januar 2011 beitreten wird, um eine Zone des Wirtschaftswachstums und der Lösung finanzieller Schwierigkeiten zu schaffen.



**Paul Rübigen (PPE).** - Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissar, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir befinden uns derzeit in einer Finanz- und Wirtschaftskrise, und ich glaube, dass gerade die Liquidität das Wichtigste in einer Krisensituation ist, nicht nur für die Banken und Betriebe, sondern insbesondere für die Arbeitnehmer. Liquidität setzt natürlich auch immer Bonität voraus, und deshalb ist die Diskussion um die Bonität in den Unternehmen, bei den Banken und bei den Arbeitnehmern ganz besonders wichtig.

Natürlich gründet sich die Bonität auf das, was man verdient, nämlich einerseits als Arbeitnehmer oder als Unternehmen oder als Bank. Wenn man nichts verdient, kann man natürlich auch keine Bonität und keine Liquidität haben, und da beginnt ganz einfach eine negative Spirale.

Deshalb ist es sehr wichtig, dass wir darauf achten, dass die Warengeschäfte in Zukunft nicht extra besteuert werden, sondern dass man sich Gedanken macht, wie bei reinen Finanztransaktionen ohne Hintergrund einer Dienstleistung oder eines Warengeschäftes eine so genannte Finanztransaktionsabgabe geleistet werden könnte, die einerseits dazu dienen könnte, eine Refinanzierung der Banken anzustreben, aber auch eine Refinanzierung der öffentlichen Haushalte, und damit natürlich die Grundlage dafür bilden könnte, dass neue Beschäftigung entsteht.

In Wahrheit ist es nicht akzeptabel, dass es Arbeitslosigkeit gibt. Arbeitslosigkeit ist letztlich auch das wesentliche Element, warum eine Finanz- und Wirtschaftskrise entsteht.

**Silvia-Adriana Țicău (S&D).** - (RO) Gemäß dem Vertrag von Lissabon ist die Wirtschaft der Europäischen Union eine soziale Marktwirtschaft. Unser Hauptanliegen muss es sein, neue Arbeitsplätze zu schaffen, Arbeitslosigkeit zu senken und uns von der Wirtschaftskrise zu erholen. Die Mitgliedstaaten in Südosteuropa sind mit großen Defiziten konfrontiert. Sie müssen die Schaffung neuer Stellen beleben und gleichzeitig eine langfristige, nachhaltige Fiskalpolitik aufrechterhalten. Bildung, Gesundheit, Landwirtschaft und Entwicklung von Verkehr- und Energieinfrastruktur bleiben die Hauptprioritäten für diese Mitgliedstaaten. Es ist wichtig, dass die Höhe der Agrarsubventionen in diesen Mitgliedstaaten denen der älteren Mitgliedstaaten gleichgestellt sind. Von der EU kann eine über einen Zeitraum von fünf Jahren angebotene Hilfe für die Zahlungsbilanz gewährt werden, wenn sich die begünstigten Mitgliedstaaten dazu verpflichten, ihr System für Steuern und Abgaben zu reformieren, oder wenn sie Maßnahmen ergreifen, ihre Verwaltungskapazität zu erhöhen, um europäische Fonds maximal ausschöpfen zu können. Diese Mitgliedstaaten brauchen auch Unterstützung bei der Modernisierung ihrer stark umweltverschmutzenden Industriezweige, um Emissionen zu senken, Stellen jedoch zu schützen und wirtschaftliche Entwicklung zu sichern. Als letzten Punkt möchte ich gerne hinzufügen, dass ich glaube, dass die Unterstützung dieser Mitgliedstaaten es erfordert, dass die Kohäsionspolitik für die Phase 2014-2020 die wirtschaftlich unterentwickelten europäischen Regionen weiterhin unterstützt.

**Diogo Feio (PPE).** - (PT) Herr Präsident, ich sollte damit beginnen, den Förderern dieser Debatte zu gratulieren, weil es wirklich sehr wichtig ist, dass wir die Situation wirtschaftlich schwächerer Länder und von Ländern außerhalb der Eurozone diskutieren. Das ist besonders der Fall zu einer Zeit, in der wir über Strategien, die aus der Krise führen sollen, diskutieren und wir die verschiedenen Situationen, denen sich die verschiedenen Länder gegenübersehen, berücksichtigen müssen. In vielen Wirtschaftssystemen Mittel- und Osteuropas ist die Lage schwierig, aber die Dinge fangen jetzt an, im westlichen Teil in vielen Wirtschaftssystemen innerhalb der Eurozone schwierig zu werden. Mein Land, Portugal, ist ein Beispiel. Die Strategie muss die verschiedenen Situationen berücksichtigen, die sich von einem Land zum anderen unterscheiden.

Mehrere verschiedene Wege können eingeschlagen werden. Es ist äußerst wichtig, eine geeignete Währungs- und Haushaltspolitik zu haben, wenn möglich, eine die zunehmend durch politische Kriterien bestimmt ist, die die Notwendigkeit der Liquidität von Unternehmen und Klein- und Mittelbetrieben berücksichtigen, die keine Hindernisse schaffen oder aufrechterhalten, die für Länder außerhalb der Eurozone sehr schwer zu überwinden sind, und die Druck auf nationale Regierungen ausüben, um die mittel- und langfristigen Reformen, die notwendig sind, auszuführen. Schlussendlich, wir müssen den Worten Taten folgen lassen. Kohäsion muss effektiv sein.

**Elena Băsescu (PPE).** - (RO) Dank der erfolgreichen Durchführung des Europäischen Konjunkturprogramms werden wir für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union nächstes Jahr, 2010, eine leichte Verbesserung verspüren.

Die Länder Mittel- und Osteuropas sind von der Krise auf verschiedene Weise getroffen worden. Einerseits hat Polen ein leichtes Wirtschaftswachstum verzeichnet und so die Krise vermieden, wohingegen Rumänien und Ungarn schweren Schaden durch die Wirtschaftskrise erlitten haben.

Rumänien hat dieses Jahr eine beispiellose Wirtschaftskrise durchgemacht, die auch noch durch die schlimme politische, durch die Sozialisten ausgelöste Instabilität verschärft wurde, die wegen der kommenden Präsidentschaftswahlen aus Wahlkalkül heraus die Regierung verlassen wollten. Es waren nur noch zwei Monate bis zu den Präsidentschaftswahlen. Der Abschied der Sozialisten aus der Regierung und die Einführung eines Misstrauensantrags im Parlament überließ Rumänien zwei Monate lang einer temporären Regierung mit eingeschränkten Befugnissen, die nicht in der Lage war, einen Entwurf des Haushaltsplans fertigzustellen und im Parlament zu verabschieden.

Infolgedessen verschob der Internationale Währungsfonds die Bereitstellung des dritten Abschnitts eines Darlehens in Höhe von 1,5 Mrd. EUR. Die Schweizer Regierung beschloss jedoch, uns ein nicht zurückzahlbares Darlehen in Höhe von ungefähr 120 Mio. EUR zu gewähren. Mein Land hat 8 % negatives Wirtschaftswachstum und eine Arbeitslosenrate zwei Punkte unter dem Durchschnitt der Europäischen Union verzeichnet. In Zukunft braucht die EU eine Strategie, die sich darauf richtet, dass Regierungen zugunsten der Unterstützung ihrer Volkswirtschaften zurücktreten. Das wird allerdings bis 2010 in Rumänien nicht möglich sein, da die mit dem IWF unterzeichnete Vereinbarung uns dies nicht erlaubt.

**Petru Constantin Luhan (PPE).** – (RO) Ich stimme dem Sprichwort zu, dass, wenn man vom Angeln kommt und jemanden auf dem Weg trifft, ihm das Angeln beibringen sollte statt ihm einen Fisch zu geben. Wir müssen allerdings wissen, dass wir ihnen das Angeln beibringen müssen. Ich beziehe mich an diesem Punkt auf die Staaten, die kürzlich der EU beigetreten sind und immer noch lernen müssen. Sie können das jedoch nicht im Alleingang. Wir müssen ihnen auch die finanziellen Mittel dafür geben. Ich persönlich glaube, dass eine gesunde Wirtschaft hauptsächlich aus mittelständischen Unternehmen besteht. Folglich müssen für diese Art von Wirtschaft die wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Kohäsionsstrategien primär auf die Bereitstellung von europäischen Kohäsionsfonds abzielen. Ich möchte gerne hinzufügen, dass die wirtschaftliche, soziale und territoriale Kohäsionspolitik der EU in letzter Zeit hinsichtlich des Definierens der Prioritäten der Europäischen Union vernachlässigt wurde.

*(Der Präsident unterbricht den Redner)*

**Victor Boștinăru (S&D).** – (RO) Zur Rede von Frau Băsescu kann ich nur anmerken: „O, les pauvres! Welch heilige Bescheidenheit im Europäischen Parlament.“

Zurück zu ernsteren Angelegenheiten: der Wirtschaftsrückgang in den Ländern von Mitteleuropa hat drastische Ausmaße erreicht. Die Ungleichheiten wachsen zwischen diesen Ländern und den reichen Ländern Westeuropas. Des Weiteren bleiben die Kapazitäten dieser Länder, wirtschaftliche und finanzielle Anreize zu erzeugen, auf einem so niedrigen Level, dass sie fast vernachlässigbar sind. Ich möchte die Europäische Kommission auf die Tatsache aufmerksam machen, dass als Folge der Sozialkosten, des beträchtlichen Anstiegs der Arbeitslosigkeit und der drastischen Etatkürzungen die Kapazitäten dieser Länder, die Kofinanzierung für Projekte mit europäischer Finanzierung bereitzustellen, auch verringert ist. All diese Faktoren verurteilen vielleicht diese Länder Mitteleuropas...

*(Der Präsident unterbricht den Redner)*

**Lajos Bokros (ECR).** – (ES) Ich möchte Herrn Almunia ein paar sehr einfache Fragen stellen, ohne die Schwierigkeiten des Übersetzens. Was halten Sie von einer Änderung der Kriterien des Vertrags von Maastricht, vielleicht ein neues Kriterium bezüglich der Zahlungsbilanz, eine Obergrenze bezüglich des Leistungsbilanzdefizits und der Auslandsverschuldung aufzunehmen?

Was halten Sie von der Wechselkurspolitik? Ist es besser, einen festen oder flexiblen Wechselkurs während einer Rezession aufrechtzuerhalten?

Auch in Hinsicht auf die Länder, die den Euro eingeführt haben, ohne Mitglieder der Europäischen Union zu sein: ist das ein Vorteil oder ein Nachteil für sie bei den Verhandlungen darüber, ihre Verantwortung in der Eurozone in der Zukunft zu übernehmen?

**Csaba Sógor (PPE).** – (HU) Herr Präsident, die Grippe erwischt diejenigen, die eine schwache Konstitution besitzen. Daher brauchen die Länder Mittel- und Osteuropas nicht nur eine „Impfung“, sondern auch etwas zur Stärkung ihrer Konstitution. Sie wissen, worauf ich hier Bezug nehme. Der Machtwechsel sollte unterstützt werden, nicht nur die Wirtschaft, obwohl, die sollte natürlich auch unterstützt werden. Der Grund ist, dass in einer großen Anzahl der Länder Mittel- und Osteuropas die Wirtschaft, die Medien und die Politik heute immer noch in den Händen derer ist, die diese Region in den letzten 40 Jahren systematisch ruiniert haben.

Daher sollten wir, was wir europäische Werte nennen, unterstützen, sodass – im Europa der Mehrsprachigkeit – nicht ein Land über die Notwendigkeit eines Sprachengesetzes debattieren wird und ein anderes nicht versuchen wird, Kollektivschuld als bloße Fußnote in den Vertrag reinzuschmuggeln statt europäischer Werte. Daher brauchen die Länder Mittel- und Osteuropas...

*(Der Präsident unterbricht den Redner)*

**Zigmantas Balčytis (S&D).** – (LT) Vielen Dank, Herr Präsident, Herr Kommissar, irgendwann im Jahr 2006 haben wir Litauer sogar auch versucht, den Euro einzuführen, aber leider die Kriterien um ein Hundertstel verfehlt. Trotzdem möchte ich Ihnen, Herr Kommissar, wirklich für die vorangegangene Zeit, die geleistete Arbeit und für die sehr gute Kooperation danken.

Was das heutige Problem betrifft, denke ich wirklich, dass sich die Bedingungen geändert haben und es wirklich einige gute Vorschläge gab, um einige Dinge zu überdenken. Keineswegs meine ich damit die Maastricht-Kriterien, vielmehr sehr elementare Dinge, die jedem Staat etwas Spielraum zur Preisregulierung einräumen werden. Das sind die verschiedenen Wechselkursmechanismen und viele andere Dinge.

Ich hätte gerne, dass die Europäische Kommission diesen Vorschlag berücksichtigt und möchte Herrn Verhofstadt, der vorschlug, dass wir in Zukunft vielleicht in der Lage sein werden, zusammenzusitzen und friedlich zu diskutieren, wie wir den Staaten Osteuropas, des Baltikums, helfen können, da die Arbeitslosigkeit wirklich...

*(Der Präsident unterbricht den Redner)*

**Joaquín Almunia, Mitglied der Kommission.** – (ES) Herr Präsident, meinen herzlichsten Dank an Herrn Verhofstadt, der diese Debatte initiierte, und an jeden Redner. Ich bin Ihnen sehr dankbar für Ihre Beiträge und Ideen.

Lassen Sie mich mit einer Redewendung von Herrn Verhofstadt beginnen. Er sagte, die Tatsache, dass es in Mittel- und Osteuropa Länder gibt, die nicht zur Eurozone gehören, bedeutet, dass es einen *'rideau de fer'* (einen eisernen Vorhang) gibt. Ich bin nicht dieser Meinung, weil einige der mittel- und osteuropäischen Länder, die noch nicht in der Eurozone sind, in außerordentlich schwierigen wirtschaftlichen Situationen stecken, und es gibt anderen, deren wirtschaftliche Situation nicht schwieriger ist als die der weiterentwickelten, fortschrittlicheren Länder. Die letzteren gehören schon länger zur Europäischen Union, sind schon viel länger finanziell von der Europäischen Investitionsbank und dem Strukturfonds unterstützt worden, gehören zur Eurozone und haben ähnlich ernste oder manchmal ernsthaftere Probleme als viele der Volkswirtschaften Mittel- und Osteuropas.

Das Problem ist daher nicht ein eiserner Vorhang, den es seit zwanzig Jahren nicht mehr gibt, und auch nicht, dass die der Europäischen Union zur Verfügung stehenden Instrumente in dieser Region nicht zum Einsatz kommen; denn sie werden benutzt, wie ich das in meiner Eingangsrede sagte. Einige von Ihnen haben darauf hingewiesen, während anderen scheinbar nicht bewusst ist, dass Instrumente in größerem Umfang genutzt werden als wir uns dies zu Beginn dieser Krise im Jahr 2007 haben vorstellen können.

Bei allem Respekt, aber das Problem ist nicht, wie die Kriterien zum Euro-Beitritt interpretiert werden, und wir haben das viele Male in diesem Haus debattiert. Das ist nicht das Problem. Es gab Kritik in diesem Haus an denjenigen, die damals entschieden, einigen jetzigen Mitgliedern der Eurozone zu erlauben, ihr beizutreten, als nicht besonders klar war, ob die Bedingungen erfüllt wurden. Was wir jetzt sehen, ist, dass die Volkswirtschaften, die nicht gut vorbereitet sind, eine Krise wie diese zu bewältigen, am meisten leiden, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Eurozone. Das ist das Problem, um das wir uns kümmern sollten.

Müssen wir mehr kooperieren? Natürlich müssen wir das. Müssen wir die europäischen Instrumente stärken? Natürlich müssen wir das. Die Kommission bittet den Rat und das Parlament darum. Auch das Parlament bittet die Kommission darum, und worum ich das Parlament bitte, ist, den Rat darum zu bitten, weil der Vorschlag der Kommission, dass die Maßnahmen des Europäischen Sozialfonds für die Jahre 2009 und 2010 in den Ländern, die vom Europäischen Sozialfonds profitieren, zu 100 % durch Europäische Ressourcen finanziert werden sollen, vom Rat nicht akzeptiert worden ist. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie dies dem Rat sagen könnten.

(FR) Das ist das letzte Mal, dass ich hier in meiner Rolle als Kommissar für Wirtschaft und Währung sein werde, und ich möchte Ihre Position, die ich genauso vertrete, dem ECOFIN-Rat übermitteln. Ich glaube, dass es in Zeiten wie diesen wirklich wichtig ist, den Strukturfonds und den Kohäsionsfonds anders als unter normalen Verhältnissen einzusetzen. Ich werde in meiner Muttersprache fortfahren.

(ES) Ich bin damit einverstanden. Ich bin mit vielen Ideen von den sechs von Herrn Verhofstadt erwähnten Punkten einverstanden, die er in einen Brief an den Präsidenten der Europäischen Kommission und den Präsidenten der Europäischen Investitionsbank schrieb. In vielerlei Hinsicht sind wir einer Meinung. In vielerlei Hinsicht handeln wir längst nach den Punkten, die er nannte. Ich habe direkt darauf Bezug genommen in meiner ersten Rede.

Jedoch, zu denken, dass es durch den Einsatz europäischer Instrumente möglich ist, keine schwierigen Anpassungen machen zu müssen, um die Folgen einer Rezession wie dieser zu bewältigen, zeigt einen Mangel an Bewusstsein der Schwere der Rezession, die wir erlitten haben, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Eurozone, in Mittel- und Osteuropa sowie in Westeuropa. Die Rezession hatte so schwere Ausmaße, dass wir uns vorstellen können, wie zum Beispiel Irland derart extrem schwierige Anpassungen gemacht hat, und zwar nicht, weil der Internationale Währungsfonds das sagt oder dies von Brüssel verhängt wurde, sondern weil die irischen Behörden es für den besten Weg halten, ihre Wirtschaft so schnell wie möglich darauf einzustellen und mit demselben Schwung von vor der Krise weiterzumachen.

Die sozialen Folgen dieser Anpassungen bereiten uns Sorgen, machen mir persönlich Sorgen, genauso viel oder sogar mehr als dem Parlament. Ich kann Ihnen sagen, da es allgemein bekannt ist, dass die Kommission durch den Einsatz der Fazilität für den Beistand bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten viele Anpassungen, die von den Regierungen der Länder vorgeschlagen wurden, die von diesen Ressourcen profitieren, zurückgeschraubt hat. Wir werden damit weitermachen. Wir haben auch soweit wie möglich versucht, die Beträge in den nationalen Haushaltsplänen zu bewahren, um die europäischen Fonds gemeinsam finanzieren zu können, weil andererseits die Senkungen der Investitionsausgaben, die zur gemeinsamen Finanzierung der europäischen Fonds hätten benutzt werden müssen, in diesen Ländern sehr negative Folgen gehabt hätten.

Wir sehen jedoch positive Zeichen, was auch wichtig ist, in einer Debatte wie dieser zu sagen. Im Oktober 2008 hätten wir dies in einer ähnlichen Debatte nicht sagen können. Im Dezember 2009 muss gesagt werden, dass es positive Zeichen gibt, dass wir anfangen, Licht am Ende des Tunnels zu sehen, und das schließt die Länder ein, die unter dieser Krise am meisten gelitten haben, wie Lettland, Litauen, Estland und Irland.

Wir haben immer noch eine Menge Unsicherheit vor uns und die Hindernisse, die wir nehmen müssen, sind groß, aber es ist Licht am Ende des Tunnels.

Wenn wir also die Rezession hinter uns haben, werden wir dann wieder genauso wie vorher weitermachen? Ich hoffe wirklich nicht! Da dies meine letzte Rede im Parlament zum Thema Wirtschaft als Kommissar für Wirtschaft und Währung ist, möchte ich Ihnen fünf Punkte nennen, die sich nicht unter den sechs Punkten von Herrn Verhofstadt befinden, die wir alle debattieren sollten.

Erstens: Nachdem, was wir aus dieser Krise gelernt haben, brauchen die Länder Mittel- und Osteuropas ein viel ausgewogeneres Wachstumsmodell. Sie können nicht einzig und allein von ausländischen Investitionen abhängig sein. Viele von Ihnen haben von Klein- und Mittelbetrieben gesprochen, und ich bin da Ihrer Meinung. Sie können auch nicht einzig und allein, oder fast allein, von ausländischen Banken abhängig sein; denn was die Aufsicht von Transaktionen des Finanzsystems betrifft, ist es sehr schwierig, Aufsichtsbehörden und eine Finanzpolitik zu haben, die den Interessen jedes einzelnen Landes gerecht werden, falls praktisch alle Banken nicht landeseigen sind und ihre strategischen Entscheidungen auf Grundlage der Interessen ihres Herkunftslandes treffen. Dazu muss ich allerdings sagen, dass sich die ausländischen Banken in diesen Ländern außerordentlich gut betragen, wie ich zuvor schon erwähnte.

Wir müssen den Ausschöpfungsgrad des Strukturfonds erhöhen. In der gegenwärtigen finanziellen Vorausschau haben wir einen sehr großen Betrag an Ressourcen zur Genehmigung vorgeschlagen, der während dieser Phase der finanziellen Vorausschau durch den Strukturfonds geleitet werden kann. In vielen Fällen haben die Länder Schwierigkeiten, diese Ressourcen zu nutzen, und da ist immer noch Handlungsspielraum, in manchen Ländern bis zu 4 % ihres jährlichen BIP. 4 % des jährlichen BIP und dieses Geld wird nicht hinreichend genutzt.

Wir müssen viel mehr Hilfe für die Integration von Infrastrukturen zur Verfügung stellen, und wir müssen weiter besprechen, wie dies zu tun ist. Es gibt Engpässe in Teilen der Region, die bis jetzt noch nicht durch Infrastrukturen überwunden werden konnten, um ihren Wirtschaftsraum und ihr produktives Gefüge ausreichend in Westeuropa zu integrieren.

Schließlich werden die sozialen Folgen der Krise mehr in Ländern gespürt, die kein ausreichendes Sozialversicherungssystem haben oder ein Sozialstaat sind. Das ist teilweise der Fall, weil diese Länder kein

ausreichendes Maß an Wachstum haben, keine Einnahmen oder kein Vermögen, aber es ist auch teilweise der Fall, weil – und das muss gesagt werden – in den Jahren vor der Krise in einigen dieser Länder eine Steuerpolitik nach dem Motto „weniger ist mehr“ herrschte, und wenn Geld zur Finanzierung staatlicher Aktionen gebraucht wird, ist da keins, weil es keine Einnahmen gibt. Das muss ebenfalls zukünftig berücksichtigt werden.

**Der Präsident.** – Die Aussprache ist beendet.

*Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)*

**Elena Oana Antonescu (PPE), schriftlich.** – (RO) Zu einer Zeit, in der die globale Wirtschaftskrise Europa anhaltend beeinträchtigt, bekommen die Staaten Mittel- und Osteuropas ihre Wirkungen aufgrund der existierenden Ungleichheiten in der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen den alten Mitgliedstaaten und denjenigen, die während der letzten Beitrittsrunden dazukamen, noch intensiver zu spüren. Die Wirtschaftskrise vergrößert diese Ungleichheiten und übt damit zusätzlichen Druck auf die Regierungen dieser Länder aus, die schwere makroökonomische Verhältnisse – die sozialen Auswirkungen der Krise – zu bewältigen haben, während sie auch Probleme lösen müssen, die aus der Anfälligkeit des Finanzsystems und der Nachhaltigkeit der staatlichen Gesundheitsfürsorge und Sozialversicherungssysteme entstehen. Unter Berücksichtigung dieser wirtschaftlichen und sozialpolitischen Zwänge hoffe ich, dass die Kommission einen integrierten Plan verabschiedet wird, mit Schwerpunkt auf den besonderen Problemen in dieser Region. Es muss ein Plan sein, der die Bemühungen unterstützt, die diese Staaten unternehmen, um ein wirtschaftliches und soziales Gleichgewicht aufrechtzuerhalten. Die Länder Mittel- und Osteuropas haben Kredite vom IWF, der Weltbank und der Europäischen Union aufgenommen, in dem Versuch, ihre innenpolitischen Probleme zu bewältigen. Die Finanzmittel werden jedoch nicht so schnell zur Verfügung gestellt, wie es erforderlich wäre, um die von diesen Regierungen verabschiedeten Maßnahmen zu unterstützen. Aus diesem Grund fordere ich, dass diese Mittel schneller zur Verfügung gestellt werden und ein Plan verabschiedet wird, der die Wirtschaft in dieser Region unterstützen wird.

**Sebastian Valentin Bodu (PPE), schriftlich.** – (RO) Rumänien und Bulgarien spüren die vollen Auswirkungen des Konjunkturtiefs der Weltwirtschaft, das die letzten beiden der Europäischen Union beigetretenen Länder vor dem Hintergrund der Ungleichheit mit den entwickelten Ländern der anderen Mitgliedstaaten schwer getroffen hat. Die letzte Eurobarometer-Umfrage betont, dass die Bevölkerungen beider Länder erklären, dass sie über den Kurs der wirtschaftlichen Entwicklung ihres Landes sehr besorgt sind sowie darüber, wie die Krise jeden Bürger persönlich beeinflusst. Zusätzlich zu den Schlussfolgerungen der Eurobarometer-Umfrage werden die Auswirkungen der Krise in der Mitte des Winters nur noch schlimmer. Die nationalen Regierungen haben die Pflicht, die besten Maßnahmen zu verabschieden, damit sie ohne drastische soziale Folgen den Winter überstehen. Der Internationale Währungsfonds und die Europäische Kommission waren daran beteiligt, Rumänien und Bulgarien zu helfen, sowohl finanziell als auch durch die Bereitstellung von Fachwissen, indem sie bestimmte makroökonomische Indikatoren festgelegt haben. Eine größere Beteiligung der Europäischen Kommission an der Stabilisierung der rumänischen und bulgarischen Wirtschaft wird sich vorteilhaft auf die gesamte Europäische Union auswirken, die sich im Moment keine größeren Ungleichgewichte erlauben kann. Alle EU-Mitgliedstaaten sind von den verschiedenen Aspekten der Krise betroffen. Es ist allerdings offensichtlich, dass die neuen Mitgliedstaaten schwerere Zeiten durchmachen als die alten Mitgliedstaaten mit ihrer gut eingespielten Wirtschaft. Solidarität ist einer der Grundwerte der Europäischen Union, und eine wirtschaftliche Rezession ist ein guter Zeitpunkt, dieses zu zeigen.

**András Gyürk (PPE), schriftlich.** – (HU) Zu Beginn des Jahres stellten wir erfreut fest, dass über 3 Mrd. EUR für Verbesserungen der Energieeffizienz bereitgestellt wurden, und zwar als Teil des damals eingeführten Pakets zur Wirtschaftsförderung. Die Europäische Kommission erkannte zu Recht an, dass Unterstützung für sowohl die Schaffung alternativer Versorgungswege als auch die Zusammenschaltung der Energienetze erforderlich war. Unsere Freude vermischt sich allerdings mit einem gewissen Grad an Enttäuschung. Wenn wir uns die spezifischen Fördersätze anschauen, können wir sehen, dass das Förderpaket Mittel- und Osteuropa vernachlässigt, die Region, die in Sachen Energieversorgung am verletzlichsten ist. Die französisch-belgische Gasverbindung erhält mehr Unterstützung als die mittel- und osteuropäischen Verbindungen. Während die französisch-belgische Verbindung die siebte sein wird, die zu den bestehenden sechs hinzukommt, fehlt es in den neuen Mitgliedstaaten an dieser Art der Infrastruktur. Zusätzlich zu dieser Angelegenheit waren wir außerdem nicht glücklich darüber, dass die Verbesserungen der Energieeffizienz komplett aus dem Förderpaket ausgelassen wurden. Das war jedoch genau der Bereich, wo das Hauptziel des Pakets am leichtesten hätte erreicht werden können, und zwar im Bereich Schaffung von Arbeitsplätzen. Aufgrund der erwähnten Mängel glauben wir, dass zwei Dinge von größter Wichtigkeit sind. Erstens: Zukünftige Unterstützungspläne

müssen sich auf solche Regionen konzentrieren, wo Investitionen in Energie die größte Wertschöpfung haben. Zweitens: Energieeffizienz, die häufig in EU-Kreisen erwähnt wird, kann nicht vergessen werden, wenn Haushaltsbeschlüsse in der Zukunft gemacht werden, besonders, wenn wir wissen, dass eine effizientere Energieverwendung kurzfristig bereits absolut spektakuläre Ergebnisse produzieren kann.

**Tunne Kelam (PPE)**, *schriftlich*. – Ich gratuliere der Kommission für ihre Bemühungen zur Unterstützung der europäischen Wirtschaft. Das Wissen, dass die EU Maßnahmen bereitstellt für diejenigen, die es am meisten nötig haben, bestätigt abermals und stellt sicher, dass wir alle aus dieser Wirtschaftskrise gestärkter hervorgehen. Ich möchte gerne die Wichtigkeit hervorheben, alle momentan existierenden Wirtschafts-, Handels- und Freizügigkeitsbarrieren auf dem Arbeitsmarkt zu verlieren. Die Einbindung des Europäischen Binnenmarktes muss kurzfristig das Hauptziel sein. Nur das hilft uns, effektiv jede zukünftige Krise auszuhalten. Einer der stärksten Anreize der EU, ist, Teil der Eurozone zu sein. Der Euro ist ein wichtiger Anreiz für Investitionen und Wirtschaftswachstum und mindert die Anfälligkeit. Ich hoffe aufrichtig, dass mein eigenes Land, Estland, bei der Erfüllung der für den Beitritt zur Eurozone notwendigen Kriterien erfolgreich sein wird. Estland ist eins der Länder mit den niedrigsten Auslandsschulden in Europa und hat während des Wirtschaftswachstums genügend Reserven angelegt, um nun in der Lage zu sein, die Krise mit seinen eigenen Mitteln zu bestreiten. Des Weiteren bin ich überzeugt, dass die aktuellen Mittel aus den europäischen Fonds und die Aussichten auf den Beitritt zur Eurozone uns bald erlauben werden, nächstes Jahr die Arbeitslosigkeit effektiv zu senken.

**Wojciech Michał Olejniczak (S&D)**, *schriftlich*. – (PL) Meine Damen und Herren, über ein Jahr nach dem größten Schock für die amerikanische Gesellschaft seit dem 11. September, der Insolvenzerklärung der Investmentbank Lehman Brothers, sind wir aufgrund weiterer Erfahrung klüger. Was sich in den letzten 12 Monaten ereignet hat, ist ein klarer Beweis für die falschen Annahmen neoliberaler Politik, und genau wie der 11. September hat es uns dazu gebracht, die Welt aus einer anderen Sicht zu sehen. Die Wirtschaftskrise hat sich im Grunde auf jeden Teil der Welt ausgewirkt, aber am wichtigsten für mich ist, dass sie viele Millionen Europäer in Mitleidenschaft gezogen hat. Der von der Weltbank vor einigen Tagen veröffentlichte Bericht lässt keinen Zweifel darüber offen, dass die EU-Mitgliedstaaten in Osteuropa Hilfe brauchen, und das nicht nur im Bereich ihrer inneren Angelegenheiten. Wenn die Krise 11 Millionen Einwohner von Osteuropa und Zentralasien in die Armut treiben kann, können wir unter keinen Umständen mit weiteren 23 Millionen, denen bis Ende 2010 das Gleiche widerfahren wird, Frieden sein. Finanzielle Unterstützung ist unerlässlich, intellektuelle Unterstützung aber auch, um passende Sozialprogramme für Länder einzurichten, die die Auswirkungen der Krise besonders zu spüren bekommen. Während früherer Krisen konnten Familien sich selbst retten, indem sie auswanderten oder mehrere Jobs hatten. Die heutige Krise hat eine globale Dimension, die diese Art von Lösung unmöglich macht. Wenn wir nicht weitere Auswirkungen der Ereignisse von vor einem Jahr sehen wollen, dann sollten wir bedeutend mehr europäische Fonds mobilisieren, es zu unserem Ziel machen, Beschäftigung zu fördern und internationale Zusammenarbeit zu stärken. All diese Maßnahmen sollten sich auf eine Sache konzentrieren – Sozialpolitik.

**Czesław Adam Siekierski (PPE)**, *schriftlich*. – (PL) Die Länder Mittel- und Osteuropas haben die Auswirkungen der Wirtschaftskrise besonders hart zu spüren bekommen. Fallende Wirtschaftsindikatoren waren letztes Jahr die Realität in vielen Ländern und das nicht nur in unserer Region. Es sollte jedoch betont werden, dass verschiedene Länder mit der Krise mit unterschiedlichem Erfolg zurechtkamen. Der eindeutige Führer der Länder in der Region mit günstigen Ergebnissen ist Polen. Wie Herr Almunia während der Debatte zugab, ist Polen das einzige Land, das einer Rezession entgangen ist und eine positive Wachstumsdynamik während der Krise aufrechterhielt. Trotz der Tatsache, dass sich die Wirtschaftssituation in der Region langsam stabilisiert, lohnt es sich, darüber nachzudenken, welche Maßnahmen unternommen werden sollten, um das Wirtschaftswachstum wiederherzustellen und ähnliche Turbulenzen zukünftig zu vermeiden. Kurzfristig sollten die Regierungen der betroffenen Länder resolutere Strategien verabschieden, um der Krise zu entkommen. Sie müssen die Haushaltsausgaben ausgleichen, Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung aktiv bekämpfen und einerseits Bedingungen für die Entwicklung von Unternehmen schaffen sowie andererseits Bedingungen für eine wachsende Nachfrage kreieren. Externe Hilfe ist genauso wichtig wie Maßnahmen auf nationaler Ebene. Europäische und internationale Finanzinstitutionen sollten eine spezielle Kreditlinie für Klein- und Mittelbetriebe und für die Unterstützung von Infrastrukturprojekten einrichten. Diese Maßnahmen würden sicherlich ein Beschäftigungswachstum und eine Verbesserung der sozialen Lage bringen. Langfristig scheint die beste Lösung der Eintritt in die Eurozone und die Schaffung der Bedingungen für ausgeglichenes und stabiles Wachstum zu sein.

**Csaba Sándor Tabajdi (S&D)**, *schriftlich*. – (HU) Während des vergangenen Jahres wurde die Schlacht gegen die Krise hauptsächlich auf Ebene der Mitgliedstaaten unter Verwendung der Instrumente der Mitgliedstaaten

geführt. Die Mitgliedstaaten der EU erwogen, hauptsächlich auf nationaler Ebene statt auf EU-Ebene Maßnahmen zu ergreifen, als es zum Wirtschaftsaufschwung kam, indem sie Unternehmen Hilfestellung gaben und Arbeitsplätze erhielten. In einigen Fällen mangelte es sogar am minimal erwarteten Maß in Sachen Koordination, Vereinbarung und Kooperation. Die alten Mitgliedstaaten mit ihrer stärkeren Wirtschaft und mehr Spielraum in finanzieller Hinsicht stellten Pakete zusammen mit Hauptschwerpunkt auf ihren Inlandsmärkten und in vielen Fällen protektionistischen, wettbewerbsverzerrenden Instrumenten. Ein eklatantes Beispiel hierfür war die von Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy angebotene Unterstützung für Peugeot unter der Bedingung, dass die Arbeitsplätze in Frankreich erhalten bleiben, während in dem effizienteren slowenischen Werk des Unternehmens Arbeitnehmer entlassen werden mussten.

Ähnliche Diskriminierung kann man in Verbindung mit dem Finanzsektor in Mitteleuropa und dem Ostseeraum antreffen, da westliche Mutterfirmen bis zum heutigen Tage Gewinne ihrer in diesen Regionen ansässigen Tochtergesellschaften umleiten. Die Kreditklemme hat einen besonders harten Einfluss auf den Sektor der kleinen und mittleren Unternehmen, die die Mehrheit der Arbeitsplätze stellen und Arbeiter in großen Zahlen infolge der Schrumpfung der Exportmärkte und des Rückgangs der Entwicklungsmöglichkeiten auf die Straße setzen. Das bedeutet, dass die Wirtschaftskrise unausweichlich zu einer Beschäftigungs- und Sozialkrise wird. Aus diesem Grund bitte ich die EU15-Regierungen einmal mehr, ihr Möglichstes zu tun, protektionistische Maßnahmen zu blockieren und Stellung gegen das Verhalten der inländischen Banken, die die Grundsätze des Binnenmarkts verletzen, zu beziehen.

**Iuliu Winkler (PPE), schriftlich.** – (HU) Die globale Wirtschaftskrise hatte einen uneinheitlichen Effekt auf die verschiedenen Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Die neuen Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa haben sich als die verwundbarsten erwiesen. In der Realität zeigte sich, dass die Mitgliedstaaten ungleichen Zugriff auf die Instrumente des Europäischen Konjunkturprogramms hatten. Uns ist auch aufgefallen, dass die Mitgliedstaaten in der Eurozone den besten Schutz gegen die Krise genossen. Es ist kein Zufall, dass die Folgen der Krise in denjenigen Ländern schlimmer zu spüren waren, die nicht von den Instrumenten des Konjunkturprogramms profitierten und keine Mitglieder der Eurozone waren. Das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon hat das Ende der Phase der institutionellen Reform der Europäischen Union markiert.

Jetzt sind gemeinsame Anstrengungen erforderlich, um den Zusammenhalt der Europäischen Union zu stärken. Das ist eine unerlässliche Voraussetzung für die EU, um aus dieser Krise gestärkt und als entscheidender globaler Akteur hervorzugehen. Die Auswirkungen der Sozial- und Beschäftigungskrise werden 2010 am stärksten zu spüren sein. Die neuen Mitgliedstaaten werden definitiv ihre Hauptopfer sein. Was wir brauchen ist ein Konjunkturprogramm, das wirklich allen Mitgliedstaaten gleichermaßen zugänglich ist. Zudem müssen die Bedingungen für den Beitritt zur Eurozone flexibler gestaltet werden. Diese offensichtlichen Maßnahmen werden zur Schaffung eines starken Europas beitragen und es zu einer Gemeinschaft von einer halben Milliarde Bürgern machen, die sich zu denselben Werten bekennen und von denselben Ideen geleitet werden.

## **18. Erfahrungen mit der Anwendung der Verordnungen des Europäischen Parlaments und des Rates über Lebensmittelhygiene (Aussprache)**

**Der Präsident** Der nächste Tagesordnungspunkt ist die Debatte zur mündlichen Anfrage von Herrn Horst Schnellhardt im Namen der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) an die Kommission bezüglich der Erfahrungen mit der Anwendung der Hygieneverordnungen des Europäischen Parlaments und des Rates (EG) Nr. 852/2004, (EG) Nr. 853/2004 und (EG) Nr. 854/2004 (O-0151/2009 – B7-0237/2009) gemacht wurde.

**Horst Schnellhardt, Verfasser.** – Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Ich bedanke mich recht herzlich bei der Kommission für die Mitteilung über die Erfahrungen mit der Anwendung der Hygieneverordnungen. Das ist sehr wichtig, und der Inhalt der Mitteilung ist sehr überzeugend. Ich möchte Sie dabei sehr unterstützen. Es ist das wiedergegeben, was in den letzten drei Jahren in der Praxis abgelaufen ist.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir bei den Hygieneverordnungen einen Paradigmenwechsel vollzogen haben. Wir haben den Binnenmarkt gestärkt, wir haben die gesundheitliche Unbedenklichkeit der Lebensmittel verbessert, und wir haben die Verantwortung der Lebensmittelunternehmer gestärkt. Das ist eine wesentliche Veränderung, und deswegen haben wir natürlich auch einige Probleme festzustellen, die insbesondere bei der Zulassung von kleinen und mittleren Unternehmen aufgetreten sind. Es gibt schon einige Metzgereien, die ihre Tätigkeit eingestellt haben. Hier sollten wir noch einmal Revue passieren lassen,

dass das daran liegt, dass sehr oft die Flexibilität nicht angewendet wurde, die in den Verordnungen vorgesehen ist, und dass – was ich besonders kritisiere – der Erfahrungsaustausch zwischen den einzelnen kontrollierenden Bereichen und dem europäischen Veterinäramt nicht durchgeführt wurde.

Wenn die Kommission jetzt feststellt, dass sie keine Veränderungen vornehmen möchte, muss ich Einspruch einlegen. Ich denke, es ist doch notwendig, auch wenn es nur kosmetische Korrekturen sein sollen, dass wir insbesondere auf Folgendes eingehen: Wir sollten daran denken, dass die Information innerhalb der Lebensmittelkette zu streng gefasst ist. Hier sollten wir etwas ändern. Wir sollten überlegen, ob andere Methoden der Fleischuntersuchung angebracht sind. Wir sollten insbesondere die in der Verordnung 882 vorgesehene Akkreditierung von Trichinenlaboratorien nicht weiter aufrechterhalten. Wir brauchen für die anwendenden Bereiche Planungssicherheit. Deswegen wende ich mich insbesondere gegen diese Vorschrift, die hier vorgesehen ist. Im Großen und Ganzen sollten wir doch kurz und bündig Veränderungen vorschlagen, damit wir hier nicht bis 2013 wieder Übergangsvorschriften genehmigen. <

**VORSITZ: Isabel DURANT**

*Vizepräsidentin*

**Joaquín Almunia**, *Mitglied der Kommission*. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin Vassiliou hat mich gebeten, sie dafür zu entschuldigen, dass sie bei dieser mündlichen Anfrage zum Bericht der Kommission zu den Erfahrungen mit der Anwendung der Hygieneverordnungen nicht anwesend sein kann.

Im Namen der Kommission würde ich gerne betonen, dass der Bericht auf Informationen der maßgeblichen Interessenvertreter sowohl aus dem öffentlichen als auch aus dem privaten Sektor basiert, und dass das Ergebnis dieser Konsultationen positiv war. Es wurden keine wesentlichen Schwierigkeiten festgestellt, einige Bereiche sind jedoch noch verbesserungsfähig.

Erstens bin ich mir – was die spezifischen Fragen angeht – des Problems der Wiederzulassung von Kleinbetrieben bewusst. Diese Probleme können mithilfe der in den Verordnungen vorgesehenen Flexibilitätsbestimmungen gelöst werden, die auf nationaler Ebene umzusetzen sind. Wo dieser Ansatz nicht verfolgt wurde, sind in bestimmten Mitgliedstaaten Schwierigkeiten aufgetreten. Das Lebensmittel- und Veterinäramt führt derzeit spezifische Maßnahmen durch, um die optimale Anwendungsweise dieser Flexibilität für kleine Schlachtbetriebe mit Blick auf deren weitere Ausbreitung zu ermitteln. Da die Mitgliedstaaten bis Ende dieses Jahres noch über die Gewährung oder Ablehnung von Zulassungen entscheiden können, kann ich zu diesem Zeitpunkt nicht sagen, wie viele kleine und mittlere Betriebe keine Zulassung erhalten haben.

Zweitens zielen die Flexibilitätsbestimmungen ganz allgemein darauf ab, die Lebensmittelvielfalt zu schützen und Kleinerzeugern zu helfen. Die Umsetzung nationaler Maßnahmen zur Anwendung der Flexibilität und deren Übermittlung an die Kommission sorgen bei Kleinerzeugern für Rechtssicherheit und tragen den Besonderheiten kleinerer Betriebe Rechnung. Gleichzeitig wird die Lebensmittelvielfalt, worunter beispielsweise die traditionellen Wurst- oder Käse-Herstellungsverfahren fallen, gewährleistet, ohne die Lebensmittelsicherheit zu gefährden.

Um die korrekte Anwendung der Flexibilitätsbestimmungen zu fördern hat die Kommission verschiedene Leitfäden herausgegeben. Dies sollte für zusätzliche Transparenz und Rechtssicherheit sorgen. Es ist ebenfalls wichtig, daran zu erinnern, dass die Kommission in dem Bestreben, den Verwaltungsaufwand insbesondere für sehr kleine Unternehmen zu verringern, bereits vorgeschlagen hatte, die Verordnung entsprechend zu ändern. Wie Sie wissen wurde dieser Vorschlag jedoch noch nicht angenommen.

Drittens beinhalten die Informationen zur Lebensmittelkette auch eine schriftliche Informationsübermittlung des Haltungsbetriebs an den Schlachthof und dessen Amtstierarzt. Diese Informationen liefern grundlegende Daten, um eine risikoorientierte Kontrolle zu gewährleisten. Den zuständigen Behörden wurde erst kürzlich gestattet, von der Bestimmung, gemäß welcher die Informationen mindestens 24 Stunden im Voraus an den Schlachthof zu übermitteln sind, abzuweichen.

Darüber hinaus freue ich mich ankündigen zu dürfen, dass die Kommission im nächsten April einen Runden Tisch mit allen betroffenen Parteien zu möglichen Korrekturen hinsichtlich der Fleischuntersuchungen organisieren wird, um deren Wirksamkeit vor dem Hintergrund der jüngsten Gefährdungstendenzen zu prüfen.

Abschließend möchte ich noch betonen, dass Laboratorien, die an amtlichen Kontrollen beteiligt sind, akkreditiert sein müssen, damit höchste Qualität und Einheitlichkeit der Analyseergebnisse gewährleistet



und somit die Lebensmittelsicherheit nicht gefährdet wird. Dies ist für das reibungslose Funktionieren des täglichen Handels innerhalb der EU und für eine Erleichterung des Handels mit Drittländern von wesentlicher Bedeutung. Dennoch hat die Kommission kürzlich einer Verlängerung der Übergangszeit für Untersuchungen auf *Trichinella* bis Ende 2013 zugestimmt, um den Laboratorien mehr Zeit für eine Akkreditierung einzuräumen.

**Christa Klaß**, *im Namen der PPE-Fraktion.* – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Ich bedanke mich bei dem Kollegen Horst Schnellhardt für die Fragestellung. Somit haben wir Gelegenheit gute und weniger gute Erfahrungen bei der Umsetzung der Verordnung einzubringen. Mit der Hygieneverordnung werden Hygienevorschriften für die Fleischproduktion gesetzt.

Die Konsultation der Kommission zeigt, dass es gute Fortschritte gibt, und dass die Anwendung der Vorgaben im Großen und Ganzen gut funktioniert. Die Befürchtung, dass die kleinen und handwerklichen Betriebe durch zu strenge Vorgaben kaputt gehen, hat sich dank der Ausnahmen für Kleinbetriebe in den meisten Fällen nicht bewahrheitet. Allerdings zeigt die Konsultation auch deutlich, dass es noch in vielen Fällen Anwendungsprobleme gibt. Das bestätigen auch die Informationen, die ich von Betrieben und den Kontrollämtern aus meiner Heimatregion erhalte.

Dadurch, dass den örtlichen Behörden sehr viel Spielraum in ihren Entscheidungen gelassen wird, können sie im Einzelfall auf die Bedürfnisse der kleineren und handwerklichen Fleischereien eingehen. Das ist sicherlich gut und wichtig, denn nur so werden die kleineren Metzgereien in ihrer Produktvielfalt mit den Herausforderungen für Frische und Qualität nicht von der überbordenden Bürokratie erdrückt. Diese Flexibilität hat allerdings dann ihre Grenzen, wenn dadurch Ausnahmeregelungen und die Vorschriften je nach Willen und Vorstellung der kontrollierenden Behörde unterschiedlich interpretiert werden.

Dadurch entstehen gravierende Wettbewerbsverzerrungen, nicht nur zwischen den Mitgliedstaaten sondern auch innerhalb der Staaten. Wir brauchen daher eine Verbesserung der Hygieneverordnung, damit sie den Kontrolleuren mehr Rechtssicherheit und mehr rechtliche Handhabung gibt. Ihnen muss eine ausreichende rechtliche Maßnahme z.B. in Form von Bußgeldtatbeständen an die Hand gegeben werden.

Hier besteht noch große Rechtsunsicherheit, Herr Kommissar, die unbedingt beseitigt werden muss, und wir erwarten hier den Vorschlag der Kommission.

**Karin Kadenbach**, *im Namen der S&D-Fraktion.* – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, wertres Hohes Haus! Zuerst möchte all jenen gratulieren, die am Zustandekommen der Hygieneverordnungen mitgewirkt haben, denn die vorliegende Mitteilung der Kommission über die Erfahrungen mit der Anwendung der Hygieneverordnungen zeichnet ein überwiegend positives Gesamtbild. Das ist nicht geringzuschätzen, denn wie schon ausgeführt wurde, sind diese neuen Verordnungen ein Paradigmenwechsel in der Lebensmittelhygienepolitik.

Dieser innovative Charakter war auch der Grund, warum bereits drei Jahre nach Inkrafttreten ein erster Erfahrungsbericht zu erstellen war. Mitgliedstaaten und Lebensmittelunternehmen zeigten sich allgemein zufrieden und meldeten gute Fortschritte bei der Anwendung. Nach Ansicht der Mitgliedstaaten und der privaten Interessenverbände gibt es weder für die Unternehmen noch für die Behörden größere Schwierigkeiten. Sie sind einhellig der Auffassung, dass diese Vorschriften sicherlich einiger Anpassungen bedürfen, jedoch dass keine grundsätzliche Überarbeitung notwendig ist. Die Herausforderung, auf der einen Seite den Konsumentinnen und Konsumenten die höchstmögliche Qualität und Sicherheit in Bezug auf die Produkthygiene zu gewährleisten, und andererseits auf die Bedürfnisse der Unternehmen, und hier im speziellen der Kleinstunternehmen, flexibel reagieren zu können, ist durch die geltenden Bestimmungen bereits zu meistern.

Nach dem Leitsatz „Wer aufhört, besser zu werden, hat aufgehört, gut zu sein“ sind natürlich im Zuge der Berichterstellung gemeldete Probleme – wie bereits vom Kollegen Schnellhardt angesprochen – auf ihre Ursachen hin zu untersuchen und gegebenenfalls Lösungsvorschläge auszuarbeiten. Es ist sicher auch notwendig, die Umsetzung des Hygienepakets weiter intensiv zu verfolgen, da es einigen Mitgliedstaaten noch zu früh war, eine ausgewogene und detaillierte Bewertung vorzunehmen. Erst, wenn auch hier eine umfassende Beurteilung vorliegt, sollte darüber entschieden werden, ob und, wenn ja, welche Änderungen der Lebensmittelhygieneverordnungen vorzunehmen sind.

**Joaquín Almunia**, *Mitglied der Kommission.* – Frau Präsidentin, zunächst möchte ich allen für ihre Beiträge zu dieser Aussprache danken. Wir sind der Ansicht, dass der Juli-Bericht als Ausgangspunkt für eine Diskussion über mögliche Verbesserungen an den Verordnungen dient, und die Kommission wird zu gegebener Zeit

prüfen, ob Änderungen an der Gesetzgebung erforderlich sind. Wir begrüßen die Beiträge der Abgeordneten sehr; Ihre Ausführungen sind für unsere Arbeit sehr hilfreich, um zu gegebener Zeit neue Initiativen auf den Weg zu bringen.

Wir freuen uns auf eine weitere Zusammenarbeit mit dem Parlament und auch mit den Mitgliedstaaten, den Interessenvertretern sowohl aus dem privaten als auch aus dem öffentlichen Sektor, und ich bin sicher, dass wir alle ein gemeinsames Ziel haben, nämlich eine bestmögliche Lebensmittelsicherheit zu erreichen. Dies ist, so glaube ich, die wichtigste Schlussfolgerung, die wir aus der Aussprache von heute Abend ziehen können.

**Die Präsidentin.** – Die Aussprache wird beendet.

## 19. Europäische Aktion für die Opfer des Terrorismus (Aussprache)

**Die Präsidentin.** – Der nächste Punkt ist die Erklärung der Kommission zur Europäischen Aktion für die Opfer des Terrorismus.

**Jacques Barrot, Vizepräsident der Kommission.** – (FR) Frau Präsidentin, ich möchte den Bemerkungen meines Kollegen Herrn Almunia beipflichten. Opfer des Terrorismus sind Opfer von Anschlägen, die auf die demokratischen Werte unserer Gesellschaften verübt werden. Diese Opfer vergegenwärtigen uns natürlich diese menschliche Tragödie, die der Terrorismus ist. Wir haben die Pflicht, uns mit ihnen solidarisch zu zeigen, sie anzuerkennen und zu unterstützen.

Die Kommission muss hier gleich zwei Rollen übernehmen. Erstens muss sie bei unseren Bürgern ein Bewusstsein darüber schaffen, was Opfer des Terrorismus durchmachen, wie sie leiden, und sie muss gewährleisten, dass die Interessen der Opfer auf europäischer Ebene besser vertreten werden. Zweitens muss sie darauf hinarbeiten, dass es keine Opfer mehr gibt, damit dieser Terrorismus ein Ende nimmt. Dies ist die Politik zur Terrorismusverhütung.

Seit 2004 hat die Kommission eine Reihe von Projekten finanziell unterstützt, die darauf abzielen, den Opfern und ihren Familien die Hilfe und die soziale und psychologische Unterstützung zukommen zu lassen, die sie brauchen. Diese Projekte dienen dem Ziel, die Solidarität der europäischen Bürger gegenüber den Opfern des Terrorismus zu erhöhen. Für diese Initiative wurden allein im Jahr 2008 Mittel in Höhe von 2,2 Mio. EUR bereitgestellt.

Zusätzlich zu diesen Maßnahmen betreibt die Kommission seit 2008 ein Europäisches Netzwerk der Opfer des Terrorismus. Ziel dieses Netzwerkes ist die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von Verbänden der Opfer des Terrorismus und ein besserer Schutz der Interessen der Opfer auf EU-Ebene. Hierfür haben wir Mittel in Höhe von 200 000 EUR bereitgestellt.

Dieses Netzwerk ist in mehreren Bereichen aktiv: es bewertet die Unterstützung und den Schutz, die bzw. der diesen Opfern gegenwärtig zukommt, und fördert Aktivitäten, die auf eine Verbreitung der bewährten Vorgehensweisen abzielen. Die von diesem Netzwerk aufgezeigten Aktivitäten stellen für die Arbeit der Kommission eine sehr nützliche Basis dar.

Schließlich möchte die Kommission in einem Kontext, in dem der Schutz der Bürger auch weiterhin im Mittelpunkt unserer Politik stehen muss, die Maßnahmen zum Schutz der Opfer intensivieren. Sie beabsichtigt Maßnahmen zu unterstützen, die Opfer des Terrorismus dazu ermutigen, von ihren Erfahrungen zu berichten. Dabei geht es darum, bei den europäischen Bürgern ein größeres Bewusstsein für die Realität des Terrorismus zu schaffen, den Terrorismus zu verhindern. Man darf nicht vergessen, dass Terrorismus oft das Ergebnis eines Phänomens der Indoktrination und Radikalisierung ist.

Darüber hinaus sollten es diese Maßnahmen ermöglichen, eine Botschaft des Friedens auszusenden, die demokratische Werte fördert. Daher beabsichtigt die Kommission, eine Charta für die Rechte der Opfer des Terrorismus zu erstellen. Ich persönlich schließe mich all denen an, die ihrer Wut über all diese Terroranschläge Ausdruck verliehen haben und unterstütze unsere Anstrengungen, Solidarität mit den Opfern des Terrorismus zu zeigen.

Frau Präsidentin, ich werde mir jetzt die Beiträge der verschiedenen Abgeordneten anhören und diese so gut wie möglich beantworten.

**Teresa Jiménez-Becerril Barrio**, *im Namen der PPE-Fraktion.* – (ES) Ich würde gerne anmerken, dass die Mehrheit der Regierungen und Bürger nur bei einem schweren Anschlag wie dem in Madrid, New York oder London an die Opfer des Terrorismus denkt. Sobald die Welle der Emotion vorüber ist, tendieren sie dazu, die terroristische Bedrohung und die Rechte der Opfer zu vergessen.

Heute jedoch gibt es keinen Zweifel daran, dass sich die Europäische Union dem Kampf gegen den Terrorismus verschrieben hat. Wie Kommissar Barrot eben erwähnt hat, spiegelt sich dies auch im kürzlich angenommenen Stockholm-Programm wider, welches den Mut und die Würde der Opfer und die Notwendigkeit der Verteidigung ihrer Rechte anerkennt.

Trotz dieser Fortschritte beruhte der Kampf gegen den Terrorismus schon immer auf dem Vertrauen und der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten. Vor dem Hintergrund der Perspektive, die der Vertrag von Lissabon bietet, frage ich mich, ob es nicht eine gute Idee wäre, wenn die Europäische Union auf die Harmonisierung der Gesetzgebung der Mitgliedstaaten im Bereich der Rechte von Opfern des Terrorismus hinarbeiten würde.

Die Annahme einer europäischen Charta für die Rechte der Opfer des Terrorismus wäre ein großer Schritt nach vorne, der diejenigen, die den Terrorismus bekämpfen, unterstützen würde, und wäre ein harter Schlag für all die, die den Terrorismus verteidigen. Denn es ist der Mut und die Würde der Opfer, die für den Terrorismus den größten Fehlschlag und damit den größten Erfolg der Demokratie bedeuten. Wir sollten niemals vergessen, dass die einzige Waffe, die unschuldigen Opfern gegen den Terrorismus zur Verfügung steht, ihre Worte und die Anerkennung der Gesellschaft sind.

Deshalb, meine Damen und Herren, sollten Sie auch nicht vergessen, dass keiner von uns davor sicher ist, ein Opfer des Terrorismus zu werden. Meine Frage lautet daher wie folgt: Würde die Kommission der Annahme einer europäischen Charta, welche die Verteidigung der Rechte der Opfer des Terrorismus anerkennt und diese Rechte fördert, zustimmen? Und wenn ja, welche Maßnahmen würde die neue Kommission ergreifen, um diese Charta während ihrer neuen Mandatszeit voranzutreiben?

**Juan Fernando López Aguilar**, *im Namen der S&D-Fraktion.* – (ES) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, vielen Dank dafür, dass Sie einer Verpflichtung so aufrichtig Ausdruck verliehen haben, die seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon nun endlich Teil der europäischen Politik geworden ist. Dies unterliegt europäischem Recht, bei dem das Parlament ebenfalls eine entscheidende Rolle spielen wird, entscheidender als je zuvor.

Dies wird durch die Annahme des Stockholm-Programms bestätigt. Dessen Mehrjahresprogramm für 2009-2014 beinhaltet einen ausdrücklichen und notwendigen Verweis auf die Würde von Opfern des Terrorismus, auf das ihnen durch diese furchtbare Form des Verbrechens verursachte Leid, auf deren besondere Schutzbedürftigkeit und vor allem auf den Auftrag zum Opferschutz.

Es sollte meiner Meinung betont werden, dass, da der spanische Ratsvorsitz in den nächsten sechs Monaten bevorsteht, und da die Entschlossenheit der spanischen Regierung und der spanischen Gesellschaft, alle Formen des Terrorismus zu bekämpfen, so nachhaltig und stark ist, dies sicherlich eine Gelegenheit sein wird, diese Harmonisierung, dieses Rahmenprogramm zum Schutz der Rechte von Opfern des Terrorismus in den Aktionsplan mit aufzunehmen. Da es sich um einen mehrjährigen Legislativplan handelt, wird die spanische Regierung für dessen Ausarbeitung verantwortlich sein, welcher anschließend jeweils von dem belgischen und ungarischen Ratsvorsitz mit Blick auf die Festsetzung der Gesetzgebung und Umsetzung der Ziele des Stockholm-Programms angepasst werden muss.

Ich denke daher, dass es an der Zeit ist, dass das Parlament diese Entschlossenheit, die Opfer des Terrorismus zu schützen, bestätigt, damit sich der Kreis des Kampfes gegen alle Formen des Terrorismus schließt, und damit die Würde, der die Opfer des Terrorismus bedürfen, hergestellt werden kann. Es ist an der Zeit die Verpflichtung einzugehen, dass im Legislativplan des Stockholm-Programms und im Aktionsplan, für dessen Ausarbeitung die spanische Ratspräsidentschaft verantwortlich sein wird, der Schutz der Opfer des Terrorismus den Stellenwert erhalten wird, den er verdient.

**Izaskun Bilbao Barandica**, *im Namen der ALDE-Fraktion.* – (ES) Frau Präsidentin, ich würde gerne anmerken, dass diese Initiative auf einer Linie mit dem Änderungsantrag liegt, den der Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter zusammen mit mir zum Stockholm-Programm eingereicht hat, da sie im Programm nicht enthalten war. Die Opfer aller Formen von Terrorismus haben diese Initiative gebraucht und haben uns zudem auch darum gebeten. Ich habe von den Opfern, mit denen ich in den letzten Jahren gearbeitet habe, viel über Würde, Gemeinschaftsgefühl und Leid gelernt. Ihre Erfahrungsberichte

machen mich zu einer Verfechterin eines europäischen Standards für die materielle, moralische und rechtliche Unterstützung der Opfer.

Wir haben einen gemeinsamen Diskurs entwickelt, der sich auf vier Säulen gründet.

Erstens müssen wir ihr Leid anerkennen, sie schützen und verstehen, dass die Opfer nicht nur diejenigen sind, die getötet und verletzt wurden, sondern auch deren Familien, die bedroht werden, und deren Freiheit, die unser aller Freiheit ist.

Zweitens müssen wir den verursachten Schaden mit materiellen Mitteln ersetzen, die Erinnerung an die Opfer wachhalten und sicherstellen, dass ihnen Gerechtigkeit widerfährt.

Drittens muss die Debatte über die Opfer den Fokus auf die Menschen hinter diesen Opfern richten, Menschen, die leiden und des Schutzes, der Verteidigung, Anerkennung, Hilfe und Unterstützung bedürfen. Wir müssen in der Politik lernen, uns in ihre Lage zu versetzen.

Schließlich muss auch die Debatte entpolitisiert werden. Wir müssen großzügig sein, damit der Terrorismus nicht zu einer Wahlangelegenheit wird.

In Europa wurden Menschen im Namen der Religion, des Marxismus, des Privateigentums, der Ökologie, der Unabhängigkeit einer Region oder der Einheit des Staates, dem sie angehört, getötet. Sogar Regierungen waren an Terrorakten beteiligt. Hier geht es jedoch ums Prinzip. Verfechter des Totalitarismus und Fanatiker töten, die Perversion der Grundwerte der Menschheit tötet. Diese Dinge führen zu Gewalt, der freie Austausch demokratischer Ideen jedoch nicht. Ich widme diese Rede allen Opfern des Terrorismus.

**Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE).** – (ES) Frau Präsidentin, zur Unterstützung der Opfer des Terrorismus enthält das Stockholm-Programm unter anderem folgende Passage: Opfer des Terrorismus bedürfen ebenfalls besonderer Aufmerksamkeit, Unterstützung und sozialer Anerkennung. Opfer des Terrorismus bedürfen ebenfalls besonderer Aufmerksamkeit, Unterstützung und sozialer Anerkennung.

Meiner Meinung nach muss die Union sicherstellen, dass sie diese Unterstützung erhalten, und ihre vollständige Anerkennung durch die Gesellschaft fördern. Diejenigen, die die Barbarei des Terrors erleiden mussten, sollten ein ethischer Richtpunkt für unsere Gesellschaften sein. Deshalb muss die Verteidigung der Opfer und ihrer Rechte eine der politischen Prioritäten der Europäischen Union sein.

Wir müssen die Fonds für die Opfer des Terrorismus mit angemessenen Geldmitteln aufrechterhalten und stärken, wie es die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) in ihren eingereichten Änderungsanträgen zum Entwurf des Haushaltsplan der Europäischen Union für 2010 vorgeschlagen hat.

Aus diesem Grund wurde die Hilfe um 1 Mio. EUR erhöht, womit Projekte finanziert werden, die den Opfern des Terrorismus und ihren Familien dabei helfen sollen das Erlebte mithilfe von sozialer und psychologischer Unterstützung von Organisationen und ihren Netzwerken zu bewältigen. Diese Mittel werden ebenfalls für die Finanzierung von Projekten zur Mobilisierung der Öffentlichkeit gegen alle Formen des Terrorismus verwendet.

Ein Teil des Geldes wird insbesondere für die Verbesserung der rechtlichen Unterstützung und Beratung für die Opfer und deren Familien verwendet.

Es gibt eine Gleichung, die den Sachverhalt verdeutlicht: Terrorismus ist gleich Opfer. Der für die Vorbereitung auf Terroranschläge und für die Verhinderung von Terroranschlägen bereitgestellte Gesamtbetrag wird sich im nächsten Jahr auf 21 420 000 EUR belaufen.

Der Gedanke von Frau Jiménez-Becerril Barrio, die Opfer in der Union sichtbar zu machen, sollte von diesem Haus uneingeschränkt unterstützt werden. Zunächst einmal benötigen wir die erforderlichen rechtlichen Instrumente, angefangen mit einer schriftlichen Erklärung und weiter mit einer Entschliebung, sodass wir endlich über eine politische Erklärung der europäischen Organe zur Unterstützung der Opfer des Terrorismus verfügen. Dies wird auch das Bewusstsein der europäischen Bürger für die Wertigkeit dieser Opfer stärken.

Opfer lösen in uns Gefühle der Solidarität, des Mitgefühls, der Anerkennung, der Würde, der nachhaltigen Unterstützung und des Gedenkens, aber auch Gefühle der Verachtung und des Wunsches nach einer gerechten Strafe für die Terroristen, die so viel Leid und Tod verursacht haben, aus.

**Ramón Jáuregui Atondo (S&D).** – (ES) Frau Präsidentin, Herr Barrot, es ist kein Zufall, dass eine ganze Reihe spanischer Abgeordneter gesprochen hat. Im Baskenland haben die Opfer zusätzlich zu dem von einem Terroranschlag verursachten Leid nach dem Anschlag auch oft Geringschätzung oder Schweigen erfahren müssen. Deshalb hat sich eine Bewegung zur Anerkennung der Opfer gebildet, die wie ich denke, eine Politik für die Opfer des Terrorismus erfordert. Wenn Sie gestatten, würde ich gerne dem, was all meine Kollegen zugunsten einer Charta oder einem gemeinsamen Ansatz bei dieser Politik gesagt haben, eine kurze Zusammenfassung von zehn Punkten, die ich in diesem Zusammenhang für wesentlich halte, hinzufügen.

Erstens erfordert die Politik für die Opfer öffentliche Anteilnahme, Anerkennung und soziale Unterstützung für die Opfer.

Zweitens erfordert sie eine schnelle und effektive Entschädigung für die erlittenen Schäden.

Drittens erfordert sie die Gleichbehandlung aller Opfer.

Viertens erfordert sie einen politischen und sozialen Konsens hinsichtlich der auf die Opfer des Terrorismus anzuwendenden Maßnahmen.

Fünftens erfordert sie eine Politik der Ächtung des sozialen und politischen Diskurses gewalttätiger Menschen.

Sechstens erfordert sie, dass die Schuldigen in beispielgebender Weise bestraft werden, mit schnellem, wirksamem Zugang zur Justiz für die Opfer.

Siebtens erfordert sie Unterricht und Erziehung gegen Gewalt in der Bevölkerung.

Achtens erfordert sie eine Garantie für die Opfer, dass sich die erlittenen Anschläge nicht wiederholen, was ebenfalls geschehen kann.

Neuntens erfordert sie eine Politik des Gedenkens, damit die Opfer nicht vergessen werden.

Abschließend erfordert sie auch eine Politik der sozialen Aussöhnung, damit die vom Terrorismus verursachten Wunden heilen können.

Dies sind die zehn Punkte, die ich für eine gemeinsame Politik für die Opfer des Terrorismus vorschlage.

**Georgios Papanikolaou (PPE).** – (EL) Frau Präsidentin, die Anschläge in Madrid und London sowie die jüngsten Anschläge in meinem Land, Griechenland, zeigen das Ausmaß des Problems des Terrorismus. Der Terrorismus bedroht unsere Art zu leben und unsere Freiheit. Er zielt nicht nur auf die unmittelbaren Opfer und deren Familien ab, die ebenfalls unmittelbar verletzt werden, sondern auch auf die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit.

Die genannten europäischen Pilotprogramme für die Opfer von Terroranschlägen sind ein positives Beispiel dafür, was getan werden kann, um das Leid zu lindern, aber es bleibt noch immer viel zu tun. Hilfe für die Opfer und ihre Familien ist nicht nur eine moralische Verpflichtung. Es ist eine Verpflichtung, um an die Terroristen die klare Botschaft zu senden, dass wir nicht vergessen.

Wir vergessen nicht die abscheulichen Taten, die unsere Demokratie und Kohäsion befleckt haben. Wir vergessen nicht, dass Opfer des Terrorismus oft arglose Bürger sind, die verletzt oder getötet werden, während sie ihren Tagesgeschäften nachgehen. Wir vergessen nicht, dass in Europa, das Toleranz und Demokratie lehrt, Gewaltakte niemals hinnehmbar sein werden.

**Magdi Cristiano Allam (PPE).** – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich unterstütze den Vorschlag von Frau Jiménez Becerril Barrio zur Ausarbeitung einer Charta der Rechte von Familien, die Opfer des Terrorismus geworden sind, und ich möchte betonen, dass dies eine außergewöhnliche Gelegenheit für Europa darstellt, eine eindeutige Botschaft zum Terrorismus auszusenden, vor allem eingedenk der Tatsache, dass das Fehlen dieser Botschaft zum Scheitern des Barcelona-Prozesses im Jahr 2005 geführt hat, als die Staats- und Regierungschefs der Länder des Euro-Mittelmeerraums keine Einigung erzielten. Ich möchte auch betonen, dass dies heute eine außergewöhnliche Gelegenheit darstellt, den Dialog mit der anderen Seite des Mittelmeers auf einer neuen Grundlage wieder aufzunehmen, beginnend mit einer klaren Erklärung zu dem Konzept, das die Grundlage unserer Menschheit und Zivilisation darstellt, nämlich die Unantastbarkeit des menschlichen Lebens.

**Diane Dodds (NI).** – Frau Präsidentin, ich bin dankbar für Ihre Unterstützung der Opfer des Terrorismus. Dies ist richtig und angemessen, und natürlich erkenne ich die Unterstützung der Opfer in Nordirland durch die Europäische Union mittels der PEACE-Programme, die dort finanziert wurden, an.

Die Kommission sollte sich darüber im Klaren sein, dass Nordirland sich wieder einmal einer wachsenden terroristischen Bedrohung durch oppositionelle republikanische Organisationen gegenübersteht. Diese Bedrohung wurde vom Police Service of Northern Ireland als „kritisch“ und von der Independent Monitoring Commission als „sehr ernst“ beschrieben. Bei den jüngsten brutalen Anschlägen wurden zwei Soldaten, die in Kürze nach Afghanistan entsandt werden sollten, sowie ein Polizist ermordet.

Bei den zu Beginn für die Opfer des Terrorismus bereitgestellten Mitteln sah es die Kommission als wichtigstes Ziel an, die Öffentlichkeit gegen alle Formen des Terrorismus zu mobilisieren. Mir scheint jedoch, dass dieses Ziel mit dem Übergang zu dem breiter angelegten Programm im Rahmen von Gemeinschaftsinitiativen (PGI) verlorengegangen ist. Ich bin dankbar für die von Ihnen vorgeschlagene Arbeit an einer Opfercharta, und ich möchte dringend darum bitten, dass dies mit einer ganz klaren Unterscheidung zwischen den Opfern des Terrorismus und den für den Terrorismus Verantwortlichen beginnt.

**Karin Kadenbach (S&D).** – Frau Präsidentin! Als ÖsterreicherInnen sind wir Gott sei Dank sehr viele Jahre von terroristischen Anschlägen verschont geblieben. Aber auch Wien hat das schon erfahren müssen.

Ich möchte an die Ausführungen des Kollegen Jáuregui Atondo anschließen. Auf der einen Seite brauchen wir ganz sicher diese Opfercharta und die Unterstützung der Opfer des Terrors. Was wir aber gleichzeitig – begleitend – tun müssen, ist, jenes Biotop, in dem diese Gewalt entsteht, die zu Terrorismus führt, auszutrocknen. Das fängt bei mir bei Bildung und Aufklärung an und bedeutet auch, dass dieses Hohe Haus auch eine ganz klare Absage an die Verrohung der Sprache dokumentiert. Gerade wir hier predigen in vielen Bereichen immer wieder Toleranz. In einem Bereich dürfen wir keine Toleranz zeigen, das ist dort, wo Gewalt stattfindet.

**Die Präsidentin.** – Diese Redebeiträge sind voller Würde und Emotionen, da ich glaube, dass Sie im Namen derer gesprochen haben, die ihre Stimme heute nicht mehr erheben können, und ich danke Ihnen im Namen des Vorsitzes.

**Jacques Barrot, Vizepräsident der Kommission.** – (FR) Frau Präsidentin, Sie haben recht zu betonen, wie hoch emotional diese Aussprache ist, und in diesem Moment denken wir an all die Opfer. Sie alle hat der Terrorismus in völlig willkürlicher und ungerechter Weise getroffen.

Wie Herr López Aguilar sagte, ist der Terrorismus eine abscheuliche Form des Verbrechens. Was ich Ihnen zunächst gerne sagen möchte ist, dass das Stockholm-Programm dem Schicksal der Opfer wirklich Rechnung getragen hat. Wir müssen in der Tat mit einer europäischen Politik beginnen, welche den Opfern des organisierten Verbrechens und des Terrorismus weit mehr Rechnung trägt.

Ich würde gerne Frau Jiménez-Becerril Barrio sagen, dass wir Schritte hin zur Einführung einer Charta für die Rechte der Opfer des Terrorismus unternehmen werden. Sie haben Ihren Wunsch nach dieser Charta in der Tat sehr klar und, so denke ich, Frau Jiménez-Becerril Barrio, mit all Ihrer schmerzhaften persönlichen Erfahrungen, die sie gemacht haben, zum Ausdruck gebracht.

Wir haben alle derzeit bestehenden Defizite im Hinblick auf den Schutz der Opfer des Terrorismus in den verschiedenen Mitgliedstaaten analysiert und werden diese Analyse auch im Jahr 2010 fortführen. Sie haben in der Tat recht: Wir müssen es auf die eine oder andere Art schaffen, unsere Gesetze zum Terrorismus, zu den Opfern des Terrorismus zu harmonisieren. Europa muss sich bei der Bekämpfung des Terrorismus geschlossen zeigen.

Auf Grundlage dieser Analyse werden wir sehen, wie wir all die Maßnahmen harmonisieren und zusammenführen können, um die Situation der Opfer des Terrorismus in Europa zu verbessern. Dies wird Ziel des Aktionsplans sein und zweifellos werden wir beim Umgang mit dem Problem des Opferschutzes all das berücksichtigen, was während der Aussprache gesagt wurde, das heißt, dass wir vor allem bei den Menschen ein Bewusstsein für die Tragödie und das Leid der Opfer, die oft auch noch Opfer des Schweigens, ja sogar der Geringschätzung werden, schaffen müssen.

Dann müssen wir sicherstellen, dass sie schnell entschädigt werden. Sie haben zu Recht auf eine schnelle Entschädigung für dieses absolut unverdiente und ungerechte Leid gedrängt. Sie haben ebenfalls die Delegitimation des Diskurses erwähnt, da wir einen Diskurs nicht tolerieren können, der auf die eine oder

andere Weise den Eindruck erwecken könnte, dass das Töten von unschuldigen Menschen, das Verletzen von unschuldigen Menschen eine Möglichkeit ist, der Menschheit zu dienen.

Wir müssen im Hinblick auf solche Reden äußerst konsequent sein, da sie alle Werte der Europäischen Union in Abrede stellen. Darüber hinaus, Frau Präsidentin, möchte ich das Europäische Parlament zur Bereitstellung von 1 Mio. EUR für alle unsere Opferunterstützungsprogramme beglückwünschen.

Ich bin wieder einmal sehr froh darüber, Herrn Almunia heute Abend an meiner Seite zu haben, da wir beide uns wirklich dafür einsetzen, dass die Kommission in dieser Hinsicht Maßnahmen ergreift. Im Rahmen des mehrjährigen Stockholm-Programms muss die Europäische Union in der Tat eine beispielgebende Gesetzgebung zum Schutz und zur Unterstützung der Opfer des Terrorismus schaffen.

Das war es, was ich als Antwort auf die verschiedenen Redebeiträge sagen wollte. Seien Sie versichert, dass sie weder mich noch Herrn Almunia gleichgültig gelassen haben.

**Die Präsidentin.** – Um nicht direkt zum nächsten Thema überzugehen, schlage ich vor, dass wir in Gedenken an die Opfer eine Schweigeminute einlegen.

*(Die Mitglieder des Parlaments erheben sich und legen eine Schweigeminute ein)*

Die Aussprache wird beendet.

## **20. Verteidigung des Subsidiaritätsprinzips - Anbringung religiöser und kultureller Symbole an öffentlichen Orten (Aussprache)**

**Die Präsidentin.** – Als nächster Punkt folgt die Aussprache über:

- die mündliche Anfrage an die Kommission (B7-0238/2009) von Herrn Mario Borghezio im Namen der Fraktion Europa der Freiheit und der Demokratie über die Verteidigung des Subsidiaritätsprinzips (O-0152/2009);

- die mündliche Anfrage an die Kommission (B7-0239/2009) von Antonio Cancian, Mario Mauro, Fiorello Provera, Elisabetta Gardini, Salvatore Iacolino, Crescenzo Rivellini, Sergio Paolo Frances Silvestris, Aldo Patriciello, Paolo Bartolozzi, Cristiana Muscardini, Mara Bizzotto, Barbara Matera, Lara Comi, Antonello Antinoro, Lorenzo Fontana, Roberta Angelilli, Amalia Sartori, Iva Zanicchi, Licia Ronzulli, Giovanni Collino, Marco Scurria, Giancarlo Scotta', Potito Salatto, Pablo Arias Echeverría, Raffaele Baldassarre, Pilar Ayuso, Luis de Grandes Pascual, Pilar del Castillo Vera, Santiago Fisas Ayxela, Carmen Fraga Estévez, Salvador Garriga Polledo, Cristina Gutiérrez-Cortines, Esther Herranz García, Carlos José Iturgaiz Angulo, Veronica Lope Fontagné, Antonio López-Istúriz White, Gabriel Mato Adrover, Jaime Mayor Oreja, Pablo Zalba Bidegain, Salvatore Tatarella, Magdi Cristiano Allam, Mirosław Piotrowski und Konrad Szymański über die Anbringung religiöser und kultureller Symbole an öffentlichen Orten (O-0158/2009).

**Mario Borghezio, Verfasser.** – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die Position der von mir vertretenen Fraktion, der Fraktion Europa der Freiheit und der Demokratie, ist ganz klar: Mit dieser mündlichen Anfrage fordern wir die Kommission auf, die Umsetzung der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Straßburg, welcher, wie ich betonen möchte, kein EU-Organ ist, gegen Kruzifixe in Klassenzimmern anzufechten.

In unseren Augen stellt diese Entscheidung – und ich möchte, dass dies absolut klar ist – einen nicht akzeptablen Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip dar. Dieses Prinzip stellt einen der Grundpfeiler der Europäischen Union dar und garantiert darüber hinaus die Rechte der Völker und der Mitgliedstaaten. Ohne die Stütze und Grundlage des Subsidiaritätsprinzips wäre die Europäische Union, so wie wir sie verstehen und befürworten, nicht denkbar.

Ich werde mit einer allgemeinen Anmerkung beginnen: Es ist offensichtlich, dass niemand – wenn wir zunächst den Kern dieser Entscheidung betrachten – die Entfernung einer Person oder Sache, die bereits da war, als einen Akt der Demokratie und der Freiheit betrachten könnte, so wie das einige getan haben, sondern eher als eine Handlung der Gedankenpolizei, als einen antidemokratischen Akt. Wenn an der Wand eines Klassenzimmers ein Kruzifix hängt und abgenommen wird, dann ist diese Wand keine säkulare Wand, sondern eine leere Wand, deren Leere ein konfessionelles Symbol sein soll, eine negative Erziehungsmaßnahme der schlimmsten vorstellbaren Art, die als eines der vielen Zeichen für den kulturellen und spirituellen Selbstmord des Westens gesehen werden kann.

Die Entscheidung des Straßburger Gerichtshofs setzt ein Konzept der Religionsfreiheit voraus, das in letzter Konsequenz bedeuten würde, eine Art Vormachtstellung über die Bürger zu garantieren und diesen aufzuzwingen, die in einem Umfeld leben müssen, das dem Dafürhalten des Gerichtshofs entspricht. Ich glaube nicht, dass das Religionsfreiheit ist: auf diese Weise wird der wahre Sinn der Religionsfreiheit verzerrt; wir haben es mit einem negativen Recht zu tun, oder vielmehr mit dem Recht, nicht verpflichtet zu sein, einen Glauben zu praktizieren. Es darf keine Missverständnisse geben, wenn wir über Religionsfreiheit sprechen: wir sprechen hier keinesfalls über irgendein vages Thema.

Wir haben es hier mit etwas ganz anderem zu tun: Die Anbringung eines Kruzifixes ist nicht nur eine Sache des Glaubens in unserer Kultur, sondern etwas viel wichtigeres, etwas mit einem universellen Wert. Das Symbol des Kreuzes, die Symbolik des Kreuzes transportiert eine Botschaft von universeller Reichweite, welche darüber hinaus auch eine Botschaft des Friedens und der Brüderlichkeit ist, wie uns der große Metaphysiker René Guénon, um nur einen Namen zu nennen, gelehrt hat. Nach der traditionellen Sichtweise dieser großen Gelehrten der traditionellen Kultur ist dieser Wert völlig klar, aber gleichzeitig ist es ebenso klar, dass wir es bei dieser Entscheidung mit dem Ausdruck anti-traditioneller Auffassungen zu tun haben, die das Denken der Menschen vereinheitlichen sollen. Dies widerspricht dem wahren Geist der Europäischen Union, und das ist das Unglaubliche dabei.

Es ist beinahe, als wolle man die Menschen von allem, was an Werte erinnert, und von allen Symbolen, die Vertikalität und Spiritualität ausdrücken, abbringen. Einmal abgesehen von den historischen Fakten, der Verbindung zu einer spezifischen Religion, ist es, ich sage es noch einmal, ein universelles Symbol. Die Europäische Union muss dagegen das Recht der Menschen auf eine weitere Nutzung von Symbolen, angefangen mit dem Symbol des Kreuzes, wahren.

Europa muss den Mut haben, bei diesen grundlegenden Fragen eine metahistorische Perspektive einzunehmen, und seinen Platz als Wiege und Zentrum, auch im spirituellen Sinne, wieder einzunehmen. Es muss den Völkern Europas in Übereinstimmung mit einem der Grundprinzipien der rechtlichen und politischen Struktur der Europäischen Union die Freiheit zur Bewahrung und Verehrung der Symbole ihrer Identität zurückgeben: dem Subsidiaritätsprinzip. Die ganze Frage dreht sich genau um diesen Aspekt, um die grundlegende Natur des Subsidiaritätsprinzips.

Schlussendlich bietet uns diese Frage die Möglichkeit, über eine Schlüsselfrage nachzudenken und zu diskutieren: Was ist die Religionsfreiheit für Europa? Nun, ich würde sagen, dass es genau diese Entscheidung des Straßburger Gerichtshofs ist, die das Grundrecht auf Religionsfreiheit mit Füßen tritt und ein Volk wie die Italiener daran hindern will, das Symbol des Kreuzes als eine unverzichtbare Erinnerung an seine christlichen Wurzeln in den Klassenzimmern beizubehalten.

**Antonio Cancian, Verfasser.** – (IT) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, am 3. November 2009 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte dem Antrag einer italienisch-finnischen Staatsbürgerin auf Entfernung von Kruzifixen aus Klassenzimmern stattgegeben. Ähnliche Vorgänge hat es in der Vergangenheit in Spanien, Deutschland, Frankreich und auch in Italien gegeben, wo der Staatsrat 1988 feststellte, dass das Kruzifix nicht nur ein christliches Symbol ist, sondern auch einen Wert hat, der nicht im Zusammenhang mit einer spezifischen Religion steht. Der italienische Staatsrat, der seiner Haltung im Jahr 2006 erneut Ausdruck verlieh, wies darauf hin, dass das Säkularitätsprinzip des Staates die kulturelle Identität und Prägung eines Volkes nicht außer Acht lassen darf.

Mit unserer Anfrage wollten wir den höchst säkularen Aspekt dieser Angelegenheit hervorheben und nicht zuletzt verdeutlichen, dass der nächste Schritt darin bestehen könnte, dass katholische Symbole, die Teil der gemeinsamen Traditionen der Mitgliedstaaten sind, oder künstlerische und kulturelle Darstellungen, die in unseren Städten zu finden sind, Gegenstand von Klagen vor dem Straßburger Gerichtshof sein könnten. Selbst die Flagge der Europäischen Union, die für den Europarat konzipiert wurde, ist gemäß ihrem Gestalter von der Marien-Ikonographie inspiriert.

Die Entscheidung des Gerichtshofs für Menschenrechte möchte von oben herab – so viel zur Subsidiarität – ein säkulares Modell auferlegen, mit dem sich viele Mitgliedstaaten nicht identifizieren können, oder möchte uns, was noch schlimmer ist, zu Nihilisten machen: da haben Sie die leere Wand, die Herr Borghezio eben erwähnt hat. Die Entscheidung stellt auch unsere ureigenste Identität in Frage, unsere europäischen Werte des Friedens, der Liebe und des zivilen Zusammenlebens, der Gleichheit und der Freiheit, und damit unterminiert sie Freiheit und gleiche Rechte.

Die EU-Organe sind große Verfechter der Vorrangstellung der Freiheit. Die Darstellung religiöser und kultureller Symbole, mit denen sich die Menschen identifizieren, ist ein Ausdruck der Gedankenfreiheit –



und morgen wird in eben diesem Haus der Sacharow-Preis verliehen – und sollte als solches von den EU-Organen selbst und von internationalen Organisationen, die sich auf demokratischen Prinzipien gründen, gewahrt werden.

**Jacques Barrot**, *Vizepräsident der Kommission.* – (FR) Frau Präsidentin, ich hätte sehr gerne noch Herrn Mauro gehört, aber er wird nach mir die Gelegenheit haben zu sprechen.

Ich bin verpflichtet, mich an eine Reihe von Rechtsnormen zu halten. Die Kommission ist der Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit, wie sie in Artikel 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention und in Artikel 10 der Grundrechtecharta der Europäischen Union festgehalten ist, sehr verpflichtet. Allerdings kann die Kommission nur im Rahmen der Anwendung des EU-Rechts handeln. Tatsache ist, dass innerhalb der EU nationale Gesetze über religiöse Symbole in öffentlichen Gebäuden unter das jeweilige nationale Rechtssystem der Mitgliedstaaten fallen.

Im Rahmen der Union ist das Subsidiaritätsprinzip anzuwenden. Allerdings findet das Subsidiaritätsprinzip nicht auf die Umsetzung von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, dem internationalen, für die Durchsetzung der Europäischen Menschenrechtskonvention zuständigen Gerichtshof, Anwendung. Es ist richtig, dass die Zuständigkeit für die Umsetzung von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte beim Europarat liegt. Es ist ebenfalls richtig, dass die Umsetzung von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte für alle Unterzeichnerstaaten der Europäischen Menschenrechtskonvention verpflichtend ist, und Italien hat, genau wie alle anderen an dieser Rechtssache beteiligten Parteien, gemäß Artikel 43 der Konvention das Recht, innerhalb von drei Monaten nach dem Datum des Urteils die Verweisung der Rechtssache an die Große Kammer zu beantragen. Nach unseren Informationen, den Informationen, die wir der Presse entnommen haben, macht der italienische Staat von seinem Berufungsrecht vor der Großen Kammer Gebrauch.

Dies sind die Punkte, die ich klären wollte. Noch einmal bezugnehmend auf das Recht der Europäischen Union haben wir es in diesem Fall mit den nationalen Rechtssystemen der Mitgliedstaaten zu tun. Demzufolge kann ich nicht für den Europarat oder den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte antworten, die eine Entscheidung getroffen haben, die, was ich verstehen kann, im Parlament einige Fragen aufwirft.

Das ist es, was ich guten Glaubens sagen kann, aber ich werde mir die folgenden Redebeiträge aufmerksam anhören.

**Mario Mauro**, *im Namen der PPE-Fraktion.* – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich möchte dem Herrn Kommissar ebenfalls für seine klare Beurteilung danken, nach der die Befugnis zur Regelung dieses Bereichs in der Tat in den Verantwortungsbereich der Mitgliedstaaten fällt.

Ich muss sagen, dass ich wie kaum ein anderer davon überzeugt bin, dass unsere Institutionen säkular sein müssen, genau wie ich davon überzeugt bin, dass Religion nicht die Lösung für ein politisches Problem ist. Gleichzeitig können wir aber auch keine politischen Probleme lösen, indem wir Krieg gegen die Religionen führen.

Genau aus diesem Grund möchte ich meine Gedanken mithilfe eines Paradoxons formulieren: Was wäre, wenn wir die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, wenn wir also die Begründung, gemäß welcher wir verpflichtet sind, Kruzifixe aus italienischen Klassenzimmern zu entfernen, auf alle Orte anwenden würden, an denen Kreuze aus Gründen des öffentlichen Interesses angebracht sind? Was machen wir dann mit dieser Fahne, der schwedischen Fahne, und was machen wir dann mit dieser Fahne, der finnischen Fahne, und der slowakischen Fahne, und der maltesischen Fahne, und der dänischen Fahne, und der griechischen Fahne, und der Fahne des Vereinigten Königreichs, die nicht weniger als drei Kreuze hat?

Denn, meine Damen und Herren, die Gründe, aus denen diese Kreuze auf diesen Fahnen erscheinen, sind genau die gleichen Gründe, aus denen Kruzifixe in italienischen Klassenzimmern angebracht sind, und dies sind keine religiösen, sondern eher kulturelle und traditionelle Gründe. Überlassen wir es daher doch den Mitgliedstaaten, von Fall zu Fall und entsprechend den Sensibilitäten ihrer Bürger und unter Wahrung der Religionsfreiheit und der säkularen Natur der Institutionen darüber zu entscheiden, ob die entsprechenden Lösungen angebracht sind.

Das ist alles, was wir verlangen, und wir verlangen dies vor allem deshalb, weil es nicht das abstrakte Konzept der Rechtsprechung ist, das es zu achten gilt, sondern die persönliche Wahrheit jedes Einzelnen und seinen Wunsch nach dem Unendlichen.

**Juan Fernando López Aguilar**, *im Namen der S&D-Fraktion.* – (ES) Frau Präsidentin, als Rechtsanwalt und Abgeordneter des Europäischen Parlaments bin ich mir sicher, dass viele Bürger, die unsere Debatte mitverfolgen, meinen Eindruck, dass sie etwas diffus ist, teilen. Deshalb möchten wir versuchen, einige Dinge zu klären.

Zunächst einmal sprechen wir hier über ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, der kein Organ der Europäischen Union, sondern ein – zu einem konzentrischen Kreis der Europäischen Union gehöriger, aber dennoch eigenständiger – Gerichtshof ist, der dem Rechtsstaatsprinzip, der repräsentativen Demokratie und den Menschenrechten verpflichtet ist.

Zweitens sprechen wir hier über eine gerichtliche Entscheidung, und keine Entschliebung des Parlaments kann die Entscheidung eines Gerichtshofs aufheben oder abändern.

Drittens würdigt das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte die Religionsfreiheit und deren logische Konsequenz, nämlich den religiösen Pluralismus, in höchstem Maße. Religionsfreiheit ist Teil unserer gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen und des Verfassungsrechts der Mitgliedstaaten und ist auch ein von der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten geschütztes Grundrecht.

Das Urteil begründet daher – auf solider rechtlicher Grundlage – den Schutz der Religionsfreiheit. Es leugnet sie in keiner Weise. Zudem erfolgt es einstimmig durch einen angesehenen Gerichtshof, der die Bildung der Menschenrechtskultur beinahe sechzig Jahre lang mit beeinflusst hat.

Abschließend jedoch – und dies ist wichtig – dürfen wir nicht vergessen, dass kein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte bedeutet, dass die Gesetzgebung eines Mitgliedstaates, der die Europäische Menschenrechtskonvention unterzeichnet hat, geändert werden muss, weil das Urteil in einem bestimmten Fall aufgrund einer Verletzung ein Recht anerkennt.

Allein auf dieser Grundlage ist es an den Mitgliedstaaten, die angemessenen Entscheidungen im Hinblick auf Gesetzesänderungen oder die Politik zu treffen, die der Doktrin des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte möglicherweise folgen, unter keinen Umständen sind sie hierzu jedoch durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte verpflichtet oder gar gezwungen.

Daher gibt es für keinen Mitgliedstaat Anlass zur Sorge. Kein Mitgliedstaat ist verpflichtet, seine Gesetze oder öffentlichen Politiken in Folge eines spezifischen Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu ändern. Daher gibt es weder für Italien noch für ein anderes Land einen Grund, allgemeine Regelungen infolge dieses Urteils einzuführen.

Schließlich wurde jedoch auch die Subsidiarität angesprochen. Wir müssen sagen, dass die Subsidiarität eine Regel des europäischen Rechts ist, die in diesem Fall keine Anwendung findet, weil ihre Konzeption und ihr Anwendungsbereich mit diesem Fall nichts zu tun haben.

Ich denke sogar, dass eine Regelung des europäischen Rechts geltend gemacht werden könnte, nach der eine Abstimmung verschoben werden kann, wenn Zweifel an der Relevanz einer Abstimmung bestehen, die mit Angelegenheiten, die das Europäische Parlament betreffen, nichts zu tun hat, was meiner Meinung nach hier der Fall ist.

Ich denke daher, dass es der Debatte, auch wenn sie legitim ist, definitiv an einem klaren Fokus mangelt, und dass sie keiner dringenden Stellungnahme und noch weniger eines Protestes oder einer Rücknahme eines Urteils, das von einem Gerichtshof gefällt wurde, bei dem es sich nicht um ein Organ der Europäischen Union handelt, bedarf.

**Sophia in 't Veld**, *im Namen der ALDE-Fraktion.* – Frau Präsidentin, der etwas irreführende Titel der heutigen Aussprache beinhaltet den Begriff „Subsidiarität“. Subsidiarität bedeutet, so wie ich sie verstehe, dass Entscheidungen auf einer Ebene getroffen werden, die dem Bürger am nächsten ist, und diese Ebene ist der Bürger – der einzelne Bürger selbst. Was Sie in Ihren Entschließungsanträgen sagen, ist, dass die Rechte eines Staates über den Rechten einzelner Bürger stehen. Unsere Aufgabe in diesem Parlament ist es jedoch, die Rechte der Bürger und nicht die Rechte von Staaten zu schützen.

Zweitens würde ich gerne wissen, warum wir diese Bereiche in die Kopenhagener Kriterien mit aufgenommen haben, wenn dies doch – wie Sie behaupten – keine Angelegenheit der Europäischen Union ist, und warum wir von Beitrittsländern verlangen, dass sie die Trennung zwischen Kirche und Staat befolgen, wenn wir dies nicht einmal von unseren eigenen Mitgliedstaaten verlangen können.

Drittens, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie sagen, dass das Europäische Parlament nicht zuständig sei, über diese Fragen zu debattieren, dann frage ich mich, warum wir dafür zuständig sind, über Fragen wie die Form von Gurken, nicht aber über die Grundrechte unserer Bürger zu diskutieren.

Was die Europäische Menschenrechtskonvention und die Entscheidung des Gerichtshofs angeht, sind nun schon zwei Wochen seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon, der den Beitritt der EU zur Menschenrechtskonvention fordert, vergangen. Wäre es nicht völlig unverständlich, wenn wir es gleichzeitig ablehnen, die Autorität des Straßburger Gerichtshofs anzuerkennen? Das können wir unseren Bürgern nicht erklären.

Zweitens denke ich – wie auch Herr López bereits sagte – dass Politiker kein Recht haben, sich in Entscheidungen des Gerichtshofs einzumischen. Lassen Sie die Richter ihre Arbeit tun. Wir können unsere Meinung haben – die Entscheidung kann uns gefallen oder auch nicht – aber wir sollten uns nicht in ihre Arbeit einmischen. Meine Fraktion, die Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa, ist Verfechterin eines Europas für alle Bürger und glaubt an ein Europa der Vielfalt, in dem jeder das Recht auf seine eigenen Überzeugungen, seine eigene Religion und auch auf die Freiheit von der Religion hat.

Ich komme nun zum Ende. Die Staaten – nicht die Gerichtshöfe, die Staaten – müssen ein Umfeld gewährleisten, in dem alle Bürger frei nach ihren eigenen Überzeugungen leben können. Sie sollten vom Staat geschützt werden, und ich denke, dass die Lage sehr ernst ist, wenn sie sich gezwungen sehen, vor Gericht zu ziehen, um sich gegen die Staaten zu verteidigen. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lehnen Sie die Entschließungsanträge der EPP und ECR ab!

**Mirosław Piotrowski, im Namen der ECR-Fraktion.** – (PL) Frau Präsidentin, angesichts der historischen Tatsache, dass die Gründerväter der Europäischen Union Christdemokraten waren: Konrad Adenauer, Alcide De Gasperi, Robert Schuman und Jean Monnet, die das, was sie errichteten, auf der Grundlage von christlichen Werten und Symbolen errichteten, möchte ich Sie daran erinnern, dass sich die Flagge der Europäischen Union, die aus einem Kreis von 12 goldenen Sternen auf blauem Hintergrund besteht, und die hinter Ihnen hängt, Frau Präsidentin, auf die 12 Sterne über dem Kopf der heiligen Jungfrau Maria – gemäß der Offenbarung des Johannes, Kapitel 12 bezieht.

Über ein halbes Jahrhundert später muss man sich fragen, ob die Philosophie der Gründerväter noch von Bedeutung ist. Vor dem Hintergrund des skandalösen Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, der angeordnet hat, dass die Kreuze aus italienischen Schulen entfernt werden müssen, sollte nachdrücklich festgehalten werden, dass keine Gruppe von Richtern, die von Politikern ernannt wurde, nicht einmal der Europarat, die Entfernung eines Kreuzes, das eine universelle und religiöse Bedeutung hat, anordnen kann. Dieses Urteil tritt die Religionsfreiheit und das kulturelle Erbe Europas mit Füßen.

In diesem Zusammenhang möchte ich dem Herrn Kommissar gerne folgende Frage stellen: Denken Sie nicht, dass ein Angriff auf christliche Symbole auch die Zerstörung der Basis der Europäischen Union bedeutet? Könnten Sie nicht im Namen der Kommission eine Debatte über die Rolle und Bedeutung christlicher Symbole in der Europäischen Union anstoßen?

**Manfred Weber (PPE).** – Frau Präsidentin! Ich möchte mich zunächst dafür bedanken, dass wir diese Debatte führen. Kollege Lopez hat gerade darauf hingewiesen, dass er als Jurist sagt, wir seien nicht zuständig. Ich spreche hier nicht als Jurist, sondern als Politiker. Millionen Menschen in Europa sind von diesem Urteil der Straßburger Richter betroffen. Deswegen ist es gut, dass wir das hier diskutieren.

Das Verhältnis zwischen Kirche und Staat war in Europa immer umstritten und hat zu blutigen Konflikten geführt. Es ist gut und richtig, dass die Europäische Union sich dazu durchgerungen hat, Staat und Religion zu trennen. Das ist gut und richtig. Aber wir haben in Europa unterschiedlichste Modelle. In Frankreich haben wir einen klaren Laizismus, in Großbritannien ist die Situation so, dass das Staatsoberhaupt, die Queen, höchste Repräsentantin der Kirche ist. Wir haben unterschiedlichste Modelle, wie sich das Verhältnis zwischen Kirche und Staat entwickelt hat. Deswegen halte ich es für gut, dass wir hier die Subsidiarität einfordern, dass jedes Land seinen Weg gehen darf.

Ich möchte sogar noch einen Schritt weiter gehen. Ich will nicht über Subsidiarität reden, sondern über die Grundfrage, dass aus meiner Sicht die europäischen Werte Solidarität, Subsidiarität, Freiheit ohne eine Fundierung im Christentum, im jüdisch-christlichen Religionsverständnis undenkbar sind. Warum gibt es diese Werte in China, im arabischen Bereich so nicht? Weil sie in unserer Kultur und in unseren Religionen fundiert sind. Darauf darf man hinweisen, ohne jemand zu zwingen, gleich den gleichen Glauben anzunehmen. Wir sind stolz auf unsere Religionsfreiheit.

Es gibt die Religionsfreiheit in dem Sinne, dass ich entscheide, Atheist zu sein. Ja, das ist in Ordnung, das ist legitim, das haben wir erkämpft. Aber es gibt auch das Recht, einen Glauben zu haben. In meiner Heimatregion mit über einer Million Menschen haben über 80 % den katholischen Glauben, sind Katholiken. Genauso wie derjenige, der Atheist ist, einfordert, dass man ihm gegenüber tolerant ist, fordern die Katholiken – über 80 % – ein, dass die Nichtgläubigen tolerant gegenüber ihrem Glauben sind, dass man den Glauben in der Öffentlichkeit leben darf, ihn darstellen darf und dass christliche Symbole in einer solchen Mehrheitsgesellschaft auch von denen akzeptiert werden, die die Minderheit darstellen. Auch das ist legitim mit der Religionsfreiheit zu begründen.

Wer Toleranz einfordert, der sollte sie auch denen gegenüber praktizieren, die einen christlichen Glauben vertreten. <

**Joanna Senyszyn (S&D).** – (PL) Frau Präsidentin, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat zu Recht entschieden, dass die Anbringung von Kreuzen in Klassenzimmern die Religionsfreiheit von Schülern und das Recht der Eltern, ihre Kinder entsprechend ihren eigenen Überzeugungen zu erziehen, verletzt. Die Richter haben einstimmig entschieden, dass ein Kreuz in der Schule gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstößt.

Die Entscheidung ist einfach, klar und allgemein verständlich. Aus diesem Grund hat sie auch eine solche Wut und solche Aggressionen bei der Geistlichkeit und den rechts stehenden Politikern hervorgerufen. Sie tun so, als würden sie nicht verstehen, und verlangen Erklärungen von der Kommission und dass das Parlament eine offizielle Stellungnahme abgibt. Dies ist rechtswidrig. Die EU-Organe sind nicht befugt, dieses oder irgendein anderes Urteil zu bewerten. Vergessen wir nicht, dass es eine Dreiteilung der Gewalten gibt, und dass der Gerichtshof ein Organ des Europarates und nicht der Europäischen Union ist.

Ich werde den Fragestellern antworten, da sie solche Zweifel haben: Das Urteil zu den Kruzifixen verstößt nicht gegen das Subsidiaritätsprinzip. Ganz im Gegenteil hilft es den europäischen Staaten, die vergessen haben, dass ihre Verfassung eine Bestimmung, wenn nicht zur Trennung zwischen Kirche und Staat, so doch wenigstens zur Neutralität der Weltanschauung enthält, sich an die Gesetze zu halten. Das Urteil des Gerichtshofs hilft nationalen Behörden und Gerichtshöfen, die der Kirche unterliegen, die Grundrechte der Bürger, die infolge der Klerikalisierung des gesellschaftlichen Lebens verletzt werden, durchzusetzen. Bürger von Kirchenstaaten können ihre Rechte vor nationalen Gerichten nicht verteidigen. Es ist gut, dass sie sich an den Gerichtshof für Menschenrechte wenden können, damit sie zu ihrem Recht kommen.

Das Urteil achtet die nationale Identität von Mitgliedstaaten und ist umzusetzen. Es bedeutet kein Verbot der Darstellung religiöser Symbole in der Öffentlichkeit, sondern nur in einem sehr kleinen Bereich des öffentlichen Raums, nämlich in staatlichen Schulen. Niemand fordert die Entfernung von Kreuzen von Kirchen, Plätzen oder Fahnen, wie ein Kollege vorschnell erklärte.

Es ist keine Einmischung in die Beziehungen zwischen Kirche und Staat, sondern nur die Verteidigung von Bürgern, deren Rechte verletzt werden. In meinem Land schränkt die zunehmende Klerikalisierung ebenfalls die Grundrechte der Polen ein. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das Europäische Parlament und die Kommission meine polnischen Mitbürger daran hindern würden, ihre Rechte vor dem Gerichtshof in Straßburg einzuklagen. Eine kritische Stellungnahme der Kommission und des Parlaments zu diesem Urteil wäre eine unerlaubte Einmischung und würde uns darüber hinaus auch noch der Lächerlichkeit preisgeben. Davor muss ich Sie warnen.

**Carlo Casini (PPE).** – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte hat nicht nur die Gläubigen verärgert, sondern auch all die, die das Kruzifix schon seit Jahrhunderten als ein Zeichen der Hoffnung und Solidarität, als etwas, das Trost und Erlösung von Furcht und Schmerzen spendet, gesehen haben.

Wir hoffen, dass diese Entscheidung von der Großen Kammer geändert wird, da sie ganz klar unvernünftig ist. Sollen wir dann auch das Rote Kreuz umbenennen? Sollen wir die riesigen Kruzifixe auf Bergspitzen, die Städte und Täler überragen, entfernen? Wird es der Königin von England, wie bereits erwähnt wurde, verboten sein, das Oberhaupt der anglikanischen Kirche zu sein?

Dennoch bietet dieser Fall auch Anlass zu einer sehr wichtigen Reflexion aus ziviler und politischer Sicht: Sind Menschenrechte nur die Rechte des Einzelnen als von einem sozialen Umfeld getrennter Partei, oder ist das Recht, eine bestimmte Form der Religiosität auszudrücken, auch ein Recht des Volkes? Zählen Tradition, Geschichte, Geist und Kunst gar nicht, auch wenn sie seit Jahrtausenden die Identität eines Volkes gekennzeichnet haben?

Darüber hinaus betrifft die Frage richtigerweise auch die Beziehung zwischen Subsidiarität und Menschenrechten, und ich stelle fest, dass Letztere – abgesehen von bestimmten Grundprinzipien, die als universell und unumstößlich betrachtet werden müssen – unterschiedlich ausgelegt werden können, und Menschenrechte sogar in Widerspruch zueinander stehen können. Warum sollte einem Staat die Möglichkeit verwehrt werden, diese Widersprüche durch seine Gesetze zu lösen und Menschenrechte gemäß den ethischen Ansichten seines Volkes auszulegen und anzuwenden? Es geht hier also um mehr als um die Kruzifix-Frage.

In anderen Fällen hat der Europäische Gerichtshof im Hinblick auf das Recht auf Leben die alleinige Zuständigkeit der Staaten anerkannt, über die umstrittensten Fragen wie die Regelung der Abtreibung und der Euthanasie zu entscheiden. Nun fordert der Vertrag von Lissabon von uns, der Europäischen Menschenrechtskonvention beizutreten und folglich als Europäische Union auch die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu befolgen.

Deshalb sollten wir über die neue und andere Richtung, die der Gerichtshof derzeit einschlägt, nachdenken. Es wäre eine sehr ernste Sache, wenn eine supranationale Macht, insbesondere wenn sie von einer begrenzten Anzahl von Personen und nicht als demokratischer Ausdruck des Willen des Volkes ausgeübt wird, repressiv und demütigend und unsensibel für die Gefühle und Herzen der Menschen würde und damit letztlich der Freiheit entgegenstünde. Deshalb hoffe ich, dass der von der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) eingereichte Entschließungsantrag mit den Stimmen einer großen Anzahl der Abgeordneten angenommen wird.

**Miroslav Mikolášik (PPE).** – (SK) Die Geschichte Europas, seiner einzelnen Staaten und damit auch der EU ist, ob einem das nun gefällt oder nicht, eng mit dem christlichen Erbe verbunden. Folglich enthalten sogar die Verfassungen vieler Staaten einen Verweis auf christliche Traditionen. Selbst der Vertrag über die Europäische Union lässt sich in seiner Präambel *unter anderem* vom religiösen Erbe Europas inspirieren, aus dem sich universelle Werte entwickelt haben.

Grundrechte werden in der EU heute in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und in der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten gewährleistet, vor allem aber gehen sie aus den gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten hervor, die sich über Jahrhunderte entwickelt haben. Ich glaube daher, dass die EU die Geschichte, Kultur und Traditionen der Einzelstaaten voll respektieren muss und es entschieden ablehnen muss, Mitgliedstaaten zu bestrafen, die ihr Recht auf ihr eigenes spezielles Gesicht und ihren eigenen speziellen Charakter, einschließlich dem christlichen Erbe und der christlichen Symbole verteidigen. Abschließend möchte ich nur noch hinzufügen, dass weder die Charta noch die Europäische Konvention die Befugnisse der Union erweitern.

**Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE).** – (ES) Frau Präsidentin, ich würde gerne mit einigen entliehenen Worten beginnen, die ich mir zu Eigen machen möchte. Das Kruzifix ist kein Zeichen der Auferlegung. Es ist ein Symbol, das positive Werte verkörpert, die Teil unserer Geschichte, unserer Kultur und einer Gesellschaft sind, die bereits über 2 000 Jahre alt ist. Wir können nicht den Schutz der Grundrechte einfordern und gleichzeitig die ihnen zu Grunde liegenden Werte leugnen.

Demokratie funktioniert durch Freiheit und Achtung, was die Ausübung von Rechten erleichtert, und nicht durch ein Aufzwingen oder durch Beschränkungen. Ja, natürlich muss das Subsidiaritätsprinzip von allen europäischen Organen, Institutionen und Gerichten eingehalten und anerkannt werden, und hier insbesondere die Freiheit, ob es sich nun um die Meinungs- oder um die Glaubensfreiheit handelt.

Das Recht der Mitgliedstaaten, religiöse Symbole an öffentlichen Orten als Symbol für die Traditionen und die Identität ihrer Völker anzubringen, sollte und darf nicht beschnitten werden. Die Freiheit ist ein wesentliches Element unserer Gesellschaft und der Grundpfeiler, auf dem der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts errichtet wurde. Sollte sie eingeschränkt oder zensiert werden, würde das den Zusammenbruch der Grundfesten der Europäischen Union bedeuten.

**Georgios Papanikolaou (PPE).** – (EL) Frau Präsidentin, ich bin ebenfalls der Meinung, dass der Gerichtshof damit falsch liegt zu befinden, dass ein Kruzifix in Klassenzimmern gleichbedeutend mit einer Missachtung des Glaubens anderer Menschen ist. Die Frage, über die wir heute sprechen, ist eher eine soziale als eine rechtliche Frage. Natürlich müssen wir das Subsidiaritätsprinzip einhalten. Das Vorhandensein religiöser Symbole ist kein Zeichen für religiöse Diskriminierung oder Zwang. Es ist ein Ergebnis der Tradition und Geschichte jedes Landes und oft auch seiner Verfassung, wie es in meinem Land, Griechenland, der Fall ist.

In Griechenland haben wir religiöse Symbole in den Klassenzimmern, nicht um den Schülern eine bestimmte Religion aufzuzwingen, sondern weil es Teil unserer Tradition ist und direkt mit den Werten und Strukturen

unserer Gesellschaft, mit vier Jahrhunderten der Verfolgung und religiösen Unterdrückung durch das Osmanische Reich, verbunden ist.

**Anna Záborská (PPE).** – (SK) Ich würde gerne kurz auf drei Punkte antworten. An diesem Abend, am Ende des Jahres und in der Vorweihnachtszeit, vor Mitternacht an einem Dienstag, fast sechzig Jahre nach der Gründung der Europäischen Union, diskutieren wir noch immer über die Grundpfeiler der europäischen Integration. Wir diskutieren über das Subsidiaritätsprinzip.

Zweitens bezieht sich die Frage von Herrn Borghezio auf die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs in Straßburg, dass das Vorhandensein von Kreuzen in italienischen Schulen eine Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention darstellt. Diese Entscheidung hat in vielen Staaten Ängste hervorgerufen. Das slowakische Parlament hat letzte Woche eine Entschließung verabschiedet, in der es feststellte, dass diese Entscheidung im Widerspruch zum kulturellen Erbe und zur christlichen Geschichte Europas steht.

Und schließlich war ich bei der Verlesung des Entwurfs der gemeinsamen Entschließung, über die wir am Donnerstag abstimmen werden, nicht ganz zufrieden. Ich bin enttäuscht darüber, dass wir nicht den Mut haben, in eine Entschließung, in der es um die Subsidiarität geht, die Punkte aus dem Vertrag von Lissabon aufzunehmen, die direkt mit dem beschlossenen Programm zusammenhängen.

**Magdi Cristiano Allam (PPE).** – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wenn man bedenkt, dass in diesem Moment gerade einmal eine Handvoll Leute anwesend ist, um über die Kruzifix-Frage zu sprechen und dass wir uns, um über Kruzifixe zu sprechen, auf die Frage der Subsidiarität berufen müssen, so lässt dies nur den logischen Schluss zu, dass wir uns in einem Europa befinden, das sich für die historische Wahrheit seiner eigenen jüdisch-christlichen Wurzeln und für die historische Wahrheit des Christentums, das, wie Goethe sagte, die gemeinsame Sprache Europas ist, schämt.

Im Europäischen Parlament gibt es 23 offizielle Sprachen, was zeigt, dass es nichts gibt, was Europa eint, wenn nicht das Christentum. Ich würde Herrn Barrot gerne eine Frage stellen: Warum haben sich, nachdem eine Volkabstimmung in der Schweiz „Nein“ zu Minaretten sagte, die Europäische Kommission, die Europäische Union, die Vereinten Nationen, die Arabische Liga und die Organisation der islamischen Konferenz zusammengeschlossen, um das Ergebnis dieses Referendums zu verurteilen – und dies obwohl die Schweiz gar kein Mitglied der Europäischen Union ist –, und heute nehmen Sie zu einer Frage, die unsere Wurzeln, unsere Identität und unsere Seele betrifft, eine neutrale Haltung ein?

**Csaba Sógor (PPE).** – (HU) Erlauben Sie mir als protestantischer Geistlicher, dessen Tradition nicht das Kreuz, sondern den achtsackigen Stern als das wichtigste Symbol ansieht, kurz zu dieser Aussprache beizutragen. Ich komme aus einem Wahlkreis, in dem 99 % der Wahlberechtigten katholisch sind. Meine vier Kinder gehen mit katholischen Kindern zur Schule. Das Kreuz stört uns nicht. Ich würde hier doch gerne – wenn Sie erlauben, bei einem sachlichen Punkt – zwischen dem Kruzifix und dem Kreuz unterscheiden. Wir müssen uns darüber bewusst sein, dass – auch wenn es mich persönlich nicht stört – es doch Menschen gibt, die sich vom Kreuz oder vom Kruzifix gestört fühlen, weil sie das Kreuz oder Kruzifix an die Inquisition erinnert.

Ich denke, dass dies in den Ländern, in denen sich diese Praxis aufgrund der katholischen Tradition, ein Kreuz im Klassenzimmer anzubringen, und hier insbesondere in konfessionellen Schulen, angemessen ist. Dennoch sollte das Parlament nicht über solche Fragen diskutieren, sondern eher über Armut, die Wirtschaftskrise oder wie Osteuropa den Anschluss schafft. Dies ist eine unproduktive Debatte, die wir führen. Wir müssen schauen, wer es war, der in dieser italienischen Schule protestiert hat und warum. Wir hätten lieber diesen Einzelfall untersuchen sollen, als hier eine Frage zu diskutieren, die bereits der Vergangenheit angehört.

Ich möchte natürlich noch einmal betonen, dass ich nichts gegen das Kreuz habe, da ich ebenfalls jeden Tag auf das Kreuz schaue, was mich nicht stört. Wir müssen die richtigen Lebensbedingungen in Italien oder Rumänien schaffen, damit dies nicht Gegenstand einer Debatte wird.

**Diane Dodds (NI).** – Frau Präsidentin, in den letzten Jahren haben wir eine anhaltende Kampagne zur Unterdrückung der Religionsfreiheit erlebt. Christliche Krankenschwestern wurden gezeigelt, weil sie Patienten angeboten hatten, mit ihnen zu beten, und erst heute hat Frau Lillian Ladele, eine christliche Standesbeamtin, die vor die Wahl gestellt wurde, eingetragene Lebenspartnerschaften zu vollziehen oder entlassen zu werden, ihren Fall wegen religiöser Diskriminierung vor dem Berufungsgericht im Vereinigten Königreich verloren.

Die Gleichstellungsgesetze haben die Christen nicht geschützt – vielmehr ist das Gegenteil der Fall. Ein Änderungsantrag zum Gleichstellungsgesetz zum Schutz der religiösen Freiheit der Kirchen wurde vor zwei Wochen im House of Commons abgelehnt, wobei Anschuldigen hinsichtlich einer Einmischung seitens der EU-Kommission laut wurden. Die Kommission hatte in ihrer begründeten Stellungnahme darauf verwiesen, dass das Vereinigte Königreich den Schutz der Religionsfreiheit in seiner Arbeitsgesetzgebung einschränken müsse. Ich sage: Schande über die Kommission! Es muss anerkannt werden, dass Menschen einen Glauben haben und das Recht haben, diesen Glauben auszudrücken. Christen sollten vom Gesetz geschützt und nicht bestraft werden.

**Jacques Barrot, Vizepräsident der Kommission.** – (FR) Frau Präsidentin, das Land, das ich am besten kenne, war Schauplatz einiger harter Konfrontationen im Hinblick auf diese Fragen, und ich möchte ganz einfach, aber persönlich, den Wunsch ausdrücken, dass das Europäische Parlament bei einer Politik der gegenseitigen Toleranz und des gegenseitigen Respekts bleibt.

In der Tat gibt es Familien, die nach christlichen Traditionen leben möchten. Es gibt Familien, die diese Traditionen möglicherweise anzweifeln. Diese religiöse und kulturelle Vielfalt ist es, die uns ausmacht, die Europa ausmacht. Ich glaube, wir müssen bei einer solchen Frage sehr vorsichtig sein. Ich erlaube mir, dies ganz einfach zu sagen, da ich selbst in dem Land, das ich am besten kenne, unter den Extremen beider Seiten gelitten habe.

Dies vorausgeschickt möchte ich sagen, ich bin Jurist, und ich sehe ganz ehrlich nicht, wie diese Aussprache hier abgehalten werden kann, wo sie doch zunächst bei der Versammlung des Europarats und in unseren nationalen Parlamenten abgehalten werden müsste. Dort, so denke ich, sollte die Debatte wirklich stattfinden. Darüber hinaus müssen wir – muss ich im Namen der Kommission – sagen, dass die Kommission der Einhaltung des Grundsatzes der Religionsfreiheit mit Sicherheit sehr verpflichtet ist, und dass sie natürlich veranlasst wäre, auf alle Formen der Diskriminierung gegen Personen, die einer bestimmten Religion angehören, zu reagieren.

Abgesehen davon kann die Kommission jedoch nur innerhalb des rechtlichen, von den Verträgen vorgegebenen Rahmens handeln. Zudem kann sie nicht als Hüterin der Verträge bei Fragen, die einen Mitgliedstaat betreffen, auftreten, wenn diese Fragen nicht in Zusammenhang mit dem Recht der Europäischen Union stehen. Das muss ich ganz einfach so sagen. Die Kommission kann nur die verschiedenen Haltungen, die in diesem Haus zum Ausdruck gebracht wurden, zur Kenntnis nehmen, sie kann aber nicht zu einer Frage Stellung nehmen, die nicht unter europäisches Recht fällt. Noch einmal, diese Fragen fallen unter das nationale Rechtssystem der Mitgliedstaaten. Das ist es, was ich für meinen Teil als Jurist sagen kann.

Gleichwohl halte ich diese Aussprache für nützlich und fand sie natürlich auch interessant, obgleich ich all die, die an dieser Aussprache teilgenommen habe, ganz einfach dazu auffordern möchte, das gebotene Maß zu wahren und zu gestatten, dass der Europarat und die Parlamentarische Versammlung des Europarats ihrerseits eine zweckdienliche Debatte über die Auslegungsmöglichkeiten einer europäischen Erklärung der Menschenrechte führen können. Aber, ganz ehrlich, wir können uns nicht als Hüter der Verträge in eine Debatte einmischen, die im Wesentlichen den Europarat und den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte betrifft.

Ich bitte daher um Entschuldigung, dass ich Ihnen heute Abend keine bessere Antwort geben kann, aber ich muss Ihnen ehrlicherweise und in Übereinstimmung mit dem Gesetz diese Antwort geben. Ich glaube wirklich, dass wir über Probleme sprechen, die heute in der Union im Rahmen der jeweiligen nationalen Rechtssysteme der Mitgliedstaaten behandelt werden.

**Die Präsidentin.** – Mir liegen sechs Entschließungsanträge vor,<sup>(3)</sup> die gemäß Artikel 115 Absatz 5 der Geschäftsordnung eingereicht wurden.

Die Aussprache wird beendet.

Die Stimmabgabe findet am Donnerstag, den 17. Dezember 2009, statt.

*Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)*

**Herbert Dorfmann (PPE), schriftlich.** – (DE) Das Urteil des Gerichtshofes ist Ausdruck eines aggressiven Säkularismus und gibt jenen Recht, die in Europa einen religionsfreien öffentlichen Raum haben wollen.

---

<sup>(3)</sup> Siehe Sitzungsprotokolle

Dabei übersehen sie, dass es unseren Kontinent ohne Christentum nicht geben kann. Das Christentum hat Europa, seine Menschen, die Kultur, die Kunst und das Denken derart geprägt, dass der Kontinent seine Identität verlieren würde, wenn man die Spuren des Christentums entfernen würde. Dabei geht es überhaupt nicht darum, die Religionsfreiheit in Frage zu stellen. Die Trennung zwischen Staat und Kirche ist ein hohes Gut unserer Demokratie, und ich bin dafür, dass wir genau darauf achten, dass beide in gegenseitigem Respekt das machen, was ihre Aufgabe ist. Aber genau um diesen Respekt geht es: Die christliche Kirche darf nicht den Anspruch erheben, dass alle an sie glauben, aber sie darf fordern, dass sie von allen respektiert wird.

**Martin Kastler (PPE)**, *schriftlich*. – (DE) Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, was bedeutet eigentlich Religionsfreiheit? Die Antwort ist einfach: Es ist die Freiheit, Religion auszuüben. Religionsfreiheit ist nicht die Freiheit von Religion, sondern die Freiheit zur Religion. Religionsfreiheit schafft keine religionsfreie Gesellschaft, sondern gibt dem Menschen das Recht, seine Religion in der Gesellschaft auch öffentlich zu leben. Ein Kreuz im Klassenzimmer zwingt niemandem auf, was er zu glauben hat oder nicht. Deshalb ist es auch kein Verstoß gegen die Religionsfreiheit. Ich habe auch noch nie von einem Recht gehört, nicht mit religiösen Symbolen konfrontiert zu werden. Sonst müsste man eigentlich auch gleich alle Kreuze auf Friedhofsgräbern und alle Kirchtürme verbieten. Das Kruzifixurteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ist aus diesen Gründen nicht nur ein Angriff auf das Subsidiaritätsprinzip, sondern verstößt auch gegen das Menschenrecht auf Religionsfreiheit. Dieses Urteil können und dürfen wir als Europäisches Parlament nicht akzeptieren. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte muss Recht sprechen und darf nicht zum Spielball ideologisch geleiteter und christophober Interessen werden. Ansonsten müssen wir ernsthaft darüber nachdenken, welchen Sinn der Gerichtshof überhaupt noch hat.

**Joanna Katarzyna Skrzydlewska (PPE)**, *schriftlich*. – (PL) Meiner Meinung nach hat die Entscheidung des Gerichtshofs mit dem Schutz der Religionsfreiheit nichts zu tun. Das Vorhandensein eines Kreuzes in einem Klassenzimmer übt für sich alleine keinen Druck auf die Weltanschauung einer Person aus und verletzt auch nicht das Recht der Eltern, ihre Kinder gemäß ihren eigenen Überzeugungen zu erziehen, genau wie dieses Recht auch nicht durch das Tragen von Kleidung, die von der Bekundung eines bestimmten Glaubens zeugt, verletzt wird. Gegenseitiges Verständnis und Offenheit gegenüber anderen ist die Grundlage eines gemeinsamen, vereinten Europas, genau wie die Achtung der kulturellen Unterschiede zwischen den Ländern und der Wurzeln und Traditionen der Nationen, die die Europäische Union bilden. Es ist kein Geheimnis, dass sich der Ursprung unserer europäischen Identität direkt aus der christlichen Tradition ableitet. Deshalb ist das Kreuz für eine klare Mehrheit der Europäer ein religiöses Symbol und gleichzeitig ein Symbol, das ihre Werte widerspiegelt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass der gegenseitige Dialog, den wir jeden Tag miteinander führen, der Werte, für die wir stehen, entbehren sollte. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass wir im Namen der Religionsfreiheit gezwungen sein sollten, das, was für uns ein wichtiges und heiliges Symbol ist, ob dies nun ein Kreuz, ein Davidstern oder ein Halbmond ist, zu leugnen. Genau wie niemand das Recht hat, einen anderen zu zwingen, sich an eine bestimmte Religion oder ein bestimmtes Wertesystem zu halten, hat auch niemand das Recht, einen anderen im Namen der Freiheit dazu zu zwingen, Symbole, die für die gesamte Menschheit wichtig sind, zu entfernen. Mit seiner Entscheidung schützt der Gerichtshof für Menschenrechte nicht die Religionsfreiheit, sondern diskriminiert all die, in deren Leben Symbole des Glaubens eine wesentliche Rolle spielen.

## 21. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

## 22. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 23.45 Uhr beendet)